

Ursula Schröter

ÜBER PRIVATES UND ÖFFENTLICHES

EINE OSTDEUTSCHE SICHT AUF DAS GETEILTE
DEUTSCHLAND

28

Über Privates und Öffentliches
Eine ostdeutsche Sicht auf das geteilte Deutschland

Ursula Schröter

ÜBER PRIVATES UND ÖFFENTLICHES
EINE OSTDEUTSCHE SICHT AUF DAS GETEILTE
DEUTSCHLAND

(für Vincent und die anderen)

Rosa-Luxemburg-Stiftung

IMPRESSUM

MANUSKRIPTE – Neue Folge wird herausgegeben
von der Rosa-Luxemburg-Stiftung und erscheint unregelmäßig

V. i. S. d. P.: Alrun Kaune-Nüßlein

Franz-Mehring-Platz 1 · 10243 Berlin · www.rosalux.de

ISSN 2194-864X · Redaktionsschluss: August 2020

Lektorat: TEXT-ARBEIT, Berlin

Layout/Herstellung: MediaService GmbH Druck und Kommunikation

Gedruckt auf Circleoffset Premium White, 100 % Recycling

INHALT

Editorial	7
1 Einleitung: Zukunft braucht den Blick zurück	9
2 Das Gesellschaftskonzept	13
2.1 Die Arbeiterbewegung als Korrektiv der Moderne	13
2.2 Die Dialektik zwischen Öffentlichkeit und Privatheit	27
3 Die Umsetzung	42
3.1 Bis zur Staatengründung	42
3.2 Bis Ende der 1950er Jahre	70
3.3 Die 1960er Jahre	106
3.4 Die 1970er und 1980er Jahre	142
4 Abschied und Hoffnung	182
Literatur	193
Verzeichnis der Interviewpartner*innen	225
Zur Autorin	226

EDITORIAL

Liebe Leserin, lieber Leser!

Wie unterschieden sich in Ost und West Auffassungen von Selbstbewusstsein, Selbstbestimmtheit und Stärke der Frauen? Welche staatlichen Rahmenbedingungen kennzeichneten die Trennung von Privatem und Öffentlichem, verstärkten die Trennlinie oder machten sie durchlässig? Zum zweiten Leben der Ostdeutschen gehört auch das Nachdenken über das erste, das Reflektieren des eigenen Anteils an Größe und Grenzen des realen Sozialismus.

Mit dieser Publikation laden wir Sie ein, einen Rückblick auf die DDR im Kontext mit der damaligen BRD zu wagen und mit der Soziologin Ursula Schröter der Frage nachzugehen, was das Private und was das Öffentliche war in der deutschen Zweistaatlichkeit, wie sich politische Akteur*innen und die Ansätze feministischen Ringens um Gleichstellung und Gleichberechtigung voneinander unterschieden. Dabei verbindet die Autorin statistisch nachweisbare Fakten und historische Ereignisse aus den Jahrzehnten der deutschen Zweistaatlichkeit mit individuellen Erfahrungen und Erlebnissen von Frauen und Freund*innen aus Ost und West.

Wie aktuell das Thema ist, zeigen die alljährlichen Demonstrationen am 8. März, dem Internationalen Frauen*kampftag. Weltweit gehen an diesem Tag Feminist*innen und ihre Unterstützer*innen auf die Straße. Neben allgemeinen Forderungen für Frauenrechte und faire Bezahlung geht es insgesamt um mehr Anerkennung und finanzielle Absicherung von Sorgearbeit. Denn Sorgearbeit geht weit über unseren privaten Haushalt hinaus, ist mehr als Zuwendung und Aufmerksamkeit für unsere Familien und Freund*innen. Sorgearbeit ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe öffentlichen Charakters wie etwa in Krankenhäusern und Seniorenunterkünften oder bei der Betreuung von Kindern sowie der Ausbildung der Heranwachsenden. Sorgeberufe sind oft Frauenberufe. Die Corona-Pandemie hat der Diskussion um System-

relevanz und angemessene Entlohnung in Sorgeberufen neuen Schwung verliehen. Konkrete Veränderungen aber lassen auf sich warten.

Pflege und Sorgetätigkeiten, Öffentliches und Privates: Die historische Analyse zeigt, dass Maßnahmen wie etwa eine bezahlte Freistellung für die Pflege von Angehörigen, die Anerkennung von Kinderbetreuung zu Hause als Arbeitszeit oder der kostenlose Zugang zur Gesundheitsversorgung immer direkten Einfluss auf die Lebensqualität von Frauen haben.

Insofern unternimmt Ursula Schröter mit der hier vorliegenden Arbeit einen bemerkenswerten Versuch: Sie stellt ihre Forschungsschwerpunkte zur sozialen Lage und Befindlichkeit der Frauen in Ostdeutschland, die Wende als gesellschaftlichen Umbruch aus ostdeutscher Sicht und die Betrachtung der Ansprüche feministischer Politikansätze in einen Kontext, den sie als «innerdeutschen Vergleich» definiert.

Die gesellschaftspolitischen Entwicklungen in der DDR und der BRD werden im Hinblick auf das Spannungsfeld zwischen Privatem und Öffentlichem konkret abgeklopft: von der Gründung der beiden deutschen Staaten nach 1945, über die 1950er und 1960er Jahre bis hin zum Ende der DDR. Die Autorin skizziert, wann Frauen gesetzlich welche Rechte bekamen und wie sich diese politisch, wirtschaftlich und demografisch auswirkten.

30 Jahre nach Herstellung der deutschen Einheit dokumentieren soziologische Studien, Statistiken, aber auch offizielle Sozialberichte und der jährliche Bericht der Bundesregierung zum Stand der Deutschen Einheit nach wie vor stabile Ost-West-Unterschiede. Dabei geht es nicht nur um Ungleichheiten in Infrastruktur und aktuellen Lebenschancen, sondern auch um unterschiedliche Wertorientierungen, Lebenshaltungen und Lebensentwürfe. Ein Grund mehr, näher hinzuschauen und sich gemeinsam mit der Autorin der Verknüpfung und der Trennung von Privatem und Öffentlichem zu nähern. Und wie Ursula Schröter schreibt: «Der Anspruch auf volle Menschlichkeit scheint mir die Brücke zu sein, auf der sich Frauen (und Männer) von hüben und drüben immer wieder begegnen können. Dabei haben die Pole, die verbunden sein müssen, die nicht geteilt werden dürfen, die sich gegenseitig bedingen, unterschiedliche Namen: Privatheit und Öffentlichkeit, Beruf und Familie, Arbeit und Liebe, Natur und Gesellschaft, Kinderwelt und Welt der Erwachsenen oder Individualität und Kollektivität. Frauen hören nicht auf, sich zu empören [...], wenn der Zusammenhang zwischen beiden Polen infrage gestellt ist, wenn der «ganze Mensch» in Teile gehackt wird.»

Ihre Dagmar Enkelmann,
Vorstandsvorsitzende der Rosa-Luxemburg-Stiftung,
Berlin, August 2020

1 EINLEITUNG: ZUKUNFT BRAUCHT DEN BLICK ZURÜCK

Das Jahr 2020 sollte ein Jubeljahr in Deutschland werden: 30 Jahre Freiheit nach 40 Jahren kommunistischer Diktatur im eigenen Land! Das liefert Stoff und verdient Fördermittel für zahlreiche Veranstaltungen, Publikationen, Befragungen, Ausstellungen. Die «Deutsche Vertriebsstelle für Gedenkmünzen» Konstanz hat für den 3. Oktober 2020 einen Jubiläums-Goldbarren, «erschwinglich für jeden», angekündigt. Schließlich handle es sich beim 3. Oktober 1990 um den «bewegendsten Tag der deutschen Geschichte».

Nun ist es anders gekommen. Schon ist die Rede davon, dass nicht nur Pandemien wie Corona, dass auch der Klimawandel, dass auch die Überbevölkerung, dass auch das Aussterben von Tier- und Pflanzenarten die Fortexistenz der Menschheit bedrohen und dass alle diese Erscheinungen auf spezifische Weise zusammenhängen. Uns sollte außerdem «nicht allein die wahrscheinlich gewordene physische Vernichtung von Menschen in großer Zahl kümmern, sondern ihre vorhergehende Vernichtung als politische Wesen. Die erlebte oder nur erahnte Zukunftslosigkeit wird zu einem Nährboden für Barbarei. Wer seine Sache als verloren ansieht, kann eine gewisse Befriedigung daraus ziehen, möglichst viele andere mitzureißen in den Untergang», gibt die Politologin Birgit Mahnkopf (2020: 18) zu bedenken. Könnte es sein, dass das große politische Interesse an «nuklearer Teilhabe», das gegenwärtig zu beobachten ist, mit dieser gewissen Befriedigung zusammenhängt?

Die Moderne, so kann geschlussfolgert werden, präsentiert sich zurzeit nicht nur als Aufklärung, nicht nur als Bildungs- und Demokratieversprechen, sondern zeigt ganz offen ihre bedrohliche Seite. Der britischer Soziologe Anthony Giddens verwendete dafür das Bild eines «Juggernauts»: «Das ist eine nicht zu zügelnde und enorm leistungsstarke Maschine, die wir als Menschen kollektiv bis zu einem gewissen Grad steuern können, die sich aber zugleich drängend unserer Kontrolle zu entziehen droht und sich selbst zertrümmern könnte.» (Giddens 1995: 173) Auch Zygmunt Bauman

stellt warnend fest: «Mehr als zu jeder anderen Zeit stehen wir, die menschlichen Bewohner des Planeten Erde, vor einem Entweder-Oder: Entweder wir reichen einander die Hände – oder wir schaufeln einander Gräber.» (Bauman 2017: 204)

Die Frage, ob unter diesen Umständen ein Rückblick auf die Deutsche Demokratische Republik (DDR) im Kontext mit der damaligen Bundesrepublik Deutschland (BRD) wichtig und zweckmäßig ist, stellt sich mir nicht. Auch wenn es um einen Rückblick geht, der das Privatleben – meist als zweitrangig eingeordnet – ernst nehmen will; auch wenn es um einen Rückblick geht, der noch vor dem «bewegendsten Tag der deutschen Geschichte» einen Schlusspunkt setzen will. Im Gegenteil: Es liegt nahe, sich in dieser Zeit mit einer Gesellschaft zu beschäftigen, in der das Händereichen zumindest versucht wurde. Trotz aller Fehler, Irrtümer und auch Verbrechen, die auf das Konto des untergegangenen Sozialismus gehen, bleibt die Erkenntnis, dass eine menschenwürdige Gesellschaft bewusst gestaltet werden kann, dass das «Monstrum Moderne» zu zähmen ist – weil Menschenwerk. Nach Auffassung des Philosophen und Politikwissenschaftlers Lothar Fritze «verstand sich (der Sozialismus/Kommunismus) als ein Projekt der Steuerung. Indem er die gesellschaftliche Gesamtentwicklung [...] zu steuern suchte, schaltete er Evolutionsstrategien aus [...] und unterlag in der Systemauseinandersetzung. Der Erfolg des Westens besagt aber nichts über die langfristige Stabilität eines Evolutionspfades.» (Fritze 2016: 110)

Schon richtig, es liegt bereits eine unüberschaubar große Menge an Publikationen über die DDR vor, geschrieben sowohl von Menschen, die in der DDR, als auch von Menschen, die in der alten BRD sozialisiert worden sind. Dabei kommt Verklärung ebenso zu Wort wie Verteufelung, auch der schmale Grat dazwischen. Hier und dort war schon zu hören, dass die DDR inzwischen «leerinterpretiert» sei.

Aus meiner Sicht ist die Tatsache, dass auch Menschen aus der DDR in den letzten 30 Jahren ein großes Bedürfnis hatten, sich öffentlich zu ihrer Vergangenheit zu äußern, vor allem deshalb wichtig, weil sie der These von der «Gleichheit der beiden deutschen Diktaturen» widerspricht, jener «Dämonisierung durch Vergleich» (Wippermann 2009), die sich inzwischen in deutschen Parlamenten als Gleichsetzung von linken und rechten Parteien eingenistet hat. Denn bekanntlich wurde nach der «ersten Diktatur» die Vergangenheit von Westdeutschen mehrheitlich beschwiegen und von Ostdeutschen nur dann preisgegeben, wenn über Widerständigkeit gegen das Hitler-Regime berichtet werden konnte. Jetzt aber ist das Bedürfnis von ehemaligen DDR-Bürger*innen, ihre Erfahrungen, ihre Sicht auf die DDR öffentlich zu machen, allorts zu spüren. In den Buchhandlungen häufen sich die autobiografischen DDR-Dokumente. 2019 wurde dem Bundesarchiv Berlin-Lichterfelde eine «DDR-Erinnerungsbibliothek», eine Sammlung von mehr als 1.000 Publikationen, übergeben, an denen mehr als 2.000 Autor*innen mitgewirkt haben.

Schon im Zusammenhang mit dem letzten «Jubiläum» wurde die Frage gestellt (und schließlich verneint), ob die DDR inzwischen «ausgeforscht» sei. «Auch wenn wir jetzt, fast 25 Jahre nach dem Ende der DDR, in der Zeit nach dem großen

Boom» der DDR-Forschung angelangt sind, bleibt im vereinigten Deutschland [...] die kommunistische Diktatur im eigenen Lande weiterhin ein fester Bestandteil der reflexiven und selbstkritischen Geschichtskultur [...]. Schließlich ist der oft beschworene, aber noch lange nicht ausgereizte innerdeutsche Vergleich anzuführen.» (Lindenberger 2014: 27 f.)

Nach meiner Wahrnehmung ist es vor allem dieser innerdeutsche Vergleich, der nach wie vor fehlt. Wahrscheinlich ist immer noch richtig, was der Historiker Hans-Georg Golz vor zehn Jahren gesagt hat: «Der Geschichte der deutschen Zweistaatlichkeit steht ihre Historisierung noch bevor, wie Debatten über die DDR-Vergangenheit immer wieder neu belegen.» (Golz 2010: 2) Auch in den von der Bundesregierung jährlich vorgelegten Berichten zur deutschen Einheit ist die Beschäftigung mit der DDR-Vergangenheit immer noch nicht Bestandteil einer Beschäftigung «mit der zeitweiligen, dennoch einschneidenden deutschen Doppelstaatlichkeit» geworden (Christoph 2013: 33). Dabei sind viele historische Fakten nur zu verstehen, wenn man weiß, was zeitgleich im «anderen Deutschland» passierte. So hätte zum Beispiel der CDU-Politiker Franz-Josef Wuermeling die westdeutschen Frauen in den 1950er Jahren nicht vor einer «brutalen Sowjetisierung» beschützen müssen, wenn es DDR-Frauenpolitik nicht gegeben hätte. Im Frühjahr 1972 hätten die Frauen in der DDR das Abtreibungsrecht nicht «geschenkt» bekommen, wenn die westdeutsche Frauenbewegung im Jahr zuvor nicht so laut und (damals) erfolgversprechend darum gekämpft hätte.

Die deutsche Zweistaatlichkeit ist keinesfalls «ausgeforscht». Insofern erinnere ich mit gutem Grund im Folgenden an Ereignisse, die die Privatheit hier wie da geprägt haben. Dabei werde ich sowohl den Geschlechterwiderspruch als auch den Generationenwiderspruch in den Vordergrund stellen und untersuchen, wie sich die Frauen- und Familienpolitik, aber auch die Kinder- und Jugendpolitik entwickelt haben – und wie sich diese gesellschaftlichen Entwicklungen in ausgewählten Kunstwerken widerspiegeln. Es soll ein faktengestützter Rückblick werden, wohl wissend, dass zur historischen Wahrheit nicht nur Fakten gehören, dass gerade beim Erinnern an und Nachdenken über Privates das nicht richtig Fassbare und schlecht Messbare eine große Rolle spielen. Vermutlich meinte die Schauspielerin Walfriede Schmitt dieses schlecht Fassbare, als sie am 2. Dezember 1990 zu Protokoll gab: «Die DDR war sicher ein brutales Land, ein graues und grobes und ungeschicktes Land, ein langweiliges Land. Aber es war warm. Es gab Nähe, und es gab Auseinandersetzung.» (Zit. n. Ullrich 1991: 64)

Ganz im Sinne dieser Nähe erlaube ich mir, statistisch nachweisbare Fakten und historische Ereignisse mit individuellen Erlebnissen und mit Erlebnissen meiner Freundinnen und Freunde aus Ost und West (die ich um Gedächtnisprotokolle gebeten hatte, im Text als GP markiert) zu verbinden. Fakten und Erlebnisse aus dem Osten werden überwiegen. Schließlich war mein Leben fast zu 50 Prozent ein DDR-Leben.

Als die westdeutschen Schwestern unter der Losung «Das Private ist politisch» oft lautstark um öffentliche Kinderbetreuung, um familienfreundliche Arbeitsbe-

dingungen, um das Abtreibungsrecht und vieles andere mehr kämpften, war in der Bundesrepublik der Kult um die Privatsphäre, der Frauen nach den trümmerreichen Nachkriegsjahren wieder auf die Rolle der Ehefrau, Mutter und Hausfrau reduzieren sollte, schon in die Kritik geraten. Die US-Amerikanerin Betty Friedan hatte mit ihrer 1963 veröffentlichten Publikation «Der Weiblichkeitswahn ...» an den Grundfesten eines politischen Gebäudes gerüttelt, das seit Ende der 1940er Jahre auch vom westdeutschen Staat, unterstützt von Kirchenkreisen, aufgebaut worden war. Friedan beschreibt nicht nur sehr anschaulich das Leben einer Hausfrau in einem «komfortablen Gefängnis» (ihr eigenes Leben), sie belegt nicht nur, dass «Hausarbeit wie Gummi ist», sie kann auch das kapitalistische Interesse am Hausfrauenleben offenlegen: «Irgendwann muss irgendjemand darauf gekommen sein, dass Frauen mehr Dinge kaufen werden, wenn sie unterbeschäftigte, ewig von Sehnsucht erfüllte und mit überschüssiger Energie geladene Hausfrauen sind.» (Friedan 1996: 140)

Die Unterschiede zur Privatheit in der DDR, auch zum Hausfrauenstatus, liegen auf der Hand. Ein sozialistisches Interesse am Hausfrauenleben gab es nicht, Hausarbeit wurde dennoch (oder deshalb?) ein Problem. Der Einfluss der Kirchen blieb begrenzt. Emanzipation der Frauen und Rücksichtnahme des Öffentlichen auf das Private wurden «verordnet¹».

Solchen Unterschieden nachzugehen und sie rückblickend zu werten ist Anliegen dieser Publikation. Dabei gehe ich von dem Alltagsverständnis aus, dass das Private im Gegensatz zum Öffentlichen steht, dass es historisch entstanden ist und von Anfang an eine Geschlechterdimension hatte, dass die beiden Pole Berufstätigkeit und Familie in bestimmtem Maße mit den Polen Öffentlichkeit und Privatheit korrespondieren, dass der Anfang eines menschlichen Lebens einen festen Platz im Privaten hat, dass das Private Raum und Zeit bietet für familiäre und freundschaftliche Kontakte, für Intimität und Emotionalität, dass das Private vor öffentlichen Eingriffen geschützt sein sollte und gerade deshalb des Öffentlichen bedarf. «Wer individuelle Selbstbestimmung will, muss die Stärkung des Öffentlichen wollen.» (Klein 2007: 207)

Weil die DDR im Unterschied zur BRD nach einem vorgedachten gesellschaftlichen Konzept funktionieren sollte, sind die konzeptionellen Überlegungen in Kapitel 2 ostlastig. Bei den analytischen Überlegungen in Kapitel 3 geht es um einen Ost-West-Blick. Eine westliche Ergänzung wird dennoch unerlässlich sein.

Ich danke meinen Freundinnen Anita, Anne, Annika, Bärbel, Brigitte, Christiane, Edith, Gabi, Gisela, Lina und Marlies und meinen Freunden Ede, Günter, Hartmut und Jakob für ihre Zuarbeiten. Karin Alexander und Renate Ullrich danke ich für hilfreiche Anmerkungen.

1 Dieser Begriff hat Konjunktur und wird meist verwendet, um DDR-Politik nachträglich abzuwerten. Ich habe keine Probleme mit ihm, vermutlich weil die Verordnungen bezüglich Antifaschismus, Solidarität, Frauenemanzipation usw. meine Lebensplanung genauso wenig beeinträchtigt haben wie die verordnete Impfpflicht (vgl. auch Keffler 2020: 45).

2 DAS GESELLSCHAFTSKONZEPT

2.1 Die Arbeiterbewegung als Korrektiv der Moderne

Die DDR war Teil des sozialistischen Weltsystems des 20. Jahrhunderts. Dieses System war aus einer Menschenrechtsbewegung hervorgegangen und sollte eine Antwort auf die Arbeiterfrage sein. Mit Bezug auf die Kapitalismuskritik von Karl Marx galt der Klassenwiderspruch als der alles dominierende gesellschaftliche Widerspruch. Der Blick voraus war auf die klassenlose Gesellschaft gerichtet.² Der Blick zurück erfasste vor allem die Geschichte von Klassenkämpfen. Der Kalte Krieg mit seinen klaren Feindbildern, der die DDR von Anfang bis Ende begleitete, bestätigte die Bedeutung der Klassenfrage. Für andere gesellschaftliche Widersprüche gab es in Politik und Wissenschaft vergleichsweise wenig Raum.

Was den Geschlechterwiderspruch betrifft, hatte zudem Friedrich Engels mit Bezug auf die Matriarchatsforschung des 19. Jahrhunderts einen engen Zusammenhang zum Klassenwiderspruch festgestellt. In seinem Werk «Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staats» heißt es: «Der erste Klassengegensatz, der in der Geschichte auftritt, fällt zusammen mit der Entwicklung des Antagonismus von Mann und Weib in der Einzelehe, und die erste Klassenunterdrückung mit der des weiblichen Geschlechts durch das männliche.» (MEW 21: 68) Klassenherrschaft und Männerherrschaft – so die zentrale These – lassen sich auf dieselbe historische Situation, auf die Entstehung des Privateigentums an Produktionsmitteln zurückführen. Folgerichtig geht August Bebel in seinem berühmten Buch «Die Frau und der Sozialismus» davon aus, dass mit dem Ende der Klassenherrschaft – mit der Abschaffung des Privateigentums an Produktionsmitteln – auch die Herrschaft des Mannes über die Frau endet (Bebel 1954: 575). Ein sozialistisches Patriarchat war so nicht denkbar.

2 Siegfried Grundmann beschreibt in seinem Aufsatz «Zur Sozialstruktur der DDR», wie sich die Reichweite, jedoch nicht die Richtung dieses Blickes im Laufe der 40 DDR-Jahre veränderte (Grundmann 2000: 21).

Die DDR war gleichzeitig ein moderner Staat des 20. Jahrhunderts, denn die Menschenrechtsbewegungen gehören zur Moderne. Auch wenn Lexika mitunter die Moderne nur mit dem Kapitalismus in Zusammenhang bringen, bleibt richtig, dass damit ein gesellschaftlicher, vor allem in Westeuropa nachweisbarer Prozess beschrieben wird, der eng mit der Aufklärung verbunden ist, der die göttliche und fürstliche Zuständigkeit für das menschliche Leben infrage stellte und Bildung, Demokratie und Humanismus auf die Tagesordnung setzte. Ein Prozess, der aber gleichzeitig die heute so gut sichtbare bedrohliche Seite hat. Ob aus diesem Grund die Moderne als ein «unvollendetes Projekt» (vgl. Habermas 1990) oder als ein «moralisch erledigtes Projekt» (vgl. Bauman 1995) zu gelten hat, kann und muss hier nicht erörtert werden.

Für den Rückblick auf die DDR ist allerdings wichtig, die beiden verschiedenen Bilder «der Gefühlslage des Lebens in der Welt der Moderne» vor Augen zu haben, wie sie Anthony Giddens beschreibt: zum einen das auf Max Weber zurückgehende Bild, wonach «die Fesseln der Rationalität immer enger gezogen werden und uns in einem gesichtslosen Gehäuse bürokratischer Routine einkerkern» (Giddens 1995: 172), zum anderen das von «den Kommunisten» gemalte, wonach sich das «Monstrum [...] zähmen [lasse], denn was die Menschen schaffen, sei auch stets ihrer eigenen Kontrolle unterworfen» (ebd.: 173). Aus Sicht des Historikers Jürgen Kocka stand die DDR erfolgreicher als die anderen sozialistischen Länder für dieses «gezähmte» Modell, für eine «andere Moderne» (Kocka 2016: 136f.).

In diesem Sinne sind die Menschenrechtsbewegungen nicht nur als Bestandteile der Moderne zu betrachten, sondern als ihre Korrektive. Sie machen auf gesellschaftliche Widersprüche aufmerksam, entwickeln Utopien zum Umgang mit diesen Widersprüchen bzw. zu deren Überwindung, sie zielen auf eine bewusste Gestaltung der Gesellschaft. Das betrifft nicht nur die Arbeiterbewegung, die den Klassenwiderspruch thematisiert, sondern auch die Frauenbewegung, die den Geschlechterwiderspruch im Blick hat und die davon ausgeht, dass «die Revision der Moderne» eine unabdingbare Voraussetzung für deren Fortsetzung ist (Kuhn 1994: 115). Mit dem Subsistenzansatz der sogenannten Bielefelder Gruppe (Maria Mies, Veronika Bennholdt-Thomsen, Claudia von Werlhof), mit Carola Möllers Überlegungen zur «Eigenarbeit», mit Frigga Haugs Suche nach Stärken von Frauen (vgl. Haug 2010) sind Schritte in Richtung dieser Revision angedacht worden. Mitunter wird hier die Forderung nach einer Revision der Moderne noch radikaler formuliert: «Wir müssen nicht um die Hälfte eines verschimmelten Kuchens kämpfen.» (Notz 2005: 229)

Im Unterschied zu anderen Menschenrechtsbewegungen machte die Arbeiterbewegung im 20. Jahrhundert ernst mit einer neuen modernen Gesellschaft. Gemäß der Marx'schen Erkenntnis, dass die Arbeit im Kapitalismus nicht nur Waren produziert, sondern auch «den Arbeiter als eine Ware», dass «der Arbeiter bis zum Hungertod entwirklicht wird», bestand das Ziel darin, «alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist» (MEW 1: 385). Und solche Verhältnisse wurden ausschließlich «mit der Klas-

senbrille» betrachtet. Unter neuen Klassenbedingungen sollte eine Gesellschaft entstehen, die «Chancengleichheit für alle» bietet. So zumindest übersetzte der Dichter Heiner Müller die kommunistische Zielstellung (vgl. Götze 2011). Mit der Enteignung von Kapitalist*innen und Großgrundbesitzer*innen (meistens Männern) ging die neue Gesellschaft einen ersten Schritt in Richtung dieser grundsätzlich anderen gesellschaftlichen Voraussetzungen.

Dem war ein Jahrhundert der theoretischen Vorbereitungen vorausgegangen, in dem um die Konzepte und utopischen Vorstellungen gestritten wurde, mit denen die Arbeiterbewegung die Moderne korrigieren wollte. Die systematischen Recherchen zu historischen Texten, etwa die Dissertationsschrift von Katharina Volk (2018), aber auch die Forschungsergebnisse der sogenannten Neuen Linken um Stuart Hall und die wiederentdeckten Schriften der utopischen Sozialisten – vor allem die von Robert Owen und Charles Fourier – unterstreichen, dass es insbesondere zwei Aspekte sind, die die Vordenker*innen der sozialistischen Gesellschaft in den Mittelpunkt ihrer Zukunftsüberlegungen stellten.

Zum einen ging es um Kritik am gestörten bzw. zerstörten Verhältnis der Menschen zur Arbeit, das Marx (später) mit «Entfremdung» umschrieb. Die in vormodernen Zeiten selbstverständliche Einheit von Arbeit und Leben, von Öffentlichem und Privatem, von Arbeit und Leidenschaft (diesen Zusammenhang betonte vor allem Charles Fourier 1829) sei nicht mehr vorhanden. Die Einheit wiederherzustellen, Arbeit wieder zu einem menschlichen Bedürfnis zu machen, sei Ziel der neuen Gesellschaftsordnung. Robert Owen stellte seine Ideen 1825 im US-amerikanischen Repräsentantenhaus sehr selbstbewusst vor: «Nach der Entdeckung, dass Individuen immer durch die Umstände geformt werden, wie immer diese sein mögen, war es mein Bestreben, die Umstände zu beherrschen [...]. Auf diese Weise wurden die vorteilhaftesten Änderungen in der Bevölkerung unter meiner Obhut erreicht [...]. Durch die gleichen Mittel können weltweit Nächstenliebe, Wohlwollen und Güte zu den herrschenden Prinzipien in der Führung der Menschheit werden.» (Owen 1988: 85)

Zum anderen ging es um Kritik am Liebesideal der Moderne. Das bürgerliche Ideal der beständigen Liebe und der lebenslänglichen Ehe, das damit verbundene Besitzdenken und die Konstruktion von Geschlechtercharakteren (Emotionales = Frau vs. Rationales = Mann) sollten dem Prozess der «Hausfrauisierung» in der Moderne eine rationale und gesellschaftlich akzeptierte Grundlage geben. Nach Forschungen der Soziologin Ute Gerhard wurde dieses Ideal maßgeblich von Johann Gottlieb Fichte befördert. Die «Frau [stünde] ›der Natureinrichtung‹ der Ehe» nach «um eine Stufe tiefer als der Mann». Daher könne sie erst dann wieder auf eine Stufe mit ihm gelangen, wenn «sie sich zum Mittel der Befriedigung des Mannes macht». Sie erhalte «ihre ganze Würde erst dadurch wieder, dass sie es aus Liebe zu diesem Einen getan habe». Hier also kommt in der juristischen und rechtsphilosophischen Diskussion ausdrücklich die Liebe ins Spiel, als neuzeitliches, «modernes» Gefühl.» (Gerhard 2005: 453)

In (männlichen) Überlegungen zum Frauenideal des 18. Jahrhunderts ist von empfindsamen und alles verstehenden Gefährtinnen die Rede, die den Ausgleich «zwischen treulicher Erfüllung niederer weiblicher Pflichten» und weiblicher Würde schaffen. Anmutige Schwäche sei geradezu zur Modeforderung für die Frau geworden (Heilborn 1927: 143). Was Frauen von solchen Modeforderungen hielten, ist selten aufgeschrieben worden. Bekannt ist aber die Kritik der Schriftstellerin Charlotte von Kalb (1761–1843): «Ich kenne nichts Trivialeres als die Vorstellung unserer meisten Aufklärer, auch Dichter, über die Frauen.» (Zit. n. Müller 2014: 14)

Die utopischen Sozialisten hatten offensichtlich auch ein anderes Frauen- und Eheideal als die meisten Aufklärer. Sie, namentlich Charles Fourier, stellten Überlegungen etwa zur Sexualität, Homosexualität und zur Sexualität im Alter in einer zukünftigen Gesellschaft an und wandten sich insbesondere gegen eine Gleichsetzung von sexuellen Bedürfnissen und dem Bedürfnis nach Fortpflanzung. «Emanzipatorische Tendenzen der Mittelklassen und die solidarische Welt der Arbeiter berühren sich und es entsteht Neues. Ehen sollen nach einer Vorbereitungsphase frei geschlossen und nach einer Trennungsperiode auch wieder getrennt werden können, so eines der Ziele. Frauen sollten völlig gleichberechtigt sein», so der Philosoph Michael Brie mit Bezug auf Vorlesungen, die Robert Owen 1835 gehalten hat (Brie 2015: 42 f.).

Ende der 1920er Jahre brachte der marxistisch orientierte Psychologe und Geschlechterforscher Helmut Wagner noch einmal die utopischen Auffassungen zur Liebe im Sozialismus auf den Punkt: «Nur das Eine wissen wir, dass die Beseitigung des sexuellen Zwanges und die Offenheit einer sozialistischen Sexualbeziehung zu gesunden und reinen Verhältnissen zwischen den Geschlechtern führen müssen [...]. Die Dauerehe entspricht nicht dem Wesen des Menschen. Sie hat darum keine Zukunft mehr.» (Wagner 1928: 66)

Mir scheint, diese beiden Aspekte – ich nenne sie die «**Arbeitskorrektur**» und die «**Liebeskorrektur**» an der Moderne – sind tatsächlich notwendige, vielleicht sogar hinreichende Voraussetzungen, um sich eine menschenwürdige Gesellschaft denken zu können; um das «Monstrum Moderne» zähmen zu können. Arbeit nicht nur als Produzieren, sondern auch als Erhalten, Pflegen, Sorgen gemeint und Liebe im weitesten Sinne auch als «Zärtlichkeit der Völker» (Che Guevara) zu denken machen das menschliche Leben aus. Selbstbestimmt zu arbeiten und selbstbestimmt zu lieben – so sollte Kommunismus sein. Mit diesen Zielstellungen sollte die Moderne korrigiert werden.

Während in der frühsozialistischen Phase beide Aspekte oft noch gleichrangig behandelt wurden, auch in ihren Auswirkungen auf das Frauenleben, setzten spätere Theoretiker*innen hier klare Prioritäten.

Auf spätere Theoretiker ist auch die «Partei neuen Typus» – der scheinbar einzige Weg hin zu den kommunistischen Zielmarken – zurückzuführen. Heute wissen wir, dass der damit verbundene Stalinismus zu einer schwerwiegenden Missachtung des demokratischen Anspruchs der Moderne geführt und die kommunistische Idee

nachhaltig beschädigt hat. Der Religions- und Kultursoziologe Detlef Pollack plädiert deshalb dafür, von der DDR als von einer «semimodernen» Gesellschaft zu sprechen (Pollack 2001: 27). Von den Vordenker*innen war Rosa Luxemburg wohl die einzige, die diese Gefahr sah und (kurz vor ihrer Ermordung) auch niederschrieb. «Gewiss, jede demokratische Institution hat ihre Schranken und Mängel, was sie wohl mit sämtlichen menschlichen Institutionen teilt. Nur ist das Heilmittel, das Trotzki und Lenin gefunden: die Beseitigung der Demokratie überhaupt, noch schlimmer als das Übel, dem es steuern soll: Es verschüttet nämlich den lebendigen Quell selbst, aus dem heraus alle angeborenen Unzulänglichkeiten der sozialen Institutionen allein korrigiert werden können. Das aktive, ungehemmte, energische politische Leben der breitesten Volksmassen [...]. Jawohl: Diktatur! Aber diese Diktatur besteht in der Art der Verwendung der Demokratie, nicht in ihrer Abschaffung [...]. Sie muss das Werk der Klasse und nicht einer kleinen führenden Minderheit im Namen der Klasse sein.» (Luxemburg 1968: 130 f)

Bekanntlich wurden solche Überlegungen für den Sozialismus des 20. Jahrhunderts nicht weitergedacht und nicht realisiert, sodass der marxistisch orientierte Historiker Eric Hobsbawm rückblickend resümierte: «Das politische System der Sowjetunion, das später auch auf die sozialistische Welt ausgeweitet wurde, hatte [...] mit der demokratischen Seite der sozialistischen Bewegungen scharf gebrochen [...]. Die Ähnlichkeit mit einer Monarchie zeigt sich durch die Erbfolgetendenzen in einigen dieser Staaten (beispielsweise Nordkorea und Rumänien) – eine Entwicklung, die früheren Sozialisten und Kommunisten völlig absurd erschienen wäre.» (Hobsbawm 1994: 482 u. 741)

An einige der «früheren Sozialisten und Kommunisten» sei erinnert: «**August Bebel** spricht sich für die Entfaltung und Befriedigung menschlicher Bedürfnisse aus, bezieht diese aber auf Arbeit und nicht auf Liebe und Sexualität [...]. Er setzt monogame und heterosexuelle Beziehungen als sittliche Norm und überschreitet damit nicht die Vorstellungen von Liebe der bürgerlichen Ideologie.» (Volk 2018: 136 f.) Auch in den theoretischen Schriften **Clara Zetkins** dominiert die «Arbeitskorrektur», allerdings zeigte sie mit ihren Bildungsvorträgen und vor allem mit ihrem Leben ihre Haltung zum Thema Liebe und sexuelle Selbstbestimmung (Hervé 2008: 24 f.). Von ihr wissen wir auch, was **Lenin** von den Debatten um die «Befreiung der Liebe» – die Praxis könne er nicht beurteilen – hielt. Er bekannte sich uneingeschränkt zu Bebel und befürchtete, dass die Beschäftigung mit dem Liebesthema das Klassenbewusstsein der Proletarierinnen trüben könnte (Zetkin 1957b: 68). «Der Kommunismus soll nicht Askese bringen, sondern Lebensfreude, Lebenskraft auch durch erfülltes Liebesleben. Jedoch meiner Ansicht nach gibt die jetzt häufig beobachtete Hypertrophie des Sexuellen nicht Lebensfreude und Lebenskraft, sie nimmt nur davon. In dem Zeitalter der Revolution ist das schlimm, ganz schlimm» (ebd.: 74). Im Unterschied dazu verfolgte **Alexandra M. Kollontai** auch in ihren konzeptionellen Schriften, etwa in dem 1918 veröffentlichten Werk «Die neue Moral und die Arbeiterklasse», unmiss-

verständlich die Liebeskorrektur, die Neugestaltung der Geschlechterbeziehungen in der zukünftigen sozialistischen Gesellschaft (vgl. Kollontai 1977).

Der Soziologe und «Sowjetunion-Experte» Helmut Steiner sprach am Anfang dieses Jahrhunderts in der Leibniz-Sozietät Berlin von einer «offiziell eingeschränkten sowjetischen Sicht» auf Kollontai, die sich auf die Rezeption in der DDR ausgewirkt hätte: Ihre konzeptionellen Veröffentlichungen seien «verschwiegen, bestenfalls erwähnt, zum Teil verurteilt, auf keinen Fall behandelt oder differenziert diskutiert» worden (Steiner 2004: 83 f.). Dabei sei es auch die «Ideenwelt der russischen Aufklärung» (ebd.: 93) gewesen, die Kollontai zu ihrem Sozialismusverständnis geführt habe.

Daraus ist zu schließen, dass zwischen den Vordenker*innen, die es gab, und den Vordenker*innen, die in der DDR als «Klassiker der Arbeiterbewegung» gewürdigt, gelesen, ernst genommen wurden, zu unterscheiden ist. Bebel und Lenin gehörten uneingeschränkt, Zetkin und Luxemburg partiell und Kollontai gar nicht zur Pflichtliteratur für die weltanschauliche Grundausbildung in der DDR. «Erst in den 1980er Jahren kamen die Werke Alexandra Kollontais dem erstaunten DDR-Publikum unter die Augen.» (Kaufmann 2015: 119)

Das heißt, von den beiden Korrekturen an der Moderne kam in der DDR nur die eine, nur die Arbeitskorrektur an. **Der real existierende Sozialismus als halb korrigierte Moderne.** Wenn heute vom vorherrschenden Ökonomismus in der Arbeiterbewegung gesprochen wird, dann gilt das nicht für die Entstehungsphase dieser Menschenrechtsbewegung.

Bebels Hauptwerk «Die Frau und der Sozialismus» jedenfalls war grundlegend für die Frauenpolitik in der DDR. Bebel beschreibt hier sehr anschaulich, wie in der angestrebten sozialistischen Gesellschaft das Ende der Männerherrschaft erreicht werden soll, wie also der Gleichstellungsprozess zwischen den Geschlechtern vor sich gehen soll, nämlich durch Einbeziehung der Frauen in die Öffentlichkeit, in die Berufsarbeit und die zugehörige Bildung – bei gleichzeitiger Vergesellschaftung der Hausarbeit. «Es ist an ihr, zu beweisen, dass sie ihre wahre Stellung in der Bewegung und in den Kämpfen der Gegenwart für eine bessere Zukunft begriffen hat und entschlossen ist, daran teilzunehmen. Sache der Männer ist es, sie in der Abstreifung aller Vorurteile und in der Teilnahme am Kampfe zu unterstützen.» (Bebel 1954: 613) Gleichstellung der Geschlechter war diesen Überlegungen³ zufolge ein auf den Arbeitsprozess bezogenes Heranführen der Frauen an Männerniveau, wobei die verständnisvolle Unterstützung der Männer gefordert bzw. unterstellt wurde.

Die Würdigung, die Clara Zetkin auf dem Gothaer Parteitag 1896 für dieses Buch zum Ausdruck brachte, lese ich heute so, dass sie an August Bebel vor allem den unentbehrlichen Agitator schätzte, während sie in seinen theoretischen Überlegungen wohl auch Mängel entdeckt hatte. Sie zitiert in ihrer Gothaer Rede zunächst Friedrich

3 Nach Chantal Louis wurde August Bebel bei diesen Überlegungen stark von Louise Otto-Peters inspiriert (Louis 2019: 87).

Engels mit dem berühmten Satz von der ersten und ältesten Form der Klassenherrschaft⁴ und kommt erst danach auf Bebel zu sprechen: «Noch ein anderes Ereignis ist in Betracht zu ziehen. Ich meine das Erscheinen von August Bebels Buch «Die Frau und der Sozialismus». Es darf nicht nach seinen Vorzügen oder Mängeln bewertet werden, es muss beurteilt werden nach der Zeit, in der es erschien. Und da war es mehr als ein Buch, es war ein Ereignis, eine Tat (Zuruf: sehr richtig!). Zum ersten Mal wurde darin den Genossen klargelegt, in welchem Zusammenhang die Frauenfrage mit der geschichtlichen Entwicklung steht. Zum ersten Mal ertönte aus diesem Buch der Ruf: Wir können die Zukunft nur erobern, wenn wir die Frauen als Mitkämpferinnen gewinnen. Wenn ich das anerkenne, so spreche ich nicht als Frau, sondern als Parteigenossin.» (Zetkin 1957a: 102)

Bevor sie «auch als Frau» ihre Gleichstellungsvisionen für die zukünftige sozialistische Gesellschaft veröffentlichte, fanden in der deutschen Arbeiterbewegung heftige Debatten zu diesem Thema statt. So schrieb Käthe Duncker Ende Oktober 1896, also zwei Wochen nach dem Gothaer Parteitag, von Hamburg aus an ihren Mann: «Nach einem heißen Tag nun noch ein paar Worte, lieber Schatz. Wir haben heute (im Lesezirkel) Frau Zetkins «Arbeiterinnen- und Frauenfrage» gelesen, um zunächst einmal eine Grundlage [...] zu legen. Erbitterte Debatte über Familienleben, Ehe und Kindererziehung. Endlich Einigung auf den Punkt, dass den Kindern die Erziehung durch die Mutter gewährleistet werden müsste, weil sie allein einer individuellen Entwicklung entspricht; dass aber dadurch die Frau nicht wieder in ökonomische Abhängigkeit vom Mann zurückgedrängt werden darf, sondern dass der Staat ihr für die Erziehung und Pflege der Kinder eine Vergütung zu leisten hat, dann aber auch das Recht hat zu verlangen, dass die Frau einigermaßen für ihre Aufgabe vorbereitet sei: obligatorische Dienstzeit der Frau in Kinderpflegeanstalten und Kindergärten, etwa zwei Jahre, damit sie die physischen und psychischen Bedürfnisse kennen und in der richtigen Weise befriedigen lernt. Hat sie diese Vorbildung (die unentgeltlich sein muss und während welcher auch der Unterhalt gesichert sein muss) nicht, so hat der Staat das Recht, sie von der Erziehung ihrer Kinder auszuschließen. Was meinst Du, ich hätte Lust, diesen Gedanken zu einer kleinen Arbeit auszuspinnen? Bitte um Deine klare und deutliche Meinung darüber.» (Zit. n. Deutschland 2016: 59)

Die Frauen der deutschen Sozialdemokratie hielten es demnach für erforderlich, die Bebel'schen Gleichstellungsideen zu ergänzen, und führten deshalb «erbitterte Debatten». Dabei fielen die Kontroversen zwischen Lily Braun und Clara Zetkin besonders auf. Im «Lebensbild» Lily Brauns berichtet ihre Biografin Julie Vogelstein von der Unduldsamkeit der Genossen und der Feindseligkeit der Frau Zetkin. Dabei war Braun ebenso wie Zetkin von der überragenden Bedeutung weiblicher Berufstätigkeit überzeugt, und wohl auch von der Notwendigkeit der «Befreiung der Liebe», wie Vo-

4 «Er ist in der Familie der Bourgeois, die Frau repräsentiert das Proletariat.» (MEW 21: 75)

gelstein schreibt: «Nur wer durch Arbeit reif geworden – und darunter versteht Lily immer die Berufsarbeit – könne der allgemeinen Sache gewonnen werden [...]. Denn das Weib, das sich selbst achte, das von der Liebe den höchsten Begriff habe [...], wolle seine Kraft im Beruf betätigen und nicht im häuslichen Kleinkram aufreiben.» (Vogelstein o. J.: 55) Nach scharfen Kritiken Clara Zetkins an den Auffassungen von Lily Braun, etwa an den «Einküchen-Häusern», die Braun für eine Lösung des Hausarbeitsproblems hielt, durfte sie nicht mehr in der von Zetkin redaktionell betreuten Zeitschrift *Gleichheit* veröffentlichen. (Ebd.: 64)

1899 – Bebels Buch war mindestens in der 30. Auflage erschienen – schrieb Clara Zetkin ihren Artikel «Der Student und das Weib», der in der DDR nicht veröffentlicht werden durfte. Hier heißt es: «Erschließt die Berufstätigkeit der Frau die Welt, so gibt sie dem Manne das Heim zurück. Denn wenn die Frau auf allen Gebieten menschlichen Schaffens als Mitarbeitende neben dem Manne steht, so gewinnt dieser Zeit und Kraft, als Mitarbeitender beim Ausbau des Heims und der Erziehung der Kinder neben der Frau zu wirken [...]. Sie beansprucht, in seiner Welt heimisch zu werden und ihm im Heim eine Welt zu erschließen [...]. Es grüße deshalb der Bürger im Reiche der Wissenschaft und der Kunst die soziale Revolution, weil sie die gesellschaftlichen Vorbedingungen für weibliches Vollmenschentum schafft! Sie stellt ihm die Mitarbeitende, die ebenbürtige Gefährtin zur Seite.» (Zit. n. Hervé 2008: 62 u. 64)

Im Unterschied zu den Visionen August Bebels war Gleichstellung der Geschlechter diesen Überlegungen zufolge als Entwicklungsprozess für Frauen *und* Männer gedacht mit dem gemeinsamen Ziel eines «harmonischen Auslebens als Vollmensch». Zetkin siedelt ihre utopischen Gedanken zwar in der Sphäre der Arbeit an, aber der ungewöhnliche Terminus «Vollmensch», der bei ihr mehrfach vorkommt, könnte darauf hindeuten, dass sie an mehr als den Arbeitsprozess dachte.

Auch Clara Zetkin war davon überzeugt, dass die veränderte Produktionsweise im Sozialismus zur Überwindung der männlichen Vorherrschaft führt. Ob sie allerdings die in der westlichen Linken daraus abgeleitete These vom Haupt- und Nebenwiderspruch (die in der DDR nicht verbreitet war) mitgetragen hätte, wage ich nicht zu beurteilen. Ihre «Erinnerungen an Lenin» über Gespräche zur Sexual- und Ehefrage, in denen zwar nicht von Widerspruch, aber von Hauptsache und Nebensache die Rede ist, zeigen sie eher als disziplinierte ZuhörerIn denn als OpponentIn. Hier ein längeres Zitat aus den Erinnerungen, die sie 1925 veröffentlichte:

«Noch ehe ich antworten konnte, fuhr Lenin fort: Ihr Sündenregister, Clara, ist noch größer. Es wurde mir erzählt, dass in den Lese- und Diskussionsabenden der Genossinnen besonders die sexuelle Frage, die Ehefrage behandelt werde. Sie sei Hauptgegenstand des Interesses, politischer Unterrichts- und Bildungsgegenstand. Ich glaubte meinen Ohren nicht trauen zu dürfen, als ich das hörte. Der erste Staat der proletarischen Diktatur ringt mit den Gegenrevolutionären der ganzen Welt. Die Lage in Deutschland selbst fordert die größte Konzentration aller proletarischen, revolutionären Kräfte zur Zurückwerfung der immer mehr vorwärtsdringenden Gegen-

revolution. Die tätigen Genossinnen aber erörtern die sexuelle Frage und die Frage der Eheformen in Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft. Sie halten es für ihre wichtigste Pflicht, die Proletarierinnen darüber aufzuklären.

Ich warf hier ein, dass die sexuelle Frage und die Ehefrage unter der Herrschaft des Eigentums und der bürgerlichen Ordnung vielgestaltige Probleme, Konflikte, Leiden für die Frauen aller sozialen Klassen und Schichten zeitige [...].

Lenin nickte lächelnd. – Da haben wir's. Sie sind eine advokatische Verteidigerin Ihrer Genossinnen und Ihrer Partei! Natürlich stimmt das, was Sie sagen. Aber damit wird der in Deutschland begangene Fehler im günstigsten Falle entschuldigt, gerechtfertigt wird er nicht. Es ist und bleibt ein Fehler [...]. Worauf denn läuft die unzulängliche, unmarxistische Behandlung der Frage hinaus? Dass die Sexual- und Ehefrage nicht als Teil der großen sozialen Frage erfasst wird. Umgekehrt, dass die große soziale Frage als ein Teil, als ein Anhängsel der Sexualprobleme erscheint. Die Hauptsache tritt als Nebensache zurück.» (Zetkin 1957b: 65 ff.)

Soweit der historische Text,⁵ der nicht die Frauenfrage als Ganzes zur Nebensache stempelt, sondern nur die Liebeskorrektur, für die nach Lenins Auffassung Anfang der 1920er Jahre die Zeit ungeeignet war. Die Einbeziehung der Frauen in den beruflichen Arbeitsprozess und die zugehörige Bildung jedoch gehörten auch für Lenin zu den sozialistischen Selbstverständlichkeiten. Viele seiner Reden bestätigten das, auch die vor parteilosen Arbeiterinnen in Moskau vom September 1919, in der es ihm vor allem um die Charakterisierung der Hausarbeit ging: «Die Hauswirtschaft ist in den meisten Fällen die unproduktivste, die barbarischste und schwerste Arbeit, die die Frau verrichtet. Es ist eine sich im allerengsten Rahmen bewegende Arbeit, die nichts enthält, was die Entwicklung der Frau irgendwie fördern könnte.» (Lenin 1961: 26) Darüber hinaus plädierte Lenin für eine «kräftige internationale Frauenbewegung» (Zetkin 1957b: 59) und für eine Umerziehung der Männer, auch der Proletarier: «Ich kenne das Arbeiterleben – und nicht bloß aus Büchern. Unsere kommunistische Arbeit unter den Frauenmassen, unsere politische Arbeit unter ihnen, schließt ein großes Stück Erziehungsarbeit unter den Männern in sich ein. Wir müssen den alten Herrenstandpunkt bis zur letzten, feinsten Wurzel ausrotten – in der Partei und bei den Massen.» (Ebd.: 86)

Zwischenfazit: Die hier betrachteten Theoretiker*innen der Arbeiterbewegung sahen übereinstimmend und mit Bezug auf die damalige Frühgeschichtsforschung einen engen Zusammenhang zwischen der Klassen- und der Frauenfrage, bedingt durch die (vermutete) gemeinsame Ursache: das Privateigentum an Produktionsmitteln. Die Vorstellung, dass die Abschaffung dieses Privateigentums, die «Enteignung der

5 Die Regisseurin Elsa Rassbach hat 1972 diesen Text zur Grundlage ihres satirischen Films «His-Story» gemacht, weil aus ihrer Sicht die Debatten in der westdeutschen Studentenbewegung der 1960er Jahre «auch so ähnlich abliefen», besonders wenn Männer über «Theorie» redeten (vgl. Kätzel 2002: 73).

Enteigner», zum Ende der Klassenherrschaft führt, war nur folgerichtig. Wie diese Abschaffung aber zum Ende der Männerherrschaft führen sollte, dazu gab es unterschiedliche Überlegungen: die **Bebel'sche** und **Lenin'sche**, die ausschließlich auf weibliche Berufsarbeit und die dafür erforderliche Qualifizierung setzte, begleitet von der Ausrottung des alten Herrenstandpunktes; die **Zetkin'sche**, die darüber hinaus weibliche Qualifizierung für die Privatheit und auch männliche Hausarbeit in Aussicht stellte; die **Kollontai'sche**, die außer Veränderungen im Arbeitsprozess auch die Neugestaltung der Geschlechterbeziehungen in der Partnerschaft anstrebte.

Exkurs: Das Patriarchat geht der Klassengesellschaft historisch voraus

An dieser Stelle ist ein Exkurs in die aktuelle Frühgeschichtsforschung erforderlich: Die Engels'sche These von der «weltgeschichtlichen Niederlage des weiblichen Geschlechts» im Zusammenhang mit der Entstehung von Klassen bzw. die Forschungsergebnisse von Morgan und Bachofen werden seit vielen Jahren infrage gestellt. Hier ist an Margaret Meads «Mann und Weib» aus den 1950er Jahren zu erinnern, auch an den VII. Kongress der International Union of Anthropological and Ethnological Sciences (IUAES) 1964 in Moskau (vgl. Hörz 1968), vor allem aber an weltweit vernetzte Gruppen von Feministinnen, die die These vertreten, dass matriachale, lebenserhaltende Verhaltensweisen von Anfang an die Menschheitsentwicklung geprägt haben, dass solche Verhaltensweisen bis heute wirksam sind und vor allem nach politischen Katastrophen dafür sorgen, dass das Leben weitergeht. Die antifaschistischen Frauenausschüsse, die ab dem Frühjahr 1945 in allen vier Besatzungszonen Deutschlands gegründet wurden, sind ein beredtes Beispiel für solche matriachalen Verhaltensmuster. Eine «weltgeschichtliche Niederlage» gab es nach dieser Auffassung nie.

Andere Forschungsrichtungen zweifeln aus anderen Gründen an der «weltgeschichtlichen Niederlage», weil sie nämlich keine Belege dafür finden, dass es in der Menschheitsgeschichte ein Matriarchat im Sinne der Engels'schen «Weiberherrschaft» gegeben hätte. «Es ist keine einzige Gesellschaft bekannt, in der Frauen als Gruppe eine Entscheidungsgewalt über Männer hatten oder in der sie die Regeln des Sexualverhaltens bestimmten.» (Lerner 1991: 51) Die jetzt noch bestehenden nicht patriarchalen Gesellschaften in Finnland, auf Sumatra, in Süd-West-China, in Indien, in Westafrika und anderen Regionen der Erde werden hinsichtlich ihrer Sozialordnung als «egalitäre Konsensgesellschaften» (Göttner-Abendroth 2004: 23) bezeichnet. Denn über Jahrtausende (oder gar Jahrmillionen?) hinweg hätte es in der Urzeit egalitäre Gesellschaften gegeben, die von einer gegenseitigen wirtschaftlichen Abhängigkeit geprägt waren. Folglich interessiert, wie aus egalitären Gesellschaften patriarchale wurden.

Vor allem seit den 1970er Jahren liegt zu diesem Thema eine beeindruckende Menge anthropologischer, ethnografischer, psychoanalytischer, soziologischer und historischer Studien vor. Die US-amerikanisch-österreichische Historikerin Gerda Lerner (1920–2013) hat für ihre in den 1980er Jahren veröffentlichte Publikation

«Die Entstehung des Patriarchats» solche Studien ausgewertet, sich außerdem auf die Religionsgeschichte und auf andere kulturelle Spuren (etwa auf Homer) bezogen und eigene Forschungen über das alte Mesopotamien angestellt. Ihr Fazit: «Das System des Patriarchats ist ein historisches Konstrukt. Es hat einen Anfang, und es wird ein Ende haben. Seine Zeit scheint zur Neige zu gehen, denn es dient nicht länger den Bedürfnissen von Männern und Frauen. Und seine unauflöbliche Verstrickung mit Militarismus, hierarchischer Struktur und Rassismus ist eine unmittelbare Bedrohung für den Fortbestand des Lebens auf unserem Planeten.» (Lerner 1991: 283)

Lerner (sie war Anfang der 1950er Jahre der Kommunistenverfolgung in den USA ausgesetzt) beschäftigte sich gründlich mit der Engels'schen Schrift bzw. mit den ethnografischen Befunden, auf die Engels seine Argumentationen stützte. Vor allem mit Bezug auf Claude Lévi-Strauss (1969) und Quentin Meillassoux (1972) ist sie der Auffassung, dass der sogenannte Frauentausch, insofern die Kontrolle und Nutzbarmachung der weiblichen Sexualität, letztlich der Gebärfähigkeit, schließlich zu Gesellschaften führte, die im Zusammenhang mit anderen Einflussfaktoren Männerherrschaft hervorbringen konnten. «Es sei darauf hingewiesen, dass nach Meillassoux' Modell die Kontrolle der Fruchtbarkeit der Frau (ihrer Sexualität) der Inbesitznahme von Eigentum *vorangeht*. So stellt Meillassoux Engels auf die Füße.» (Lerner 1991: 75, Hervorhebung i. O.) Ausgangspunkt für den Frauentausch – hier stützt sich Lerner auch auf Cyril Dean Darlington (1969) – sei das instinktive Bestreben gewesen, die Bevölkerungsgröße in einem bestimmten Lebensraum optimal zu erhalten, auf diese Weise die Gruppe zu stabilisieren; ein Bestreben, das es im Tierreich nicht gibt. Das hätte einerseits zu Abtreibungen und (auch rituellen) Kindstötungen geführt, andererseits zum «Importieren» von Frauen. Die sexuelle und reproduktive Fähigkeit der Frauen sei verdinglicht worden. Das alles hätte in einem langen Zeitraum zwischen Jäger- und Sammlerzeit und Sklavenzeit (die zunächst nur Sklavinnenzeit war) stattgefunden.

Lerner nennt ihre Forschungsergebnisse «Arbeitshypothese», «weil wir sehr wahrscheinlich nie genau wissen werden, was tatsächlich geschehen ist» (Lerner 1991: 60), und wendet sich ausdrücklich gegen Auffassungen, die behaupten, dass Frauen als Ganzes verdinglicht, also einflusslos gemacht worden wären. Vielmehr hätten Frauen und Männer in einem fast 2.500 Jahre währenden Prozess das Patriarchat gemeinsam geschaffen und seitdem – unter sehr unterschiedlichen Bedingungen – gemeinsam erhalten. Heute seien sie aufgefordert, es gemeinsam zu beseitigen (ebd.: 263 ff.).

Ende des Exkurses

Mit Blick auf die zeitgenössische Forschung ist also festzuhalten, dass sich «die ethnografischen Informationen, auf die Engels seine Verallgemeinerungen stützte, [...] als unzutreffend erwiesen [haben]» (Lerner 1991: 41): Das Patriarchat ist nicht zeitgleich mit, sondern lange vor der Klassengesellschaft entstanden. Es gibt keinen Grund anzunehmen, dass mit dem Ende der Klassenherrschaft, mit der Schaffung von Gemeineigentum an Produktionsmitteln, auch die Herrschaft des Mannes über die Frau

endet. Ein sozialistisches Patriarchat ist nicht nur denkbar, sondern inzwischen auch im Rückblick analysierbar. Gesellschaftsprojekte des 21. Jahrhunderts haben zu berücksichtigen, dass der Geschlechterwiderspruch ein stabiler klassenübergreifender, «rassen-»übergreifender, generationenübergreifender Widerspruch ist, der wissenschaftlich und politisch ernst genommen werden muss.

Oder – um auf die feministischen Diskussionen Bezug zu nehmen: Die Beziehungen zwischen Feminismus und Marxismus sind nicht mit einer «unglücklichen Ehe» (vgl. Hartmann 1983) vergleichbar, vielmehr ähnelt die Beziehung zwischen Patriarchat und Kapitalismus einem Eltern-Kind-Verhältnis. Ob glücklich oder nicht, aus einer solchen Beziehung kann niemand wirklich ausbrechen. Das Patriarchat ist – historisch betrachtet – die grundlegende Gesellschaftsstruktur. Verena Stefan hat das in ihrem Kultbuch «Häutungen» schon in den 1970er Jahren mit dem Sinnspruch umschrieben: «Sexismus geht tiefer als Rassismus als Klassenkampf.» (Zit. n. Gröschner 2018: 83) Allerdings ist das kapitalistische Patriarchat nicht, wie Maria Mies meint, seine «jüngste [...] Äußerungsform» (Mies 1983: 23). Es wurde sowohl durch die europäische Moderne als auch durch erste Sozialismusversuche gravierend verändert, aber nicht abgeschafft.

Es muss offenbleiben, ob die älteste strukturelle Prägung auch die für die aktuelle Politik wichtigste sein muss, ob es überhaupt generelle Hauptsachen und generelle Nebensachen geben darf, wenn von gesellschaftlichen Widersprüchen die Rede ist. Mit der Erfahrung eines letztlich untauglichen Gesellschaftskonzepts belastet oder, andersherum, mit dieser Erfahrung ausgestattet, plädiere ich für eine nicht hierarchisierende Sicht auf solche Widersprüche.

Die aktuellen Ergebnisse der Frühgeschichtsforschung sind in der DDR nicht mehr rezipiert worden. Aber die damit verbundenen Fragen, die immer lauter werdenden Zweifel an der These, dass die Frauenfrage Bestandteil der Klassenfrage sei, spielten in den Publikationen der letzten DDR-Jahre (vgl. Dölling 1990) eine Rolle, in den Debatten der westlichen Linken sowieso. «Die Streitfrage [...] ist immer noch, ob Frauenunterdrückung mit gesellschaftlichen Verhältnissen der Ausbeutung, der privaten Aneignung von gesellschaftlichem Reichtum verbunden ist oder ob sich der Widerspruch im Mann-Frau-Verhältnis unabhängig von den ökonomischen Grundverhältnissen herausbilden konnte», so Alma Steinberg Mitte der 1980er Jahre in einer Veröffentlichung des Instituts für Marxistische Studien und Forschungen in Frankfurt am Main (Steinberg 1986: 7).

Wohlgemerkt: Als unzutreffend hat sich lediglich erwiesen, dass der Geschlechterwiderspruch und der Klassenwiderspruch auf dieselbe historische Situation zurückgeführt werden können, dass die Zusammenhänge⁶ zwischen Frauenfrage und

6 Ein Zusammenhang zwischen zwei Erscheinungen besteht dann – das wissen wir aus der Statistik –, wenn eine Veränderung in einer Erscheinung eine Veränderung in der anderen nach sich zieht. Die Ursache des Zusammenhangs bleibt dabei außerhalb der Betrachtung.

Klassenfrage also «privateigentums-mäßig» zu erklären sind. Dass es aber diese Zusammenhänge gibt, dass die von Gerda Lerner beschriebene «unauflösbare Verstrickung» zwischen Männerherrschaft und Militarismus (siehe Exkurs oben) oder dass der von Frigga Haug beschriebene «Herrschaftsknoten» zwischen Frauenunterdrückung und kapitalistischer Ausbeutung eine existenzielle Gefahr für die Menschheit bedeutet – an all dem ist nicht zu zweifeln.

Insofern ist auch nicht daran zu zweifeln, dass es ernst zu nehmende Unterschiede zwischen dem kapitalistischen und dem sozialistischen Patriarchat gibt. Mit Blick auf die Moderne und deren «halbe Korrektur» wird deutlich, dass in der DDR wichtige gesellschaftliche Erfahrungen gemacht und im Bereich der Bildungs-, Kultur- und Arbeitspolitik wichtige Entscheidungen getroffen worden sind, die nicht vergessen werden sollten und an die sich anknüpfen lässt. «Dieses System hat [...] vielen Menschen 40 Jahre lang geholfen, die aufklärerische und humanistische deutsche Tradition kennenzulernen und sich anzueignen. Man kann schon sagen, dass in der DDR in einer klassenübergreifenden Breite so etwas entstanden ist wie eine – vorsichtig gesagt – nicht ungebildete Nation. Der Zugang zu Literatur, Kunst, Musik war staatlich gestützt, und es gab keine traditionellen Schranken für diesen Zugang. Dies wird nicht ohne Folgen bleiben», so Friedrich Schorlemmer in einem Gespräch mit Daniil Granin am 28. Mai 1990 in Leningrad (Schorlemmer 1991b: 77).

Gleichzeitig war Arbeit ein kulturelles Gut, war weibliche Berufstätigkeit nicht nur mit einer «Erwerbsneigung» zu begründen, waren die Menschen, die miteinander arbeiteten, oft auch emotional verbunden, prägten die Konflikte und Potenziale des beruflichen Arbeitsprozesses auch das Privatleben. Deshalb ist die nach 1990 häufig anzutreffende These «Arbeit und Leben wurden in der DDR vermengt» (u. a. Irmischer 2000: 355) nicht sachgemäß: Arbeit sollte – dem Gesellschaftskonzept entsprechend – vom Leben nicht getrennt werden, sollte als Teil des Lebens zu Glück und Zufriedenheit führen. Insofern ist die Trennung von Arbeit und Leben zu problematisieren, denn das Sprechen von «Vermengung» setzt diese Trennung voraus.

Mit der kulturellen Bedeutung von Arbeit hängt zusammen, dass sich die Sozialwissenschaft in der DDR bewusst von den westlichen Debatten um die «Humanisierung der Arbeitswelt» abgrenzte, die in den 1960er Jahren begannen. Ein solcher Prozess sei in der DDR nicht notwendig, weil «sozialistische Arbeit [...] ihrem sozialökonomischen Wesen nach humane Arbeit [ist], Arbeit ohne soziale Antagonismen (wie sie z. B. in der Ausbeutung zum Ausdruck kommen)» (Stollberg 1978: 229). Die Überzeugung, dass berufliche Arbeit für den Lebenssinn, für das Gefühl, gebraucht zu werden, entscheidend ist, war auch bei Frauen fest verankert (vgl. Szepansky 1995). Die Berufstätigenquote der Frauen lag Ende der 1980er Jahre in der DDR bei über 90 Prozent, wenn man die Lernenden und Studierenden mit einbezieht.

Gleichzeitig war die Arbeit von Kindern in der DDR nicht nur, wie für die BRD konstatiert, «ein Trockenschwimmkurs, weil pädagogische Institutionen [...] den Ernstcharakter des Lebens der Erwachsenen nur simulieren» (Büchner 1996: 16).

Dass Kinder arbeiteten, hatte hier sehr wohl Ernstcharakter und prägte das Selbstbewusstsein der Kinder (Gysi 1989: 162). Die Gewinne der schulischen Altstoffsammlungen waren Bestandteil des Volkswirtschaftsplans (vgl. SAPMO DY 25/2656, unpag.), die Familien waren auf verantwortungsbewusstes Verhalten der älteren Kinder (etwa gegenüber den jüngeren Geschwistern) angewiesen. «Die Tätigkeiten der Kinder waren für das häusliche Funktionieren unverzichtbar» (Kirchhöfer 1998: 117), konnten allerdings auch zu nachhaltigen familiären Konflikten führen (vgl. Dölling 2000: 238 f.).

Verständlich wird aber auch, warum das Familiengesetzbuch von 1965, um das Hilde Benjamin⁷ fast 20 Jahre gekämpft hatte und das hinsichtlich männlicher Verantwortung für die familiäre Entwicklung bahnbrechend war und weltweit als modern galt, dennoch von lebenslänglicher Ehe und von Vater-Mutter-Kind-Familie ausging. Verständlich wird, warum auch in der DDR mit dem Abtreibungsrecht zögerlich umgegangen wurde, warum häusliche Gewalt ein Tabuthema blieb, warum zu Alleinerziehenden-Familien nicht geforscht und wenig informiert wurde (Gysi/Meyer 1993: 145 f.), warum Lesben und Schwule gezwungen waren, sich unter den Dächern der Kirchen zu vernetzen.

Vielleicht kann es als Ironie der Geschichte bezeichnet werden, dass der erste und einzige DEFA-Film, der sich bezüglich Homosexualität zur «Liebeskorrektur» bekannte, nämlich «Coming Out» (Regie: Heiner Carow), genau am 9. November 1989 Premiere hatte, also an dem Tag, an dem das Ende der DDR eingeläutet wurde.

Aus meiner Sicht steht eine ausgewogene Analyse des zusammengebrochenen Sozialismus im Spannungsfeld zwischen Tradition und Moderne noch immer auf der sozialwissenschaftlichen Tagesordnung, insofern auch eine Analyse des sozialistischen Patriarchats, seiner Ähnlichkeiten und seiner Unterschiede zum kapitalistischen.

Ich verwende den Begriff Patriarchat, wohl wissend, dass es keine unumstrittene Definition dafür gibt. Und auch wohl wissend, dass die Feministinnen der Welt (vgl. etwa *Das Argument* 6/2018) sehr unterschiedliche Auffassungen im Hinblick auf die Aktualität des Begriffs vertreten. Die Australierin Raewyn Connell schlägt vor, «den Begriff als Adjektiv zu verwenden, also von ›patriarchalen‹ Mustern von Geschlechterverhältnissen, Grundbesitz, Gewalt oder was auch immer zu sprechen» (Connell 2018: 813), und ergänzt damit die Vorstellungen von Annette Kuhn (2010), die seit vielen Jahren von «matriarchalen Mustern» spricht und schreibt. Die Österreicherin Eva Cyba, die vor einigen Jahren die unterschiedlichen Patriarchatsdefinitionen recherchiert und zusammengetragen hat, kommt zu dem Schluss, dass alle Definitionen auf soziale Ungleichheit zwischen den Geschlechtern und auf asymmetrische Machtbeziehungen verweisen – und auf die Tatsache, dass es sich dabei nicht um ein natürliches Phänomen handelt (Cyba 2004: 15). In einem aktuelleren Aufsatz sieht Ilse Lenz

7 Hilde Benjamin, Rechtswissenschaftlerin, war von 1953 bis 1967 Justizministerin der DDR und ist in dieser Funktion bis heute heftig umstritten (vgl. dazu Heye 2014).

darüber hinaus noch die «ungleiche kulturelle Repräsentation der Geschlechter», «die Normierung und Kontrolle der weiblichen Sexualität» sowie «geschlechtliche Gewalt gegen Frauen (und untergeordnete Männer)» als Indikatoren für patriarchale Gesellschaften (Lenz 2018: 829).

All diese Merkmale treffen auch auf den realen DDR-Sozialismus zu, wobei für die führende Partei «asymmetrische Machtbeziehungen» noch eine sehr männerfreundliche Umschreibung der damaligen Realität ist, denn im höchsten Entscheidungsgremium der DDR – dem Politbüro beim ZK der SED (Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands) – gab es niemals ein weibliches Mitglied. Elli Schmidt war über drei Jahre, Edith Baumann und Luise Ermisch waren über je fünf Jahre, Inge Lange war über 16 Jahre und Margarete Müller über 26 Jahre «Kandidatin des Politbüros», das hieß, auf höchster Ebene zwar zuhör-, aber nicht stimmberechtigt zu sein.

Auch fällt es nicht schwer, soziale Ungleichheit zwischen den Geschlechtern nachzuweisen, und zwar sowohl im Privaten – Frauen verrichteten bis zum Ende der DDR 70 bis 80 Prozent der unbezahlten Hausarbeit – als auch im Öffentlichen: Die Tarifpolitik sah für sogenannte Frauenberufe geringere Entlohnungen als für andere vor (SZS 1990: 181). Und so lassen sich auch für die «ungleiche kulturelle Repräsentation», nicht zuletzt belegbar durch die oben beschriebene ungleiche Geschichtsschreibung, und für die anderen genannten Patriarchats-Indikatoren DDR-Belege finden.

Wer (wie ich) davon überzeugt ist, dass der Sozialismus des 20. Jahrhunderts an seinen eigenen Defiziten zerbrochen ist, und wer gleichzeitig die gegenwärtige Gesellschaft nicht für zukunftsfähig hält, kommt nicht umhin, eine Analyse der Defizite zu fordern. Das Patriarchat gehört dazu, ebenso die Erscheinungen, die nach Gerda Lerner unauflöslich mit dem Patriarchat «verstrickt» sind: hierarchische Strukturen etwa.

Bezogen auf politische Macht wurden solche Strukturen in den letzten DDR-Wochen eindrucksvoll infrage gestellt – mit dem Zentralen Runden Tisch (siehe Zeitleiste, S. 186). Bezogen auf das Verhältnis zwischen Öffentlichkeit und Privatheit steht das Infragestellen der Hierarchie noch aus.

2.2 Die Dialektik zwischen Öffentlichkeit und Privatheit

Dass die Privatheit, in der «das Leben» produziert wird, weniger wichtig ist, weniger fortschrittlich ist, weniger politischen Einfluss haben sollte als die Öffentlichkeit, in der bestenfalls Lebensmittel – oft auch Tötungsmittel – produziert werden, ist aus humanistischer Perspektive nicht einleuchtend, aus patriarchaler schon. Die Bonner Historikerin Annette Kuhn (1994) bezeichnet deshalb die Unterordnung des Privaten unter das Öffentliche als «Grundprinzip» des Patriarchalismus.

Auch in der Familienforschung der DDR wurde die These vertreten, dass dem öffentlichen Bereich eher fortschrittliche, dem privaten, familiären Bereich eher konservierende Elemente zuzuordnen sind. «Die Familie ist auch im Sozialismus kein

Vorreiter der Veränderung der Lebensweise [...]. Sie tendiert im Gegenteil eher dazu, bestehende [...] traditionelle Beziehungen [...] zu konservieren.» (SID 4/87: 58)

Die Hierarchisierung prägte das gesellschaftliche Leben insgesamt. Der Leipziger Erziehungswissenschaftler Alexander Bolz nennt die Zweitrangigkeit des Privaten gegenüber dem Öffentlichen ein «Organisationsprinzip» kommunistischer Parteien. «Im Zentralrat der FDJ⁸ setzte sich Anfang der 1950er Jahre die auch in der Sowjetunion realisierte Position durch, dass die Organisationsbasis der Kinderorganisation die Schule und nicht das Wohngebiet sein müsse. Das geschah in Übereinstimmung mit dem Organisationsprinzip der SED bzw. der KPdSU,⁹ dass die politischen Organisationen der Werktätigen dort ihren Platz haben sollten, wo die wichtigsten Entscheidungen fallen, das heißt am Arbeitsplatz.» (Bolz 2003: 276)

Der häusliche Herd galt weder im Osten noch im Westen als Arbeitsplatz. Die wichtigsten Entscheidungen fielen hier wie dort in der Öffentlichkeit, was die Trennlinie zwischen Öffentlichem und Privatem hier wie dort zu einer Herrschaftslinie machte.

Theoretisch reflektiert wurde dieses Thema in der Zeit der deutschen Zweistaatlichkeit überwiegend im Westen. Zwar muss es Ende der 1960er Jahre auch in der DDR Wissenschaftler*innen gegeben haben, die generelle Überlegungen zum Verhältnis zwischen öffentlichem und privatem Leben für notwendig hielten; genauer: zu einem solchen Verhältnis, das den Idealen des Sozialismus entsprach. Aber Ansätze dieser Art wurden offensichtlich nicht weitergeführt. «Gegenwärtig ist der Einfluss der Arbeitstätigkeit auf die Familienbeziehungen stärker als der Einfluss der Familie auf die Arbeit der Produzenten [...]. Erst wenn es uns gelingt, in der betrieblichen Leitungstätigkeit den Menschen als soziales Wesen in seiner Gesamtheit zu erfassen, werden wir den Anforderungen der gesellschaftlichen Praxis gerecht werden», hieß es 1969 in den «Grünen Heften»¹⁰ (GH 1/1969: 38). Bemerkenswert, dass 20 Jahre später der damalige Bundespräsident Richard von Weizsäcker anlässlich des 40. Jahrestags des Inkrafttretens des Grundgesetzes einen ähnlichen Gedanken aussprach: «Noch immer müssen sich Familien dem Arbeitsmarkt anpassen statt umgekehrt.» (Zit. n. Helwig 1993: 19)

Weil die Geschichte der Arbeiterbewegung in der DDR nicht als (halbe) Korrektur an der Geschichte der Moderne wahrgenommen wurde, fanden modernisierungstheoretische Debatten keinen Eingang in die Gesellschaftswissenschaften. Und das, obwohl grundlegende Werke der Aufklärungsliteratur wie Lessings «Nathan der Weise» an den DDR-Schulen gründlich behandelt wurden. Zentrale Kategorien der Moder-

8 Freie Deutsche Jugend.

9 Kommunistische Partei der Sowjetunion.

10 Der Beirat, später Rat «Die Frau in der sozialistischen Gesellschaft» bei der Akademie der Wissenschaften der DDR veröffentlichte ab 1965 sechsmal pro Jahr Forschungsergebnisse zum Geschlechterthema in Informationsheften, die wegen ihres grünen Einbands DDR-weit die «Grünen Hefte» genannt wurden (hier zitiert als GH).

nisierungstheorien wie Öffentlichkeit und Privatheit wurden auf theoretischer Ebene nicht diskutiert. Im Wörterbuch der marxistisch-leninistischen Soziologie, das 1977 im Dietz Verlag Berlin erschien, kommen sie nicht vor. Auch im Philosophischen Wörterbuch von Georg Klaus und Manfred Buhr, das 1975 in 11. Auflage im Bibliographischen Institut Leipzig erschien, sucht man die beiden Begriffe vergebens.

Gleichwohl haben «die Klassiker» auch zum Thema Öffentlichkeit und Privatheit Überlegungen hinterlassen, wenn auch mitunter sehr vage, wenn auch oft nur bezogen auf «Familie» als Charakteristikum für Privatheit. Da ist zunächst das berühmte Zitat aus der «Deutschen Ideologie» zu nennen: «Die Familie, die im Anfange das einzige soziale Verhältnis ist, wird späterhin, wo die vermehrten Bedürfnisse neue gesellschaftliche Verhältnisse, und die vermehrte Menschenzahl neue Bedürfnisse erzeugen, zu einem untergeordneten Verhältnis.» (MEW 3: 29) Es ist auch daran zu erinnern, wie Friedrich Engels 1847 in den «Grundsätzen des Kommunismus» auf die Frage antwortete: «Welchen Einfluss wird die kommunistische Gesellschaftsordnung auf die Familie ausüben?»: «Sie wird das Verhältnis der beiden Geschlechter zu einem reinen Privatverhältnis machen, welches nur die beteiligten Personen angeht und worin sich die Gesellschaft nicht zu mischen hat. Sie kann dies, da sie das Privateigentum beseitigt und die Kinder gemeinschaftlich erzieht und dadurch die beiden Grundlagen der bisherigen Ehe, die Abhängigkeit des Weibes vom Mann und der Kinder von den Eltern [...], vernichtet.» (MEW 4: 377) Später sprach Karl Marx, ohne das genauer auszuführen, von einer entstehenden «neuen ökonomischen Grundlage für eine höhere Form der Familie und des Verhältnisses beider Geschlechter.» (MEW 23: 514)

Alexandra M. Kollontai wollte (1921) auf die Familie ganz und gar verzichten. «Die Familie [...] ist [...] in der Epoche der Diktatur des Proletariats nicht nur als nutzlos, sondern sogar als schädlich zu betrachten. Die Sorge um die Kinder, ihre physische und geistige Erziehung wird zur allgemein anerkannten Aufgabe des gesellschaftlichen Kollektivs in einer Arbeiterrepublik. Die Familie, die den Egoismus anerzieht und sanktioniert, schwächt nur die Bande des Kollektivs und erschwert damit den kommunistischen Aufbau.» (Zit. n. Schejnis 1984: 216) Solche Auffassungen wurden nach meiner Kenntnis in der DDR nie ernsthaft diskutiert, wohl aber in der westdeutschen Linken. So machte in den 1970er Jahren die damalige Neue Linke in der alten Bundesrepublik «dem sozialistischen Lager, vor allem der DDR, den schwerwiegenden Vorwurf, durch die Wiederhinwendung zur Familie das weibliche Rollenverhalten zu verfestigen» (Menschik/Leopold 1974: 134).

Konkreter werden die Aussagen der Vordenker*innen, wenn von Arbeit im Privathaushalt die Rede ist. Sowohl Friedrich Engels als auch August Bebel gingen davon aus, dass sich der Privathaushalt im Sozialismus in eine gesellschaftliche Institution verwandeln wird, dass die Pflege und Erziehung der Kinder öffentliche Angelegenheit wird, dass Zentralreinigungsanstalten, Zentralheizungen, Zentralnahrungsbereitungsanstalten (Bebel 1954: 563) die mühsame Küchenarbeit mithilfe moderner

Technik ersetzen werden. «In der Zukunft wird das gesellschaftliche Leben immer mehr ein öffentliches werden. Wohin es drängt, sehen wir am deutlichsten an der gänzlich veränderten Stellung der Frau [...]. Das häusliche Leben wird sich auf das Notwendige beschränken, dagegen wird dem Geselligkeitsbedürfnis das weiteste Feld eröffnet werden [...]. Ebenso werden die Anstalten zur Pflege Kranker, Sieher, Altersschwacher den höchsten Anforderungen entsprechen.» (Ebd.: 550)

Lenin dachte ebenfalls an die Beseitigung der Privatküche, als er sich 1919, also zwei Jahre nach dem Sieg der Oktoberrevolution, zu diesem Thema äußerte: «Die Frau bleibt nach wie vor Hausklavin, trotz aller Befreiungsgesetze, denn sie wird erdrückt, erstickt, abgestumpft, erniedrigt von der Kleinarbeit der Hauswirtschaft, die sie an die Küche und an das Kinderzimmer fesselt und sie ihre Schaffenskraft durch eine geradezu barbarisch unproduktive, kleinliche, entnervende, abstumpfende, niederdrückende Arbeit vergeuden lässt. Die wahre Befreiung der Frau, der wahre Kommunismus wird erst dort und dann beginnen, wo und wann der Massenkampf (unter Führung des am Staatsruder stehenden Proletariats) gegen diese Kleinarbeit der Hauswirtschaft oder, richtiger, ihre massenhafte Umgestaltung zur sozialistischen Großwirtschaft beginnt.» (Lenin 1970: 263) Und er fügt (kokettierend?) hinzu: «Schenken wir dieser Frage, die theoretisch für jeden Kommunisten unbestritten ist, in der Praxis genügend Aufmerksamkeit? Natürlich nicht.» (Ebd.)

Als Lenin am 23. September 1919 auf der «IV. Konferenz parteiloser Arbeiterinnen der Stadt Moskau» sprach, behandelte er das Thema weniger polemisch: «Von den Gesetzen, die der Frau eine untergeordnete Stellung zuwiesen, ist in der Sowjetrepublik kein Stein auf dem anderen geblieben. Ich meine besonders [...] die Gesetze über die Ehescheidung, über die unehelichen Kinder und über das Recht der Frau, gegen den Vater des Kindes Unterhaltsklage zu erheben [...]. Freilich, Gesetze allein genügen nicht, und wir geben uns keineswegs mit Dekreten allein zufrieden [...]. Solange die Frau von der Hauswirtschaft völlig in Anspruch genommen ist, bleibt ihre Lage immer noch beengt [...]. Sie alle wissen, dass diese faktische Unterdrückung der Frau auch bei völliger Gleichberechtigung bestehen bleibt, weil die gesamte Hauswirtschaft ihr aufgebürdet wird.» (Lenin 1961: 24 u. 26)

Clara Zetkin war auf dieser Ebene wohl die einzige, die Männer und ihre Arbeit auch in die Privatheit holen wollte. Die oben zitierte Überlegung aus dem Artikel «Der Student und das Weib» zeigt, dass sie auf diese Weise die Möglichkeit sah, das für den Sozialismus charakteristische (charakteristisch sein sollende) «Vollmenschentum» zu erreichen.

Trotz dieser Klassikersplitter bleibt richtig, dass die Dialektik zwischen Öffentlichkeit und Privatheit nicht zu den Themen der Vordenker*innen des Sozialismus gehörte. Folgerichtig spielte diese Dialektik auch in den Gesellschaftswissenschaften der DDR keine große Rolle.

Nach dem Beitritt der DDR zur Bundesrepublik wurde ohnehin Westdeutschland im politischen, medialen und sozialwissenschaftlichen Diskurs als «Normalnull» ge-

setzt (vgl. Kollmorgen 2010 mit Bezug auf Roth 2008). Alles Ostdeutsche, alles Beigetretene musste sich an der westdeutschen «Normalität» messen lassen.

Und diese Normalität wusste 1990 nichts vom Sozialismus als (halb) korrigierter Moderne. Hier war die Moderne so definiert, dass einerseits die These von der «nachholenden Modernisierung im Osten», die nach 1990 gut ins wirtschaftliche und politische Konzept der BRD passte, ins Schwarze traf; aber auch so, dass der historische Prozess erfasst wurde, der auch zur Geschichte der DDR gehört. Im «Handbuch der Frauen- und Geschlechterforschung» ist zu lesen: «Mit «Modernisierung» bezeichnen die Sozialwissenschaften in dreifacher Weise Prozesse des sozialen Wandels. Zum einen meint Modernisierung den säkularen Prozess der Herausbildung moderner Gesellschaften im Zusammenhang mit den industriellen und demokratischen Revolutionen, zweitens bezeichnet er (sic) die wirtschaftlichen, politischen und sozialen Aufholprozesse der Gesellschaften der «zweiten» und «dritten» Welt und drittens wird er (sic) im Kontext der Beschreibung der aktuellen Veränderungsprozesse moderner Gesellschaften als «Modernisierung der Moderne» verwendet.» (Oechsle/Geissler 2004: 196) Insofern muss von Fall zu Fall geprüft werden, ob modernisierungstheoretische Überlegungen für die Beurteilung von DDR-Fakten hilfreich sein können oder nicht.

Wohl deshalb wollte der Siegener Kindheitsforscher Jürgen Zinnecker das westliche Modernisierungsverständnis nicht ungeprüft auf den Osten anwenden. Er fragte Anfang des Jahrhunderts mit Blick auf DDR-Kindheit seine ostdeutschen Kolleg*innen: «Soll diese Kindheit als Teil einer Geschichte der organisierten Arbeiterbewegung und deren sozialpolitischen Ideen erzählt werden [...] oder liefern Theorien der im 20. Jahrhundert voranschreitenden Modernisierung die angemesseneren Stichworte, um die Kindheit in der DDR zu beschreiben und zu bewerten?» (Zinnecker 2003: 473 f.) Und tatsächlich liefern Thesen der westlichen Kindheitssoziologie, wie die von der «Verhäuslichung» oder von der «Verinselung» moderner Kindheiten, keine Stichworte, um die in der DDR gemachten Erfahrungen zu beschreiben (vgl. Kirchhöfer/Schröter 2018).

Wohl deshalb gehen DDR-sozialisierte Gesellschaftswissenschaftler*innen beim Reflektieren der DDR-Moderne sehr vorsichtig mit Wertungen um. Nach Wolfgang Engler (2001) war die DDR «ungewollt modern», nach Dieter Kirchhöfer (2003) «spezifisch modern». Gerd Dietrich vertritt die Auffassung, dass der Sozialismus in der DDR «als Gegenkultur zur Moderne verstanden [wurde]. Diese ostdeutsche Gesellschaft war von ihren Organisatoren als eine Kulturgesellschaft gedacht, die die negativen Folgen der Modernisierung vermeiden und die kulturelle Abdrängung der Unterschichten aufheben sollte.» (Dietrich 2018: 817)

Aus meiner Sicht sind im Rahmen der Modernisierungsliteratur in jedem Fall Publikationen zur Entstehungsgeschichte von Privatheit und Öffentlichkeit geeignet, auch Auskünfte über die DDR zu geben. Hier wird übereinstimmend die These vertreten, dass die Emanzipation des bürgerlichen Mannes zu Beginn der Neuzeit – etwa gemessen an Bildungsmöglichkeiten und am Wahlrecht – verbunden war mit

der Domestizierung der bürgerlichen Frau und der Kinder. Und «der spätestens seit der Aufklärung an der bürgerlichen Frau begonnene Versuch der ‹Hausfrauisierung›, der (Ver-)Bildung der Frau zur Ehefrau, Mutter und Hausfrau, soll ein Jahrhundert später auch an der Proletarierin vollzogen werden» (Friese 1995: 152). Forschungen zu diesem Thema machen gleichzeitig darauf aufmerksam, «dass der weiblichen und männlichen Lohnarbeiterschaft auf diese Weise auch ein Privileg zugänglich wurde, das bisher dem Bürgertum und letztlich auch dem Adel vorbehalten war: Privatheit und vergleichsweise Intimität in der Familiensphäre» (Beer 2004: 57).

Die Soziologin Elisabeth Beck-Gernsheim (1988: 20) bringt die diesbezüglichen Veränderungen seit Beginn der Industrialisierung auf den Punkt: «Er wird zuständig für Außenwelt, Beruf, Öffentlichkeit; sie für Heim, Haushalt, Familie.» Und die auf Frauengeschichte orientierte Historikerin Marianne Hochgeschurz schlussfolgert: «Wären sich die Frauen der Macht bewusst gewesen, die in der Unverzichtbarkeit ihrer Fähigkeiten und Leistungen für die herrschenden Patriarchen begründet war, dann hätten sie sich vermutlich nicht vereinzeln und für das reaktionäre ‹Projekt der Moderne› instrumentalisieren lassen. Sie [...] kannten ihre Frauengeschichte nicht, die ihnen eine stabile Basis für ‹machtvolles› Handeln hätte geben können.» (Hochgeschurz 1995: 178)

Im Unterschied zu solchen Publikationen und Erkenntnissen halte ich es nicht für legitim, die Modernität der DDR mit Instrumenten zu messen, die für die kapitalistische Variante der Moderne – für die ungezähmte – erfunden worden sind. Ein solches Herangehen unterstellt, dass die DDR eine bürgerliche Gesellschaft gewesen sei, nur eben mit einer Parteiendiktatur. Ebendiese unzulässige Gleichsetzung war aber in den 1990er Jahren Mainstream.

An einige Ergebnisse sei erinnert: Es hätte in der DDR keine Bewegung, keine Öffentlichkeit gegeben, nur eine simulierte. Es hätte möglicherweise auch keine Gesellschaft gegeben, nur eine abgestorbene. Nicht sicher waren sich die ‹Aufarbeiter*innen›, ob es funktionale Differenzierungen in der DDR gegeben hat. Aber dass der Raum des Politischen zerstört gewesen sei, meinten alle zu wissen. Sozialistische Politik sei ein Spiegelbild des kapitalistischen Patriarchats gewesen und zudem schlechter. In den Familien seien der Intimisierung und Emotionalisierung enge Grenzen gesetzt gewesen. Kinder seien Instrumente gewesen, um sich moderne Wünsche (Wohnung, Geld, Freizeit) erfüllen zu können; in der einzigen DDR-Frauenorganisation seien Karrieren nicht möglich gewesen. «Staatssozialismus» sei gleich Kapitalismus, zumindest hinsichtlich des Patriarchats (siehe dazu auch Kapitel 3.4.2).

Lichtblicke sollen nicht verschwiegen werden: Stefan Hradil, damals Vorsitzender der Deutschen Gesellschaft für Soziologie, relativierte schon 1995 die These von der ‹nachholenden Modernisierung› und plädierte dafür, nicht nur die Altlasten des Ostens, sondern auch Zukunftspotenziale zur Kenntnis zu nehmen (Hradil 1995). Und mit den Stichworten ‹Frauenerwerbstätigkeit›, ‹Kinderkrippen› und ‹Polikliniken› verwies er auf Modernes, das die Privatheit in der DDR maßgeblich geprägt hat.

Auch der Blick auf die untergegangene DDR mithilfe des sogenannten Eigen-Sinn-Konzepts (vgl. Lüdtke 1993) relativierte den Mainstream. Für das Nachdenken über DDR-Öffentlichkeit und -Privatheit halte ich das Konzept allerdings nicht für hilfreich, weil es die in der DDR wirksam gewesenen gesellschaftlichen Kräfte unangemessen separiert: hier die SED-Herrschaft, dort das Volk, das schlau und eigensinnig genug war, die «Zahnlosigkeit» des Systems zu durchschauen. Denn Gesellschaftskritik in der DDR ging oft anders. Der Erziehungswissenschaftler Volkhard Peter wies im Zusammenhang mit Bildungsdiskussionen schon 1991 darauf hin, dass sie «mehrfach auf der Basis der Akzeptanz oder auch der Identifikation mit jenen [...] Ideen und Utopien formuliert und vorgetragen [wurden], die auch von den Machthabern [...] benutzt wurden» (Peter 1991: 122).

Protest und gleichzeitig Identifikation, auch Protest wegen Identifikation – dieser Konflikt, der mit einem Ausreiseantrag nicht zu lösen war, ist inzwischen in zahlreichen (Auto-)Biografien, auch in Filmen wie «Gundermann» (2018, Regie: Andreas Dresen), dokumentiert worden. Heiner Müller äußerte sich dazu 1992: «Ich konnte mir eine Existenz als Autor nur in diesem Land vorstellen, nicht in Westdeutschland. Ich wollte ja nicht nur dieses Stück geschrieben haben [es ging um «Die Umsiedlerin»], sondern auch noch andere Stücke schreiben. Knast war keine Alternative, und Weggehen war auch keine.» (Müller 1992: 181) Die Botschaft «Sozialismus ja, aber ein anderer» prägte auch nicht selten die öffentlichen Aktionen des Herbstes 1989. Insofern ist der Eigen-Sinn des DDR-Volkes nicht sachgemäß beschrieben, wenn von «unpolitischen Kegelabenden» in der «Zwangsgemeinschaft» der sozialistischen Brigade die Rede ist oder wenn für die Kulturszene eine klare Trennung zwischen staatsnaher und oppositioneller Kunst unterstellt wird (Westheider u. a. 2017). Die These von der «prinzipiellen Interesseneinstimmung zwischen Individuum und Gesellschaft», auf die sich die politische Führung der DDR gern bezog, ist eben nicht pauschal zu beurteilen. Sie hatte ihre Logik, wenn es um Fragen wie Krieg und Frieden, wie Arm und Reich ging.

Auch das sogenannte Drei-Säulen-Modell, das immer wieder mit modernen Gesellschaften in Zusammenhang gebracht wird, meint wohl nur den modernen Kapitalismus. Entsprechend diesem Modell tragen die drei als gleichrangig geltenden Säulen «Staat» (bzw. «Politik», «Macht»), «Wirtschaft» (bzw. «Geld») und «zivilgesellschaftliches Engagement» (bzw. «Solidarität») eine Gesellschaft zuverlässig. Dass dieses Modell sachgemäß ist, dass Staat, Wirtschaft und Zivilgesellschaft in der Realität tatsächlich gleichrangig wirken, wird von all denen bezweifelt, die vor der absoluten Dominanz der Wirtschaft¹¹ gegenüber allen anderen gesellschaftlichen Bereichen nicht die Augen verschließen. Bereits Mitte der 1980er Jahre forderte der Philosoph Jürgen Habermas für die alte Bundesrepublik eine «neue Balance» zwischen den drei

11 Ein Bundespräsident sollte allerdings über die Dominanz der Wirtschaft nicht laut nachdenken.

gesellschaftlichen Ressourcen, die er Geld (als Voraussetzung für Freiheit), Macht (als Voraussetzung für Gleichheit) und Solidarität nannte. «Moderne Gesellschaften verfügen über drei Ressourcen, aus denen sie ihren Bedarf an Steuerungsleistungen befriedigen können: Geld, Macht und Solidarität. Deren Einflussphären müssten in eine neue Balance gebracht werden. Damit will ich sagen: Die sozialintegrative Gewalt der Solidarität müsste sich gegen die «Gewalten» der beiden anderen Steuerungsressourcen, Geld und administrative Macht, behaupten.» (Habermas 1985: 158)

Bis heute steht dieses «Behaupten» der sozialintegrativen Gewalt der Solidarität gegenüber anderen Gewalten, steht die Balance des Drei-Säulen-Gebäudes aus, nun für ein größeres Deutschland. Die Beitrittsprobleme des Ostens sind ein beredtes Beispiel dafür, wie wirtschaftliche Aspekte gegenüber machtpolitischen und zivilgesellschaftlichen dominierten. Noch ist offen, wie die gegenwärtige weltweite Krise die drei Ressourcen und ihre Balance beeinflussen wird.

Auf die DDR ist das Modell der drei gleichrangigen gesellschaftlichen Ressourcen jedenfalls nicht anwendbar, weil Geld bzw. die Wirtschaft nicht Selbstzweck sein sollte und auch nicht Selbstzweck war. «Die Zweitrangigkeit von Geld war unser Kapital», betonte die Publizistin Daniela Dahn schon mehrfach (u. a. Dahn 2019a). Damit korrespondieren Ergebnisse soziologischer Befragungen aus den letzten Jahren der DDR: «Mindestens genauso wichtig wie die finanziellen waren den Ostdeutschen jedoch die zeitlichen Lebensbedingungen, also die Länge von beruflicher Arbeits- und arbeitsfreier Zeit [...]. Das belegt auch eine soziologische Befragung gegen Ende der 1980er Jahre,¹² wonach viele Arbeiter den Faktor «Zeit» bereits für wichtiger hielten als die vergleichsweise geringen Steigerungen beim Arbeitseinkommen.» (Gysi/Meyer 1993: 152)

Auch modernisierungstheoretische Thesen zur Veränderung des öffentlichen Raums treffen auf die Verhältnisse in der DDR in der Regel nicht zu. Gegenwärtig ist hier häufig von Verlusten, vom Niedergang des öffentlichen Raums die Rede (vgl. Harlander/Kuhn 2004; Brendgens 2005). Der US-amerikanisch-britische Soziologe Richard Sennett hatte bereits seit Ende der 1970er Jahre vor dem Verfall des öffentlichen Lebens in modernen Gesellschaften, vor der «Tyrannei der Intimität» gewarnt, weil politisch unerwünschte Gruppen immer häufiger aus der Öffentlichkeit ausgeschlossen und weil sich die wohlhabenden Schichten in ihre «Reichen-Ghettos» zurückziehen würden. Zur Erinnerung: Als nach 1990 die Wandlitzer Waldsiedlung, in der die Familien der Mitglieder des Politbüros wohnten, «gestürmt» wurde, war die Enttäuschung groß über so viel kleinbürgerliche und bescheidene Ausstattung der Wohnungen. Allerdings lernten die Ostdeutschen nach den gesellschaftlichen Umbrüchen sehr schnell, was unter Verfall des öffentlichen Raums zu verstehen ist – als plötzlich große Waldstücke eingezäunt wurden, weil privatisiert; als plötzlich Kinos

12 Die Autorinnen beziehen sich hier auf eine unveröffentlichte Untersuchung des Instituts für Soziologie und Sozialpolitik der Akademie der Wissenschaften der DDR von 1988 zur Lebensweise von Familien.

pleitegehen konnten, weil privatisiert; als soziale Segregation in den Städten plötzlich ein Thema wurde. «In vielen deutschen Städten ballen sich Personen mit Bezug von Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch II [...] zunehmend in bestimmten Stadtteilen. Besonders hat sich die Situation in den meisten ostdeutschen Städten verschärft.» (Helbig/Jähnen 2018: 1)

Eine im westlichen Sinne moderne Gesellschaft war die DDR also mit Blick auf den öffentlichen Raum nicht. Sie war aber diesbezüglich auch nicht wirklich eine proletarische, wie eine Studie der Raumplanerin Ruth May zur «Planstadt Stalin-stadt» belegt. «Unbenommen davon, dass die DDR mit ihrer ersten Idealstadt einige Anleihen in den Traditionen der Arbeiterkultur nimmt, und unbenommen auch davon, dass sich in der Entwicklung der DDR durchaus eigene Merkmale einer «arbeiterlichen Gesellschaft» ausbilden [...], lassen sich die Konstitutionsbedingungen von Öffentlichkeit im «realen Sozialismus» nicht aus einer proletarischen Öffentlichkeit ableiten.» (May 2005: 185)

Ich möchte die Aussagen mit ihrem Für und Wider zur Modernität der DDR so stehen lassen. Auf jeden Fall ist auch für die DDR richtig, «dass eine Analyse der Gestaltung des Öffentlichen die Subjekte und ihre privaten und lebensweltlichen Kontexte systematisch miteinbeziehen muss» (Ritter 2008: 67).

Bereits Mitte der 1990er Jahre brachte die westdeutsche Soziologin Sabine Gensior ihr Unbehagen über den westlichen Blick auf das östliche Verhältnis zwischen Öffentlichkeit und Privatheit zum Ausdruck: «Die Dichotomisierung von privater und öffentlicher Sphäre, die den verbreiteten Deutungen der DDR-Gesellschaft zugrunde liegt, verdeckt die anderen Differenzierungen von Privatheit und Gesellschaft, wie sie in den vielen gemeinschaftlichen Aktionen auftraten.» (Gensior 1995: 15)

«Dichotomisierung» scheint mir ein geeigneter Begriff zu sein, um den Ost-West-Unterschieden bezüglich Öffentlichkeit und Privatheit auf die Spur zu kommen. Die «bewusste Zerlegung einer Gesamtheit in zwei Teile» meint in diesem Fall die vor Jahrhunderten durchgeführte Zerlegung des Lebensumfeldes der Menschen in eine öffentliche und eine private Sphäre mit dem Ziel, die Industrialisierung, letztlich die kapitalistische Produktionsweise, voranzubringen, die Produktion effektiver zu machen. Wie oben gezeigt, hatte diese Zerlegung den «Nebeneffekt» der Hausfrau-Ernährer-Familie. Den Produzenten musste der «Rücken freigehalten werden». Damit verbunden: eine undurchdringliche Trennwand zwischen beiden Teilen, eine rücksichtslose Orientierung auf Erfordernisse der Öffentlichkeit, auf Profit.

Es ist nur folgerichtig, dass eine Menschenrechtsbewegung, die die kapitalistische Produktionsweise überwinden will, auch diese Spaltung bzw. Zerlegung infrage stellt. Weil auch die Arbeiterbewegung von patriarchalen Strukturen geprägt war und ist, rüttelte sie nicht an der hierarchischen Sicht auf Öffentliches und Privates. Die männlich dominierte Öffentlichkeit blieb die Hauptsache. Das Private blieb zweitrangig. Aber die Trennwand zwischen beiden Sphären musste durchlässiger gemacht werden, weil Frauen einerseits zunehmend mehr Raum in der Öffentlichkeit für sich in An-

spruch nahmen und auf diese Weise die Probleme der Privatheit nicht mehr ignoriert werden konnten, und weil andererseits den berufstätigen Frauen auch der «Rücken freigehalten werden» musste.

Tatsächlich gab es in der DDR nicht nur eine andere Grenzziehung zwischen Öffentlichem und Privatem, weil beispielsweise ein Teil der Kindererziehung von der Öffentlichkeit übernommen wurde. Die Grenze selbst hatte einen anderen Charakter, war durchlässiger, war weniger rücksichtslos, war dennoch eine Herrschaftslinie, weil an der Dominanz des Öffentlichen nicht gerüttelt wurde.

Dabei funktionierte die Durchlässigkeit in beide Richtungen und war politisch gewollt: Der Privatmensch sollte Verantwortung für die Gesellschaft übernehmen genauso wie die Gesellschaft für den Privatmenschen. Erinnerung sei an die (nicht nur) soziologische Debatte der 1980er Jahre um die Frage, ob soziale Sicherheit faul und träge macht oder ob daraus Triebkräfte für sozialistisches Handeln erwachsen (vgl. Autorenkollektiv 1986). Erinnerung sei auch daran, dass «Familie» in der DDR-Politik nie so definiert wurde, wie das heute in regierungsamtlichen Sozialberichten – auch im jüngsten Familienreport (vgl. BMFSFJ 2017a: 12) – selbstverständlich zu sein scheint: als Gemeinschaft, in der Menschen verschiedener Generationen dauerhaft füreinander Verantwortung übernehmen, füreinander eintreten und füreinander sorgen. Als gäbe es auf privater Ebene einen Generationsvertrag, als seien in der Familie die Jungen in gleichem Maße für die Alten verantwortlich wie die Alten für die Jungen.

Die politisch gewollte Durchlässigkeit der Trennwand zwischen Öffentlichkeit und Privatheit war in der Kinder- und Jugendpolitik besonders gut sichtbar. «Gewissermaßen als Pendant zur Verantwortung des Einzelnen gegenüber der Gesellschaft war die Gesellschaft zur Fürsorge für die Familie und das Kind verpflichtet [...]. Kosten, Schullaufbahnen und Schulerfolg, berufliche Perspektiven, gesundheitliche Entwicklung und Freizeittätigkeit unterlagen mehr oder weniger der Sorge der Öffentlichkeit.» (Kirchhöfer 1998: 223 f.) Etwa belegbar an der sogenannten zweiten Lohntüte: «Das waren indirekte Zuwendungen an die Familien in Form von Subventionen, Fördermaßnahmen [...]. Insbesondere fiel die Erhöhung des gesellschaftlichen Anteils an den Bildungs- und Erziehungskosten der Kinder ins Gewicht. Analysen haben ausgewiesen, dass die monetären Transferleistungen [...] rund 85 Prozent der gesamten Kinderkosten betragen.» (Gysi/Meyer 1993: 155)

Mit der Durchlässigkeit der Trennwand hängt zusammen, dass fast alle Frauen in der DDR am Ende ihrer fertilen Phase Mütter waren und fast alle berufstätig oder in Ausbildung. Fast alle kannten die «Doppelbelastung» und die damit verbundenen Konflikte. Die Familienforscherinnen Jutta Gysi und Dagmar Meyer verweisen darauf, dass die Doppelbelastung zunehmend zu einem Doppelanspruch geworden war, dass es den Frauen nicht um bezahlte Arbeit schlechthin ging, sondern um günstige Arbeitszeiten und kurze Arbeitswege, weil das Familienleben für Frauen meist gleichrangig neben dem Berufsleben stand (ebd. 1993: 141 ff.).

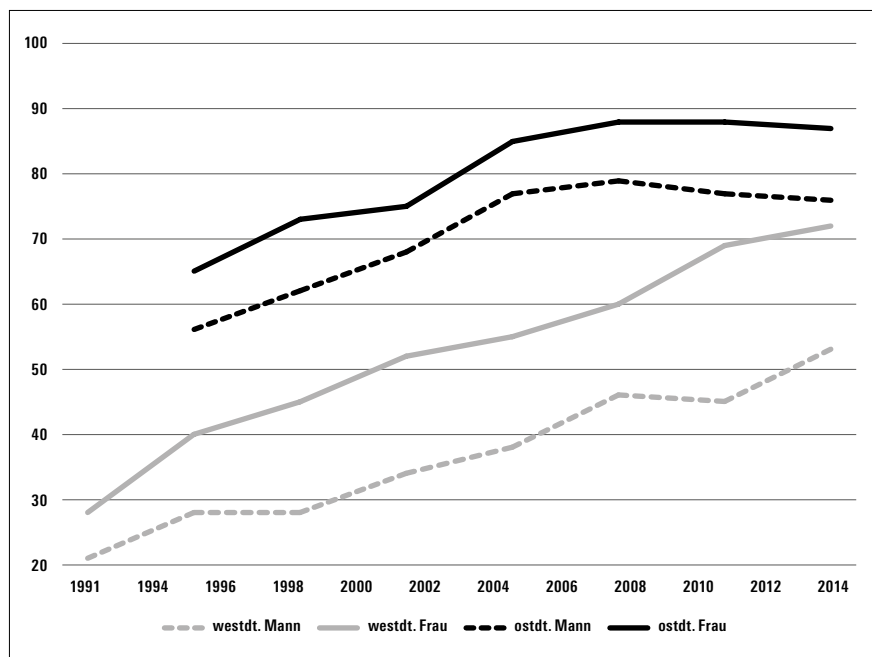
Fast alle Frauen in der DDR wussten, dass berufstätige Mütter die Fragen ihrer Kinder besser beantworten können, dass es für eine Frau mit anspruchsvoller beruflicher Arbeit leichter und auch notwendiger ist, im Haushalt Wesentliches von Unwesentlichem zu unterscheiden, dass eine Frau auf familiäre Probleme gelassener reagieren kann, wenn sie sich ihrer beruflichen Stärken und Schwächen bewusst ist. Das heißt, viele wussten, dass Frauen bessere (soll heißen: konfliktfähigere) Mütter und Partnerinnen sind, wenn sie nicht nur auf diese beiden Rollen reduziert werden.

Kontinuierlichen Befragungen des Forschungszentrums ALLBUS¹³ zufolge sind ostdeutsche Frauen inzwischen zu fast 90 Prozent dieser Auffassung. Aber auch westdeutsche Männer erweisen sich in dieser Hinsicht als lernfähig, sie vertraten 2016 zu 53 Prozent die Auffassung, dass es für ein Kind gut ist, wenn die Mutter sich nicht nur um den Haushalt kümmert. Im Jahr 1982, als ALLBUS mit dieser Frageserie begann, fand nur jeder fünfte westdeutsche Mann (21 Prozent) einen «doppelten Lebensentwurf der Frauen» akzeptabel (siehe Abbildung 1).

13 ALLBUS (Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften) ist ein von Bund und Ländern finanziertes Forschungsdatenzentrum, dessen Sammlung von Daten über Einstellungen, Verhaltensweisen und Sozialstruktur der Bevölkerung in der Bundesrepublik Deutschland von «GESIS – Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften» organisatorisch getragen und bereitgestellt wird. Die SPSS-Dateien wurden selbst ausgewertet.

Abbildung 1: Zustimmung zur Berufstätigkeit von Müttern (in Prozent)

«Es ist für ein Kind sogar gut, wenn die Mutter berufstätig ist und sich nicht nur um den Haushalt kümmert.»



Zusammenfassung der zwei Ja-Antworten unter den vier Antwortmöglichkeiten:

«Ja», «Mehr Ja als Nein», «Mehr Nein als Ja», «Nein»

Quelle: Eigene Berechnung auf der Grundlage von ALLBUS-Befragungen der jeweiligen Jahre

Dabei sind die Vorzüge mütterlicher Berufstätigkeit – auch für die Familie – schon in den 1980er Jahren in der westlichen Kindheitssoziologie beschrieben worden: «Bei Müttern, die auch aus persönlichen Gründen während des Aufwachsens der Kinder erwerbstätig bleiben, konnten Krüger u. a. (1987) einen ganz anderen Umgang mit belastenden Situationen erkennen. Diese Frauen identifizieren sich wesentlich mehr mit der überwiegend außerhäuslichen Tätigkeit. Die täglichen Belastungen werden dadurch nicht unbedingt geringer, können aber im Hinblick auf die positiven Aspekte der Erwerbstätigkeit in einem anderen Verhältnis gesehen werden, sodass diese Mütter sie unter Umständen weniger belastend empfinden.» (Mierendorff 1992: 7)

Historisch betrachtet ging es um die Korrektur des Domestizierungsprozesses der Moderne, um das Recht der Frauen auf Öffentlichkeit. Die DDR war nicht anti-patriarchalisch genug, um auch die Kehrseite, das Recht des Mannes auf Privatheit,

wirksam werden zu lassen. Umso wichtiger ist es heute, an Clara Zetkins Traum vom «Vollmenschentum» zu erinnern.

Die Durchlässigkeit der Trennwand sorgte schließlich auch dafür, dass sich in den 40 DDR-Jahren ein heute naiv und verantwortungslos anmutendes Vertrauen in öffentliche Instanzen entwickeln konnte, ein Vertrauen, das erst die gesellschaftlichen Umbrüche sichtbar machten und über das bis dahin kaum nachgedacht worden war.

Der westdeutsche Publizist Erich Kuby hatte schon Ende der 1950er Jahre, als er das Verhältnis der Deutschen zu ihrem jeweiligen «Vaterland» untersuchte, festgestellt, dass die DDR «ein Staat [sei], in dem jeder, ob zum Regime gehörend oder unter ihm leidend, von der Zukunft als von einer Zeit spricht, in der es ihm besser gehen wird» (Kuby 1957: 14). Weil Zukunftsgewissheit vor allem für junge Menschen von Bedeutung ist, erhob das Zentralinstitut für Jugendforschung Leipzig regelmäßig Befragungsdaten dazu. Aufschlussreich sind die diesbezüglichen Ergebnisse der Sächsischen Längsschnittstudie: Das Statement «Ich habe in der DDR eine gesicherte Zukunft» bestätigten noch im Frühjahr 1989 rund 94 Prozent der damals 17-Jährigen. Im Jahr 2006 gaben die inzwischen 34-Jährigen zu zwölf Prozent an, dass sie in Ostdeutschland eine gesicherte Zukunft haben (vgl. Förster 2006: 56).

Die durchlässige Trennwand zwischen Öffentlichem und Privatem wurde nach dem Beitritt der DDR zur BRD vielfach beforscht. Die Politologin Susanne Diemer unterstreicht auf der Grundlage ihrer Forschungen zum Patriarchalismus in der DDR die Ambivalenzen: «Mit dem Versuch, die Individuen politisch im Sinne der Vorgaben sozialistischer Persönlichkeiten zu vergesellschaften, geht in der DDR der Versuch einher, das Private [...] politisch zu durchdringen. Dies hat durchaus ambivalente Implikationen. [...] Auf der einen Seite übernimmt das Kollektiv soziale, kommunikative und emotionale Funktionen, die traditionell als weibliche Beziehungsarbeit in der Familie verwirklicht werden. Insofern bedeutet die Überwindung der strengen Teilung öffentlich/privat auch eine Erosion der Geschlechterpolarisierung. Der staatlich intendierte Versuch, Sozialkontakte auch und gerade im Berufsleben zum Tragen kommen zu lassen, beweist die hohe soziale Bedeutung, die dem Arbeitsleben, genauer dem Arbeitskollektiv beigemessen wird. Auf der anderen Seite bringt dies aber mit sich, dass staatliche und politische Instanzen Einblick und Zugriff auf persönliche Lebensbereiche haben.» (Diemer 1994: 135 f.)

Das ist sicherlich richtig und kann (z. B. bezogen auf Menschen, die in der DDR schlimme Erfahrungen mit der Staatssicherheit gesammelt haben) als Intervention des Staates, als Einmischung ins Private oder als Zerstörung des Schutzraums Privatheit bezeichnet werden. Ich lege Wert auf die Feststellung, dass diese Einblicke in persönliche Lebensbereiche von den meisten Menschen in der DDR nicht als bedrohlich empfunden worden sind. Wenn sich, wie in Kapitel 3.3.2 genauer ausgeführt wird, in Vorbereitung auf den Ersten DDR-Frauenkongress 1964 mehr als 13.000 Frauen mit ihren Sorgen etwa um Kinderschlafanzüge an die Regierenden wandten, dokumentieren sie nicht nur Versorgungslücken, sondern auch Vertrauen

in die Veränderungsbereitschaft der «Oberen», vor allem aber in die Veränderbarkeit der Gesellschaft.

Obwohl dieses Vertrauen in den letzten DDR-Jahren schon drastisch gesunken war, wurde der plötzlich eintretende Vertrauensverlust, die plötzlich eintretende Notwendigkeit, die Außenwelt als Feindesland zu sehen, in vielen Interviews und empirischen Untersuchungen der frühen 1990er Jahre deutlich zum Ausdruck gebracht (vgl. Schröter 1998). Plötzlich wurden in den Wohnungen Sicherheitsschlösser eingebaut oder einbruchhemmende Jalousien angebracht, plötzlich wurden Arbeitskolleg*innen nicht mehr zu Familienfeiern eingeladen, «weil das gegen mich verwendet werden kann» (GP Anita), plötzlich wurde für Vorstellungsgespräche der Tipp gegeben, das Privatleben zu «schönen»,¹⁴ plötzlich waren Gehaltsfragen Geheimsache und plötzlich legten Eltern ihren Kindern nahe, «draußen» nicht mehr über Geld, über Beschäftigungsverhältnisse oder über Krankheiten in der Familie zu reden (Kirchhöfer 2000: 294 ff.). Das war gegenüber der «alten Verschwiegenheit», die in den Familien etwa bis Ende der 1960er Jahre nachweisbar war und meist geheim zu haltende Westkontakte meinte, nicht nur eine quantitative Veränderung.

Die Sozialwissenschaftlerin Gitta Scheller führte in den 1990er Jahren Interviews mit ostdeutschen Familien. Auch sie stellte einen sehr schnellen Vertrauensverlust gegenüber der Öffentlichkeit fest, wertete ihn allerdings als willkommenen Individualisierungsschub, als gelungene «nachholende Modernisierung» der Ostdeutschen. Eltern würden jetzt «die Kritikfähigkeit ihrer Kinder schulen und ihnen vermitteln, vorgegebene Grundlagen und Orientierungen anzuzweifeln und [...] Außenanforderungen nicht unhinterfragt zu übernehmen» (Scheller 2005: 244). Ein von Scheller befragter Vater, 43 Jahre alt, Außendienstmitarbeiter, gab zu Protokoll: «Ich sage mal ganz krass, sie müssen versuchen, mit 'm Arsch voranzukommen, auf Biegen und Brechen, ohne Rücksicht auf Verluste. Anders haben sie keine Chance. «Nimm keine Rücksicht auf andere. Das ist Dein Leben, Deine Arbeit.» So würde ich das sagen. Auch Zur-Schule-Gehen: «Sieh zu, dass Du was wirst.» Heute ist es wichtig, dass sie wirklich lernen, für sich lernen, hart durchs Leben gehen, für sich oder für später lernen und wirklich ranklotzen. Und sie müssen auch lernen, die Ellenbogen zu benutzen.» (Ebd.)

Das war in der DDR tatsächlich kein Lernziel. Im Unterschied zu Gitta Scheller konnte die Kölner Journalistin Irmela Hannover die «realsozialistische Gelassenheit» gegenüber dem Öffentlichen im August 1989 in Ostberlin noch kennenlernen: «Ich gehe mit meiner Freundin in Ostberlin in die Kaufhalle. Vor dem Supermarkt steht

14 «Ihre Lebensplanung sollte sich mit den Vorstellungen der Firma decken! Gut machen sich deshalb Antworten wie «Ich bin zwar in einer festen Beziehung, aber in den nächsten zwei bis drei Jahren möchte ich keine Kinder.» [...] Wenn Sie bereits Mutter sind, sollten Sie die Kinderbetreuung ansprechen. Mit einer Bemerkung wie «Ich werde von meinem Partner in jeder Hinsicht unterstützt» liegen Sie immer richtig – auch wenn es nicht stimmen sollte.» (Raslan 1995: 65)

eine lange Reihe hochrädiger Kinderwagen, letzter Chic. In den Wagen Babys, zum Teil schlafend, einige wach, ein, zwei schreiend. ‹Wieso stehen hier denn all diese Babys?›, frage ich meine Freundin. Die versteht meine Frage nicht. ‹Na, weil deren Mütter hier einkaufen, was sonst?› Meine Verwunderung über so viel realsozialistische Gelassenheit ist ihr nicht nachvollziehbar. Diese Gesellschaft scheint weder Kinderklau zu kennen noch die Sorge, dass ein so hochrädiges Gefährt mitsamt seinem strampelnden Säugling kippheister gehen könnte [...]. Ich versuche, einen Termin mit Dr. Jutta Gysi, Leiterin der Forschungsgruppe ‹Familie› am Institut für Sozialpolitik der Akademie der Wissenschaften der DDR zu bekommen. Sie hat keine Zeit, hinterlässt mir aber zum Thema ‹Kinderwunsch› folgenden Satz: ‹Bisher hat in der DDR der Kinderwunsch in etwa der Realisierungsquote entsprochen.› Meinen Sechsmontatsbauch betrachtend, mit dem ich mir mit nunmehr 36 Jahren meinen Wunsch nach einem zweiten Kind genehmige, denk ich über die Bedeutung dieses Satzes nach: eine Gesellschaft, in der jede, die ein Kind wollte, dies auch in die Tat umsetzen konnte?! [...] Mai 1990 [...]. Ich bin mit Dr. Jutta Gysi verabredet. Ihr Satz vom Kinderwunsch und der Realisierungsquote ist mir die ganze Zeit nicht aus dem Kopf gegangen. ‹Für den Abbruch gibt es als Grund die kleine und die große Zukunftsangst. Beides spielte in der Vergangenheit in der DDR eigentlich keine große Rolle. Die kleine, also soziale Zukunftsangst gab es nicht, und die große, die Kriegsangst wurde spätestens mit der Perestrojka irrelevant [...]. Alle haben ihre Ansprüche an den Staat gerichtet und ihn machen lassen.›» (Hannover 1993: 96–103)

3 DIE UMSETZUNG

3.1 Bis zur Staatengründung

3.1.1 *Der Anfang und sein Name*

«In der westdeutschen Geschichtswissenschaft wurde von einer ›Stunde Null‹ in der Politik der deutschen Männer und einer entsprechenden ›Stunde der Frauen‹ gesprochen. In der Geschichte gibt es aber keine ›Stunde Null‹ – auch nicht für Männer. Mehr noch: In der frauengeschichtlichen Perspektive haben wir es hier mit einer Kontinuität des frauenpolitischen Handelns zu tun», so Annette Kuhn zur Charakterisierung des Frühjahres 1945 (Kuhn 2010: 272). Auch der Kulturwissenschaftlerin Ina Merkel fiel bei der Recherche in DDR-Illustrierten auf, «dass es sich 1945 mitnichten um eine Stunde Null der Frauenemanzipation gehandelt hat. Ein kurzer Blick auf die Vorkriegsjahre und die Entwicklung der Frauenerwerbstätigkeit im Dritten Reich macht am Ende eher auf Kontinuitäten aufmerksam denn auf Brüche.» (Merkel 1990: 16)

Als im Frühjahr 1945 endlich die Waffen schwiegen und Deutschland gezwungen wurde, bedingungslos zu kapitulieren, war das weder eine «Stunde Null» noch eine «Stunde der Frauen». Keine «Stunde Null», weil «die Tradition aller toten Geschlechter [...] wie ein Alp auf dem Gehirne der Lebenden» lastet (MEW 8: 115) und einen voraussetzungslosen geschichtlichen Anfang generell unmöglich macht. Keine «Stunde der Frauen», weil Frauen immer – nur eben nach politischen Katastrophen besonders gut sichtbar – dafür sorgen, dass das Leben weitergeht.

Was war es dann? Solange es die DDR gab, hießen die Ereignisse im offiziellen östlichen Sprachgebrauch «Befreiung vom Faschismus». Auf diese Weise wurde sowohl auf die kommende Freiheit Bezug genommen als auch auf die Subjekte dieses Prozesses – die Befreier, oft mit den Sowjetsoldaten identifiziert. Im Privaten, auch in meinem Elternhaus, hieß diese Zeit im Allgemeinen ebenso wie in der bundesrepublikanischen Öffentlichkeit «Zusammenbruch», das heißt, der Blick war auf das

(scheinbar) Beendete gerichtet und die Subjekte dieses Bruchs blieben außerhalb der Betrachtung. Im Osten und Westen wurden demnach für den gleichen Sachverhalt – der Grad der Zerstörung in beiden Teilen Deutschlands wird heute anteilmäßig als etwa gleich hoch eingeschätzt – zwei unterschiedliche Worte verwendet. Als der Pfarrer Friedrich Schorlemmer am 3. Mai 1990 zu diesem Thema befragt wurde, sagte er: «Vom 8. Mai sollte man [...] als von einem Tag des Zusammenbruchs gefährlicher nationalistischer Illusionen sprechen. Eines Zusammenbruchs, der – so denke ich – nötig war, um die Welt zu befreien von deutschen Großmachtträumen [...]. Und gleichzeitig ist es natürlich ein Tag der Befreiung. Ich sage ‚gleichzeitig‘, da wir Deutschen, das müssen wir erinnern, diese Befreiung nicht selber geschafft haben.» (Schorlemmer 1991c: 42)

Margarete Dörr hat für ihre Publikation «Wer die Zeit nicht miterlebt hat ...», die 2008 veröffentlicht wurde, biografische Informationen von 500 Frauen über jene Zeit gesammelt. Ihr ging es bei der Datenerhebung nicht um außergewöhnliche Frauen, die aus ihrer Sicht etwa zehn Prozent aller Frauen ausmachten, also nicht um anerkannte Widerstandskämpferinnen, und auch nicht um begeisterte Nazi-Frauen, sondern um die anderen 90 Prozent, die in erster Linie an die Familie dachten, als sie aufgefordert wurden, sich an das Frühjahr 1945 zu erinnern. Von dieser großen Mehrheit bekannten sich nur ganz wenige Frauen zu ihrem Mitläufertum, insofern zu ihrem Anteil an der Schuld. Von den meisten sei das Ende des «Dritten Reichs» weder als Befreiung noch als Zusammenbruch wahrgenommen worden. Keiner der beiden Begriffe beschrieb ihre tatsächliche Befindlichkeit. Die Frauen sahen mit Erleichterung das Ende der Kriegshandlungen und blickten mit Bangen und Hoffen in eine völlig ungewisse Zukunft (vgl. Dörr 2008).

Auch die anonymen Aufzeichnungen einer jungen Frau, die in den letzten Kriegs- und den ersten Friedenstagen in Berlin Tagebuch führte und der es – wie es im Klappentext heißt – gelang, die russischen Vergewaltiger als Individuen wahrzunehmen, lassen keine Wertung erkennen, wenn es zum Beispiel für den 20. April 1945 heißt: «Endlich, hinter einer zentnerschweren, mit zwei Hebeln verschließbaren, gummi-geränderten Eisentür unser Keller. Amtlich Schutzraum geheißen. Von uns Höhle, Unterwelt, Angstkatakomben, Massengrab genannt. Ein Wald von Stämmen, nur roh entrindet, stützt die Decke [...]. Der alte Schmidt, Gardinenschmidt, quatscht allabendlich von statischen Berechnungen, nach denen der Balkenwald auch dann standhalten soll, wenn das Haus herunterkommt. Das heißt, wenn die Trümmernmassen in bestimmten Fallwinkeln und Gewichtsverhältnissen stürzen [...]. Das Kellervolk hier im Haus ist jedenfalls überzeugt, dass seine Höhle eine der sichersten sei [...]. Ich gehöre nun seit fast drei Monaten dazu und fühle mich trotzdem noch fremd. Jeder Keller hat andere Tabus, andere Ticks. In meinem alten Keller hatten sie den Löschwassertick. Aller Orten stieß man sich an Kannen, Eimern, Töpfen, Fässern, in denen eine trübe Brühe stand. Trotzdem ist das Haus wie eine Fackel heruntergebrannt [...]. Frau Weiers hat mir erzählt, dass in ihrem Keller der Lungentick

grassierte. Sobald die erste Bombe fällt, beugen sich alle vornüber und atmen ganz flach, wobei sie die Hände gegen den Leib pressen. Irgendjemand hat ihnen gesagt, das verhindere Lungenrisse.» (Anonyma 2008: 15)

Von ganz anderen Erinnerungen berichtete meine Freundin Brigitte – 1945 ein siebenjähriges Kind –, als ich sie im Jahr 2009 nach den letzten Kriegsjahren und der Zeit danach in ihrer erzgebirgischen Heimat fragte: «Später erst, es wird 1943 oder 1944 gewesen sein, kam ich in den Genuss von Schokolade. Meine Großeltern mütterlicherseits, Lina und Bruno, waren Bauern. Ihre Landwirtschaft war in A. unserer Wohnung schräg gegenüber, und wir Kinder waren dort fast täglich anzutreffen, zumal Tante Marthel und Onkel Kurt im Gut wohnten und arbeiteten, die uns Kindern sehr freundlich gesinnt waren. Also – die Großeltern bekamen für die landwirtschaftliche Tätigkeit einen französischen Kriegsgefangenen zugeteilt. Louisin, so hieß der Franzose, ein sehr freundlicher netter junger Mann, arbeitete auf dem Feld oder musste auch Kühe hüten oder was noch so anfiel. Beim Hüten der Kühe war ich kleines Mädel oft mit dabei und bekam des Öfteren ein paar Plätzchen Schokolade von ihm geschenkt. Welch ein langersehnter erquickender Geschmack! [...] Louisin hatte in Frankreich Frau und auch Kinder, und man kann sich vorstellen, wie groß die Sehnsucht nach den Seinen daheim war beim Anblick von uns Kindern! [...] Unsere Tante Marthel steckte uns auch ab und zu etwas Gutes zu. In ihrer wunderbaren Keksdose, oben in ihrer Stube, hatte sie immer ‚Schmätzchen‘, wie sie sagte, und davon bekamen wir öfters etwas ab. Sie machte sie selbst aus Butter, Zucker und eventuell Haferflocken. Das wurde in einem Tiegel aufgekocht und karamellisiert und dann heiß auf Pergamentpapier in kleinen Häufchen aufgetragen. Eine wahre Wonne in den Zeiten des Krieges und danach [...]. Mit solcherart süßen Dingen konnte mich Tante Marthel locken, ab und zu bei ihr und Kurt in der ‚Besucherritze‘ zu schlafen. Ihr einziger Sohn Rudi war, kurz vor der Hochzeit mit Betty aus S., in Stalingrad gefallen. Da war großes Herzeleid und Tante und Onkel suchten ein wenig Wärme bei uns Kindern.» (GP Brigitte)

Kinder als Wärmespender, als Trost und Hoffnungsträger für eine bessere Zukunft, das klingt mehr nach Befreiung als nach Zusammenbruch. Die Literaturwissenschaftlerin Eva Kaufmann fand vor allem bei Anna Seghers Kinderfiguren, die diese Hoffnung repräsentieren. «Seghers schrieb von Anfang an von ‚einfachen‘ Leuten, und die hatten zumeist Kinder, oft hungrige wie in ‚Der Aufstand der Fischer von St. Barbara‘ (1928). In ihrem bekanntesten Roman ‚Das siebte Kreuz‘ (1942) wird der Gärtnerlehrling Helwig von der Erzählerin auf die Probe gestellt. Er könnte der Polizei einen wichtigen Hinweis geben, der zur Verhaftung des aus dem KZ geflohenen Georg Heisler führen würde. Als überzeugter Hitlerjunge hegt er gegenüber dem flüchtigen ‚Volksfeind‘, der seine neue Lederjacke gestohlen hat, feindselige Gefühle. Er ist lange unentschlossen. Schließlich lässt ihn die Ahnung, dass von ihm das Leben eines völlig unbekanntem Menschen abhängt, schweigen. Mit der einfühlsamen Gestaltung dieser komplizierten Gefühlslage des Heranwachsenden gibt Seghers ihrer Hoffnung Aus-

druck, das Nazi-Regime habe in der deutschen Jugend nicht alle humanen Impulse zerstört.» (Kaufmann 2015: 92 f.)

Kontinuität des frauenpolitischen Handelns und die Hoffnung auf eine humane Jugend, auf Wärme, die von den schuldlosen Kindern ausgeht – auf diesen Säulen stand wohl das Private unmittelbar nach Kriegsende in Deutschland. Dabei kann nicht übersehen werden, dass sich die Nationalsozialisten intensiv bemüht hatten, gerade Frauen und Jugendliche für sich zu gewinnen. Max Fechner, der erste Justizminister der DDR (nach dem 17. Juni 1953 verhaftet und nach dem XX. Parteitag der KPdSU 1956 wieder entlassen), schrieb (vermutlich 1946) unter dem Titel «Wie konnte es geschehen?» auf der Grundlage gefundener Dokumente einen fiktiven «Rechenschaftsbericht, den Dr. Goebbels sich selbst über Aufstieg und Niedergang des Nationalsozialismus geben wollte» (Fechner o. J.: 7). Das Buch erschien in mehreren Auflagen, wurde also möglicherweise in vielen Haushalten gelesen. Unter der Überschrift «Romantik für die Jugend – Mystik und Mannestum für die Frau» lässt Fechner den Propagandaminister denken: «Die Jugend aber war bei uns. Sie lockte der Dolch an der Seite, die wilde Romantik des Kriegsspiels und des zukünftigen Soldatenlebens. Die deutsche Frau hat wesentlich zu unserem innenpolitischen Sieg beigetragen [...]. Es war verständlich, dass sich die deutsche Frau von dem heldischen Geist unserer Bewegung, dem Gleichschritt der braunen Kolonnen und dem priesterlich anzusprechenden Führer mehr gefangen nehmen ließ als von den nüchternen Versammlungen der Arbeiterparteien mit ihrem Pazifismus und den trockenen Statistiken. Obwohl wir den Frauen das nicht bieten konnten, was der Marxismus versprach, was tat es; die Frau wählte in überwiegendem Maße Adolf Hitler.» (Ebd.: 54 f.)

Und erhielt dafür sicherlich in vielen Fällen den Beifall ihrer Kinder, zumindest ihrer Söhne. Der Schauspieler Rolf Hoppe gab zu Protokoll: «Ellrich lag in der Nähe von ›Dora‹, einem Nebenlager von Buchenwald. Der ›Bürgergarten‹ war das KZ. In den Bergen gab es Stollen, in denen mussten Häftlinge Raketen bauen – Vergeltungswaffen für den Endsieg [...]. Das betraf rassistisch und politisch Minderwertige, so hieß das, und erledigte sich nebenbei. Verhungerte, Erschlagene. Der Jude wird verbrannt! [...] Aber ich war ja noch ein Kind, ein Pimpf, und ich dachte nicht darüber nach, weshalb in Ellrich die Schornsteine immer rauchten und Leute in gestreiften Sachen und in Holzschuhen durch den ›Bürgergarten‹ klapperten. Vielleicht wäre ich, wenn das Kriegsende nicht gekommen wäre, ein guter Faschist geworden. Das Deutsche Jungvolk war ja ganz auf die Kinder abgestimmt: Schnell wie Windhunde, zäh wie Hosenleder [...]. Welchem Jungen gefällt das nicht, hart wie Kruppstahl zu sein. Wir kleinen Gockel wollten doch alle richtige Kerle werden.» (Poss/Warnecke 2009: 58)

Die Begeisterung für Mystik und Mannestum, die Fechners Goebbels den Frauen unterstellt, gehörte 1945 wohl kaum noch zum Frauenleben. Wenn Männer in die Familien zurückkehrten – etwa fünf Millionen kehrten nicht zurück –, waren sie nicht mehr dieselben wie vor dem Krieg, und sie fanden auch nicht mehr die Frauen vor, die sie verlassen hatten. Das Bild vom Mann als Alleinentscheider und Alleiner-

nährer wankte. Heute ist bekannt, wie sich das auf die Söhne auswirkte: «Fast ein Drittel aller Männer, die zwischen 1933 und 1945 geboren sind, wuchs ohne Väter auf. Zeit ihres Lebens hatten diese Männer Schwierigkeiten, dem eigenen Leben deutliche Konturen zu geben, rangen sie um Selbstvertrauen und Entscheidungssicherheit.» (Dietrich 2018: 1006)

Die Journalistin und Schriftstellerin Helga Hirsch beschreibt in ihrer Publikation «Endlich wieder leben» eine der vielen Frauen, «die hamstern und stoppeln ging, als die Familie am Verhungern war, während ihr Mann [im Krieg erblindet, U. S.] im Bett lag, um Kalorien zu sparen. Es war seine Frau, die bei Wind und Wetter als Verkäuferin an einem Obststand ausharrte, während er sich [...] führen lassen musste, um ihr die warme Suppe zu bringen, die sie selbst vor Arbeitsbeginn gekocht hatte.» (Hirsch 2012: 29f.) Frauen nutzten jeden Flecken fruchtbarer Erde, um Kartoffeln anzubauen, tauschten Rezepte aus, wie man Brennnesseln wie Spinat kocht oder aus einer einzigen Kaninchenleber eine große Schüssel «Leberwurst» macht. In meiner Familie wurde auch Tabak angebaut, obwohl niemand rauchte. Aber getrocknete Tabakblätter waren ein begehrtes Tauschobjekt. Wer heute eine Stadtführung durch den Berliner Tiergarten bucht, kann erfahren, dass die Berliner*innen nach Kriegsende die Bäume dort verfeuerten und den Stadtwald zum Gemüsegarten umfunktionierten.

Das «Hamstern» wurde zentrales Thema in deutschen Familien, an das sich auch meine Freundin Lina erinnert: «Meine Mutter ging mit einem fast neuen Teppich aufs Dorf und kam mit einem Eimer Kartoffeln zurück. Sie hat «den Bauern» dieses unfaire Tauschgeschäft nie verziehen. Später, als in der DDR Genossenschaften gegründet wurden und die Bauern mehr oder weniger freiwillig eintraten, sagte sie oft: «Das geschieht denen ganz recht, die hatten damals in der schlechten Zeit auch kein Mitleid mit uns.» (GP Lina) Siegfried Kuntsche (2000) kommt beim Reflektieren der Lebensverhältnisse auf dem Dorf nach 1945 auch auf den legendären Teppich zu sprechen. ««Denen fehlt doch nur noch ein Teppich im Kuhstall!» – dieses in den Hungerjahren angesichts der Schwarzmarkt-Wuchergeschäfte entstandene Allgemeinurteil von Städtern bedarf der Prüfung.» (Ebd.: 80) Vor allem im Hinblick auf den Alltag der Bäuerinnen wären Mitgefühl und Verständnis der Städter*innen, wenigstens der Frauen unter ihnen, wohl angebracht gewesen, gibt Kuntsche zu Bedenken (ebd.: 89).

In ihrem Roman «Die schönsten Jahre» erzählt Elke Heidenreich von einem Streit zwischen Eltern, «der damit endete, dass meine Mutter meinen Vater kalt ansah und sagte: «Spiel dich nicht so auf. Letzten Endes bist du nichts anderes als alle anderen auch – ein Mörder.» Mit diesem Satz muss sie eine Mauer eingerissen haben, die er zum Schutz um sich herum aufgebaut hatte. Damals fing er an zu trinken und legte sich die beiden Freundinnen zu. Das war der Anfang vom Ende unserer Familie.» (Heidenreich 2009: 32)

Ich bin ganz sicher, dass sich solche oder ähnliche Familiengeschichten in allen vier Besatzungszonen abgespielt haben. Nachgewiesen ist, dass sich in allen Besatzungszo-

nen die Frauenaktivitäten nicht auf das Private beschränkt haben. «Die tägliche Überlebensarbeit forderte alle Kräfte. Aber Frauen waren in diesen Monaten, unmittelbar nach Kriegsende, insofern im Vorteil, als ihre selbstverständlichen Fähigkeiten, die auch zur traditionellen Sozialisation gehörten, gefragt waren. Improvisationsfähigkeit und fantasievolle Kreativität, Handeln mit Nichtberechenbarem, aber auch Opfermut waren mehr gefordert als bedingungsloser Gehorsam und gewandtes Hantieren nach eingepägten Regeln. Selbst die krude Durchsetzungskraft war nicht in erster Linie hilfreich, weil die Menschen sich aufeinander angewiesen sahen», beschreibt die Politologin Renate Genth (1992: 9) und fügt hinzu, warum Frauen sich gerade angesichts existenzieller Belastungen politisch betätigen konnten, «weil die politische Aktivität nicht getrennt war von den anderen Bereichen der Frauenarbeit. Vielmehr drehte sich die Politik der unmittelbaren Nachkriegszeit gerade um die Bereiche, die Frauen betrafen.» (Ebd.: 15) Die Einsicht, aufeinander angewiesen zu sein, prägte die Verhaltensweisen und machte vermutlich nicht nur die «krude Durchsetzungskraft» überflüssig, sondern auch den Selbstdarstellungsdrang, der in sogenannten normalen Zeiten bis zur Unerträglichkeit zum politischen Geschäft gehört.

Dass das Private politisch ist, musste demnach in der unmittelbaren Nachkriegszeit niemandem erklärt werden. Dieser Zusammenhang gehörte zu den lebenserhaltenden Selbstverständlichkeiten. «Die politischen Angelegenheiten wurden um das Alltägliche, das Private und die Subsistenzarbeit erweitert, weil diese Bereiche neu geregelt und öffentlich erörtert werden mussten, also zum Gegenstand der Politik wurden.» (Genth/Schmidt-Harzbach 1996: 47)

Zum Gegenstand der Politik und gleichzeitig des Privatlebens wurde in dieser Zeit auch die Aufnahme von «Umsiedlern» (östliches Vokabular) bzw. «Flüchtlingen»/«Vertriebenen» (westliches Vokabular). Schon die unterschiedlichen Bezeichnungen deuten auf eine unterschiedliche politische Sicht hin. «Vertriebene» sind Opfer politischer Entscheidungen, sie müssen sich nicht abfinden mit ihrem Schicksal. Der Begriff «Umsiedler» enthält vergleichsweise wenig politischen Zündstoff. Meine Freundin Anne erzählte, nach ihren Erinnerungen gefragt: «Mein Vater war in einem Dorf bei Stettin aufgewachsen. Sein älterer Bruder konnte noch das Abitur machen, aber mein Vater musste mit 17 in den Krieg. Zunächst als Flakhelfer. Heute würden wir sagen: als Kindersoldat. Er wurde dann in den letzten Kriegswochen schwer verletzt. Man hatte ihn schon für tot gehalten und beiseitegeräumt [...]. Nach vier Jahren Lazarett kam er zurück – mit nur einem Lungenflügel und schweren Herzproblemen. Da war sein Heimatdorf nicht mehr in Deutschland, sondern in Polen. Er wollte aber nie «Vertriebener» heißen und hat uns immer wieder darauf hingewiesen, dass Deutschland den Krieg begonnen hat. Erst recht war er gegen die revanchistischen Ziele, die der westdeutsche Vertriebenenverband von Anfang an verfolgte. Deshalb nannten sie Ostdeutschland ja auch Mitteldeutschland. Der Verband sprach trotzdem in seinem Namen (und organisierte ihm den «Lastenausgleich»). Sogar ich galt noch als Vertriebenekind.» (GP Anne)

Die Politik im Osten Deutschlands hielt nicht nur eine andere Bezeichnung bereit, sondern war auch auf Empathie und freundliche Aufnahme der Hinzukommenden ausgerichtet. Aktuelle Recherchen zur Entwicklung der Psychotherapie in der DDR verweisen allerdings auch auf die Defizite dieser Politik: Denn über die Schicksale der Umsiedler*innen wurde kaum geredet – Christa Wolf spricht das Thema in ihrem Buch «Kindheitsmuster» an –, dabei hätte diese Bevölkerungsgruppe, so wie heutige Migrant*innen auch, in besonderem Maße psychischen Beistand und psychotherapeutische Betreuung nötig gehabt (vgl. Weidt 2020).

Die meisten Menschen, die in die sowjetische Besatzungszone (SBZ) kamen, hatten vorher östlich von Oder und Neiße gelebt und – wenn überhaupt – landwirtschaftliche Berufe erlernt. In die westlichen Zonen kamen überwiegend Menschen aus den tschechischen Gebieten und damit aus Regionen, die industriell geprägt waren. Die Aufnahmequoten für die Besatzungszonen, die mit dem Kontrollratsbeschluss vom 20. November 1945 festgelegt worden waren, wichen von den tatsächlichen Aufnahmezahlen stark ab, weil sich erstens die französische Militärregierung gegen diese Aufnahmen sperrte, weil zweitens «die Zahl der auf das restdeutsche Gebiet Vertriebenen viel größer [war] als von den Alliierten ursprünglich angenommen. Die mit 3,6 Millionen größte Zahl von Flüchtlingen und Vertriebenen hatte bis zum 29. Oktober 1946 die Sowjetische Besatzungszone aufgenommen, mit 21 Prozent war dort auch deren Anteil an der Wohnbevölkerung am höchsten.» (Grundmann 1998: 41) Weil auch die Sozialstruktur (Alter, Geschlecht, Qualifizierung) der Umsiedler*innen sehr unterschiedlich war, weil überdurchschnittlich viele Frauen und Kinder in die SBZ kamen, kommt Siegfried Grundmann zu dem Schluss: «Die westlichen Besatzungszonen waren beim Wiederaufbau der Wirtschaft demografisch in einer viel besseren Situation als die SBZ. Der Wiederaufbau wurde im Osten viel mehr als im Westen von den familiär ohnehin schon stark belasteten Frauen getragen.» (Ebd.)

Die westlichen Besatzungszonen waren auch deshalb in einer besseren Situation, weil ihre Besatzerstaaten ökonomisch stabiler waren als die Sowjetunion. General Clay konnte es sich leisten, bereits Anfang 1946 die Durchführung von Demontagen an Industrieanlagen in der amerikanischen Zone zu verbieten (vgl. Wenzel 1996). Die Sowjetunion musste auf materieller Wiedergutmachung bestehen. Wie hoch der östliche Anteil an den von den Alliierten vereinbarten Reparationsleistungen war, ist heute umstritten. Sicher ist aber, dass in der SBZ «die Demontage durch die Besatzungsmacht [...] etwa 30 Prozent der 1944 vorhandenen industriellen und infrastrukturellen Fonds [umfasste]» (Grundmann 1998: 48).

Entscheidend für bleibende Ost-West-Unterschiede war jedoch die Veränderung der Eigentumsverhältnisse in der SBZ. Das Projekt einer sozialistischen Gesellschaftsordnung verfolgend wurden 1946 «mehr als 9.000 Nutznießer des Hitlerkrieges» (Beuchler 1955: 30) enteignet. Mit der Bodenreform, die schon im September 1945 begann, erhielten mehr als 500.000 landlose und landarme Bauern und Bäuerin-

nen, auch Umsiedler*innen, landwirtschaftliche Nutzflächen. Alle privaten Banken und Versicherungen wurden geschlossen, Bergwerke und Bodenschätze in die Hände der Länder überführt. Vorausgegangen waren in allen ostdeutschen Ländern Volksabstimmungen. «Am 30. Juni 1946 fand im Land Sachsen der große Volksentscheid statt, der zur Enteignung der Kriegs- und Nazi-Verbrecher führte. Mehr als 94 Prozent der Bevölkerung beteiligten sich an diesem Willensentscheid. 77,7 Prozent der Wahlbeteiligten stimmten der Enteignung und Zerschlagung der Konzerne zu. Die Stimme des Volkes hatte gesprochen! Ein großer Schlag gegen die verderbliche Herrschaft der Kräfte des Monopolkapitals war getan. Am 24. Juli 1946 wurden Kriegsverbrecher und Nazi-Aktivist*innen durch eine Verordnung des Landes Thüringen enteignet. Am 30. Juli folgte die Provinz Sachsen-Anhalt. Am 5. August wurde in der Provinz Mark Brandenburg und am 16. August im Land Mecklenburg-Vorpommern mit den Kriegsverbrechern abgerechnet.» (Ebd.)

Gut 70 Jahre später erläuterte Wolfgang Engler im Gespräch mit Jana Hensel, wie sich diese politökonomische Weichenstellung auf das Individuum, auf das Privatleben in der DDR auswirkte: «Es entstand herrenloses, unbesorgtes Eigentum. Die Menschen vergaßen, was Eigentum noch vor einer Generation bedeutet hatte: der Konkurrenz ausgesetzt zu sein und gegebenenfalls zu scheitern [...]. Dieses Vergessen privateigentümlicher Grenzen und Zuständigkeiten war, rein ökonomisch gesehen, desaströs, aber es veränderte das Selbstgefühl, Beziehungen zwischen Arbeitern und Vorgesetzten, Frauen und Männern auf eine Weise, die tatsächlich Neues zutage förderte, Geschlechter-, Standes- und Klassengrenzen abschliff, jeder und jedem aufgrund der unantastbaren Stelle ein eigenes Leben ermöglichte und das Gefühlsleben aus seiner Einbettung in Nützlichkeitsabwägungen löste. Nicht wenig für den Anfang, aber dieser Anfang barg das Ende eben auch schon in sich [...]. Der Vorschein einer neuen Art des Lebens und Zusammenlebens wurde mehr und mehr von den Nebenkosten und Folgelasten überschattet. Es war dennoch weit mehr als eine Petitesse. Gleichheit, die gefiel, nicht nur bedrückte, auch das gehört ins Bild.» (Engler/Hensel 2018: 78 f.)

Mit Blick auf das Thema dieser Publikation ist zu ergänzen: Das Vergessen der Grenzen, die das Privateigentum schafft, sorgte auch dafür, dass sich das schon genannte, heute naiv erscheinende Vertrauen in öffentliche Instanzen und auch «zum Nachbar» herausbilden konnte. Als Cordia Schlegelmilch Anfang der 1990er Jahre einen ihrer Interviewpartner aus dem sächsischen Wurzen nach dem Erhaltungswerten aus der DDR befragte, bekam sie zur Antwort: «Also, was soll man hier erhalten? Nichts, höchstens eines und das hat überhaupt nichts mit dem Staat zu tun: Das ist die gewisse Menschlichkeit und das Verständnis füreinander, denn da sind wir wirklich einen Zacken besser. Wir sind keine Egoisten. Wir sind wirklich noch in der Lage, für den Nächsten Verständnis zu entwickeln. Das ist zwar nicht bei allen so, aber doch bei einem großen Teil der Bevölkerung, vor allem auf dem Land. Dieses Gefühl der Solidarität, das ist hier eigentlich da.» (Schlegelmilch 2019: 266)

Hinzuzufügen ist, dass «die gewisse Menschlichkeit» sehr wohl etwas mit dem Staat zu tun hatte (und hat), konkret mit den veränderten Eigentumsverhältnissen, mit dem «Vergessen privateigentümlicher Grenzen», mit der Herauslösung des «Gefühlslebens aus seiner Einbettung in Nützlichkeitservägungen».

Auch in den westlichen Ländern wurde über Enteignungen von Kriegsverbrechern und Junkern und über eine Bodenreform nachgedacht, um die Gefahr einer neuen faschistischen Entwicklung auszuschließen. In Hessen wurde sogar eine (später als ungesetzlich deklarierte) Volksabstimmung zu diesem Thema durchgeführt, die ebenfalls mit einem klaren Votum für Enteignungen ausging. «Enteignungen unterstützten [...] bis zum Beginn des Kalten Krieges auch bürgerliche Parteien. Der CSU-Politiker Gerhard Kroll etwa [...] sagte in der Diskussion über den Eigentumsbegriff: «Wir wollen nicht mehr enteignen, als zum Wohle der Allgemeinheit notwendig ist.» Freilich ging ihm der restriktive Eigentumsbegriff zu weit. Von diesem gehe eine Gefahr der «Bolschewisierung des geistigen und kulturellen Lebens» aus [...].» (Speckmann 2019: 2) Nicht zu vergessen: Am 3. Februar 1947, also nach den Volksabstimmungen im Osten und in Hessen, nahm die CDU das «Ahlemer Programm» an, in dem es heißt: «Das kapitalistische Wirtschaftssystem ist den staatlichen und sozialen Lebensinteressen des deutschen Volkes nicht gerecht geworden. Nach dem furchtbaren politischen, wirtschaftlichen und sozialen Zusammenbruch als Folge einer verbrecherischen Machtpolitik kann nur eine Neuordnung von Grund auf erfolgen [...]. Durch die gemeinwirtschaftliche Ordnung soll das deutsche Volk eine Wirtschafts- und Sozialverfassung erhalten, die dem Recht und der Würde des Menschen entspricht.» (Zit. n. Schneider 2011: W7)

Obwohl die Kommunistische Partei Deutschlands bei den ersten Bundestagswahlen 1949 immerhin 5,7 Prozent der Stimmen erhielt und in fast allen Landesparlamenten vertreten war, dominierte hier letztlich die klassenstrukturelle Kontinuität. Der Politikwissenschaftler Frank Deppe meint, dass der «herrschende Block», der nicht nur aus Parteien bestand, sondern auch aus Wissenschaftler*innen und Kirchenvertreter*innen, erstens eine Bestrafung der alten Nazis verhindern wollte, zweitens die Linke kleinhalten und drittens eine starke deutsche Wirtschaft aufbauen wollte (vgl. Bollinger/Zilkenat 2020). Der Historiker Willi A. Boelcke untersuchte in diesem Zusammenhang in den 1980er Jahren «Die deutsche Wirtschaft 1930–1945» und konnte belegen, dass der Kern des bürokratischen Apparats 1945 ungebrochen für die sogenannte Friedensplanung weiterarbeitete. Sogar in den Internierungslagern der Westalliierten wurde «Vordenkerarbeit» für Marshallplan und Aufbau der Wirtschaft geleistet (Schildt 1984: 813).

Schließlich resümierte der Rechtswissenschaftler Wolfgang Abendroth 1962 für die BRD: «Der Aufschwung sozialistischen Denkens nach 1945 ist überwunden, sozialistisches Denken ist abermals in kleine Zirkel zurückgeworfen, die keinerlei größere gesellschaftliche Einflussmöglichkeiten besitzen und aus der Diskussion der offiziellen Presse und aus den öffentlichen Auseinandersetzungen der Machtträger in der Gesellschaft ausgeschlossen sind.» (Abendroth 1962: 258)

Dass sozialistisches Denken in den westlichen Zonen dennoch gelegentlich von sich reden machte, steht dazu nicht im Widerspruch, im November 1948 etwa, als mehr als neun Millionen Beschäftigte der Bi-Zone (in der französischen Besatzungszone waren Streiks strikt verboten worden) aus den Bereichen Industrie, Handel, Verkehr, das heißt 72 Prozent der dort Beschäftigten, gegen die Maßnahmen streikten, die Ludwig Erhard als «soziale Marktwirtschaft» einführen wollte (vgl. Fuhrmann 2017).

3.1.2 Die Frauenausschüsse, die Trümmerfrauen, der Demokratische Frauenbund Deutschlands

In der unmittelbaren Nachkriegszeit, in der es sowohl im Osten als auch im Westen ums Überleben ging und nicht um Wahlsiege und parteipolitische Machtspiele, in der also das traditionelle Politikverständnis nicht hilfreich war, bildeten sich in «fast jeder mittleren oder größeren deutschen Stadt» Frauenausschüsse (Kuhn 1986: 9), die nachträglich (zumindest für Berlin) als «halb gewolltes, halb verordnetes Netz» (Genth/Schmidt-Harzbach 1996: 47) bezeichnet wurden. Solche überparteilichen Ausschüsse entstanden nicht nur in der SBZ, wie heute mitunter zu lesen ist, sondern in allen vier Zonen. Aus der britischen Besatzungszone sind in den Archivunterlagen etwa die Städte Bremen, Hamburg, Aachen, Essen, Münster und Köln erwähnt, aus der amerikanischen die Städte Frankfurt a. M., München, Stuttgart, Esslingen, Nürnberg und Baden (vgl. SAPMO NY 4036/731).

Den örtlichen Bedingungen entsprechend fanden sich Frauen zusammen, die zum Beispiel Trümmer beseitigten, aus Soldatenmänteln Kinderkleidung oder aus Stroh Kinderschuhe herstellten, sich um verwaiste oder verwaahlte Kinder kümmerten, die aber auch – für Berlin gründlich analysiert – für eine demokratische Neugestaltung Deutschlands zur Verfügung standen. Mit den Aktionen «Rettet die Kinder» schrieben die Frauenausschüsse Geschichte. «Die Frauen stellten Spielzeug und Kleidung in den Nähstuben her, organisierten Weihnachtsfeiern und sorgten für Schulspeisung.» (Genth/Schmidt-Harzbach 1996: 56) Bekannt ist auch, dass Berliner Frauenausschüsse sich darum bemühten, Hausarbeit und Kindererziehung als «gesellschaftlich notwendige Arbeit» anerkennen zu lassen. Weniger, weil es ihnen (wie späteren Feministinnen) darum ging, den Arbeitsbegriff neu zu definieren, sondern weil mit der Klassifizierung als «gesellschaftlich notwendige Arbeit» eine bestimmte Lebensmittelkarte und der Schutz vor anderen Arbeitsverpflichtungen verbunden war. Entsprechend einem Bericht von Maria Weiterer, damals Leiterin des Frauensekretariats der SED, vom 13. Dezember 1946 ging es den Frauenausschüssen im Westen wie im Osten um «Hauswirtschaft und Ernährung, Schule und Erziehung, Landwirtschaft und Siedlung, Arbeitseinsatz und Arbeitsrecht, Wohnungsfragen und Wohnungsbau, Gesundheit und Hygiene, Familie und Eherecht, Kulturfragen» (SAPMO NY 4036/731).

Alle Militärregierungen nutzten, kontrollierten oder befahlen die Pionierarbeit der Frauenausschüsse. Die «Einflussnahme der jeweiligen Besatzungsmacht, die meist

nur für die sowjetische Zone behauptet wird, hat in allen Zonen eine Rolle gespielt. Die Gründung eines Frauenausschusses konnte hier wie dort nur mit Zustimmung der Militärregierung erfolgen.» (Henicz/Hirschfeld 1986: 98) Und um diese Zustimmung, die mitunter bereitwillig, mitunter misstrauisch, mitunter gar nicht gegeben wurde, kümmerten sich die Frauen selbst. Bis heute ist umstritten, ob bzw. inwiefern sich in dieser Hinsicht die Sowjetische Militäradministration in Deutschland (SMAD) von den drei westlichen Militärregierungen unterschied. Allerdings veröffentlichte Marshall Shukow am 3. November 1945 – also nachdem sich die ersten Frauenausschüsse gegründet hatten – in Eigeninitiative den berühmten Befehl Nr. 80 «Organisierung antifaschistischer Frauenausschüsse» und legte die prinzipiellen Aufgaben fest:

1. die Durchführung politisch-erzieherischer und kultureller Aufklärungsarbeit unter den Frauen auf antifaschistisch-demokratischer Grundlage;
2. die Einbeziehung deutscher Frauen in das aktive öffentliche Leben des Landes, um ihre Mitwirkung an der demokratischen Umbildung Deutschlands zu ermöglichen;
3. die Unterstützung der Mütter bei der Erziehung der Kinder im demokratischen Geiste.

Die SMAD war auch die einzige Militärregierung, die am 17. August 1946 einen Befehl erließ (Nr. 253), der unabhängig vom Geschlecht gleichen Lohn für gleiche Arbeit festlegte.

Heute wird in Bezug auf die Frauenausschüsse davon ausgegangen, dass «diese Überlebenseicherung [...] die Grundlage [bildete], auf der sich der Wiederaufbau im Nachkriegsdeutschland erst vollziehen konnte» (Pfeiffer 1996: 9).

Insofern tut weh, mit welchen Worten Wilhelm Pieck im Namen der KPD den deutschen Frauen zum erstmals wieder gefeierten Internationalen Frauentag 1946 gratulierte.¹⁵ Er forderte sie auf, «sich in die Kampffront der Proletarier einzureihen» (vgl. Scholze u. a. 1986: 21). Diese Aufforderung an die Frauen, sich einzureihen, bzw. die Aufforderung an die Verantwortlichen in der Gesellschaft, Frauen noch stärker «einzubeziehen», finden sich in den offiziellen DDR-Dokumenten bis zum Ende der DDR. Das heißt, dass Frauenarbeit von staatlicher Seite durchgehend als etwas gewertet wurde, das überwiegend außerhalb der «Kampffront», außerhalb des «wirklich Wichtigen» stattfand. Das wirft ein Licht auf die Herrschaftslinie zwischen dem Öffentlichen und dem Privaten – und zwar zu jeder Zeit in der DDR. Für die unmittelbare Nachkriegszeit jedoch, in der die Frauenausschüsse die Voraussetzungen für das Weiterleben der Gesellschaft schufen, in der Martha Brautzsch nach Frauentagsreden in Leuna, Delitzsch und Torgau auf ihrem Heimweg ermordet wurde (vgl. Scholze 2001: 83), erscheint die Aufforderung an die Frauen, sich «einzureihen», geradezu ignorant.

15 Zum Frauentag 1945 hatten Elli Schmidt und Wilhelm Pieck vom Moskauer Rundfunk aus den deutschen Frauen gratuliert.

Bis heute steht eine solide historische Analyse und theoretische Einordnung der Arbeit der Frauenausschüsse und der Trümmerfrauen in den 1940er Jahren aus. Ich halte eine solche Analyse schon deshalb für notwendig, weil die «Trümmerfrau» in der Geschichtsschreibung inzwischen zum Mythos zu verkommen droht. «Das Bild von den Trümmerfrauen, die die Ruinenstädte vom Schutt beseitigen, ist ein späterer Mythos. Es handelte sich dabei der Qualifizierung nach um Hilfsarbeiterinnen, die schwere körperliche Arbeit zu leisten hatten. Allein in Berlin gab es etwa 40.000 Bauhilfsarbeiterinnen. Sie entschieden sich dafür vor allem wegen der höheren Lebensmittelrationen zugunsten ihrer Kinder.» (Dietrich 2018: 183)

Die Journalistin Luc Jochimsen beschrieb schon in den 1970er Jahren die soziologische Widersprüchlichkeit, die die Trümmerfrau damals in der Bundesrepublik umgab: «Die Trümmerfrau war die Weiblichkeitsfigur des neuen Deutschland, Schwerarbeiterin, Ernährerin ihrer vollständigen oder nicht vollständigen Familie, Haushaltsvorstand, Begründerin der neuen Lebenssituation. Emanzipiert wie nie zuvor. In der Realität. Durch die Not gezwungen. Nicht aber in der Vorstellungswelt, nicht im Bereich der neu zu formulierenden Wertnormen, nicht einmal auf dem Papier. Nein, in den Vorstellungen gehörte die deutsche Frau und Mutter nach wie vor ins Haus und an den Herd. Und da es das Haus und den Herd in den wenigsten Fällen noch gab, konnte sie sich gerne als Maurer, Organisator von Dachziegeln, Buchhalter, Geschäftsfrau oder dergleichen betätigen, das war eine Ausnahmesituation, das bedeutet nichts, wenigstens was ihre Rolle betroffen hätte.» (Jochimsen 1978: 61)

Die Dresdnerin Gerda Kreß (1913–2009) jedenfalls, mit der ich im Jahr 2006 ein Interview für den Politeia-Kalender führen konnte, brachte es auf 5.000 Stunden Trümmerarbeit, nicht als Bauhilfsarbeiterin und auch nicht auf Befehl der SMAD, sondern freiwillig und ehrenamtlich als Neulehrerin. Sie war auch als 93-Jährige noch eine ernst zu nehmende Zeitzeugin, ihre Tatkraft alles andere als ein Mythos.

Dass der Demokratische Frauenbund Deutschlands (DFD) aus den Frauenausschüssen hervorging, als gesamtdeutsche Organisation konzipiert und erklärtermaßen auf die Erhaltung des Friedens, die Einheit Deutschlands und die Gleichberechtigung der Frau orientiert war (auch in dieser Reihenfolge), ist unbestritten. Im Gründungsjahr 1947 waren etwa drei Prozent, im letzten DDR-Jahr etwa 20 Prozent aller erwachsenen Frauen in der DDR Mitglied des DFD (Schröter/Rohmann 2002: 524). Wie die Entwicklung bis zur Gründung des DFD in der SMAD im Einzelnen vor sich ging (Zentraler Frauenausschuss, Vorschläge des Oberstleutnants Nasarow zum Programm, Aufruf des Vorbereitenden Komitees, Besonderheiten der DFD-Gründung in Berlin usw.), ist im Handbuch der Parteien und Organisationen der DDR ausführlich beschrieben (ebd.: 500 ff.). Welche Wege in den westlichen Zonen gegangen wurden und warum es erst nach Gründung der Bundesrepublik gelang, den westdeutschen DFD zu gründen, untersucht Kerstin Pfeiffer im Einzelnen in ihrer Magisterarbeit (vgl. Pfeiffer 1996).

Hier sei lediglich darauf hingewiesen, dass der DFD, der wie keine andere Massenorganisation auf das Privatleben in der DDR einwirken konnte, im Widerspruch

zum Gesellschaftskonzept stand und deshalb – nicht nur in den Anfangsjahren – von der SED misstrauisch beobachtet wurde. Schließlich sollte die DDR eine Antwort auf die Arbeiterfrage und nicht auf die Frauenfrage sein. Schließlich gab es in keinem anderen sozialistischen Land eine analoge, so kleinteilig bis in die einzelnen Wohngebiete hinein aufgestellte Frauenorganisation. Schließlich lautete das Gelöbnis der Delegierten des DFD-Gründungskongresses, «in schwesterlicher Verbundenheit über Weltanschauung, Konfession und Beruf hinweg zu helfen, Militarismus und Faschismus völlig auszumerzen und das Sehnen der Menschen nach dauerhaftem Frieden zu verwirklichen» (vgl. Scholze u. a. 1986: 30). Ein Bekenntnis zur «schwesterlichen Verbundenheit» gab es (nach meiner Kenntnis) in keinem anderen politischen Zusammenhang. Stattdessen war sehr häufig von «brüderlicher Verbundenheit» die Rede, aber diese meinte nicht nur Männer. «Brüder» stand für solidarisch verbundene Menschen. Die «schwesterliche Verbundenheit» schloss aber Männer aus.

Einige Fakten mögen (auch vorausschauend) an die Schwierigkeiten erinnern, die der DFD hatte und machte:

- In den Anfangsjahren wechselten die DFD-Vorsitzenden auffällig häufig, nicht (nur) aus gesundheitlichen Gründen, wie es offiziell hieß, sondern weil «die bürgerlichen Frauen im DFD» sozialstrukturell nicht zuverlässig erschienen oder weil sie die Hitler-Zeit nicht in der Sowjetunion, sondern in westlichen Ländern verbracht hatten (vgl. SAPMO NY 4036/731).
- Bis Anfang der 1950er Jahre wechselten auch die Tätigkeitsfelder des DFD mehrfach, bis der Aktionsrahmen schließlich auf das Wohngebiet begrenzt wurde, also in die Privatheit verschoben wurde und insofern in die Zweitrangigkeit. Damit im Zusammenhang steht, dass der DFD nur in den Anfangsjahren maßgeblich an der Gesetzgebung in der DDR beteiligt war und danach «sein Gewicht auf die Popularisierung von Gesetzen, die Entwicklung des Rechtsbewusstseins, die Stellungnahme und die Diskussion über Gesetzesvorschläge» verlegte (DFD 1950: 183).
- Immer wieder zog die Zeitschrift *Frau von heute*, die vom DFD herausgegeben wurde, die Kritik der SED auf sich. Im Jahr 1962 stellte sie ihr Erscheinen ein.
- Die betrieblichen Frauenausschüsse, die ab Anfang 1952 gegründet wurden, sollten nach dem ursprünglichen Vorschlag des Sekretariats des Zentralkomitees der SED von Mitte Dezember 1951 vom DFD «getragen» werden. Als am 8. Januar 1952 das Politbüro den Startschuss für die Gründung solcher Frauenausschüsse gab, war von einer Trägerschaft keine Rede mehr (SAPMO DY 30/JIV 2/3 A-238).
- In den 1960er Jahren wurde die Frauenkommission des Politbüros gebildet und es fanden zwei Zentrale Frauenkongresse statt, von denen zunächst nicht klar war, ob sie die Auflösung des DFD einläuten sollten oder nicht (SAPMO DY 30/IV/A2/17/57; SAPMO DY 31/042; SAPMO DY 31/050). Schließlich fiel die Entscheidung für die Weiterexistenz der Frauenorganisation, ohne an der Zweitrangigkeit etwas zu ändern. Die Logik «zweitrangig, aber notwendig» hatte ihr Pendant in der westlichen Debatte um Lohn für Hausarbeit.

- Bis zum Ende der DDR wurde die Mitgliedschaft des DFD in der Internationalen Demokratischen Frauenföderation (IDFF) misstrauisch begleitet, obwohl die DDR-Regierung dem IDFF-Büro seit Januar 1951 «Gastreue und Unterstützung» gewährte (DFD 1989: 139). Bekanntlich war die IDFF 1945 in Paris gegründet worden, vor allem auf Initiative von Überlebenden der Konzentrationslager. Damit war die Haltung zu Deutschland vorgeprägt. Der DFD unternahm bis Ende 1948 große Anstrengungen – nachweisbar ohne SED-Auftrag –, um Mitglied in dieser internationalen Frauenvereinigung zu werden. Noch in den 1980er Jahren konnte «zwischen den Zeilen» gelesen werden, was die DDR-Führung von der IDFF hielt: «Mit ganz besonderer Herzlichkeit empfangen sie eine Delegation des Politbüros des Zentralkomitees der SED unter Leitung von Horst Dohlus, Mitglied des Politbüros und Sekretär des Zentralkomitees der SED. Anwesend waren auch Freda Brown, Präsidentin der IDFF, sowie 98 Vertreterinnen von Frauenorganisationen aus 53 Ländern» (ebd.: 316). Die einen wurden demnach mit ganz besonderer Herzlichkeit empfangen, die anderen waren auch anwesend. Solche Formulierungen wurden in der DDR nicht zufällig gedruckt.
- Einem Aufruf der IDFF folgend (und wiederum ohne SED-Mandat), beteiligte sich der DFD an der Unterschriftensammlung für ein Atomwaffenverbot und sammelte bis Anfang 1949 in der SBZ 5,3 Millionen und in den drei anderen Besatzungszonen – trotz Nichtgenehmigung der Aktion – 360.000 Unterschriften, die in einer «Adresse deutscher Frauen» den Vereinten Nationen übergeben wurden. Am 9. Februar 1949 beschwerte sich der DFD bei Wilhelm Pieck, weil diese Unterschriftensammlung weder in den Medien (konkret im *Neuen Deutschland*) noch im zentralen Terminkalender einen angemessenen Platz gefunden hatte (vgl. SAPMO NY 4036/731). Aber immerhin: In der Grußadresse des Parteivorstands der SED anlässlich des Internationalen Frauentags 1949 wurden die Frauen «zu dem Erfolg ihrer Unterschriftensammlung» beglückwünscht.
- Offensichtlich hatte nicht nur die SED Probleme mit der Frauenorganisation. In einer Publikation der SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung mit dem Titel «Frauen in der DDR. Auf dem Weg zur Gleichberechtigung?», die 1987 in zweiter, vollständig überarbeiteter Auflage erschien (1981 in erster), heißt es: «Nach dem Krieg wurde in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands und späteren DDR die Wiederbegründung einer aus vielen geistigen, religiösen und politischen Gruppierungen bestehenden, pluralistischen Frauenbewegung verhindert. Stattdessen setzten die Kommunisten mit der Gründung des DFD eine Einheitsorganisation der Frauen durch, die sich zwar nach außen hin überparteilich gibt, in Wirklichkeit aber von der SED gesteuert wird.» (Friedrich-Ebert-Stiftung 1987: 56)
- Zeitsprung: Im Unterschied zu DDR-Betrieben und -Kombinaten klagte der DFD (bzw. seine Nachfolgeorganisation) gegen die Treuhandanstalt, als er Anfang der 1990er Jahre an seinem Fortbestehen gehindert werden sollte. Er gewann den Rechtsstreit. Während der entscheidenden Verhandlung am 17. Mai 1992 hielten mehr als 400 Vereinsfrauen das Gerichtsgebäude besetzt.

3.1.3 Hunger nach Lebensmitteln, nach Kunst und Kultur, nach Sex

Der Hunger nach Lebensmitteln war ganz sicher zunächst ein gesamtdeutsches Problem. Bis Herbst 1945 hatten alle Militärregierungen Lebensmittelkarten mit monatlicher Geltungsdauer eingeführt. In der BRD wurden sie 1950 – zwei Jahre nach den Segnungen des «Marshallplans», der die westlichen Länder milliardenschwer beim Wiederaufbau unterstützte – wieder abgeschafft. In der SBZ erfolgte die Abschaffung in den 1950er Jahren schrittweise, bis zum 28. Mai 1958. Zunächst gab es fünf Gruppen von Kartenberechtigten: von Schwerstarbeitern in Gruppe 1 bis zu Hausfrauen bzw. Arbeitslosen in Gruppe 5. Diebstähle und Schwarzmärkte gab es ganz sicher auch in allen Zonen.

Wer im Hungerjahr 1947 eingeschult wurde, erhielt nicht in jedem Fall eine Zuckertüte. Manche erhielten aber auch zwei, weil nicht nur die Eltern und oft auch Verwandte und Bekannte alle Vorräte opferten, sondern weil auch in der Schule für jedes Kind eine Tüte zur Verfügung stand.¹⁶ An die Zuckertüten erinnern sich auch die interviewten Freundinnen: «Mein Vater hatte die Zuckertüte selbst gemacht. Er war ja Buchbinder. Die Tüte war sehr breit geraten, deshalb hat meine Mutter ein Spiel in die Tüte gesteckt, das in der Mitte festklemmte. Auf diese Weise konnte der untere Teil frei bleiben und musste nicht gefüllt werden.» (GP Edith) «Ich bin in Dresden eingeschult worden. Mit einer Papptafel; bis zur Schule war die Schrift oft nicht mehr lesbar. Ich weiß, dass meine Mutter lange Zeit Zucker- und Fettmarken gesammelt hatte, damit sie im Tiegel «Bonbons» für die Zuckertüte zaubern konnte.» (GP Bärbel) «Ich erhielt sogar zwei Zuckertüten. Die eine war von den Eltern. Im unteren Teil war eine von meiner Mutter angefertigte Strickjacke, im oberen Teil Selbstgebackenes. Die andere Tüte wurde uns in der Schule überreicht, da waren Äpfel und Pflaumen drin, die Pflaumen schon sehr reif.» (GP Lina)

Bereits im Sommer 1946 war das «Gesetz zur Demokratisierung der deutschen Schule» verabschiedet worden, das für ganz Deutschland konzipiert, aber nur in den östlichen Ländern eingeführt wurde (vgl. Banse u. a. 2017). Es orientierte auf das Recht auf Bildung «für alle Söhne und Töchter unseres Volkes in Stadt und Land» (vgl. Wandel 1955). Von da an war Koedukation unhinterfragte Selbstverständlichkeit, von da an wurden dörfliche Einklassenschulen, von denen es in der SBZ zu Kriegsende noch 4.114 gab (Günther u. a. 1987: 699), Stück für Stück abgeschafft, die letzten beiden im Jahr 1960.

Ab November 1948 konnten Ostdeutsche – anfangs nur in Dresden – auch ohne Lebensmittelkarten einkaufen, denn seit dieser Zeit gab es die HO: Für mich hatten diese zwei Buchstaben etwas Geheimnisvolles, Verheißungsvolles, und ich war enttäuscht, als ich durchschaute, dass die Buchstaben nur als Abkürzung für «Handelsorganisation» standen. Das erste Produkt, das meine Mutter in der HO kaufte,

16 Dies ist sicher belegt für die Grundschule Markkleeberg-West.

war für mich auch eine Enttäuschung. Es hieß Schinken und war aus meiner Sicht nichts anderes als Fleisch. Offensichtlich mussten die Ostdeutschen erst ermuntert werden, für deutlich mehr Geld hier einzukaufen, denn in den DFD-Dokumenten ist vermerkt: «Im August und September 1949 erhielten die Landesverbände Anweisung, Aufklärung zu schaffen über die Bedeutung der HO. Die Methoden, mit denen diese Aufklärung an die Frauen herangetragen wurde, waren in den einzelnen Ländern verschieden. Besonders glücklich löste Thüringen diese Frage. Hier wurden öffentliche Versammlungen abgehalten, in denen Vertreter der HO über das Thema «Warum HO?» sprachen. Diese Versammlungen waren durchweg gut besucht und haben dazu beigetragen, die Bedeutung der staatlichen Handelsorganisation wirklich breit zu popularisieren.» (DFD 1950: 180)

Der Grafiker und Schriftsteller Paul Rosié (1910–1984) verbindet in seinen Erinnerungen an die erste Nachkriegszeit den Hunger nach Lebensmitteln mit dem **Hunger nach Kunst**. Im Dezember 1945 war in Berlin von Herbert Sandberg und Günther Weisenborn eine satirische Zeitschrift mit dem Namen *Ulenspiegel* gegründet worden. «Der Ulenspiegel war geboren, getauft, mit einem lieblichen bunten Fummelchen versehen und wurde in die Welt hinausgejagt, den einen zur Freude, dem anderen zum Ärger. Er kam wie der Gott aus der Maschine – aus der Offsetmaschine – gerade zur rechten Zeit, die nach Satire schrie [...]. Wie es um die Mehrzahl bestellt war, illustrierte treffend eine *Ulenspiegel*-Karikatur im ersten Jahrgang. Sie zeigte einen ergebenden nackten Normalverbraucher, der dem Beschauer seine Rückseite zukehrte, und dort, wo nach althergebrachter Übereinkunft die Verabschiedung von Überflüssigem stattfindet, dort breitete sich ein üppiges Spinnennetz aus. Unter dem Ganzen stand der lapidare Vermerk: «Karte V.» (Rosié 1984: 158)

Auch die Schauspielerin und Schriftstellerin Inge von Wangenheim (1912–1993) erinnerte sich an diesen Hunger nach Kultur: «Es ging im Herbst 1945 nicht nur um das ungeheuerliche Ausmaß der materiellen Zerstörung. Sie war niederschmetternd, aber nicht ausschlaggebend. Auch aus Trümmern können ungebrochene Menschen hervorgehen, die wissen, was sie wollen, weil das Recht auf ihrer Seite ist. Im vorliegenden Fall handelte es sich um eine moralische Zerstörung ohnegleichen. Man hatte, soweit es die vielen betraf, an einem nicht mehr bezweifelbaren Unrecht teilgenommen [...]. Wer nur irgend Anstand besaß, lief klagend durch seine Innenlandschaft und dachte: Ach, hätte ich doch ...! [...] In diesem Augenblick war der Einfall, im «Deutschen Theater» in der Schumannstraße Lessings «Nathan» herauszubringen, so einfach wie zwingend. Es war das genau richtige Stück der Stunde. Zu diesem Stück nun pilgerten die Menschen, selbst gezeichnet von einem kaum darstellbaren Unheil, meilenweit und stundenlang auf eben erst frisch ausgetretenen Fußpfaden durch jene Wüstenei, die ihnen das Summa summarum ihrer Geschichte zurückgelassen hatte, um Lessings Botschaft zu hören. Jetzt – jetzt erst! – waren sie so weit gekommen, dass sie diese Botschaft verstanden, dass sie ihnen zu Herzen ging, dass sie bereit waren, das Hohelied des Humanismus wieder als einen unzerstörbaren

Lebensauftrag zu begreifen und sich von ihm am Grunde anrühren und erschüttern zu lassen.

Das Publikum – es saß in Decken, Mänteln und Handschuhen ausgehungert, erkältet und erschöpft im ungeheizten Theater, aber all das zählte nicht – das Publikum wuchs mit diesem Stück der ersten Stunde über sich hinaus. Zu Füßen des weisen alten Juden, der Lessings Credo sprach, saßen die Menschen und weinten. Mancher Zuschauer verlor die Beherrschung, verließ, da Nathan sich dem Klosterbruder eröffnet und über die Christengreuel zu Gath berichtet, aufschluchzend das Parkett, es gab Herzanfälle, Ohnmachten [...]. Die Berührung der Kunst mit dem Leben war so nahe, dass manches Herz darüber versagte. Schmerzliche erste Schritte zur moralischen Wiedergeburt. Es lag nahe, dass auch die Schauspieler von ihr ergriffen wurden. Dabei wurde deutlich, dass der bewegende Vorgang innerhalb des bürgerlichen Humanismus angesiedelt war und dessen Grenzen noch nicht überschritt. Es ging also auch im Bewusstsein der Schauspieler nur um die Wiederherstellung jener Toleranz, die der Faschismus vernichtet hatte, nicht aber um deren Ausweitung in die sozialistische Konsequenz. Man war somit keineswegs überzeugt, dass es Kommunisten möglich sei, sich mit Lessings Botschaft zu identifizieren oder sich gar als ihr geschichtlicher Vollstrecker zu verstehen.» (Wangenheim 1974: 115 f.)

Viele Bühnen in der SBZ begannen die neue Spielzeit mit Lessings Aufklärungstück, «so in Dresden, Eisenach, Erfurt, Frankfurt/O., Meißen [...]. Schon in der ersten Nachkriegsspielzeit wurde es zwölfmal in der Ostzone inszeniert, bis 1949 spielten acht Großstadttheater der SBZ insgesamt 446 Vorstellungen [...]. Als Reclam-Heft wurde Lessings Drama allein 1946/47 in 80.000 Exemplaren verkauft.» (Dietrich 2018: 123)

Zum Beginn des östlichen Kulturlebens in den 1940er Jahren seien hier weitere Stichworte erwähnt, wie sie Hans Mayer in seiner Publikation «Der Turm von Babel» nennt: «Walter Felsensteins Komische Oper, Brechts Berliner Ensemble. Die Zeitschrift Sinn und Form. Die Mitarbeit im Internationalen PEN-Club. Die Nichtzerschlagung der Goethe-Gesellschaft. Die Nichtverschleuderung des Nietzsche-Archivs in Weimar. Nicht zuletzt, [...] die Zurückführung der nach Moskau abtransportierten Kunstschätze aus Berlin, Dresden oder Leipzig. Mit Pergamon-Altar und Sixtinischer Madonna.» (Mayer 1991: 112)

Auch Kino und Film versuchten, den Hunger nach Kunst und Kultur zu stillen. Das Kino war damals nach dem Radio das zweitwichtigste Medium. Bis zum Oktober 1945 gab es in der SBZ schon 600 Kinos, bis Ende 1948 bereits 1.550, anteilig mehr als in den Westzonen (vgl. Dietrich 2018: 50).

Und im Mai 1946 wurde die DEFA (Deutsche Film AG) gegründet, die es bis zu ihrer Abwicklung in den 1990er Jahren auf mehr als 700 Spielfilme brachte. Die frühen DEFA-Filme griffen bereits Themen auf, die für den Film in der DDR charakteristisch bleiben sollten: so die Beschäftigung mit Faschismus («Die Mörder sind unter uns», 1946, Regie: Wolfgang Staudte; «Ehe im Schatten», 1947, Regie: Kurt Maetzig;

«Affaire Blum», 1948, Regie: Erich Engel), das Leben der Kinder und Jugendlichen («Irgendwo in Berlin», 1946, Regie: Gerhard Lamprecht; «Berlin – Ecke Schönhauser», 1957, Regie: Gerhard Klein), die Gleichberechtigung der Frau («Die Buntkarrieren», 1949, Regie: Kurt Maetzig; «Bürgermeister Anna», 1950, Regie: Hans Müller) sowie Märchen («Das kalte Herz», 1950, Regie: Paul Verhoeven; «Der kleine Muck», 1953, Regie: Wolfgang Staudte). Was damals wahrscheinlich in jeder Familie in Ostdeutschland bekannt und je nach weltanschaulicher Grundhaltung beliebt bis unbeliebt war: Wer ins Kino ging, sah vor dem Hauptfilm zunächst den «Augenzeugen», einen Dokumentarfilm über aktuelle politische Ereignisse. Kurt Maetzig und Marion Keller hatten ihm das Motto gegeben «Sie sehen selbst, Sie hören selbst ...», urteilen Sie selbst» und damit auf das Mitspracherecht des mündigen Menschen verwiesen.

Auf den ersten Spielfilm der DEFA soll hier inhaltlich kurz eingegangen werden, zum einen wegen seiner Entstehungsgeschichte, zum anderen wegen seines Beitrags zur Aktion «Rettet die Kinder» (vgl. Ullrich 2015: 177 ff.). Der Film «Die Mörder sind unter uns» erzählt eine überschaubare Fabel: Der Kriegsheimkehrer Dr. med. Mertens (Ernst Wilhelm Borchert) wird mit den Erinnerungen an die Gräueltaten seines Regiments an der polnischen Zivilbevölkerung nicht fertig und will deshalb seinen damaligen Vorgesetzten, Hauptmann Brückner (Arno Paulsen), erschießen. Um die notwendige Lizenz für den Film einzuholen, hatte Staudte Kontakt zu den Besatzungsmächten aufgenommen. Weder die Engländer noch die Franzosen seien interessiert gewesen. Die Amerikaner waren sogar der Meinung, dass in Deutschland in den nächsten fünf Jahren «überhaupt kein Film gedreht wird, außer von uns» (ebd.). Der sowjetische Kulturoffizier war mit der Filmidee einverstanden, wollte aber den Schluss geändert haben. Der Wunsch nach persönlicher Rache sei zwar verständlich, aber Selbstjustiz sei der falsche Weg. Staudte änderte den Schluss und drehte den Film im Sommer 1946 (Uraufführung: 16.10.1946). «Auch wenn Staudte Kinder nicht ins Zentrum des Geschehens rückt, so geht doch die Losung «Rettet die Kinder» wie eine Art Leitmotiv durch den ganzen Film. Sie wird sogar explizit gezeigt. Auf das erste Plakat, das die Grafikerin Susanne Wallner (Hildegard Knef) nach ihrer Rückkehr aus dem KZ entwirft, malt sie in großen Lettern: Rettet die Kinder! Das wird in Großaufnahme gezeigt und durch Mertens' sarkastischen Kommentar noch in besonderer Weise auffällig gemacht: «Bravo! Rettet sie! Damit sie sich später bedanken für das herrliche Leben, das ihnen geschenkt wurde.» Kinderschicksale in Krieg und Nachkrieg – dieses Problem wird immer wieder ins Bild gerückt: spielende Kinder zwischen Ruinen; eingepferchte Kinder in überfüllten Zügen; eine kaputte Puppe in einem halbzerstörten Treppenhaus. Die Puppe ist nur kurz im Bild, aber doch lange genug, dass man sich fragt: Was mag aus dem Kind geworden sein, dem sie gehört hat? Und auch der Chirurg Mertens trifft auf seinem langen Heilungsweg durch Depressionen, Alkoholismus, Selbstmitleid, Wutausbrüche und Aggressionen immer wieder auf Kinder [...]. Als er seinem ehemaligen und tot geglaubten Hauptmann Brückner einen Besuch abstattet, findet er diesen gesund, gut genährt,

prächtigt gelaunt vor, Fabrikant wie vor dem Krieg, stolz auf seinen ökonomischen Erfolg (120 Arbeiter produzieren Kochtöpfe aus Stahlhelmen. O-Ton Brückner: «Brückners Kompanie marschiert wieder»); stolz auf seine intakte Wohnung («Alles tipptopp, sogar Fensterscheiben, bei Brückner gibt es keine Pappe mehr»); stolz auf seine zwei kleinen blonden Söhne, Herbert und Ottochen. Die beiden sitzen mit akkuratem Haarschnitt, sauberen Händen und guten Manieren beim Abendessen, das von einem Dienstmädchen serviert wird, und hören zu, wie Brückner eine spannende Geschichte aus dem Krieg erzählt. Das tut er zweifellos oft, denn er beginnt mit «Ihr wisst doch»: «Ihr wisst doch, dass Vater mal schwer verwundet war, ganz allein, um ihn her lauter Feinde.» Da sei ein Kamerad gekommen, dieser Onkel Mertens nämlich, und der habe Vater auf seine Bitte hin seine Pistole gegeben, damit Vater sich totschießen konnte, denn der wollte natürlich nicht in Gefangenschaft geraten. Aber dann habe es einen Gegenangriff von seinen, Vaters Leuten gegeben, und er sei gerettet worden [...]. Brückners Erzählung über sein Überleben ist notwendig als Information an Mertens und an das Publikum. Aber Staudte zeigt in dieser Szene vor allem, dass Brückners Adressaten seine Kinder sind. So lenkt er den Blick des Publikums schon damals, 1946, darauf, dass im trauten Kreis der Familien Kriegs- und Heldengeschichten, Freund- und Feindbilder, Wert- und Moralvorstellungen sowohl produziert als auch bewusst an die Generation der Söhne (!) weitergegeben werden. [...] Ich lese diese Szene als Mahnung: Rettet die Kinder vor gefährlichen ideologischen Einflüssen!» (Ullrich 2015: 177 ff.)

Als der Film in die Kinos kam, gab es im westlichen Deutschland den «Interministeriellen Ausschuss für Ost-West-Filmfragen», der den Import von Filmen «aus sowjetisch dirigierten Ländern» regeln sollte und zwischen 1953 und 1966 etwa 130 Filme für die BRD-Kinos verbot, noch nicht. Später, als Staudte bei der DEFA den «Untertan» nach Heinrich Mann drehte, waren die Strukturen in der Bundesrepublik darauf eingestellt und «schützten» die Bevölkerung vor solchem Gedankengut (vgl. Buchloh 2002). So konnten die Schwestern und Brüder in der Bundesrepublik so gute Filme wie den «Teufelskreis» (1956) von Carl Balhaus oder «Genesung» (1956) von Konrad Wolf nicht sehen. Auch der DEFA-Dokumentarfilm «Ein Tagebuch für Anne Frank» (1958, Regie: Joachim Hellwig) wurde verboten, obwohl das Tagebuch selbst im Handel erhältlich war.

Inge von Wangenheim hat ebenso wie Wolfgang Staudte mit unterschiedlichen Besatzungsmächten unterschiedliche Erfahrungen gesammelt: «Im ersten Nachkriegswinter konnte man in Berlin recht aufschlussreiche Studien machen über das unterschiedliche Verhältnis, das die Besatzungsmächte zu den Künstlern oder, wenn man so weit zielen will, zur Kunst hatten. Die Franzosen hatten überhaupt kein Verhältnis zu uns. Weder gaben sie Empfänge, noch kämpften sie in irgendeiner anderen Form um unsere Seelen. Die Engländer genügten ausschließlich der Form, ihre *five o'clock teas* waren von tödlicher Langeweile, und es gab auch nur den bekannten Cake. Irgendein Anliegen vorzutragen war nicht möglich, sie interessierten sich überhaupt

nicht für uns. Nicht einmal über Shakespeare konnte man mit den Herren Offizieren reden. Sie kannten ihn nicht. Die Amerikaner interessierten sich sehr wohl für uns, doch ausschließlich unter dem Blickwinkel des Kalten Krieges [...]. Wen wundert es, dass unter solchen Umständen die russische Haltung zur Kunst und zu uns Künstlern geradezu sprichwörtlichen Ruhm erlangte? Nur die sowjetische Besatzungsmacht gab allmonatlich einen sogenannten «Pajok» aus, der uns einigermaßen über Wasser hielt. Das war umso vordringlicher, als gerade unter den Schauspielern, Sängern und Tänzern, die zu dieser Zeit Schwerstarbeit leisteten [...], ausgesprochene Hungerkrankheiten grassierten: Impetigo, Wassersucht, Tuberkulose, ungewollte Aborte, Magengeschwüre.» (Wangenheim 1974: 110f.)

Auch in Gerd Dietrichs «Kulturgeschichte» (2018: 103) ist von diesen «Pajoks» die Rede. Es seien Pappkartons mit Speck, Wurst, Brot, Butter, Zucker, Mehl und Schokolade gewesen. Ungefähr 40.000 Spitzenkräfte in der SMAD hätten nach genauer Rangordnung solche «Pajoks» erhalten. Weil Walter Felsenstein, Intendant der Komischen Oper in Berlin, den Inhalt gleichmäßig unter den Nachbar*innen in seinem Haus verteilte, erhielt er für zwei Monate keine «Pajoks», was Bertolt Brecht in seinen Erinnerungen an die erste Nachkriegszeit zu der Notiz veranlasste: «Die Russen hatten die Ungleichheit der Entlohnung, Felsenstein hatte die Angleichung als produktionssteigernd empfunden.» (Brecht 1977: 461)

Der Dramaturg Dieter Wolf beschreibt in seinen Erinnerungen an «nichtgedrehte DEFA-Filme» ein Gespräch, das er mit Anton Ackermann kurz vor dessen Tod Anfang der 1970er Jahre führen konnte. Ackermann gehörte zu den ersten, die – aus der Sowjetunion kommend – die neue Gesellschaft aufbauen sollten und wollten. Seine These vom «besonderen deutschen Weg zum Sozialismus» musste er schon 1948 widerrufen. «Er wusste über die Anfangszeit sehr lebendig zu berichten und undoktrinär zu urteilen [...]. Nach einer Instruktion Georgi Dimitroffs [...] erging Anfang April 1945 Befehl an alle Kommandeure, nach Überschreitung der Grenze nicht mit politischen Maßnahmen zu beginnen, sondern sofort den Kampf gegen Hunger, Seuchen und Agonie aufzunehmen, die Normalisierung des Lebens zu sichern. In Dresden galten erste Schritte der Wasser- und Stromversorgung, der Glasbeschaffung für Krankenhausfenster.» (Wolf 2000: 148 u. 150)

Themenwechsel. Zur gemeinsamen Ausgangssituation in Ost und West gehörte auch der **kriegsbedingte Männermangel**. Der ersten Volks- und Berufszählung am 29. Oktober 1946 zufolge lebten in Deutschland 65,9 Millionen Menschen (in der SBZ 17,3 Millionen), davon waren 36,6 Millionen Frauen, das heißt, auf 100 Männer kamen 125 Frauen, in Berlin noch deutlich mehr. Im Osten wie im Westen war man sich einig, dass dieser Männermangel «Frauenüberschuss» heißen muss, dass der Maßstab für die Norm das Männliche ist, während das Weibliche erklärungsbedürftig bleibt.

Mit Blick auf das westliche Deutschland schreibt Helga Hirsch: «Die «überzähligen» Frauen wirkten wie ein Stachel im Fleisch der Gesellschaft, zumal wenn sie im

gebärfähigen Alter waren. Allein durch ihre Existenz sprengten sie das Projekt von Sittlichkeit und Anstand, das auf die «Normalfamilie» festlegte.» (Hirsch 2012: 39) Diese Einschätzung ist im Hinblick auf das östliche Deutschland zwar zu relativieren, weil der Einfluss der Kirche als «Sittenwächter» traditionell gering war (und ist), aber dass an die Stelle der herkömmlichen Familie eine Gemeinschaft von jungen Frauen mit Müttern, Tanten und Großeltern trat und dass viele Kinder nicht mit dem Vater, sondern – wenn überhaupt mit Männern – mit dem Onkel (Stichwort: Onkel-Ehen) zu tun hatten, trifft auch auf den Osten zu.

Grundsätzlich unterschiedlich war das Verhältnis von westdeutschen und ostdeutschen Frauen zu den Befreiern als Männern. Helga Hirsch schreibt über die Beziehungen zwischen westdeutschen Frauen und US-amerikanischen Besatzungssoldaten: «Das Ausmaß der Fraternalisierungen überraschte Deutsche und Amerikaner gleichermaßen; diesseits und jenseits des Atlantiks wurden die Kontakte als unpatriotisch und unmoralisch verurteilt [...]. Deutsche Frauen, die sich mit amerikanischen Soldaten einließen,¹⁷ fügten den deutschen Männern eine zweite Niederlage zu [...]. Die Amerikaner kamen nicht abgerissen, verwundet, ohne Selbstvertrauen, sondern als Angehörige einer moralisch und politisch überlegenen Großmacht, die mit Cocktailpartys sowie dem Jazz und Swing ihrer Clubs die Atmosphäre einer heiteren vitalen Welt verströmten. Viele besaßen zudem eine sexuelle Ausstrahlungskraft, die Leidenschaft, große Gefühle und Lebendigkeit versprach.» (Ebd.: 67 f.) «Von den schätzungsweise 4.776 *brown babies*, die in Deutschland bis 1955 zur Welt kamen, wurden viele zur Adoption freigegeben. Einige blieben in Deutschland, andere gelangten in die USA.» (Ebd.: 72)

Wie viele Kinder in der DDR russische Väter hatten, ist mir nicht bekannt. Vermutlich gibt es zu diesem Thema keine Statistik. Die Sowjetsoldaten kamen zwar auch als Angehörige einer moralisch und politisch überlegenen Großmacht ins Land. Aber sie waren keine smarten jungen Männer, die lediglich zehn Monate Krieg mit einer schon angeschlagenen deutschen «Wehrmacht» hinter sich hatten, sondern waren ebenso abgerissen wie die deutschen Heimkehrer und kamen oft auch in den sprichwörtlichen Fußlappen. Und sie wussten in vielen Fällen, wie die deutschen Soldaten mit den Städten und Dörfern in der Sowjetunion und mit den dort lebenden Frauen und Kindern umgegangen waren. «Die Ostdeutschen befanden sich [...] in der besonders heiklen und schwierigen Situation – anders als ihre Landsleute bei den Amerikanern oder Briten –, mit eben der Siegermacht konfrontiert zu sein, gegen die ein unbarmherziger und brutaler Vernichtungs- und Ausrottungskrieg geführt worden war und die in diesem Krieg die schwersten Verluste davongetragen hatten.» (Badstübner-Peters 1997: 257)

17 Auch deutsche Frauen, die sich in Kriegsgefangene verliebten, konnten nicht mit dem Verständnis ihrer Umgebung rechnen, wie die Rezeptionen der Dramen «Eine Liebe in Deutschland» von Rolf Hochhuth oder «Gruppenbild mit Dame» von Heinrich Böll belegen.

Das Thema Fraternisierung war in der DDR-Öffentlichkeit ebenso tabu wie das Thema Vergewaltigung, weil die Sowjetsoldaten nicht als Männer, sondern als Klassenbrüder betrachtet werden sollten. Auch die Erkenntnis, dass Vergewaltigungen schon immer feste Bestandteile von Kriegshandlungen waren, kam in der DDR nicht an. Gleichwohl finden sich in den Archivbeständen Hinweise darauf, dass das Zentralsekretariat der SED über Vergewaltigungen informiert wurde. So findet sich im Bestand «Wilhelm Pieck» ein Schreiben eines Genossen Haas (von der Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe, VdgB), der über eine Kreis-Bäuerinnen-Konferenz in Perleberg berichtet. Hier hatten Vorsitzende von Frauenausschüssen Vergewaltigungen durch russische Soldaten zur Sprache gebracht. «Es gibt bei der ganzen Landbevölkerung nur noch einen Wunsch, und zwar den, dass es möglich wäre, die Russen so schnell wie möglich aus Deutschland abzuführen.» (Vgl. SAPMO NY 4036/731)

Auch noch 1968, als Konrad Wolf seinen Film «Ich war neunzehn» und Heiner Carow seinen Film «Die Russen kommen» gedreht hatten, waren die politisch Verantwortlichen in der DDR nicht bereit, das Verhältnis zwischen Deutschen und Russen öffentlich und rückhaltlos zu thematisieren. Carows Film wurde verboten.¹⁸ Der Schauspieler Jaeki Schwarz schildert später, warum das bei Wolfs Film nicht so einfach möglich war: «Dass der Film dann überhaupt herauskam, ist, so glaube ich, der Militärakademie «M. W. Frunse» in Moskau zu verdanken. Die führenden deutschen Genossen, an der Spitze Walter Ulbricht, mochten ihn nicht. Er war ihnen wohl zu ehrlich. Auch der damalige sowjetische Botschafter in der DDR, Pjotr Abrassimow, intrigierte kräftig dagegen. Also flogen Wolf, Bergmann und ich in einer Nacht- und Nebel-Aktion mit den Filmbüchsen unter dem Arm nach Moskau in die besagte Akademie und führten den Film vor. Wolf kannte den stellvertretenden Oberbefehlshaber der Truppen der Warschauer Vertragsstaaten aus Kriegszeiten. Der sah den Film und war begeistert: Nach zehn Minuten hatte er vergessen, dass das ein deutscher Film ist. Wolf erzählte von seinen Schwierigkeiten mit dem Film in der DDR [...]. Was auch immer hinter den Kulissen geschah, «Ich war neunzehn» kam in die Kinos. Ulbricht erschien nicht zur Premiere, schickte aber Honecker und das ganze Politbüro.» (Poss/Warnecke 2009: 351)

Als Anfang der 1990er Jahre Helke Sanders und Barbara Johrs Dokumentarfilm «BeFreier und Befreite» im Kino bzw. auf dem Bildschirm zu sehen war, wurden (wohl zum ersten Mal) Zahlen diskutiert. Mehr als zwei Millionen Vergewaltigungen in den letzten Kriegs- und den ersten Friedensmonaten in Deutschland, mehr als 100.000 in Berlin. «Die Sklavenmentalität, die Frauen anezogen ist, konnte ich wie im Spiegel bei diesen älteren Frauen erkennen. Und ich weiß nicht, ob ich sie nicht auch entwickelt hätte», gab Helke Sander im Gespräch mit Viola Roggenkamp am 25.9.1992 zu Protokoll (Sander 1992) und verweist insofern darauf, dass es ihr

18 Carows Film wurde allerdings noch vor Ende der DDR – 1988 – gezeigt.

bei dem Dokumentarfilm mehr um Patriarchatskritik ging als um klassenpolitische Kritik.

Seit ehemals geheime russische und deutsche Archivmaterialien zur Kenntnis genommen werden können, ist bekannt, dass sowjetische Offiziere damals sehr offen und besorgt über solche «Vorkommnisse» an ihre übergeordneten Dienststellen berichtet und auch Langzeitfolgen im östlichen Deutschland befürchtet hatten (vgl. Naimark 1995). Ganz sicher gab es aber auch sowjetische Offiziere – die anonymen Tagebuchaufzeichnungen belegen es (Anonyma 2008) –, die aktiv und organisierend an den Vergewaltigungen beteiligt waren.

3.1.4 Die Umerziehung der Deutschen

«Ich hatte in meiner Jugend oft Auseinandersetzungen mit meinem Vater, er war im Krieg Funker und hat das mehr als Abenteuer geschildert. Von der Judenvergasung hätte er nichts gewusst. Die Leute wurden zwar abgeholt, aber mehr wusste er nicht. Meine Mutter war da viel sensibler. Und Vater und Mutter sind sich deshalb oft in die Haare gekommen. Eine Freundin meiner Mutter, die Tochter eines jüdischen Arztes, war plötzlich verschwunden. Das hat sie sehr belastet.» (GP Christiane) So erinnert sich meine Freundin Christiane, die erst nach Kriegsende geboren wurde.

Die Deutschen, die mehr oder weniger aktiv an den Nazi-Verbrechen beteiligt waren und diese Beteiligung eher weniger als ehrlich reflektierten, sollten in allen vier Besatzungszonen umerzogen werden. Völkerrechtliche Grundlage dafür war das Potsdamer Abkommen vom 2. August 1945, in dem unter Punkt 7 festgelegt ist: «Das Erziehungswesen in Deutschland muss so überwacht werden, dass die nazistischen und militaristischen Lehren völlig entfernt werden und eine erfolgreiche Entwicklung der demokratischen Ideen möglich gemacht wird.» (Potsdamer Abkommen 1945) In der SBZ wurde Antifaschismus verordnet – von einer Regierung, deren Repräsentanten beeindruckende Widerstandsbiografien vorzuweisen hatten. Viele Künstler*innen und Intellektuelle, die aus politischen oder/und rassistischen Gründen Deutschland verlassen hatten, fühlten sich deshalb in den westlichen Zonen nicht willkommen, sondern kamen in die SBZ «zurück», unter ihnen Ernst Bloch, Bertolt Brecht, Hanns Eisler, Arnold Zweig, Anna Seghers, Ruth Werner, Hedda Zinner, Lotte Löbinger, Steffi Spira, Helene Weigel und Lea Grundig.

Heute wissen wir, dass der Umerziehungsprozess in allen vier Zonen nur partiell gelang und dass die «Entnazifizierung» und die Bestrafung der Nazi-Verbrechen sehr unterschiedlich gehandhabt wurden. «In Ostdeutschland wurden 12.890 Nazis für schuldig befunden, 129 zum Tode verurteilt und die anderen zu mehr oder weniger langen Gefängnisstrafen. In Westdeutschland befand man 6.488 Nazis für schuldig, die meisten wurden vorzeitig aus den Gefängnissen entlassen [...]. In der DDR gab es auch wesentlich mehr Gedenkstätten für die Opfer der Nazis. In Ostberlin beispielsweise finden sich 246 Erinnerungsmale, in Westberlin 177.» (Neimann 2020: 10)

Erst in den letzten 30 Jahren – so scheint es mir – wird vielen Menschen, die in der DDR gelebt haben, bewusst, was die «achtungsgebietenden antifaschistischen Biografien der politischen Eliten» (Wolf 2000: 19) in ihnen ausgelöst haben. Auf jeden Fall eine Befangenheit stalinistischen Verbrechen gegenüber. «Weil es Antifaschisten waren, die den Sozialismus [...] bei uns eingeführt haben, [hätte man] Antifaschisten bekämpfen müssen, um den Stalinismus zu bekämpfen. Das wollten viele nicht», sagte der Regisseur Frank Beyer anlässlich der Wiederaufführung seines Films «Spur der Steine» im November 1989 (zit. n. BSB 2018).

Analog dazu wurden die westlichen Umerziehungsbemühungen schon bald von den «Erfordernissen» des Kalten Krieges überlagert. Gegen den Kommunismus zu sein wurde schon bald wichtiger, als gegen Nazis gewesen zu sein. «Die «Freiheit» gegen den Bolschewismus zu verteidigen wurde nun das einigende Band zwischen den westlichen Alliierten und Westdeutschland, und gerade «Ehemalige» konnten oft auf alte antikommunistische Positionen verweisen.» (Hirsch 2012: 201)

In der SBZ waren die Umerziehungsziele eingebettet in Vorstellungen von einer völlig neuen Gesellschaft, getragen von neuen Menschen. Die Sowjetische Militäradministration verfügte «als einzige über ein ideologisches Programm einer langfristigen radikalen «Umerziehung» im Sinne der in der Sowjetunion herrschenden Gesellschafts- und Geschichtsauffassung» (Anweiler 1994: 24). Und diese Gesellschafts- und Geschichtsauffassung brauchte Menschen, die sowohl demokratische Grundpositionen als auch sozialistische vertraten. Deshalb bewegten sich die Leitvorstellungen für (Kinder-)Erziehung von Anfang an im Spannungsfeld zwischen «Allgemeinmenschlichem» und «Klassenmäßigem».

Im Rahmen des Programms wurden zum Beispiel Vorstudienanstalten (ab 1949: Arbeiter-und-Bauern-Fakultäten, ABF) ins Leben gerufen, die jungen Kriegsheimkehrer*innen und Jugendlichen aus unterprivilegierten Schichten die nachträgliche Chance gaben, die Hochschulreife zu erlangen.¹⁹ Insgesamt orientierte das Programm auf den möglichst schnellen Übergang zur pädagogischen Normalität. Mit Befehl Nr. 40 vom August 1945 wurden der «Schulbeginn und die Säuberung der Schule und Lehrerschaft von faschistischen Einflüssen» angewiesen. Vorausgegangen waren im Juli mit Befehl Nr. 17 die Bildung der Schulabteilungen bei den Landes- und Provinzialverwaltungen und die Bildung der Deutschen Zentralverwaltung für Volksbildung.

Dem wiederum vorausgegangen waren konzeptionelle Überlegungen, die die KPD-Führung aus Moskau mitgebracht hatte. Wilhelm Pieck sprach von einem «Minimalprogramm [...] der nächsten politischen und ökonomischen Umgestaltung, die einerseits auf dem Boden der jetzigen gesellschaftlich-ökonomischen Verhältnisse vollauf durchführbar und andererseits für den weiteren Schritt vorwärts, für die

19 Über diese in der deutschen Bildungsgeschichte einmalige Maßnahme hat Hermann Kant später in dem Roman «Die Aula» berichtet.

Verwirklichung des Sozialismus notwendig» sei (zit. n. Laschitz 1969: 105). «Von Pieck beauftragt, verfasst Ackermann – damals in der KPD-Führung Experte für Volksfrontpolitik und Propaganda – etwa Ende Oktober/Anfang November 1944 eine detaillierte Fassung des Programms [...]. Sie enthält 124 Punkte, davon 35 zum Sachbereich ›Volksbildung und Kultur.‹» (Geißler 2008: 20)

Der Erziehungswissenschaftler Gert Geißler erkennt heute in diesen 35 Programmpunkten sowohl einige Unterschiede zu den langjährigen KPD-Vorstellungen als auch Unterschiede zur Realität in der DDR. So wurden in dem Minimalprogramm Privatschulen zugestanden, die es in der DDR nie gab. Gleichzeitig schrumpften frühere Festlegungen zur Arbeits- bzw. Produktionsschule auf die «Verstärkung des Arbeitselements im Bildungswesen» zusammen; auf «Weltanschauungsschulen» (mit dem Marxismus als Grundlage) und eine radikal kirchenfeindliche Position – KPD-Forderung aus den 1920er Jahren – wurde verzichtet. Eine «notwendige Klarstellung», die die SED im August 1946 veröffentlichte, unterstreicht Letzteres: «Der christliche Glaube und die Zugehörigkeit zu einer Religionsgemeinschaft sind kein Hinderungsgrund für das Bekenntnis zum Sozialismus und für die Mitgliedschaft in der marxistischen Partei.» (Dokumente der SED 1952: 87 f.)

Lothar Bolz, Mitbegründer des Nationalkomitees Freies Deutschland (NKFD), erklärte noch in Moskau (unter mehrfachem Hinweis auf den «höheren Entwicklungsstand der Sowjetschule»), dass man wegen der «nicht unwesentlichen Tradition» in Deutschland das sowjetische Schulsystem nicht einfach übernehmen könne (vgl. Geißler 2008: 22 f.).

In diesem Spannungsfeld zwischen der «nicht unwesentlichen» deutschen Tradition und den politischen Rahmenbedingungen (Sowjetisierung) kann man sich östliche Bildung und Erziehung in dieser Zeit vorstellen. Meine Freundin Annika erinnert sich heute vor allem an Lieder: «Damals wurde im Radio oft das Lied ›Ja, es hat schon seinen Sinn, dass ich Wasserträger bin‹ gesendet. Ich fand es schön und hab oft darüber nachgedacht, wie die Welt aussehen müsste, wenn sie ›ein leeres Fass‹ wäre. Ich war davon überzeugt, dass es sich um ein deutsches Volkslied handelt. Bis mir mein Vater eines Tages voller Empörung erklärte: ›Nein, das ist ein Russenlied. Die Deutschen hatten schon immer Wasserleitungen.‹ Aber auch mit deutschen Volksliedern hatten meine Eltern ihre Probleme, wenn sie vom Alexandrow-Ensemble gesungen wurden. Die Zeile ›Dich, mein stilles Tal, grüß ich tausendmal‹ brachte meine Mutter regelmäßig auf die Palme. ›Nicht mal ein Ü können die Russen aussprechen, aber uns Kultur beibringen wollen!‹» (GP Annika)

Der Historiker Christoph Kleßmann nennt das Spannungsfeld später «deutsche Tradition, sowjetisches Modell, westdeutsches Magnetfeld» (Kleßmann 2007); Ingrid und Gerhard Zwerenz sprechen von «Stalinismus als Vorgabe, Nazismus als Hinterlassenschaft und die Drohung durch das Kapital» (Zwerenz/Zwerenz 2004: 164).

Die Umerziehungsziele dieser Zeit sind aus den historischen Dokumenten, vor allem aus den Dokumenten der ersten vier Pädagogischen Kongresse, die noch in den

1940er Jahren stattfanden, klar zu identifizieren. Es ging zunächst um Wiederbesinnung auf das Menschsein, auf die allgemein menschlichen Tugenden, die der Faschismus versucht hatte zu verschütten. Insofern treffen sich pädagogische Ziele mit künstlerischen: In den «Nathan»-Aufführungen ging es, wie oben erwähnt, auch zunächst «nur» um Humanismus, weil noch nicht klar war, ob sich die Kommunist*innen als geschichtliche Vollstrecker der Lessing'schen Aufklärung verstanden.

Der Lehrer und Wissenschaftler Karl Trinks (1891–1981) – später von der SED hart attackiert – brachte die pädagogische Aufgabe jener Zeit so auf den Punkt: «Der Unvergleichlichkeit der geschichtlichen Lage unseres Volkes entspricht die Einzigartigkeit und Schwere der pädagogischen Aufgabe. [...] Die deutsche Schule bedarf der Besinnung auf die schlichten selbstverständlichen Tugenden, die in allen [...] Systemen als Grundbestandteile gelten: Duldsamkeit, Wahrheitsliebe, Gefühl für Menschenwürde und Gerechtigkeit, Mitleid, Güte und Zuverlässigkeit. Das bedeutet nicht eine Unterbewertung der rationalen Mittel der Bildung und des realen Wissens, sondern fordert erst recht eine Wiederherstellung des objektiven und logischen Denkens und die Zurückdrängung der irrationalen Elemente²⁰, die uns so verhängnisvoll geworden sind.» (Trinks 1946: o. S.) Auf den ersten vier Pädagogischen Kongressen ist von «demokratischer Erziehung» die Rede. Im Sinne der Orientierung auf Menschlichkeit, aber auch – von Kongress zu Kongress deutlicher – im Sinne der Tugenden, die die neue Gesellschaft braucht.

Der I. Pädagogische Kongress fand im September 1946 unter dem Thema «Demokratisierung der deutschen Schule» statt. Zuvor war in der SBZ das «Gesetz zur Demokratisierung der deutschen Schule» verabschiedet worden, das die Erziehung zu «wahrer Humanität» in den Mittelpunkt der schulischen Aufgaben stellte und das sich zu drei Prinzipien der neuen Schule bekannte – zur Einheitlichkeit, Staatlichkeit und Wissenschaftlichkeit (vgl. dazu Banse u. a. 2017). An diesen drei Prinzipien wurde über vier Jahrzehnte und über alle politischen Turbulenzen hinweg nicht gerüttelt.

Das Prinzip Einheitlichkeit meinte nicht nur einheitliche Lehrpläne, sondern auch gleiche Chancen für alle Kinder. Das Prinzip Staatlichkeit meinte die uneingeschränkte Verantwortung des Staates für die Schule. Es führte einerseits dazu, dass der Bildungserfolg der Kinder nicht (wie heute) von der sozialen Situation der Eltern abhing. Andererseits bewirkte es aber auch, dass bei der Förderung junger Leute das staatliche Interesse berücksichtigt wurde, auch wenn es im Konflikt mit den individuellen Interessen stand. In den ersten Jahren wurde das Studium von Arbeiter- und Bauernkindern gezielt gefördert. Wilhelm Pieck hatte bereits am 24. Januar 1946 in der *Deutschen Volkszeitung* einen Artikel veröffentlicht unter der Überschrift «Einheit von Wissenschaft und Arbeiterklasse ist ein dringendes Gebot». Diesem Gebot wurde allerdings nur bis Ende der 1950er Jahre gefolgt, dann gab es, entgegen den parteipo-

20 Das erinnert an Mystik und Manneum.

litischen Wünschen, eine Selbstrekrutierung der Intelligenz (vgl. Lötsch 1993). Das Prinzip Wissenschaftlichkeit meinte vor allem die Trennung von Kirche und Staat. Für Christenlehre und Konfirmandenunterricht stand die Schule nicht zur Verfügung. In ihren Räumen sollte aufklärerisches Gedankengut vermittelt werden.

Jeder der vier Pädagogischen Kongresse der 1940er Jahre widmete sich einem spezifischen Ziel. Auf dem II. Pädagogischen Kongress 1947 wurden ganz unverblümt die Erziehungsziele genannt, die über die Brücke Lehrer-Kinder-Eltern die Erwachsenen erreichen sollten, die also einen Beitrag zur Umerziehung der Deutschen leisten sollten. Der für den Aufbau des Bildungswesens verantwortliche Kommunist Paul Wandel, später Minister für Volksbildung, sprach von Aufbaumoral, von der Überwindung nationaler Überheblichkeit, vom Kampf gegen das Monopolkapital, vom Kampf um einen einheitlichen demokratischen deutschen Staat und ganz besonders von ehrlicher Arbeit.

Auf dem III. Pädagogischen Kongress 1948 standen die Neulehrer*innen im Mittelpunkt, die bekanntlich zunächst nur einen Achtmonatskurs als Ausbildung hinter sich hatten, aber auch immer wieder die gravierenden Folgen des Krieges für den Schulbetrieb. Der Pädagoge Max Kreuziger berichtete auf dem Kongress, dass 41 Prozent der 14-jährigen Jungen und 36 Prozent der 14-jährigen Mädchen das Ziel der 8. Klasse nicht erreichten.

Der IV. Pädagogische Kongress 1949 ist im Rückblick als derjenige hervorgehoben worden, der den reformpädagogischen Traditionen und Wurzeln, die durchaus zur Geschichte der Arbeiterbewegung gehören, eine Absage erteilte. Der Erziehungswissenschaftler Hans Siebert führte in seinem Referat aus, dass eine pädagogische Logik «vom Kinde her» entwicklungsfeindlich sei und deshalb für die neue Gesellschaft nicht infrage komme.

Allerdings ist dieser Eindeutigkeit auf dem IV. Kongress noch widersprochen worden, unter anderem von Gottfried Grünberg, der an die Respektierung der kindlichen Persönlichkeit erinnerte: Man sollte «bei der Behandlung von Erziehungsfragen das Kind selbst nicht vergessen. Das Kind hat sein Eigenleben – wir Pädagogen betrachten es jedoch allzu oft nur als Objekt unserer Arbeit. Das Eigenleben des Kindes ist aber sehr reich, vielfältig und aktiv, das Streben des Kindes zu neuen Erkenntnissen und zum selbstständigen Handeln außerordentlich groß [...]. Wir wissen dies zwar alles, aber wir handeln zu wenig danach.» (Grünberg 1949: 57)

Bemerkenswert, dass zeitgleich Hilde Benjamin aus juristischer Sicht auf das Eigenleben und die eigenen Rechte des Kindes hinwies. Sie schrieb in der Zeitschrift *Neue Justiz* 1949: «Die Aufgabe, unsere überkommenen Vorstellungen von der elterlichen Gewalt zu überprüfen, gilt für alle, insbesondere auch für die Mutter, und das Problem des Kindesrechts ist nicht allein damit gelöst, dass die Mutter etwa eine gleiche elterliche Gewalt – mit den gleichen Rechten und Zuchtmitteln – wie der Vater bekommt [...]. Vielmehr müssen wir uns von der Auffassung trennen, dass das Kind eine der elterlichen Gewalt unterworfenen Sache ist, und das Bewusstsein dafür

wecken, dass auch das Kind ein Mensch ist, der von seinen ersten Lebensäußerungen an ernst genommen werden muss.» (Benjamin 1949: 83)

Gottfried Grünberg war es auch, der auf dem IV. Pädagogischen Kongress einen anderen Umgang mit den Jungen Pionieren – die Pionierorganisation war neun Monate zuvor gegründet worden – forderte: «Die Jungen Pioniere sind keine Paradeattraktion. Es ist üblich geworden, dass die Jungen Pioniere auf den verschiedensten Veranstaltungen, Konferenzen usw. auftreten, Begrüßungsworte sprechen, Blumen überreichen usw. Oft treten sie in Veranstaltungen auf, deren Sinn sie unmöglich begreifen können, [...], sprechen auswendig gelernte Begrüßungstexte, die sie nicht verstehen. Nimmt man noch hinzu, dass solche Veranstaltungen während der Schulzeit oder gar am späten Abend stattfinden und die Pioniere einfach hinbeordert werden, so ist klar, wie schädlich sie sich auswirken können.» (Grünberg 1949: 63)

Weil im Sommer 1949 auf die staatliche Einheit nicht mehr zu hoffen war, spielte die kulturelle Einheit und insofern die Schlüsselstellung des Deutschunterrichts auf dem vierten Kongress eine herausragende Rolle. Sowohl Paul Wandel, in den einleitenden Worten, als auch Hans Siebert, in seinem Referat, kamen darauf zu sprechen, «denn die Beschäftigung mit der Muttersprache, ihre Meisterung, die Kenntnis der fortschrittlichen nationalen Literatur [...] sind für die Erhaltung der kulturellen Einheit der Jugend, das heißt der Zukunft unseres Volkes [...] von außerordentlicher Wichtigkeit» (Siebert 1949: 33). Gleichzeitig wurde dem naturwissenschaftlichen Unterricht eine umfassende Bildungsfunktion zugeschrieben. Denn wie in den Naturwissenschaften – so lässt sich aus heutiger Sicht kritisch ergänzen – müssten auch im gesellschaftlichen Leben «nur» die Gesetzmäßigkeiten aufgedeckt und schließlich befolgt werden. Weil Freiheit als Einsicht in die Notwendigkeit definiert war, konnte das Erkennen der Gesetzmäßigkeit die Freiheit ersetzen.

Zur Chancengleichheit zwischen Jungen und Mädchen wurde auf keinem der vier Pädagogischen Kongresse – und auch auf keinem der darauffolgenden fünf – gesprochen. Dieses Thema schien sich für viele mit dem Koedukationsbeschluss von 1946 erledigt zu haben. Dazu ein Ausblick: Spätestens seit den 1960er Jahren wurden immer wieder Leistungs- und Verhaltensunterschiede zwischen Jungen und Mädchen festgestellt (vor allem die «Störbereitschaft» der Jungen), obwohl «die einheitliche und gemeinsame Erziehung von Jungen und Mädchen [...] die Erwartung zu[-]lässt, dass sie sich unter gleichen ökonomischen, juristischen, sozialen und ideologischen Voraussetzungen auch relativ gleich entwickeln» (GH 1/1968: 16). Das konnte, so schien es, nur an den «Erziehungsfehlern» der Eltern liegen, vor allem der Mütter. Die Rolle des Vaters bei der Erziehung sei zu stärken, weil «der häufig noch eine höhere Bildung besitzt, politisch bewusster und gesellschaftlich aktiver ist als die Mutter» (GH 1/1968: 37). Zwar wurde in der pädagogischen Literatur zeitgleich von einer «Erziehung zur Gleichberechtigung» gesprochen, «weil [es] ein schwerwiegender Irrtum [sei] anzunehmen, dass allein durch die Koedukation, die gleichen Bildungs- und Erziehungsziele, die gleichen Lehrpläne und Lehrbücher für Jungen und Mädchen

die Frage der gleichberechtigten Entwicklung der Geschlechter gelöst würde» (Kuhrig u. a. 1969: 12), aber dieser Erziehungsprozess zeigte wohl wenig Früchte. Denn auch spätere Untersuchungen kamen zu dem Schluss, dass die Väter die Kinder besser erziehen könnten, es aber zu wenig täten, während die Mütter es täten, es aber nicht gut genug könnten (GH 4/1973: 3 u. 64). Mitte der 1970er Jahre wurde dann vorsichtig vermutet, dass es auch in den Schulen «uneinheitliche Anforderungen an Jungen und Mädchen» (GH 2/1974: 77) geben könnte – in der BRD war zeitgleich die Rede vom «heimlichen Lehrplan». Sehr viel später (für die DDR zu spät) wurde die Wirksamkeit des seit 1946 geltenden Koedukationsbeschlusses infrage gestellt: «Die Vermutung, «sie müssten sich eigentlich gleich entwickeln», hat sich nicht bestätigt, denn sowohl in den intellektuellen Befähigungen als auch in den motivationalen als auch in den sozial-charakterlichen werden den Mädchen mehr Stärken als den Jungen bescheinigt.» (Autorenkollektiv 1989: 79) «Um ungünstige, zum Teil traditionsbedingt geschlechtstypische Prägungen, deren Herausbildung im frühen Kindesalter beginnt, [...] zu kompensieren, reichen unseres Erachtens geschlechtsindifferente Angebote [...] nicht aus.» (Ebd.: 90) Es müsse in Bildung und Erziehung wirksam auf die besonderen Stärken und Schwächen der Jungen und Mädchen eingegangen werden. Vor allem sei das Selbstvertrauen der Mädchen zu stärken, denn «obwohl die Mädchen im Durchschnitt die besseren Zensuren haben [...], äußern in der 3. Klasse Mädchen gegenüber Jungen signifikant häufiger Angst vor Klassenarbeiten, die Befürchtung, beim Rechnen Letzte zu werden, und Angst, nach vorn an die Tafel kommen zu müssen» (ebd.: 101).

Dennoch: In Kenntnis späterer politischer Manifestationen scheinen mir die ersten vier Pädagogischen Kongresse eine Besonderheit zu sein: das ehrliche Suchen nach neuen Wegen, das selbstverständliche Eingeständnis der eigenen Unsicherheit (z. B. die Zentralschulen betreffend), die respektlose Kritik an übergeordneten Einrichtungen. Das gab es später in der DDR-Öffentlichkeit kaum noch.

3.2 Bis Ende der 1950er Jahre

3.2.1 Die anderen Gesetze

Wenn heute von der Familiengesetzgebung im Nachkriegsdeutschland die Rede ist, wird im Allgemeinen an Elisabeth Selbert (1896–1986) und ihr großes Engagement erinnert. In den westlichen Besatzungszonen hatte damals der Parlamentarische Rat, der für die Ausarbeitung des Grundgesetzes zuständig war, bezüglich der Gleichberechtigung zwischen Mann und Frau die Formulierung vorgeschlagen, die schon in der Weimarer Verfassung enthalten war: «Männer und Frauen haben dieselben staatsbürgerlichen Rechte und Pflichten». Diese Formulierung hätte sowohl das Berufsleben als auch das Privatleben der Frauen ausgeklammert. Die Juristin und SPD-Politikerin Elisabeth Selbert sorgte mit parlamentarischen und außerparlamentarischen Aktionen dafür, dass Artikel 3 Absatz 2 des Grundgesetzes so lautet, wie wir ihn kennen: «Frauen und Männer sind gleichberechtigt.» Später sprach die ehemalige

CDU-Familienministerin Rita Süßmuth von einem Sturm öffentlicher Entrüstung, der Elisabeth Selbert damals unterstützt habe. Waschkörbeweise seien die Petitionen eingetroffen (vgl. Süßmuth 1994: 14). Ein Passus, der alle mit dem Gleichheitsgrundsatz kollidierenden Bestimmungen aufhebt, wurde zwar diskutiert, aber nicht ins Grundgesetz aufgenommen. Nach Lore Peschel-Gutzeit (2008) befürchtete man(n) ein «Rechts-Chaos». Es gab auch, solange zwei deutsche Staaten existierten, keine Formulierung im Grundgesetz, aus der die staatliche Unterstützung bei der Realisierung des Gleichberechtigungsgrundsatzes abgeleitet werden konnte. Erst 1994 wurde das Grundgesetz in Artikel 3 um den Satz erweitert: «Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin.»

Paragraf 218 des Bürgerlichen Strafgesetzbuchs (Schwangerschaftsabbruch) wurde in der Fassung von 1926 (die medizinische Indikation anerkannte und statt Zuchthaus Gefängnisstrafe festlegte) und Paragraf 175 (Homosexualität) in der (strafverschärfenden) Fassung von 1935 in das westdeutsche Rechtssystem übernommen.

Die sowjetische Besatzungszone erlebte bei der Ausarbeitung der Verfassung keinen Sturm öffentlicher Entrüstung, aber auch wichtige, von Frauen initiierte Korrekturen am ersten Verfassungsentwurf. Der Deutsche Volksrat, der für die Ausarbeitung der Verfassung zuständig war, hatte im August 1948 seine Vorschläge veröffentlicht. Hier hieß es zur Gleichberechtigung: «Die Frau ist auf allen Gebieten des staatlichen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Lebens dem Manne gleichgestellt.» Im Oktober desselben Jahres fand eine Verfassungsdiskussion – die 5. Tagung des Deutschen Volksrats – statt. Hier brachte nicht nur der anonym bleiben wollende «Sprecher der Volksratsmitglieder der Westzonen» seinen Zorn über die jüngste Entwicklung in Deutschland zum Ausdruck: «Wir erheben von dieser Bühne feierliche Anklage gegen den in Bonn betriebenen Verrat am deutschen Volke, an der deutschen Einheit, an der deutschen Demokratie» (Deutscher Volksrat 1948: 17). Hier fand auch Otto Grotewohl, dessen familiäre und politische Wurzeln bekanntlich in Braunschweig lagen, klare Worte: «Wir stehen vor der Tatsache, dass Deutschland im Felde der internationalen Spannungen zerrieben zu werden droht, wir stehen vor der Tatsache der Gründung eines separaten westdeutschen Staates [...]. Der nationale Zerfall ist kein Schreckgespenst mehr, er ist heute bereits Wirklichkeit.» (Ebd.: 3) Und hier verteidigte auch Käthe Kern, die bereits seit Mitte 1947 eine Verfassungskommission des DFD leitete, ihren Gegenvorschlag zum Gleichberechtigungsgrundsatz: «Mann und Frau sind gleichberechtigt. Alle Gesetze und Bestimmungen, die der Gleichberechtigung der Frau entgegenstehen, sind aufgehoben.»

In ebendieser Formulierung wurde der Artikel 7 der Verfassung dann auch verabschiedet. Deshalb galt Paragraf 218 des Bürgerlichen Strafgesetzbuchs in der DDR nie. Weil auch in der SBZ (patriarchatskonform) keine Formulierung aufgenommen

wurde, die Männer generell vor Diskriminierungen schützt, galt Paragraf 175 weiterhin, allerdings in der «gemäßigten» Formulierung von vor 1935.²¹

Darüber hinaus wurde in der SBZ ein Artikel verabschiedet, der die staatliche Unterstützung für private Probleme versprach. Artikel 18 lautete: «Durch Gesetze der Republik werden Einrichtungen geschaffen, die es gewährleisten, dass die Frau ihre Aufgabe als Bürgerin und Schaffende mit ihren Pflichten als Frau und Mutter vereinbaren kann.» In Übereinstimmung mit dem Gesellschaftskonzept in der Bebel'schen Deutung – Gleichberechtigung heißt Heranführen der Frauen an Männerniveau – gab es keinen Artikel, der dem Mann helfen sollte, seine Aufgabe als Bürger und Schaffender mit seinen Pflichten als Ehemann und Vater zu vereinbaren.

Halten wir fest: 1949, als die Zweistaatlichkeit in Deutschland festgeklopft wurde, als die östliche Politik sich für eine neue Nationalhymne mit einem Text von Johannes R. Becher (und nicht für die Kinderhymne von Bertolt Brecht) entschied und die westliche Politik die seit 1922 geltende Nationalhymne (seit 1952 nur die dritte Strophe) übernahm, als Mao Zedong auf dem Platz des Himmlischen Friedens in Peking die Volksrepublik ausrief, als Moskau und Berlin-Ost mit riesigem Medienaufwand Stalins 70. Geburtstag hinter sich gebracht hatten, wurde der Gleichberechtigungsgrundsatz für Frauen und Männer in Ost und West beschlossen. In der DDR war gleichzeitig die staatliche Unterstützung bei der Realisierung dieses Grundsatzes festgelegt worden, gewissermaßen als eine der Säulen, auf der die «prinzipielle Interessenübereinstimmung zwischen Individuum und Gesellschaft» ruhen sollte. Im Unterschied dazu hatten in der BRD gleichzeitig noch Gesetze Gültigkeit, die dem Grundsatz widersprachen. Deshalb lautete Artikel 117 des Grundgesetzes: «Das dem Artikel 3 Absatz 2 entgegenstehende Recht bleibt bis zu seiner Anpassung an diese Bestimmung des Grundgesetzes in Kraft, jedoch nicht länger als bis zum 31. März 1953.»

Beide Regierungen standen in der Pflicht, im Laufe der ersten Legislaturperiode konkrete familienpolitische Gesetze zu erlassen. In der alten Bundesrepublik zogen sich diese Konkretisierungen, die außerdem den in Artikel 117 erwähnten Widerspruch lösen sollte, über Jahrzehnte hin, lange über 1953 hinaus. Sie mussten immer wieder reformiert werden und haben sich teilweise bis heute nicht erledigt. Einige Beispiele: Gleichberechtigungsgesetz 1957, Nichtehelichengesetz 1969, Eherechtsreformgesetz 1977, Unterhaltsänderungsgesetz 1986. Ein umfassendes grundgesetzkonformes Familienrecht gab es nie. Aber immerhin durfte ab 1958 eine Ehefrau beruflich arbeiten, wenn sie das mit «ihren Pflichten» in Ehe und Familie vereinbaren konnte, immerhin wurde 1977 – unter dem Druck der Frauenbewegung – die ge-

21 Mit dem Strafrechtsänderungsgesetz von 1957, das versprach, gesetzwidrige Handlungen nur dann zu verfolgen, wenn davon eine Gefahr für die sozialistische Gesellschaft ausging, wurde der Paragraf 175 quasi wirkungslos. 1968 setzte die DDR ein komplett neues Strafgesetzbuch in Kraft, das in Paragraf 151 gleichgeschlechtliche sexuelle Handlungen mit Jugendlichen sowohl für Frauen als auch für Männer unter Strafe stellte. 1988 wurde dieser Paragraf ersatzlos gestrichen. Erst im Jahr 1994 wurde in der nun größeren Bundesrepublik Paragraf 175 ersatzlos gestrichen.

setzlich vorgeschriebene Arbeitsteilung in der Ehe aufgehoben. Von da an hatte der Ehemann nicht mehr das Recht, ein Arbeitsverhältnis seiner Frau zu kündigen, wenn sie seine Socken nicht gründlich genug wusch.

In der DDR wurde tatsächlich in der ersten Legislaturperiode das «Gesetz über den Mutter- und Kinderschutz und die Rechte der Frau» – noch von der provisorischen Volkskammer – 1950 verabschiedet, wiederum mit Zuarbeiten aus dem DFD (vgl. SAPMO NY 4036/731). Es war kein umfassendes Familiengesetz, aber es setzte 426 aus dem Bürgerlichen Gesetzbuch stammende frauenfeindliche Paragraphen außer Kraft (vgl. Scholze 2001: 93), und es enthielt konkrete Angaben über finanzielle Unterstützungen der Familien und auch über einzurichtende Plätze in der öffentlichen Kinderbetreuung und vieles mehr. Einige Beispiele:

Paragraf 10 Absatz 5: «Die Ministerien für Industrie und für Handel und Versorgung haben die notwendige Produktion und die Versorgung des Handels mit Wäscheausstattungen für Neugeborene, mit Artikeln für die Wartung und Pflege der Kinder sowie mit Artikeln der Frauenhygiene sicherzustellen.»

Paragraf 14: «Die Eheschließung hat für die Frau keine Einschränkung oder Schmälerung ihrer Rechte zur Folge. Das bisherige Alleinbestimmungsrecht des Mannes in allen Angelegenheiten des ehelichen Lebens ist zu ersetzen durch das gemeinsame Entscheidungsrecht beider Eheleute.»

Paragraf 17: «Die nichteheliche Geburt ist kein Makel. Der Mutter eines nichtehelichen Kindes stehen die vollen elterlichen Rechte zu, die nicht durch die Einsetzung eines Vormundes für das Kind geschmälert werden dürfen.»

Aber – ein Sieg des Patriarchats – in Paragraf 11 heißt es: «Im Interesse des Gesundheitsschutzes der Frau und der Förderung der Geburtenzunahme ist eine künstliche Unterbrechung der Schwangerschaft nur zulässig, wenn die Austragung des Kindes das Leben oder die Gesundheit der schwangeren Frau ernsthaft gefährdet oder wenn ein Elternteil mit schwerer Erbkrankheit belastet ist. Jede andere Unterbrechung der Schwangerschaft ist verboten und wird nach den bestehenden Gesetzen bestraft.»

Otto Grotewohl machte in seiner Begründung des Gesetzes vor der Volkskammer auch keinen Hehl daraus, dass hier die aktuellen gesellschaftlichen Interessen im Vordergrund standen. Er konnte sich auf juristische Grundlagen berufen, die Hilde Benjamin schon 1947 erarbeitet hatte (Thietz 1992: 49). Grotewohl sagte: «Unsere Zukunft erfordert eine wachsende Bevölkerung, [...] weil jeder Mensch, der mehr in unserer Republik lebt, eine zusätzliche Arbeitskraft und darum zusätzlichen Wohlstand bedeutet.» (Ebd.: 64)

Der Widerspruch zu langjährigen Traditionen in der deutschen Arbeiterbewegung wurde offensichtlich mit der veränderten Verantwortung der nun staatstragenden Partei begründet. Hatte doch Edwin Hörnle (Mitbegründer des NKFD, in der DDR galt er als Experte für Bildung und Landwirtschaft) in den 1920er Jahren geschrieben: «Die proletarische Moral findet nicht nur nichts Anstößiges an der Verhütung bzw. Unterbrechung der Schwangerschaft, sie fordert das Recht der Mutter, die werdende

Leibesfrucht rechtzeitig zu beseitigen, und zwar sowohl im Interesse der proletarischen Mutter, deren physische und wirtschaftliche Existenz durch die unerwünschte Schwangerschaft sehr oft gefährdet ist, wie auch im Interesse der proletarischen Klasse, für die eine bewusste Regelung der Geburten eine Steigerung der Kampfkraft bedeutet.» (Hoernle 1983: 308 f.)

Als 20 Jahre nach dem Beitritt der DDR zur Bundesrepublik im Zuge des ersten Gleichstellungsberichts die familien- und gleichstellungspolitischen Gesetze in Ost und West verglichen wurden, zeigte sich, dass in den Gesetzen beider Staaten «die Rollenbilder von Frauen und die Verhaltenserwartungen an Frauen überaus deutlich ausgeprägt [waren] und [...] sich andererseits beträchtlich [unterschieden]. Viel weniger unterschieden sich die im Recht ausgeprägten, auf Männer bezogenen Rollenvorstellungen vor der Wiedervereinigung in beiden Teilen Deutschlands.» (BMFSFJ 2011: 56)

Mit anderen Worten: In beiden Staaten wusste man genau, wie Frauen werden sollten, welches Verhalten unterstützt und welches unterdrückt werden sollte. Wie Männer werden sollten, spiegelt sich in den Gesetzen nicht im gleichen Maße wider. Sie entsprachen hier wie dort schon den Erwartungen der Gesetzgeber.

3.2.2 Das andere Frauen- und Familienbild

Zumindest ab Ende der 1940er Jahre waren also die juristischen Voraussetzungen, unter denen das Privatleben in Ost und West stattfand, sehr unterschiedlich. Dem entsprachen in der Folgezeit sehr unterschiedliche Festlegungen im Steuerrecht, bei der Subventionspolitik und in vielen anderen Politikbereichen. Zum Beispiel wussten DDR-Sozialisierte, als sie «Beitrittsbürger» wurden, mehrheitlich nicht, wie eine Steuererklärung aussieht oder was unter «Ehegattensplitting» zu verstehen ist. Auch die «Zuverdienerin» war für Ostdeutsche erklärungsbedürftig; akzeptanzbedürftig sowieso. Gleichzeitig hatten 1990 auch die «schon immer Dagewesenen» Fragen. Aus einer Münchener Frauenversammlung ist der Satz übermittelt: «Ein Staat, der Schnittblumen und Kinderkleidung subventioniert, kann doch nicht nur ein verknöchertes Stasi-Staat gewesen sein.» (GP Christiane) Manchen Westdeutschen musste auch erklärt werden, was unter DDR-Bedingungen ein «Haushaltstag» war. Zwar hatte Grete Thiele – bis 1945 im kommunistischen Widerstand, dann Landtagsabgeordnete in Nordrhein-Westfalen und Mitglied der KPD-Bundestagsfraktion in der ersten Legislaturperiode – auch für Bundesbürgerinnen um einen Haushaltstag gekämpft, aber das war längst in Vergessenheit geraten. In der DDR wurde ab 1952 für vollzeitberufstätige verheiratete Frauen mit Kindern pro Monat ein bezahlter Haushaltstag gewährt. Dass er auf Befehl Nr. 234 der SMAD zurückgeht (und nicht nur auf eine Regelung aus der Hitler-Zeit), wird heute selten erwähnt (vgl. Sachse 2002). Nach besagtem Befehl konnte einer berufstätigen Frau alle sechs Wochen ein arbeitsfreier Tag «gegeben werden [...], wenn ein selbstständiger Haushalt zu versorgen ist. Dabei sind Leistung und Disziplin mit entscheidend.» (Vgl. SAPMO DY 31/538) Die DDR-Regelung ging einerseits über diesen Befehl hinaus, weil der Tag alle vier Wo-

chen gewährt wurde, band andererseits das Gewähren des Haushaltstags aber an den Familienstand der Frau. Sie musste verheiratet sein. Wie aus den Archivunterlagen zu entnehmen ist, sorgte genau diese Bedingung für zahlreiche Beschwerden («Eingaben») an den DFD. Als Beispiel sei ein Brief aus Hettstedt vom März 1955 zitiert: «Im Gesetz heißt es, dass eine Frau, die ihren Mann hat und arbeitet, Anspruch auf einen Haushaltstag hat, aber eine Frau, die keinen Mann hat, aber einen erwachsenen Sohn von 16 aufwärts, einen Haushaltstag nicht beanspruchen kann. Ist das nicht ein Widerspruch? Der Sohn macht doch der Mutter genauso viel Arbeit, als wenn sie einen Mann hätte.» (Ebd.) Dass erwachsene Männer im Haushalt Arbeit machen und nicht Arbeit übernehmen, war ganz offensichtlich so selbstverständlich, dass «unter Frauen» keine weitere Erklärung notwendig schien.

Apropos «Eingaben»: Im Rückblick auf die DDR sprach der Sozialhistoriker Felix Mühlberg in diesem Zusammenhang von einem DDR-spezifischen Phänomen, das von 1949 bis 1989 funktionierte (Mühlberg 2000: 233). «Jährlich erreichten allein die oberste Staatsführung ca. 70.000 Eingaben. Nach einer eigenen Hochrechnung wurden insgesamt jährlich fast eine Million Eingaben an staatliche und gesellschaftliche Organe sowie an die Medien geschrieben.» (Ebd.) «Eingaben [...] dienten bis zu einem bestimmten Grad als Basis und als Korrektiv politischer Entscheidungen [...]. Eingaben wurden nicht nur genutzt, um sich zu beschweren, sondern auch, um der Verwaltung Verbesserungsvorschläge zu unterbreiten.» (Ebd.: 238) Und sie wurden zur Selbstdarstellung und zur Drohung genutzt – mit einem Ausreiseantrag, mit einer Beschwerde bei der höheren Instanz, mit einem Gang in die Öffentlichkeit (z. B. zur TV-Sendung «Prisma»), mit der Ankündigung, die nächste Wahl zu verweigern.

Zurück zu den 1950er Jahren: Oft wird vermutet, dass die Macht habenden Männer in der DDR kein großes Interesse an der Familiengesetzgebung hatten. «Das Thema Familie war für die Männer des Politbüros nebensächlich, während Hilde Benjamin die Auffassung vertrat, dass die Familie auch im sozialistischen Staat wichtige Funktionen habe und nur ein modernes Familienrecht die Gleichberechtigung der Frau ermöglichen könne.» (Feth 2002: 67) Hilde Benjamin war es vor allem, die über fast 20 Jahre hinweg um ein dem Sozialismus entsprechendes Familienrecht kämpfte. Als Gründungsmitglied des DFD wird sie großen Anteil an der Formulierung des Gleichberechtigungsgrundsatzes in der Verfassung gehabt haben. 1949 erschienen ihre «Vorschläge zum neuen deutschen Familienrecht», und 1954 wurde ein erster Entwurf des Familiengesetzbuchs veröffentlicht, der für die Erledigung der Aufgaben im Haushalt und für die Kindererziehung sowohl die Männer als auch die Frauen in die Verantwortung nahm.

Diesen Entwurf erhielt auch der Bonner Familienminister Franz-Josef Wuermeling. «In ihrem Begleitschreiben [...] brachte Hilde Benjamin die Hoffnung zum Ausdruck, dass auf dem Gebiet des Familienrechts die Einheitlichkeit der deutschen Rechtsentwicklung gewahrt werden könnte.» (Feth 2002: 67) Aber daraus wurde nichts. Im Rückblick schätzte die Familienrechtlerin Anita Grandke ein, dass die Zeit

für ein solches Gesetz damals – auch in der DDR – noch nicht gekommen war. Angesichts der Einstellungen und Verhaltensweisen beider Geschlechter in den 1950er Jahren waren die Gesetzesforderungen unrealistisch (Grandke 1978: 240). Auch Hilde Benjamin sprach im Rückblick von «hartnäckigen Rückständen im Bewusstsein» der Bevölkerung (Benjamin 1958).

Zehn Jahre später, im Dezember 1965, wurde das «Familiengesetzbuch der DDR» verabschiedet, «nachdem es fast sechs Monate hindurch in der Bevölkerung [...] öffentlich diskutiert worden war. Nahezu 753.000 Bürger hatten sich an öffentlichen Veranstaltungen über dieses Gesetz beteiligt, fast 24.000 Vorschläge wurden im Verlaufe dieser großen Volksaussprache zum Gesetz gemacht. Auf der Grundlage ihrer Ergebnisse wurden durch die Gesetzgebungskommission rund 230 Veränderungen am Entwurf vorgenommen.» (Ministerium für Justiz 1966: 3) Seit dem 1. April 1966 galten die Ehegatten (Familie ohne Ehe war in der offiziellen DDR noch nicht diskutabel) auch in der Familie als gleichberechtigt. Nach Paragraph 9 folgte daraus, dass «alle Angelegenheiten des gemeinsamen Lebens und der Entwicklung des Einzelnen» im beiderseitigen Einverständnis zu regeln sind (ebd.: 15). Daraus ergaben sich Vorgaben auch für Eigentums- und Vermögensfragen, für Unterhaltsfragen, für Ehescheidungen und nicht zuletzt für den Umgang mit Kindern. Dass das Gesetz den familiären DDR-Alltag oft überforderte (vgl. Ulbricht 1968: 437), steht außer Zweifel, spricht aber nicht gegen das Gesetz.

Für die Macht habenden Männer in der BRD war das Thema «Familie» in den 1950er Jahren nicht nebensächlich, aber auf andere Weise von Bedeutung. Helga Hirsch hebt in ihrer Betrachtung dieser Zeit den Bundesjustizminister Neumayer (FDP) und den oben erwähnten CDU-Minister für Familienfragen Wuermeling hervor, die als «ideologische Kämpfer», von der katholischen Kirche unterstützt, dafür sorgten, dass in der Bundesrepublik wieder «Sittlichkeit» und «Anstand» einzogen und dass viele der alten juristischen Bestimmungen, die im Widerspruch zum Gleichheitsgebot im Grundgesetz standen, noch einige Jahre stehen bleiben konnten. «In der Bundesrepublik sollte die Frau ihren Platz am Herd und nicht wie in der DDR an der Werkbank finden. Denn eine Berufstätigkeit, so Wuermeling, führe zu einer «brutalen Sowjetisierung der Frau»; eine Familie, in der sich die Frau auf ihre Rolle als Ehefrau und Mutter beschränke, sei somit «das stärkste Bollwerk der persönlichen Freiheit» im «Kampf gegen den Kollektivismus.» (Hirsch 2012: 36)

In seiner Broschüre «Familie – Gabe und Aufgabe» wird Franz-Josef Wuermeling noch deutlicher: «Muttermilch ist stets vom Anfang an nicht nur mit großer Verantwortung, sondern auch mit stetem Verzicht verbunden. Diese Gabe und Aufgabe der Selbsthingabe und Selbstverleugnung um höherer Ziele willen ist es auch, die die Mutter zur verständnisvollen Lebensbegleiterin des Mannes und Vaters und zum Herzen der Familie werden lässt.» (Wuermeling 1963)

Auch Luc Jochimsen erinnert sich an Wuermeling: «Das Stichwort, das das Familienministerium in die Gesellschaft setzte, hieß: Die hausfernen Tätigkeiten der

Frau dürfen nicht unterstützt werden [...]. Zitat Wuermeling 1954: «Ich meine, wir sollten unsere Frauen und Mütter nicht nur vor solchen Neuerern schützen, sondern wir sollten auch den Weg zu solchen Entwicklungen nicht eröffnen oder freigeben. In der letzten Konsequenz enden diese Dinge dann im Kohlen- oder Uranbergwerk.» (Jochimsen 1978: 62)

Und um «unsere Frauen» vor dem Uranbergwerk zu schützen, wurde in der BRD 1952 auf ministerieller Ebene ein «Forschungsbeirat für Fragen der Wiedervereinigung Deutschlands» gegründet. Er unterstand dem bereits 1949 gegründeten Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen. Die Institutionen wurden mehrfach zwar umbenannt, arbeiteten aber kontinuierlich – mit deutlichen Bezügen zur deutschen Annexionspolitik in den letzten 1930er Jahren (Roth 2000). «Als die Mauer fiel [...], fand man [in diesem Ministerium, U. S.] nur Listen von Bundesbürgern, die gefährlich seien und den Staat zu unterwandern suchten. Zudem gab es Dutzende von Manuskripten für Reden zum Nationalfeiertag der Bundesrepublik Deutschland, dem sogenannten Tag der Deutschen Einheit am 17. Juni. Und man fand die ministeriellen Anweisungen und Verfügungen für die Aktion Kerzen ins Fenster stellen, die Solidarität mit den Deutschen im Osten zeigen sollten [...]. Es gab keinerlei Papiere über mögliche, wünschenswerte oder anzustrebende Aktionen bei einer Vereinigung oder einem freundlichen oder unfreundlichen Anschluss.» (Hein 2019: 72)

Für Westdeutschland kam die familiensoziologische Forschung (deren DDR-Pendant sich erst sehr viel später etablierte) 1953 zu dem Ergebnis, dass die Familie durch die Kriegs- und Nachkriegszeit zwar in eine außergewöhnliche Gefährdung hineingeraten war – für fast die Hälfte der Familien hätte es einen «erzwungenen Strukturwandel» gegeben –, dass sie aber intakt geblieben sei. Sie hätte in der Gesellschaft eher an Bedeutung gewonnen, das Leitbild vom Vorrang des Mannes sei geblieben. Kinder und Jugendliche würden zwar selbstständiger aufwachsen, aber ihre Vorstellungen seien trotzdem familienkonform (Schelsky 1967, zit. n. Jochimsen 1978: 61 f.).

Insofern nannte man die 1950er Jahre in der westlichen Welt *the golden age of marriage*. Jutta Brückner hat später in ihrem autobiografischen Film «Hungerjahre» geschildert, wie dieses «goldene Zeitalter» auf heranwachsende Mädchen wirkte: Die 13-jährige Ursula, die als einziges Kind in einer kleinbürgerlichen Familie im Deutschland der Adenauer-Ära aufwuchs, bekam von ihrer Mutter zu hören: «Wenn du eines Tages mit einem unehelichen Kind daherkommst – ich bringe dich um, Kind! Das ertrage ich nicht, wenn meine einzige Tochter sich wegwirft.» (Zit. n. Hirsch 2012: 57)

Ganz anders die Erinnerungen der etwa gleichaltrigen Annika an diese Zeit. Sie wuchs ebenfalls als einziges Kind in einer kleinbürgerlichen Familie auf, aber im Deutschland der Ulbricht-Ära: «Dass ich konfirmiert wurde und nicht etwa an den gerade entstehenden staatlich gewollten Jugendweihen teilnahm, war offensichtlich so selbstverständlich, dass es keiner Debatten im Elternhaus bedurfte. Dabei war in meiner Familie niemand gläubig. Es wurde weder gebetet noch der Gottesdienst be-

sucht. Meine Mutter machte auch keinen Hehl daraus, dass sie den ‹Herrn Superintendenten› (meinen Konfirmator) nicht mochte. Und das hatte mit einem Ereignis zu tun, das 1956 vielleicht schon zwei Jahre zurücklag, über das im Ort aber immer noch gesprochen wurde: Ein 16-jähriges Mädchen war an den Folgen einer selbst ausgeführten Abtreibung gestorben, und der Pfarrer soll auf der Trauerfeier gesagt haben: ‹Dieser Tod möge der Jugend des Ortes eine Warnung sein!› Meine Mutter und mit ihr viele Frauen aus der Nachbarschaft empörten sich immer wieder über diesen Satz, über so viel Kälte und Herzlosigkeit. Und das will ein Seelsorger sein! Konfirmieren durfte mich aber der Herr Superintendent zu Palmarum 1956 trotzdem. Vielleicht weil meine Eltern nicht nur ein distanziertes Verhältnis zu Gott hatten, sondern auch zur DDR. Und irgendeine Art Feier zur Beendigung meiner Kindheit musste sein, schon weil ein großes Familientreffen geplant war und mehrere Kaninchen dafür geschlachtet werden sollten.» (GP Annika)

Für die Familie im Osten stand nicht das Intaktbleiben auf der Tagesordnung, sondern ihre Veränderung, den neuen gesellschaftlichen Bedingungen entsprechend, auch wenn von der alten kommunistischen Vorstellung – selbstbestimmt zu arbeiten und selbstbestimmt zu lieben – schon die Hälfte gestrichen war. Allerdings spielten die westlichen Debatten um weibliche Berufstätigkeit auch in der DDR eine Rolle, vor allem wenn sie eingebettet waren in Debatten um Ehescheidungen. So veröffentlichte die Zeitschrift *Die Frau von heute* im Juni 1956 einen Leserbrief unter der Überschrift ‹Warum werden so viele Ehen geschieden?›:

«Der Anwalt erzählt mir, dass besonders viele Ehen zerbrechen, wo Mann und Frau arbeiten müssen, um das nötige Geld für Anschaffungen oder für die Ausbildung der Kinder zusammenzukriegen. ‹Wenn die Frau von der Arbeit nach Hause kommt, warten auf sie die Hausarbeit und die Kinder, die sich oft genug nach Schulschluss auf der Straße herumtreiben müssen. Da ist es verständlich, dass eine solch überanstrengte Hausfrau nicht mehr die Kraft aufbringt, Spannungen, wie sie im Leben und auch in jeder Ehe auftreten, auszugleichen. Da gibt es Auseinandersetzungen mit harten Worten, die oft zur Trennung der Ehe führen. Der eine oder der andere Teil oder auch beide werden dann schuldig gesprochen.›» (Die Frau von heute 12/1956: 3)

Einen Monat später wird in der gleichen Zeitschrift unter der Überschrift ‹Vollkommen falsch› gegen solche Auffassungen angeschrieben – von einer westdeutschen Leserin: ‹Ich finde es nicht richtig zu behaupten, dass besonders dort viele Ehen zerbrechen, wo die Frau berufstätig ist [...], denn die Praxis widerlegt diese Behauptung. Eine Umfrage bei 30 Anwältinnen der Bundesrepublik über dieses Problem lässt klar erkennen: Die Berufstätigkeit der Frau ist kein Scheidungsgrund, im Gegenteil, in den meisten Fällen fördert sie die Ehe²² [...]. Anlass dieser Umfrage war eine Äußerung unseres Familienministers, Dr. Wuermeling, der sagte, dass acht von zehn

22 Hier bezieht sich die Schreiberin auf die Zeitschrift *Constanze* (13/1956).

Ehescheidungen auf die Berufstätigkeit der Frau zurückzuführen sind. Ich möchte Ihnen durchaus nicht unterstellen, dass Sie die gleiche Ansicht wie Dr. Wuermeling vertreten, aber – Ihrem Artikel zufolge – sehen Sie in der Berufstätigkeit der Frau eine wesentliche Ursache für viele Ehescheidungen?» (Die Frau von heute 14/1956: 6)

Einen anschaulichen Ost-West-Vergleich der Frauenbilder veröffentlichte die Zeitschrift *Sibylle* in ihrem Heft 6/1959. Sie übernahm «den Fragebogen ‹Sind Sie von Männern begehrt?› aus der westdeutschen Frauenzeitschrift *Constanze* und setzte ihren eigenen Wertekatalog dagegen. Die Idealfrau der *Constanze* kommt aus gutem, wohlhabendem Elternhaus, überzeugt mit hausfraulichen Qualitäten, ist gebildet, jung und schön und kann auf Ersparnisse zurückgreifen. Hingegen sind der *Sibylle* zufolge die hervorstechenden Eigenschaften der begehrenswerten Frau im Sozialismus Intelligenz, kulturelles Interesse und das Selbstbewusstsein einer berufstätigen Frau.» (Haus der Geschichte 1997: 23)

Wie sich die offizielle DDR ihre Frauen und Familien vorstellte, kann zum Beispiel aus den Grußadressen der SED-Parteiführung anlässlich des Internationalen Frauentags abgeleitet werden, aber auch aus anderen, weniger hoch angebundenen historischen Dokumenten. So wurde zum Beispiel in der *Jungen Welt* vom 24. Juni 1958 unter der Überschrift «Alte Vorurteile und neue Wege» über die 1. Mädchenkonferenz des Zentralrats der FDJ in Buna berichtet. Hier hatte die SED- und DFD-Funktionärin Edith Baumann erklärt, dass man nicht einen «überemanzipierten Frauentyp erziehen wolle, der sich leichtfertig über alle Verpflichtungen und Bindungen gegenüber der Familie hinwegsetzt, sondern moralisch saubere Frauen, die ihr Glück in dem Glück der Gesellschaft suchen und dabei in der Ehe hervorragende Kameradinnen und gute Mütter sind» (zit. n. Obertreis 1986: 143).

«Selbsthingabe» im Wuermeling'schen Sinne wurde nicht erwartet, aber «überemanzipiert» sollten DDR-Frauen auch nicht sein. Heute gelesen scheint mir das ein Hinweis darauf zu sein, dass die emanzipierten Nachkriegsfrauen sowohl das kapitalistische als auch das sozialistische Patriarchat (über-)fordert hatten.

Die SED-Grußbotschaft zum Frauentag 1950 spricht einen Gedanken aus, der bis zum Ende der DDR zur Frauen- und Familienpolitik gehörte: «Im Besitz der verfassungsmäßigen Rechte und in Verbindung mit den Maßnahmen, die die Regierung der DDR [...] zur Förderung der Frauen vorbereitet, liegt es nunmehr an den Frauen selbst, Möglichkeiten ihres Aufstiegs durch die volle Entfaltung ihrer Fähigkeiten auszunutzen.» (Zit. n. Scholze 2001: 93)

Insofern ist nicht verwunderlich, dass anlässlich des Frauentags 1952 festgestellt wurde, es sei «an der Zeit, dass die Frauen energischer und kühner an dem gesellschaftlichen Leben teilnehmen, dass sie ihr eigenes Wissen erweitern, damit sie imstande sind, ihre Kinder gut zu erziehen und bei unserem großen Aufbauwerk mitzuarbeiten» (Scholze u. a. 1986: 79).

Wahrscheinlich fragte damals niemand, warum die Kinder «ihnen» gehören und das große Aufbauwerk «uns». Und heute danach zu fragen kann leicht als «histo-

risch ungerecht» gewertet werden. Dennoch will ich nicht verschweigen, dass mir manche Grußadressen zum Frauentag heute Beklemmungen bereiten. Und da hilft auch die Erinnerung nicht viel, dass solche Texte kaum gelesen wurden. Denn sie wurden geschrieben, mehrfach korrigiert, schließlich bestätigt und veröffentlicht. Etwa die Grußbotschaft 1957: «In allen Organen und Einrichtungen unserer sozialistischen Demokratie müssen die Frauen, insbesondere die Arbeiterinnen, mit ihrem politischen Bewusstsein, ihren Arbeits- und Lebenserfahrungen auftreten und täglich in die notwendige Kleinarbeit eingreifen, die eine stärkere Verbundenheit mit den Volksmassen und unseren Staatsorganen garantiert. So kann die Sorge unserer Partei und des Staates um das Wohlergehen unserer Jugend, um eine politisch-moralisch im sozialistischen Sinne gefestigte junge Generation durch die aktive Mitarbeit unserer Frauen, denen wir unsere prachttvolle Jugend verdanken, eine mächtige Unterstützung erfahren.» (Ebd.: 124)

Es ging demnach nicht um alle Frauen, zum Beispiel nicht um Hausfrauen, die damals immerhin noch ein Drittel der weiblichen Bevölkerung zwischen 15 und 60 Jahren ausmachten. Es ging auch nicht um eine gleichrangige Arbeitsteilung im öffentlichen Leben, denn die Frauen sollten sich der «Kleinarbeit» annehmen. Schließlich ging es auch nicht um gleichrangige Arbeitsteilung im Privaten, denn dass die «prachttvolle Jugend» den Frauen zu verdanken sei, wird als Normalität gewürdigt und nicht als Defizit beklagt.

Alles in allem: Die Frauen- und Familienbilder entwickelten sich in Deutschland auseinander und waren doch sowohl im Osten als auch im Westen patriarchal geprägt. Das Beispiel Lilli Wächter (1899–1989) soll verdeutlichen, dass es Anfang der 1950er Jahre dennoch auf privater und auch auf frauenpolitischer Ebene Handlungsspielräume für «schwesterliche Verbundenheit» zwischen Ost und West gab – für lange Zeit letztmalig, wie ich heute meine.

Zu den Fakten, so wie sie im Bundesarchiv zu recherchieren sind (vgl. SAPMO NY 4238): Lilli Wächter, langjähriges SPD-Mitglied, hatte den Bruder in Buchenwald, die Mutter in Auschwitz, den Vater in Theresienstadt verloren, war als «rassisch Verfolgte» oft verhaftet und misshandelt worden, aber gerade noch mit dem Leben davongekommen. Sie war Anfang der 1950er Jahre Hausfrau, wohnte in Rastatt (Baden-Württemberg) und war für den DFD-West verantwortlich. In dieser Funktion beteiligte sie sich im Mai 1951 an einer Koreareise, zu der die Internationale Demokratische Frauenföderation, die IDFF, eingeladen hatte. Vorausgegangen war eine Erklärung der IDFF²³ «über die Gräueltaten in Korea an der Zivilbevölkerung». Die 21 Frauen aus 18 Ländern, die die IDFF angesprochen hatte, sollten sich vor Ort ein Bild von den Folgen machen, die der Koreakrieg vor allem für Frauen und Kinder hatte. Bekanntlich war der Koreakrieg, der im Juni 1950 als

23 Aus Anlass dieser Erklärung war im Januar 1951 die Tätigkeit der IDFF in Frankreich verboten und das Büro aus Paris ausgewiesen worden.

Kampf des Südens gegen den Norden begann, innerhalb weniger Wochen zu einem Kampf der USA gegen den Norden geworden. Es ging also um die Frage, wie das US-amerikanische Militär mit der koreanischen Zivilbevölkerung umgeht. Was Lilli Wächter sah und was sie von Überlebenden erzählt bekam, gab sie anschließend in Süddeutschland in zwei Vorträgen (Heidelberg und Ludwigsburg), die demselben Manuskript folgten, weiter. Ihr Fazit war eindeutig: Man muss den Krieg hassen, der die jungen Männer zu solchen Gräueltaten fähig macht, denn auch US-amerikanische Mütter bringen keine Mörder zur Welt. Diese durchaus auf schwesterliche Verbundenheit orientierte Sicht wurde vom US-amerikanischen Militärgericht im Einzelnen nicht zur Kenntnis genommen.²⁴ Es reagierte prinzipiell, das heißt klassenpolitisch auf die «kommunistische Propagandarednerin». Bereits im Oktober 1951 wurde Lilli Wächter wegen «Sabotage und Aufruhr zum Nachteil der alliierten Streitkräfte» angeklagt und zu acht Monaten Gefängnis und zu einer Geldstrafe von 15.000 D-Mark verurteilt. Sie sei das «Werkzeug finsterner Mächte», die die Welt erobern wollten.

Für die DFD-Frauen in Ost und West war diese Verurteilung der Anlass für lautstarkes Protestieren und für vielfältige Solidaritätsbekundungen. «Wir fordern Aufhebung der Freiheitsstrafe und der Geldstrafe für Lilli Wächter. Sie tat nichts anderes als zu berichten, was sie mit eigenen Augen in Korea sah. Wir sind stolz auf Lilli Wächter», so die DFD-Vorsitzende Elli Schmidt im *Neuen Deutschland* vom 25. Oktober 1951. Auch über den DFD hinaus gab es Solidarität mit Lilli Wächter. So protestierten Erich Weinert, Wilhelmine Schirmer-Pröscher, Helene Weigel und nicht zuletzt Hedda Zinner mit einem damals oft zitierten Gedicht (SAPMO DY 31/1262 f.). Als im Januar 1952 in Frankfurt am Main das Berufungsverfahren stattfand, entwickelte sich der Prozess vor dem Hintergrund der Remilitarisierung in Deutschland zu einem international beachteten Ereignis. Der englische Kronanwalt Denis N. Pritt und der DDR-Anwalt Friedrich Karl Kaul waren angereist, um «die Hausfrau aus Rastatt» zu verteidigen. Kauls ausführlicher Prozessbericht – vieles wörtlich festgehalten – mit dem Titel «Kampf um die Wahrheit. Der Prozess gegen Lilli Wächter» ist heute archiviert (SAPMO NY 4238/113) und auch noch Anfang des 21. Jahrhunderts von beklemmender Aktualität.

So kamen in dem Prozess unter anderem die papiernen Friedenstauben zur Sprache, mit denen der Versammlungsraum in Heidelberg geschmückt worden war und die von den US-amerikanischen Anklägern als Hinweis auf eine strafbare Handlung gedeutet wurden. Kaul notierte dazu: «Vorsitzender: (Sie wollen mit anderen Worten sagen, Mr. Pritt, dass Friedenstauben nicht zum Nachteil sein können?) Pritt: (Ganz recht, Herr Vorsitzender, ich behaupte, dass Friedenstauben niemals einen Nachteil der alliierten Streitkräfte darstellen können.») (Ebd.: 11)

24 «Weder Richter noch Ankläger machten sich die Mühe, die Reden, die auf Tonband aufgenommen waren, im Original zu hören», hält Friedrich Karl Kaul später in seinem Prozessbericht fest (SAPMO NY 4238/113).

Im späteren Prozessverlauf ging es immer wieder um die Wahrhaftigkeit der Aussagen von Lilli Wächter bzw. um die Frage, ob und wie über Grausamkeiten im Krieg gesprochen werden darf. Auch das hielt Kaul wörtlich fest: «Vorsitzender: ‚Wusste die Angeklagte, als sie ihre Berichte gab, dass diese Berichte (unterstellt einmal, dass sie wahr sind) achtungswidrig wirken müssen?‘ Kaul: ‚Wie kann denn die Wahrheit achtungswidrig und respektlos sein?‘ Vorsitzender: ‚Man sagt oft, dass die Wahrheit verletzt. Wenn nun ein Staat verbieten will, dass er durch die Wahrheit verletzt wird, dann hat er das Recht, ein entsprechendes Gesetz zu erlassen.›» (Ebd.: 50)

Lilli Wächter wurde nicht freigesprochen, wie die beiden Verteidiger gefordert hatten, weil «der Geist, der aus ihren Worten spricht [...], der gleiche [ist] wie der des Kommunistischen Manifestes» (ebd.: 77). Aber das Strafmaß wurde deutlich reduziert. Sie erhielt 20 Tage Gefängnis, die sie noch im März 1952 absaß, und eine Geldstrafe von 10.000 D-Mark, die die inzwischen gegründeten Solidaritätskomitees bereits gesammelt hatten.

In den folgenden Monaten wurde Lilli Wächter im Osten, nicht nur in DFD-Kreisen, und auch in Nordkorea (Staatsbannerorden 1. Klasse) zur «Heldin». Im Westen wurden sie und ihr Mann arbeitslos. Aus der SPD war sie bereits unmittelbar nach der Koreareise ausgeschlossen worden. Es scheint so zu sein, dass ihr die zahlreichen Würdigungen und Kampagnen in der DDR eher peinlich waren. Es gab Kundgebungen mit Selbstverpflichtungen in Potsdam, Halle, Schwerin, Leipzig und anderen Orten, Pionierfreundschaften gaben sich ihren Namen, eine DDR-Briefmarke erschien mit der Aufschrift «Lilli Wächter sagt die Wahrheit». So schrieb sie in einem sehr persönlich gehaltenen Brief an Elli Schmidt, damals noch DFD-Vorsitzende, am 27. Dezember 1952: «Lass es mich aussprechen, dass ich, je mehr Gras über meine schwache Tat wächst, je mehr in Verlegenheit komme über all die Ehrungen und Aufmerksamkeiten.» (SAPMO DY 31/1262)

3.2.3 Die andere Lebensweise

Martin Walser beschreibt in seinem 1957 erschienenen Roman «Ehen in Philippsburg» die Zeit des sogenannten Wirtschaftswunders in Westdeutschland auf satirisch überspitzte Weise. Es geht um das Leben von Hans Beumann, der in seiner frühen Jugend ein Linker war. Der Schriftsteller und Verleger Gerhard Dahne fasst Walsers Satire wie folgt zusammen: «Hans Beumanns Weg [verläuft] seit seinem Eintritt in die Philippsburger Gesellschaft äußerst ‚gradlinig‘. Einmal befreit von seinen ‚proletarischen Schlacken‘ und dem ganzen Drum und Dran von Moral und Bewusstsein, kann er sich jetzt voll ‚entfalten‘: Er heiratet ein Mädchen, das er nicht liebt, und schreibt Dinge, von denen er nicht überzeugt ist. Alles läuft wie am Schnürchen: Geld, Villa, Auto, ein schöner Job und immer mal wieder eine neue Freundin. Der Aufstieg in die ‚freiwillige Vereinigung wohlhabender Leute, die einander angenehme Sätze sagen‘ (Walser 1957: 234), ist der Abstieg in den Sumpf. Liebe, Ehe, Familie, nichts davon gilt; im Mittelpunkt steht einzig und allein die

finanzielle Potenz [...]; denn es sind die Beziehungen zwischen den Geschlechtern, die besonders gut über die Beschaffenheit einer Gesellschaft Auskunft geben können.» (Dahne 1967: 140)

Schon seit der Währungsunion und der Gründung der Bundesrepublik waren weibliche Beschäftigte systematisch aus bestimmten Berufsbereichen hinausgedrängt worden. «So wurden zum Beispiel aus der Nazi-Zeit stammende Beschäftigungsverbote für Frauen in den Bauberufen und im Landverkehr wieder in Kraft gesetzt, bei verheirateten Beamtinnen wurde auf die ‹Zölibatklause› zurückgegriffen, die eine Kündigung von Ehefrauen erlaubte, deren Ehemänner im öffentlichen Dienst beschäftigt waren.» (Maier 1993: 258) Es waren aber nicht nur bestimmte Berufsbereiche, es war weibliche Berufstätigkeit überhaupt, die nicht (mehr) erwünscht war. «Erwerbstätige Frauen, deren Männer auch erwerbstätig waren, wurden als Doppelverdienerinnen diffamiert, denen der materielle Wohlstand wichtiger sei als das Wohlergehen der Kinder.» (Ebd.: 274) Herr Wuermeling sprach vom «Wohlstandsfieber», das berufstätige Frauen erfasst hätte.

In der DDR kam weniger das Fieber, sehr wohl aber der Wohlstand an: Südfrüchte in den Schaufenstern, Romy Schneider im wunderschönen hellblauen Kleid, Petticoat, Urlaub in Italien, möglichst mit Katharina Valente, Verhütungsmittel und Dildos vom Versandhandel Beate Uhse, Burda-Moden mit Schnittmusterbögen: So hießen die Stichworte des «Wirtschaftswunders», die in vielen DDR-Familien dafür sorgten, dass über «Abhauen» nachgedacht wurde. Vor allem junge Menschen verließen unmittelbar nach Abschluss ihrer Ausbildung die DDR. In den ersten 1950er Jahren waren es durchschnittlich etwa 500.000 Auswander*innen pro Jahr. Für die Zeit davor kann die Anzahl nur geschätzt werden.²⁵

Dass mit dem «Wirtschaftswunder» und mit den ‹Tüchtigkeitsdeutschen» ein bestimmtes Familienbild und ein bestimmtes Bild von Privatheit verbunden war, wurde nach meiner Kenntnis in der DDR wenig reflektiert. «Mutti und Vati haben das Wirtschaftswunder gemeinsam geschaffen. Und als Heim und Herd wieder existierten und die letzte Rate auf sie abbezahlt war oder die vorletzte, kehrte Mutti dorthin wieder zurück [...] und versuchte, zu Papi wieder aufzublicken wie eh und je.» (Jochimsen 1978: 62) Auch dass Beate Uhse bei allem marktwirtschaftlichen Interesse – genau wie die utopischen Sozialist*innen – für eine befreite Sexualität warb, fand in der DDR wenig Anerkennung. In der BRD brachte ihr der «Unzuchtparagraph» 184 zahlreiche Gerichtsverhandlungen ein. «Sittenwächter und Kirchen sahen nicht nur das Schamgefühl verletzt, sie fühlten ihre Wertegrundlage in Gefahr. Denn eine Sexu-

25 Es gab in Deutschland 1946 und 1950 Volkszählungen (danach getrennte Statistiken). Die Gesamtbevölkerung war 1950 in der DDR fast genauso groß wie 1946 in der SBZ, obwohl ein erheblicher Teil der Kriegsgefangenen zurückgekehrt war (was sich auch am höheren Männeranteil zeigte), obwohl seit 1948 ein deutlicher Geburtenüberschuss nachweisbar war und obwohl immer noch Umsiedler*innen ankamen. Das heißt, es muss schon zwischen 1946 und 1950 eine massive Abwanderung in die westlichen Zonen gegeben haben.

alität, die nicht nur der Fortpflanzung dient und aufgrund von Verhütung folgenlos bleiben kann, untergräbt die Institution der Ehe.» (Hirsch 2012: 184)

Christoph Hein erinnert sich an seine kluge und schöne Jugendliebe Susanna, die «abgehauen» und für ihn lange Zeit unsichtbar geblieben war und die ihm nach 1990, auf der Geburtstagsparty ihres Mannes in München, das westliche Bild von Privatheit präsentierte: «Susanna hatte vor 20 Jahren einen Freund jenes Geschäftsmannes geheiratet, der sie mithilfe eines Diplomatenpasses über die Grenze gebracht hatte, Kinder habe sie leider nicht und auch den Beruf habe sie auf Wunsch ihres Gatten aufgeben müssen, was sie bedaure, aber ihr Mann habe viele Verpflichtungen, bei denen sie häufig an seiner Seite sein müsse [...]. Ich stand noch in der Küche, als Susannas Mann mit einem Freund erschien, mir wiederum desinteressiert zunichte und sich weiter mit seinem Freund unterhielt. Als ich mit dem Glas in der Hand bei ihnen vorbeiging, hörte ich, wie der Freund ihn fragte, was eigentlich Susanna ihm geschenkt habe. «Einen englischen Staubmantel», sagte Susannas Mann, «feines, feines Tuch.» Dann lachte er plötzlich auf und fügte hinzu: «Was uns unsere Frauen von unserem Geld nicht so alles schenken, nicht wahr!» (Hein 2019: 51 f.)

Möglicherweise dachte die Soziologin Heike Trappe an solche Szenen, als sie Anfang der 1990er Jahre beim Blick auf DDR-Frauenpolitik zu dem Schluss kam, dass die staatlichen Unterstützungen und die sozialpolitischen Gewissheiten «die Position der Männer als Ehemänner und Väter [schwächten]» (Trappe 1995: 215).

Die sozialistische Lebensweise, die in der DDR auf der Tagesordnung stand, nahm die vermeintliche Schwächung in Kauf und orientierte – dem Gesellschaftskonzept entsprechend – auf die «berufstätige Frau». Im Juli 1952 war auf der 2. SED-Parteikonferenz der (später relativierte) «planmäßige Aufbau des Sozialismus» beschlossen worden. Schon vier Jahre zuvor hatte der Bergmann Adolf Hennecke (1905–1975) mit einer auffälligen Übererfüllung seiner Tagesnorm die sogenannte Aktivistenbewegung angestoßen. Die Weberin Frida Hockauf (1903–1974) machte im September 1953 ebenfalls mit einer auffälligen Übererfüllung ihrer Tagesnorm von sich reden und wurde von da an mit dem Satz zitiert: «So wie wir heute arbeiten, werden wir morgen leben!»²⁶

Der DFD warb mit «Hausfrauenbrigaden», die nur für bestimmte Zeiträume gebildet wurden, für weibliche Berufstätigkeit. «Allein vom August 1958 bis zum April 1959 gingen etwa 5.000 Angehörige solcher Brigaden ein ständiges Arbeitsverhältnis ein.» (DFD 1989: 155) Bis heute ist in Publikationen über die DDR immer wieder zu lesen, dass es «der chronische Arbeitskräftemangel» oder andere ökonomische Ursachen waren, die zu weiblicher Berufstätigkeit und auch zu gleichstellungsfreundlichen Gesetzen zwangen. Diese These wird durch Wiederholung nicht richtig. Es waren vor allem konzeptionelle, insofern zutiefst politische Ursachen.

26 Die im September 1953 ausgegebene Losung «So wie wir heute arbeiten, werden wir morgen leben» sollte die Produktivität und den Wettbewerb nach den Arbeiteraufständen im Juni 1953 wieder steigern. Frida Hockauf erhielt 1954 die Auszeichnung «Held der Arbeit».

Die Arbeitszeiten wurden in kleinen Schritten verkürzt, die Löhne, Renten und Geburtenbeihilfen erhöht. Zwischen der Währungsreform im Jahr 1948 und Juli 1960 erfolgten in der SBZ/DDR 30 staatliche Preissenkungen für Waren des Bevölkerungsbedarfs (Prokop 2000: 190f.). Die Automobilwerke in Zwickau und Eisenach nahmen die Produktion auf (IFA F8, EMW, IFA F9, P 70) und sorgten schließlich dafür, dass 1970 etwa 16 Prozent, 1980 etwa 37 Prozent und 1987 etwa 50 Prozent der DDR-Haushalte über einen Pkw verfügten (Statistisches Taschenbuch 1988: 117).

Mehrere DEFA-Filme dieser Jahre beschäftigten sich mit Jugendlichen der Nachkriegszeit, so «Vergesst mir meine Traudel nicht» (1957, Regie: Kurz Maetzig) oder «Berlin – Ecke Schönhauser» (1957, Regie: Gerhard Klein), dessen westliches Pendant «Die Halbstarke» hieß (1956, Regie: Georg Tressler). Gleichzeitig wurden Filme wie «Gitarren der Liebe» (1954, Regie: Werner Jacobs) oder «Bonjour Kathrin» (1956, Regie: Karl Anton) importiert. Die Publikumsresonanz und deren Wertung durch die SED lässt sich heute aus Dokumenten des Bundesarchivs ableiten. Die «Gitarren» sahen 6,6 Millionen Menschen in der DDR, «Berlin – Ecke Schönhauser» zwei Millionen. Das beunruhigte weniger als ökonomisches Problem, mehr als politisches, denn aus SED-Sicht käme es nicht auf die Rentabilität in den Kassen an, sondern auf die Rentabilität in den Köpfen (vgl. Prokop 2000: 181).

Die «Neulehrer» hatten sich zu diesem Zeitpunkt schon zu Fachlehrer*innen entwickelt (vgl. Günther u. a. 1987: 705) und sorgten dafür, dass die DDR-Schule heute als «Schule mit hoher Verlässlichkeit» (vgl. Geißler 2019) in Erinnerung ist.

Der Ausbau öffentlicher Kindereinrichtungen ging voran. Die kostenlose gesundheitliche Betreuung für alle schloss die laufende gesundheitliche Überwachung für Kinder und Jugendliche ein (vgl. Niebsch u. a. 2007: 182). Dass die Kinder in der Schule ein warmes Essen erhielten, gehörte schon seit den 1940er Jahren zur Normalität. Später kam die Versorgung mit Trinkmilch dazu, sodass in den letzten DDR-Jahren etwa 85 Prozent aller Schüler*innen (die jüngeren häufiger als die älteren) am Schulessen teilnahmen und rund 75 Prozent mit Trinkmilch versorgt wurden (Kennziffernsammlung 1989: 118).

Vor allem bezüglich der Betreuung der Kleinstkinder betrat die DDR Neuland, was ihr nach dem Beitritt zur Bundesrepublik besonders angelastet wurde. Als sich Mitte der 1950er Jahre herausstellte, dass Krippenkinder nicht mit Familienkindern Schritt halten konnten, wurde auf der Grundlage weitreichender institutioneller Veränderungen ein anderer pädagogischer Umgang mit unter Dreijährigen wirksam. Seit 1961 gab es eine spezielle Berufsausbildung für Krippenerzieher*innen (vgl. GH 3/1976: 31f.). Bis heute – so die US-amerikanische Psychologin Jessica Benjamin Mitte der 1990er Jahre – zieht das Thema «frühe Kindheit» alle möglichen Ängste um die traditionelle Mutterrolle auf sich. Dabei sei längst bewiesen, dass «die meisten Babies, die eine feste Bindung an ihre Mutter (und, sagen wir ruhig, an ihren Vater) haben, [...] auch Bindungen mit anderen Bezugspersonen eingehen» (Benjamin 1996: 202). Dass es diesen Beweis längst gab, ist nicht zuletzt das Verdienst

von DDR-Wissenschaftler*innen um Eva Schmidt-Kolmer (1913–1991), die in den 1950er Jahren von westlichen Erfahrungen mit «psychologischem Hospitalismus» ausgingen und die Bedeutung des «Ur-Vertrauens» für die kindliche Entwicklung nachweisen konnten. «Die Krippe kann und muss die Aufgaben der Familie durch gezielte, planmäßige Pflege, Bildungs- und Erziehungsarbeit ergänzen.» (Schmidt-Kolmer 1968: 16)

Als Ende 1994 die beiden Gießener Wissenschaftler Elmar Brähler und Horst-Eberhard Richter im Auftrag der Universität Leipzig die «deutsche Befindlichkeit im Ost-West-Vergleich» untersuchten, kamen sie zu dem Ergebnis, dass die Ostdeutschen zwar über schlechtere Rahmenbedingungen verfügen, aber «anscheinend über bessere emotionale Ressourcen [...]. Geradezu frappierend ist, wie positiv die Ostdeutschen auf ihre Erziehung im Elternhaus zurückblicken, obwohl die Meinung grassiert, dass die Ostdeutschen mit ihrer Kindheit durch Krippenerziehung und Berufstätigkeit beider Eltern nicht viel familiäre Geborgenheit genossen haben könnten. Der Psychosomatiker H. Speidel hat ja sogar die These von ganzen Generationen von Sozialwaisen aufgestellt, die durch katastrophale familiäre Verhältnisse in den letzten 40 Jahren im Osten entstanden seien [...]. Die empirischen Ergebnisse zeigen ein ganz anderes Bild [...]. Demnach werden die Eltern als warmherziger und toleranter beschrieben: Sie haben die Kinder näher an sich herangelassen, sie weniger bestraft, weniger geschlagen, weniger beschämt, mehr unterstützt und haben diese weniger mit ehrgeizigen Forderungen gequält.» (Brähler/Richter 1995: 17)

Ein Ergebnis, das auch durch Vergleiche von Jugendstudien in der DDR mit jenen in der BRD aus den 1980er Jahren bestätigt wird. Danach bestehen «hinsichtlich der Involviertheit in die familiäre Lebenswelt und des Verständnisses mit den Eltern bei den Jugendlichen in beiden Teilen Deutschlands erhebliche Unterschiede [...]. Nach eigenen Angaben [fühlen sich] 60 Prozent der DDR-Jugendlichen und mit Einschränkungen weitere 37 Prozent in der elterlichen Familie wohl [...]. Die Ergebnisse der BRD-Studien haben bei Weitem nicht diese harmonistische Tendenz.» (Melzer/Schmidt 1991: 212 f.)

Zurück zu den 1950er Jahren: Zur *ABC-Zeitung*, die seit 1946 monatlich erschien und Kinder zwischen sechs und zehn Jahren ansprechen sollte, kamen für ältere Kinder 1953 noch die Zeitschrift *Fröhlich sein und singen* (FRÖSI), 1955 die Zeitschriften *Atze und Mosaik* und für jüngere Kinder 1957 die Zeitschrift *Bummi* hinzu. Noch heute, so wurde mir berichtet, erkennen die jetzt 50-Jährigen, wenn sie in fröhlicher Runde am Lagerfeuer sitzen, wer einen DDR-Kindergarten besucht hat und wer nicht, denn nur die DDR-Sozialisierten singen zu vorgerückter Stunde das *Bummi*-Lied.

Entscheidend für die Lebenssituation waren zudem die Wohnverhältnisse. Auch in der DDR mussten Wohnungen gebaut werden, und zwar Wohnungen für alle. Bis zum Ende der DDR blieb charakteristisch, dass die Wohnbevölkerung «unter soziodemografischen Gesichtspunkten sehr heterogen zusammengesetzt [war], was heißt,

Tür an Tür wohnten: Arzt, Verkäuferin, Kohlenträger, Direktor, Arbeiter, Professor, Reinigungskraft» (Kuhnke 2012: 109). Die politisch-administrative Grundlage für den Wohnungsbau lieferten ab 1950²⁷ die «16 Grundsätze des Städtebaus», die, in Moskau entwickelt, von der DDR-Regierung übernommen und mindestens bis Anfang der 1960er Jahre – bis zu den umstrittenen Abrissen historischer Gebäude – unangefochten gültig waren.

Im Grundsatz Nr. 10 werden für Wohngebiete ausdrücklich Grünanlagen, Schulen, Kindergärten, Kinderkrippen und «den täglichen Bedürfnissen der Bevölkerung dienende Versorgungsanlagen» gefordert. Für Kinder konnte sich auf diese Weise die nachbarschaftliche Gemeinschaft in der Kindergartengruppe oder in der Schulklasse wiederfinden. Oft entwickelten Kinder in der Nachbarschaft Rituale des gegenseitigen Abholens und Bringens, auch weil die öffentlichen Verkehrsmittel für alle bezahlbar waren und weil die Öffentlichkeit insgesamt als sicher galt. Generell, nicht nur in Neubaugebieten, waren die Schulen und öffentlichen Kindereinrichtungen wohnortnah. Auf diese Weise konnte ein Prozess verhindert werden, der in der später entstehenden westlichen Kindheitssoziologie «Verinselung moderner Kindheiten» hieß: «In der Stadtlandschaft und auch im ländlichen Raum liegen viele der Orte, die von Kindern benutzt werden können, wie Inseln verstreut. Die Zwischenräume gehören den Tätigkeiten Erwachsener. Sie sind für Kinder mehr oder weniger uninteressant, gefährlich, unzugänglich, oft auch unbekannt.» (Zeiber/Zeiher 1994: 26)

Was diese «Verinselung» für westdeutsche Eltern, vor allem die Mütter, bedeutete, schildern die Familienforscherinnen Sibylle Meyer und Eva Schulze: «Die heutige Lebenswelt ist wenig kindgerecht, ihrer objektiven Struktur nach sogar kinderfeindlich [...]. Die Auswirkungen der veränderten Wohnumwelt auf die Kinderbetreuung haben den Betreuungsaufwand erheblich verändert [...], insgesamt ist seit den 1950er Jahren eine Ausdehnung der ausschließlich für die Kinderbetreuung benötigten Zeit zu verzeichnen [...]. Die seit den 1960er Jahren kontinuierlich gestiegenen Leistungs- und Bildungsansprüche für Kinder und Jugendliche führen darüber hinaus dazu, dass die Eltern heute für ihre Kinder nicht irgendwelche, sondern leistungs- und bildungsorientierte Beschäftigungen auswählen [...]. Damit wurden Mütter zu Organisatorinnen und Transporteurinnen ihrer Kinder, die sie von Sportveranstaltungen zu Theateraufführungen oder Kinderkursen chauffieren.» (Meyer/Schulze 1993: 179f.) Die Kindheitsforscherin Judith Pasquale spricht von Müttern als «Managerinnen der Kindheit». Frauen würden auf diese Weise ihren Hausfrauenstatus aufbessern (vgl. Pasquale 1992).

Frauen in der DDR konnten und mussten nicht Managerinnen der Kindheit sein. Aber sie konnten (und sollten) ihren Beitrag zur Zusammenarbeit zwischen Schule und Elternhaus oder auch Kindergarten und Elternhaus leisten. Seit 1951 war

27 Vorher noch nicht, was heute noch an den «Laubengang-Häusern» in der Berliner Karl-Marx-Allee erkennbar ist.

diese Zusammenarbeit über gewählte Elternvertretungen geregelt. Bis zum Ende der DDR gab es das sogenannte Elternaktiv für die Klasse (oft auch für die Kindergartengruppe) und den Elternbeirat für die Schule (oft auch für den Kindergarten als Ganzes). Getreu der Aufforderung, sich der «Kleinarbeit» anzunehmen, arbeiteten Mütter mehrheitlich im Elternaktiv (bis zum Ende der DDR lag der Frauenanteil bei zwei Drittel), Väter mehrheitlich im Elternbeirat (hier lag der Frauenanteil knapp unter 50 Prozent). «Wenn zum Schuljahresende ein Kind die ‚Urkunde für gutes Lernen‘ erhielt, wurden [...] die Betriebskollektive der Eltern darüber informiert.» (Jäkel 2012: 49) Die Kinder kannten in vielen Fällen die Arbeitsstätten der Eltern, weil sie dort mit kleinen Programmen zur Weihnachtsfeier oder zu Brigadeveranstaltungen beigetragen hatten. Die Eltern, auch die Väter, kannten die Kindergarten- und Schulräume der Kinder, weil sie dort zum Beispiel Renovierungsarbeiten am Wochenende übernommen hatten.

Das Bild von den Kinderinseln und dem feindlichen Land der Erwachsenen dazwischen trifft auf den Lebensalltag der Kinder in der DDR also nicht zu, weil die Kinderwelt und die Welt der Erwachsenen vielfach stärker miteinander verwoben waren (vgl. Kirchhöfer 2003: 39), weil die Trennwand zwischen privat und öffentlich auch bezogen auf den Umgang mit Kindern durchlässig war. Auch deshalb ist verständlich, dass es in der DDR – beginnend mit den 1950er Jahren – immer normaler wurde, private Probleme im Arbeitskollektiv anzusprechen, sich dort Rat und Beistand bei privaten Schwierigkeiten zu holen. Es wurde der Prozess spürbar, den Wolfgang Engler «Vorschein einer neuen Art des Lebens und Zusammenlebens» nennt (Engler/Hensel 2018: 79).

Das Phänomen der gegenseitigen Informiertheit über private Probleme wurde Anfang der 1990er Jahre heftig und kontrovers diskutiert, es galt einerseits als Beleg für eine Gesellschaft, deren Mitglieder den regelmäßigen Gang zur Psychoberatung nicht nötig haben, andererseits als Beleg für eine ineffektive (unmoderne) Gesellschaft, deren Mitglieder wertvolle Arbeitszeit für Privates vergeuden.

Dass der Umgang mit den Arbeitskolleg*innen im Osten ein anderer war als im Westen, zeigen auch die Erinnerungen von Anita: «Die Bekanntschaft mit G. war mein erster wirklicher Westkontakt [...]. Wir hatten uns über eine Kontaktanzeige kennengelernt und beim ersten Treffen beinahe Liebe auf den ersten Blick empfunden. Doch bald schon gab es Irritationen, obwohl wir grundsätzliche Übereinstimmung in wesentlichen Fragen festgestellt hatten. Immer wieder taten sich bei unseren Gesprächen Gräben auf. So fragte mich G. eines Tages, woher ich meine Freunde (und Freundinnen!) kenne. Meine Antwort ‚Größtenteils von der Arbeit‘ löste bei ihm regelrecht Entsetzen aus. ‚Das kannst du doch nicht machen!‘ Das wiederum verstand ich absolut nicht, und so erklärte er mir, diese Leute könnten es doch gegen mich verwenden, wenn sie Privates aus meinem Leben erführen. Eine Vorstellung, die für mich völlig absurd war. Schließlich war ich von jeher gewohnt, mit meinen Kolleginnen und Kollegen auch über Persönliches zu reden, mir Rat oder Trost zu holen,

wenn es nötig erschien. Ein solches Vertrauensverhältnis gab es teilweise auch mit den ‚Chefs‘, und keiner hatte das je ausgenutzt. Erst später hörte ich von einer Freundin, man suche sich ‚im Westen‘ seine Freunde im Golfclub oder bestenfalls am Gymnasium seiner Kinder, also sozusagen im eigenen privaten Umfeld, aber keinesfalls unter Konkurrenten von der Arbeitsstelle.» (GP Anita)

Das Phänomen, Privates und Dienstliches zu verbinden, fiel später auch den soziologisch Forschenden in Ost und West auf. «Der westdeutsche Soziologe E. K. Scheuch bezeichnete im Anschluss an eine international-vergleichende Studie zum Zeitbudget der Menschen als das interessanteste Ergebnis, dass sich in den sozialistischen Ländern weit mehr Freundeskreise aus Arbeitskollegen rekrutieren, als das in kapitalistischen Ländern der Fall ist. R. Mayntz weist darauf hin, dass Beschäftigte in der BRD in der Regel den Kontakt mit Arbeitskollegen in ihrer Freizeit meiden.» (Stollberg 1978: 101)

Ebenfalls in den 1950er Jahren setzte ein Prozess ein, der in der Transformationsforschung der 1990er Jahre «Verhaushaltlichung der Betriebe» (vgl. Weiske 1997) genannt wurde. Ich spreche eher davon, dass DDR-Betriebe soziale Orte oder auch soziale Räume wurden, dass die Betriebe zunehmend den ganzen Menschen in den Blick nahmen. «Es gehört zu einer sozialistischen Produktionskultur [...], im Arbeitsprozess den Mitarbeiter bei seinen Fragen, Problemen und Einschätzungen nicht nur schlechthin als Einzelnen oder als Kollektivmitglied, sondern auch als Familienmitglied zu sehen.» (GH 1/1971: 63) So entstand einerseits (in der Begrifflichkeit der vielseitigen Literaturwissenschaftlerin Hanna Behrend) eine «spontane Vermenschlichung der Erwerbstätigkeit durch Unterlaufen der betrieblichen Zeitlogik» (Behrend 1994: 34). Hier handelte es sich um stillschweigende Übereinkünfte, dass das Einkaufen oder auch die Wochenendplanung notfalls auch während der Arbeitszeit erfolgen dürfe oder dass auf Kolleg*innen mit Familienpflichten in besonderer Weise Rücksicht zu nehmen sei. So entstanden andererseits aber auch – oft in Zusammenarbeit mit örtlichen Institutionen – zuverlässige soziale Dienste in den Betrieben: Mittagessenversorgung (auch für zu versorgende Familienmitglieder), Kinderbetreuung, Lebensmittel-Verkaufsstellen, Wäschedienste (Waschen und Bügeln), Ausleihmöglichkeiten für Haushalt- und Freizeitgeräte, medizinische Betreuung, Freizeitangebote, Haarpflege, Kosmetik, Urlaubsgestaltung einschließlich Kinderferienlager. Auch das staatliche Kindergeld wurde in den Betrieben ausgezahlt. Menschen, die in finanziellen Nöten waren, half die betriebliche «Kasse des Vertrauens».

Die Kinderferienlager hatten ihre Vorbilder in der Arbeiterbewegung, auch in der Freidenkerbewegung, orientierten sich aber auch an dem gigantischen sowjetischen Pionierlager «Artek» auf der Halbinsel Krim. Mindestens seit 1951 wurden Einladungen an westdeutsche Kinder, vornehmlich Arbeiterkinder oder auch Kinder von Kommunist*innen, ausgesprochen, «frohe Ferientage» in der DDR zu verbringen. Diese Einladungen wurden offenbar zu einem Politikum. Auf der Titelseite des *Neuen Deutschlands* vom 10. Juli 1951 (Berliner Ausgabe) ist zu lesen: «Unter Einsatz

aller verfügbaren Polizeitruppen hat der Bonner Polizeiminister Dr. Lehr am Sonnabend ein neues ungeheuerliches Verbrechen gegen das deutsche Volk und gegen die deutsche Einheit begangen, als er 6.000 Kinder von Arbeitern aus Westdeutschland widerrechtlich an der Fahrt in die Erholungsstätten der Deutschen Demokratischen Republik gehindert hat. Alle Kinder und Begleitpersonen hatten eine ordnungsgemäß ausgestellte Aufenthaltsbescheinigung, die notwendigen Ausweispapiere und Interzonenpässe. Die Reisebegleiter wurden zum großen Teil verhaftet [...]. Die ganze Zonengrenze war tiefgestaffelt mit den Lehr'schen Polizeitruppen besetzt worden, die mit Spürhunden und Panzerwagen die ganze Demarkationslinie entlang patrouillierten, um die Transporte abzufangen.» Dennoch bildete sich in der BRD «eine Zentrale Arbeitsgemeinschaft ‹Frohe Ferien für alle Kinder› (ZAG), der es gelang, 1955 rund 30.000 Kinder auf die Reise in die DDR zu schicken, im folgenden Jahr schon 55.000 [...]. In der westdeutschen Presse war von ‹rotem Gift für das Kind› die Rede. Der Rechtsstaat trat in Aktion. Die ZAG wurde mit der Begründung verboten, bei ihr handle es sich um eine Vereinigung, die sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung und den Gedanken der Völkerverständigung richtet.» (Neiße 2019: 11) Für ihre Tätigkeit in der niedersächsischen AG ‹Frohe Ferien für alle Kinder› erhielten Elfriede Kautz und Gertrud Schröder Gefängnisstrafen von einem Jahr.

Exemplarisch für die damalige Debatte über die Lebensweise in der DDR sei hier ein Artikel aus der *Neuen Berliner Illustrierten* (14/1956: 5) zitiert. Vorgestellt wurde eine Brigade junger Frauen aus Leuna:

«Was ist nun das Neue in ihrer Lebensweise? An ihrem Arbeitsplatz beginnt es. Hier, wo sie, wie Millionen Menschen, täglich mitarbeiten am steigenden Wohlstand unserer Republik, wachsen die neuen Formen unseres Lebens. Da wird die kameradschaftliche Hilfe und Zusammenarbeit untereinander nach und nach zur Selbstverständlichkeit. Der unbegründete ‹Krieg› mit der Nachbarbrigade wird für immer beendet. Man hilft ihnen und dankt für manchen Ratschlag. Schließlich will ja die Nachbarbrigade genau dasselbe: den Siebenjahrplan erfüllen helfen. Doch die neuen Formen des Lebens werden nicht am Werktor zurückgelassen. Gemeinsam verlebte Brigadeabende, Theater- und Kinobesuche, an denen die Männer, Verlobte und Freunde teilnehmen, verändern auch das sogenannte Privatleben. Je besser sie sich kennenlernen, desto besser verstehen sie sich – die Männer ihre Mädchen und Frauen und umgekehrt. In den täglichen Zehn-Minuten-Gesprächen vor Arbeitsbeginn kann dann auch so manches ‹private› Problem gelöst werden. – Gegner behaupten, bei uns wird die Familie zerstört. Das ist Unsinn. Überlebt hat sich bei uns aber die alte spießbürgerliche Lebensweise nach dem Motto: trautes Heim – Glück allein. Gemeinsam wollen wir uns ein Glück für alle schaffen.» (Zit. n. Merkel 1990: 105)

Nicht nur Glück allein – ein Glück für alle sollte es werden. Das Denken und Glücksstreben sollte sich vom Ich zum Wir bewegen. Und um das gemeinsam zu schaffen, brauchte es neue Menschen, die keinen ‹Krieg› mit der Nachbarbrigade führten, sondern friedlich und kooperativ am gemeinsamen Ziel arbeiteten. Über

den «neuen Menschen» ist damals und auch später viel geschrieben und gesprochen worden. Auch die Brecht'sche Auffassung vom «neuen Menschen» war im Gespräch: Es sei der alte, unter veränderten Verhältnissen (vgl. Mühlberg 2000: 690).

In dem Benimm-Buch «Guten Tag, Herr von Knigge», das in vielen DDR-Haushalten im Bücherschrank stand, wird – zumindest in der Ausgabe von 1957 – im Vorwort der neue Mensch charakterisiert: «Der Mensch der sozialistischen Gesellschaft wird, wenn sie voll aufgeblüht ist, keine Gelegenheit, keine Möglichkeit und keine Lust mehr haben, sich schlecht zu benehmen, er wird nicht heucheln, nicht katzbuckeln, nicht hochstapeln, er wird Fisch nicht mit dem Messer essen, Sekt nicht aus dem Rotweinglas trinken, nicht rauchen, nicht spielen.» (Schweickert/Noglik 1957: 8)

Debatten um das Menschenbild im Sozialismus und um den daraus folgenden normativen Charakter der DDR-Pädagogik gab es bis zum Ende der DDR. Und sie bezogen sich auch immer auf das Gesellschaftskonzept (wenn auch nicht mehr auf Robert Owen und seine weitreichenden Erziehungsvorstellungen). «Die Auffassung, dass der Mensch von den Umständen, von den gesellschaftlichen Verhältnissen gebildet wird, hat große Hoffnungen in Bezug auf die Formbarkeit des Menschen geweckt.» (Eichler 2000: 554)

Zur neuen Lebensweise gehörten auch die vielen außerschulischen Einrichtungen, die Anfang der 1950er Jahre angedacht oder gegründet wurden und die später in der westlichen Kindheitsforschung Erstaunen auslösten. So öffnete im Juli 1952 die Pionierrepublik «Wilhelm Pieck» am Werbellinsee ihre Pforten, nachdem bereits seit 1950 in der Berliner Wuhlheide Erfahrungen mit einer solchen Einrichtung gesammelt worden waren. Hier fanden in den Schulferien internationale Sommerlager statt und außerhalb der Schulferien in meist sechswöchigen Lehrgängen regulärer Unterricht. Geplant und eingerichtet wurden damals Stationen «Junger Naturforscher und Techniker», Stationen «Junger Touristen», Kindertheater, Stationen «Junger Sanitäter» und nicht zuletzt zahlreiche Sportstätten für Kinder und Jugendliche. Bis Ende der 1960er Jahre entstanden 133 Häuser der Jungen Pioniere, die mit 1.007 pädagogischen und 684 technischen Fachkräften besetzt waren (SAPMO DY 24/110702: 1).

Schließlich begann Anfang der 1950er Jahre auch eine Zeit kultureller Massenveranstaltungen für Kinder und Jugendliche: 1950 das erste Deutschlandtreffen der Jugend in Ostberlin mit etwa 700.000 Jugendlichen aus beiden Teilen des Landes, 1951 die III. Weltfestspiele der Jugend und Studenten mit rund zwei Millionen Jugendlichen aus beiden Teilen Deutschlands und 26.000 Jugendlichen aus 104 anderen Ländern. Der Journalist und Publizist Kurt Possekel erwähnt in seinen Erinnerungen an die Nachkriegszeit in den Dörfern Ravensruh und Zurow die Vorbereitungsarbeiten auf diese Weltfestspiele: «Wie sich zeigte, hatte es wenig Sinn zu versuchen, mit den von den verschiedenen übergeordneten Leitungen vorgegebenen Argumenten Jugendliche als Teilnehmer zu gewinnen. Diskutiert werden sollte über den gemeinsamen Kampf der Jugend aller Völker für Frieden und Völkerverständigung, gegen

Wettrüsten und Kriegsgefahr [...]. Die meisten Jungen und Mädchen lockte nicht in erster Linie das zentrale Anliegen der Festspiele, sondern das Ereignis «Reise nach Berlin», zumal ja damals die Reisemöglichkeiten schon aus rein finanziellen Gründen für Lehrlinge und junge Arbeiter sehr beschränkt waren. Darum standen auch die rein praktischen Seiten meistens im Mittelpunkt, angefangen bei der Verpflegung bis zur Frage, ob man auch nach Westberlin könnte. Tatsächlich fuhr dann auch fast alle Traktoristen und viele andere Jugendliche aus den Dörfern nach Berlin.» (Possekel 1998, zit. n. Kuntsche 2000: 101) Vielleicht war das charakteristisch für die DDR-Jugendpolitik: Die politischen Begründungen für die Angebote interessierten die Jugendlichen weniger, die Angebote selbst schon.

Nicht zu übersehen: die sportlichen Erfolge der DDR, die nicht nur im Zusammenhang mit Doping-Vorwürfen in die Geschichte eingehen sollten. In den Familien wurde jedenfalls gejubelt, als Ingrid Krämer bei den Olympischen Spielen 1960 in Rom zwei Goldmedaillen im Turm- und Kunstspringen errang. Die Leistungen des DDR-Sports fielen international zunehmend auf, so in der Leichtathletik von Gisela Birkemeyer bis Heike Drechler, im Skispringen von Harry Glaß bis Jens Weißflog, im Boxen von Wolfgang Behrendt bis Henry Maske, im Eiskunslaufen von Gabriele Seyfert bis Katarina Witt und vieles mehr. Meine Freundin Annika erinnert sich an den Tag, an dem die erste Olympische Medaille für die DDR gewonnen wurde: «Übrigens lernte an dieser Schule – vor meiner Zeit – auch Eva-Maria ten Elsen den Beruf einer Stenotypistin. Sie war Schwimmerin und gut genug, um 1956 an den Olympischen Spielen in Melbourne teilnehmen zu dürfen. An dem Tag, als der entscheidende Wettkampf stattfand bzw. per Radio übertragen wurde, stand die ganze Schule unter Spannung. Schließlich lief ein Lehrer von Klassenzimmer zu Klassenzimmer, riss die Tür auf und schrie: Sie hat Bronze! Da war ein unglaublicher Jubel.» (GP Annika)

In den 1950er Jahren begann auch in der DDR die Fernsehära. Seit 1956 gab es den Deutschen Fernsehfunk (DFF), dessen Name sich wohl aus der Hoffnung ableitete, dass das Programm auch die Bundesbürger*innen erreichen könnte. Weil Fernsehapparate noch einige Jahre Seltenheitswert hatten, entstanden in manchen Häusern bzw. Hausgemeinschaften «Fernseh-Gruppen». Männer trafen sich zum «Fußball-Gucken», Kinder zum «Märchen-Gucken» in der einzigen Wohnung, in der ein Fernsehapparat vorhanden war. Auch der Sechsteiler «Soweit die Füße tragen», den der Westdeutsche Rundfunk (WDR) 1959 ausstrahlte, konnte zur Gruppenbildung in DDR-Häusern beitragen.

Ab dem 22. November 1959 wurde jeden Abend um 19 Uhr das «Sandmännchen» ausgestrahlt. Das Datum ist insofern von Bedeutung, weil das westliche Analogon «erst» am 1. Dezember auf Sendung ging. Das DDR-Sandmännchen war schneller und sollte es auch sein. Es kam (und ging) mit sehr unterschiedlichen «Fahrzeugen», gelegentlich auch mit einem Heißluftballon. Als es im September 1979 zwei Familien gelungen war, mit einem solchen Ballon in den Westen zu flüchten, durfte das Sand-

männchen einige Jahre lang nicht mehr damit gezeigt werden (vgl. Ottow 2019: 19). Schließlich sollte das Sandmännchen kein Fluchthelfer sein. Republikflucht und deren Unterstützung waren seit dem Strafrechtsergänzungsgesetz von 1957 strafbare Handlungen (vgl. Schafferdt 2012).

Wie in allen Industrieländern erhöhte sich auch in der DDR die Zeit, die vor dem Fernseher verbracht wurde, in den folgenden Jahren ständig. Nach einer Zeitbudget-Erhebung der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik verbrachten im Jahr 1980 Männer täglich etwa eine Stunde und 50 Minuten, Frauen etwa eine Stunde und 35 Minuten vor dem Fernsehapparat (Winkler 2018: 126). Für Schüler*innen der 7. und 8. Klasse ergab eine Stichtagsuntersuchung im Mai 1987 ebenfalls einen Wert von einer Stunde und 30 Minuten. Dabei spielte das BRD-Fernsehprogramm eine wesentlich größere Rolle als das von der DDR ausgestrahlte (vgl. Stiehler 1991).

Wohl nicht nur deshalb wurde das hohe Maß an Fernsehzeit kritisch gewertet. In den archivierten Unterlagen des Zentralrats der FDJ befindet sich unter anderem eine Analyse zum Thema «Familienmitglied Fernsehen» von 1981, der etwa 1.000 eingesandte Briefe von Zuschauer*innen aus der DDR zugrunde lagen. Hier heißt es: «Nach Angaben der Ehefrauen benutzen ihre Männer das Fernsehen zum Entspannen, zum Abschalten [...], zur Beruhigung. Es gibt ihnen die Möglichkeit, nicht auf Konflikte sofort reagieren zu müssen, ist also für sie eine Methode der Flucht vor unbequemen Realitäten [...]. Es läuft also darauf hinaus, dass die Fernsehversessenen die Kraft finden, ihren diesbezüglichen Konsum einzuschränken. Vielleicht gelingt das vielen Eltern besser, wenn sie sich einmal die Frage stellen: Wie viel Freude, wie viel wirkliches Leben miteinander geht uns da eigentlich verloren?» (SAPMO DY 25/2657: unpag.)

Nur beispielhaft und stichpunktartig kann hier auf weitere politische Entscheidungen bzw. politische Absichten aus den letzten 1950er Jahren verwiesen werden, die mitunter später relativiert wurden, die auf jeden Fall belegen, dass das Schaffen einer neuen Lebensweise auch ein Suchprozess war:

- Der V. Parteitag der SED 1958 orientierte auf höheren Konsum, aber gleichzeitig auf den «richtigen» Standpunkt des angestrebten neuen Menschen. Die berühmt gewordenen «Zehn Gebote der sozialistischen Moral und Ethik» wurden hier von Walter Ulbricht vorgestellt. Jedes der Gebote beginnt mit der Formulierung «Du sollst ...» und knüpft damit sprachlich bewusst an die christliche Tradition an. Allerdings – wesentlicher Unterschied zum Neuen Testament – sind es Gebote, nicht nur Verbote. Während dem christlichen Menschen sein Verhalten selbst überlassen bleibt, solange er die Verbote respektiert, wurden dem sozialistischen Menschen die erwarteten Verhaltensweisen ausdrücklich vorgegeben. Zweifellos ein engerer Handlungsrahmen. Die intellektuelle Öffentlichkeit reagierte auf diese Gebote sarkastisch, unzufrieden oder gar nicht (Groschopp/Müller 2013: 255). Für die Privatheit hatten sie wohl keinerlei Bedeutung, obwohl das Gebot Nr. 9 lautete: «Du sollst sauber und anständig leben und deine Familie achten.»

- Auf der ersten Bitterfelder Konferenz 1959 mit der Losung «Greif zur Feder, Kumpel» ging es um Zweierlei: zum einen «um die Anerkennung von produktiver Arbeit als einem kulturstiftenden Faktor» und zum anderen «um die Notwendigkeit der kulturellen Läuterung aller Schichten der Gesellschaft» (Krenzlin 2000: 542). Die Rede war ganz unbescheiden von «einem neuen Lebensstil», der Kultur und Arbeit verbinden sollte. Erwähnenswert, dass zur gleichen Zeit im Ruhrgebiet eine Bewegung mit ähnlicher Zielstellung entstand, die später als «Gruppe 61» von sich reden machte. Der Schriftsteller Max von der Grün galt bzw. gilt als einer der Repräsentanten dieser Gruppe. Erwin Strittmatter bekennt im Rückblick, dass er zunächst ein Befürworter der Bitterfelder Idee war, weil er dachte, dass «es vielleicht Leute [gibt], die sich nicht hervortrauen mit dem, was sie geschrieben haben; so konnte man durchaus Talente entdecken und fördern. Deshalb war ich zunächst für die Sache, musste allerdings bald feststellen, dass Ulbricht und Gotsche den Bitterfelder Weg in der Absicht erfunden hatten, die Schriftsteller an die Wand zu drücken, indem sie uns – sinngemäß – zu verstehen gaben: Da ihr nicht schreibt, was wir wollen, werden wir uns von jetzt Schriftsteller heranziehen, die genau das tun. Und plötzlich waren Brigadetagebücher Literatur.» (Zit. n. Grimm 1993: 63)
- «Die DDR gehörte zu den Regionen mit der höchsten Kleingartendichte der Welt.» (Dietrich 2000: 374) Bevor es aber dazu kam, bevor der entsprechende Verein seinen Platz in der DDR gefunden hatte, wurden «Kleingärtner [...] geschmäht, bergewöhnt oder hofiert» (ebd.: 412).
- Die Mode hatte es zunächst schwer in der DDR. Erst Ende der 1950er Jahre setzte sich «in Ansätzen die Erkenntnis durch, dass auch in der DDR ebenso wie in anderen Ländern internationale Modetrends wirken» (Prokop 2000: 180). Aber ab 1956 erschien sechsmal pro Jahr die Zeitschrift *Sibylle*, die für ihre Modefotografie bekannt wurde und die bewusst auf «Ratschläge für die Frau» verzichtete. «Es ging um Stil, Geschmack und die Ermutigung zur Individualität», sagte Ute Mahler, eine der Fotografinnen der *Sibylle* im Frühjahr 2019, anlässlich einer Ausstellungseröffnung im Berliner Willy-Brandt-Haus.
- Ähnlich verzögert wie beim Thema Mode setzten sich internationale Trends bei Tanz- und Unterhaltungsmusik durch. Die sozialistische Tanzschöpfung «Lipsi» hatte jedenfalls keine Überlebenschance.
- Freikörperkultur, kurz: FKK – zunächst in Übereinstimmung mit sowjetischen Sichtweisen von der politischen Führung verpönt – setzte sich erst Ende der 1950er Jahre durch und wurde später geradezu zu einem Markenzeichen der DDR, weil sich – so der Sexualforscher Kurt Starke – der pornografisch geschulte Blick unter DDR-Bedingungen nicht massenhaft ausbilden konnte: Es gab keinen Sexmarkt (vgl. Badstübner 2000: 460).
- «Das [...] so charakteristische Plast-Design der DDR, vom Eimer bis zum Pkw Trabant [...] geht in weiten Teilen schon auf die Chemiekonferenz von 1958 zurück. Es wurde beschlossen, dass die DDR zum «Finalproduzenten» des russischen Erdöls

werden sollte, um den gesamten Ostblock mit Plast-Produkten zu versorgen. Alles, vom Eierbecher bis hin zur ganzen Küche, wird nun aus Plast angeboten.» (Bertsch u. a. 1994: 25) Die Losung dieser Konferenz blieb den Menschen aus der DDR unvergesslich: Chemie gibt Brot – Wohlstand – Schönheit.

- «Hatte die SED 1951 noch gegen Anbaumöbel als Ausdruck «imperialistischer Unkultur» polemisiert, kam ihr jetzt die Bauhaustradition gelegen» (Prokop 2000: 185). Der Wohnungstyp P2 (Küche ohne Fenster, mit Durchreiche zum Wohnzimmer) sollte der gewünschten Vergesellschaftung der Lebensweise entsprechen, wurde aber später dennoch durch den Wohnungstyp WBS 70 ersetzt. «Die Küche mit Fenster und Essplatz wurde wieder eingeführt.» (Ebd.: 186) Später gehörte die raumfüllende Schrankwand in jede DDR-Wohnung.

Bis Ende der 1950er Jahre, so lässt sich zusammenfassen, hatte sich in der DDR eine Lebensweise herausgebildet, die sich in vielen Punkten von der westlichen unterschied. Die Ehefrau, die dem Mann für eigenes Geld ein Geschenk kaufen konnte (wenn auch keinen «englischen Staubmantel»), gehörte dazu.

3.2.4 Kalter Krieg und Stalinismus

Die 1950er Jahre sind in Deutschland nicht nur mit «Endlich wieder leben» zu charakterisieren, auch nicht nur mit einer Entwicklung vom Ich zum Wir in der DDR. Denn gleichzeitig stabilisierte sich ein bedrohlicher Stalinismus, eingebettet in eine drastische Verschärfung des Kalten Krieges. Nach der Unterzeichnung der Pariser Verträge 1955 wurde die Bundesrepublik Nato-Mitglied und die DDR Gründungsmitglied des Warschauer Pakts. Die Hallstein-Doktrin wurde wirksam, der zufolge die BRD zu allen Ländern, die die DDR anerkennen, die diplomatischen Beziehungen abbrechen würde.

In China verkündete Mao Zedong den «Großen Sprung nach vorn», der Großbritannien überholen und zu Amerika aufschließen sollte, der schließlich die Wirtschaft kollabieren und über 36 Millionen Menschen verhungern ließ. In Kuba begann mit dem Sturm auf die Moncada-Kaserne in Santiago die Zeit, die bis heute mit dem Namen Fidel Castro verbunden ist. Etwa zur gleichen Zeit, als in England die «New Left» geboren wurde, deren Ziel es war, mit dem Stalinismus zu brechen, fanden in der DDR Schauprozesse gegen SED-Kritiker statt, deren Spätfolgen noch bis in die 1990er Jahre zu spüren waren. Überlegungen zur Reformierung der sozialistischen Planwirtschaft wurden als «Revisionismus», als Angriff auf die Macht der Arbeiterklasse verfolgt (vgl. Lemnitz 1958). Spätestens seit der Film «Und der Zukunft zugewandt» (2019, Regie: Bernd Böhlich) in die Kinos kam, ist bekannt, wie sich Stalinismus in der DDR der 1950er Jahre anfühlte.

Zenzl Mühsam hatte, nachdem Erich Mühsam 1934 im Konzentrationslager Oranienburg ermordet worden war, seinen literarischen Nachlass in die Sowjetunion retten können und war dann in die Mühlen des stalinistischen Terrors und in sowjetische Straflager geraten. Erst 1954 durfte sie in die DDR ausreisen – um wieder

rum die Erfahrung zu machen, dass die Texte ihres Mannes schlecht in die politische Landschaft passten.

«Der Vater meiner Freundin Gisela aus dem Nachbarhaus», so erzählt die nach ihren Erinnerungen an diese Zeit befragte Lina, «wurde eines Tages abgeholt; die Familie hat nie wieder etwas von ihm gehört. Er soll am Abend zuvor in der Kneipe gesagt haben: «Hitler war ein Verbrecher, aber Stalin ist ein noch größerer». Heute wundere ich mich, dass die Frauen in der Nachbarschaft offensichtlich diesen Satz so laut aussprachen, dass er bis zu uns Kindern dringen konnte.» (GP Lina) Ob dennoch in vielen DDR-Familien Anfang März 1953, als Stalin starb, geweint wurde? Vielleicht.

In der alten Bundesrepublik hatten es vor allem die Menschen schwer, die sich zur kommunistischen Utopie bekannten oder/und die im Zusammenhang mit dem Wehrgesetz und später im Zusammenhang mit der Notstandsgesetzgebung offen gegen die Regierungspolitik auftraten (vgl. Schröter 2017). Erika Runge etwa, die zunächst mit ihren dokumentarischen Arbeiten zu Ruhm und Erfolg kam, hatte später bei Fernsehredaktionen – immer mit Verweis auf ihre DKP-Mitgliedschaft – keine Chance. Die Publizistin Christa Thomas wurde wegen ihres Kampfes gegen Remilitarisierung des Hoch- und Landesverrats bezichtigt. Die SPD-Politikerin Alma Kettig machte sich unbeliebt, weil sie 1956 mit einem «offenen Nein» gegen das Wehrgesetz gestimmt hatte. Auch die Schriftstellerin Charlotte Temming bekam zu spüren, dass der kommunistische Widerstand gegen das NS-System sehr schnell aus dem politischen Selbstbild der Bundesrepublik verdrängt wurde. Sie gründete zwar noch mit Erlaubnis der englischen Besatzungsmacht einen überparteilichen Frauenausschuss, wurde dann aber in der Politik nicht mehr gebraucht.

Der Name Klara Maria Faßbinder steht nicht nur für weiblichen antifaschistischen Widerstand, sondern auch symptomatisch für das zwiespältige Verhältnis der alten Bundesrepublik zur faschistischen Vergangenheit. Faßbinder war nach 1933 wegen judenfreundlicher und profranzösischer Gesinnung aus dem Schuldienst entlassen worden und hatte sich im katholischen Widerstand engagiert. Weil sie Anfang der 1950er Jahre im Rahmen der Frauenfriedensbewegung gegen die Nato-Mitgliedschaft der Bundesrepublik und für Verständigung mit dem Osten eintrat, erhielt sie 1953 erneut ein Berufsverbot. Ihre Suspendierung von der Bonner Universität gehört zu den umstrittenen Handlungen der damaligen Kultusministerin Christine Teusch. Noch 1965 durfte die inzwischen international als «Friedensklärchen» bekannte Professorin Faßbinder den hohen französischen Orden «Le palmes académiques» nicht annehmen. Erst 1969 – die Frauenbewegung kam in Gang – wurden die Auszeichnung und auch die Rehabilitierung durch die Bonner Universität möglich.

In der DDR fand am 5. Mai 1953 die offizielle Karl-Marx-Feier des Zentralkomitees der SED in Berlin statt. Walter Ulbricht sprach hier zum ersten Mal von der Diktatur des Proletariats: «Der Staat in der DDR führt erfolgreich die Funktion der Diktatur des Proletariats aus. Das heißt, er löst die Grundaufgabe der Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus – den Aufbau der wirtschaftlichen und kul-

turellen Grundlagen des Sozialismus sowie die Unterdrückung der volksfeindlichen Kräfte – und organisiert den Schutz der Heimat.» (Zit. n. Dietrich 2018: 480 f.)

Das Organisieren des Schutzes der Heimat traf in Ost und West auf Widerstand, der sich in der BRD zum Beispiel in der Paulskirchenbewegung manifestierte. In der DDR fiel vor allem weiblicher Protest auf. In der 1989 noch erschienenen DFD-Geschichte, an der zehn Jahre lang geschrieben und korrigiert worden war, ist vermerkt: «Viele Frauen erinnerten sich erneut der Leiden des Zweiten Weltkriegs, des sinnlosen Opfern ihrer Männer und Söhne. Nicht wenige neigten dazu, aus diesen bitteren Erfahrungen zu schlussfolgern, dass es besser sei, nie wieder eine Waffe in die Hand zu nehmen.» (DFD 1989: 144) Trotzdem wurde im Januar 1956 die Nationale Volksarmee gegründet, zwei Monate nach der Gründung der Bundeswehr.

Der «neue Kurs» der SED von Anfang Juni 1953 konnte die Proteste am 17. Juni nicht verhindern, die 50 Jahre später in einer gewaltigen Medienoffensive so dargestellt wurden, als hätten über eine Million DDR-Menschen fast flächendeckend gestreikt (vgl. Roesler 2003).

«Mitte Juni 1953 war ich elf Jahre alt», erinnert sich Annika, «von einem Arbeiteraufstand war in der Kleinstadt, in der ich wohnte, nichts zu spüren. Die Besonderheit dieser Tage bestand aber darin, dass die Mütter wieder begannen, Grundnahrungsmittel, Kerzen, Streichhölzer und Ähnliches zu hamstern, wohl in Erinnerung an Kriegszeit. Aber ein Funke des Volkszorns muss auch in meiner Schule angekommen sein. Ich erinnere mich, dass einige Mädchen meiner Klasse (ich nicht, wahrscheinlich war ich zu feig) ein großes Transparent, das über der Wandtafel hing, abgerissen haben. Auf dem Papier stand der berühmte Lenin'sche Satz: «Lernen, Lernen und nochmals Lernen!» Natürlich in russischer Sprache, denn wir hatten schon Russisch. Als die Lehrerin, eine ältere mütterliche Frau, eine Russin, in den Klassenraum kam, war sie fassungslos und musste mit den Tränen kämpfen. Sie holte den Schulleiter, unseren vergleichsweise jungen Deutschlehrer. Und der fragte uns nur nach dem Warum. Keine von uns wusste eine Antwort. Es war peinlich. Später hörte ich, dass in Berlin gerufen worden war: «Spitzbart, Bauch und Brille, sind nicht des Volkes Wille». Ich fand das lustig und hab dabei nur an Ulbricht gedacht. Später, als mir jemand erklärte, dass mit dem «Bauch» Wilhelm Pieck und mit der «Brille» Otto Grotewohl gemeint waren, gefel mir der Spruch nicht mehr so gut, denn Wilhelm Pieck war damals durchaus mein Wille.» (GP Annika)

Im März 1956, unmittelbar nach dem XX. Parteitag der KPdSU, auf dem nicht nur Chruschtschow seine berühmte «Geheimrede» gehalten hatte, sondern von dem auch die Botschaft ausging, dass Sozialismus und Imperialismus über lange Zeit in friedlicher Koexistenz nebeneinander bestehen könnten, fand die 3. Parteikonferenz der SED statt, die für die DDR eine «breite Entfaltung der Demokratie» versprach und die Bekämpfung von «Erscheinungen des Bürokratismus und der Herzlosigkeit». Ungewöhnliche Worte für offizielle SED-Texte, die aber wohl eher eine Besänftigung als einen tatsächlichen Beginn der Überwindung des Stalinismus darstellten. Erst ab

1961 – nach dem XXII. Parteitag der KPdSU – wurden in der DDR (meist unauffällig) die Stalinstraßen umbenannt und die Stalindenkmäler abgebaut. Die Bekämpfung der Herzlosigkeit war aber offensichtlich noch nicht weit vorangeschritten, denn in der Grußadresse zum Frauentag 1961 hieß es: «Heute lösen auch die Frauen und Mädchen trotz vieler Hemmnisse und Schwierigkeiten, die ihnen noch durch Unverständnis und Herzlosigkeit bereitet werden [...], große und komplizierte Aufgaben.» (Scholze u. a. 1986: 163)

Das Frühjahr 1989 war wohl der Zeitpunkt, an dem tatsächlich erstmals in aller Öffentlichkeit über die Verfolgungen unter Stalin gesprochen wurde. «Markus Wolf, als Chef der Stasi-Auslandsaufklärung lange Zeit der große Unbekannte im SED-Machtapparat, sorgte im Frühjahr 1989 republikweit für Aufsehen; die Menschen pilgerten in seine Lesungen! Mit dem Dokumentarbericht «Die Troika», den er aus dem Nachlass seines Bruders Konrad Wolf zusammengestellt hatte, war der Stasi-Ruheständler über Nacht zum vielleicht interessantesten Intellektuellen des Landes geworden.» (Barrientos/Krampitz 2019: 20)

Zum Thema Kalter Krieg gehört auch der «Sputnikschock» in der westlichen Welt: Die Sowjetunion hatte 1957 einen ersten Satelliten ins All und 1959 eine erste Rakete zum Mond geschickt. 1960 umkreiste der Sowjetbürger Juri Gagarin als erster Mensch die Erde. Diese Ereignisse spielten – vermute ich – in jeder Familie in der DDR eine Rolle, nicht nur weil sie mit großem propagandistischem Aufwand in Erinnerung gehalten wurden. Die Freude über diese technischen Erfolge, auch die Sympathie für Juri Gagarin, waren mehrheitlich echt. Die Kinder spielten nicht nur im Kindergarten, sondern auch zu Hause mit «Lunochod», dem Mondfahrzeug, das ohne Schwierigkeiten kleine Anstiege und kleine Abstiege (auch in der Wohnung) überwinden konnte.

«Schundliteratur» war in der DDR verpönt und gleichzeitig ein kontrovers debattiertes Thema in der Kulturpolitik. Erhebungen in ostdeutschen Buchhandlungen und Leihbüchereien hatten schon 1948 das Ergebnis zutage gefördert, dass «die große Masse» Kitsch, Edelkitsch und Schlimmeres konsumierte (vgl. Badstübner 2000: 437). Gleichzeitig sprach sich der schon erwähnte Erziehungswissenschaftler Karl Trinks für «ein Recht auf Kitsch» aus (vgl. Trinks 1948: 576). Auf dem V. Pädagogischen Kongress 1956 ging es allerdings nicht um dieses Recht, sondern um den Kampf gegen die «Vergiftung der Jugend durch Schund und Schmutz, eine der gemeinsten Erscheinungsformen der Politik des Kalten Krieges» (Lange 1956: 76). Zu diesem Thema, zum Schutz des verführbaren DDR-Kindes vor dem Klassenfeind, gab es eine Kommission, deren Vorsitzender Herbert Becker auf dem Kongress zwei verschiedene Strategien aufzeigte: Zum einen und vor allem sei es wichtig, den Abwehrwillen der Jugend gegen feindliche Einflüsse zu festigen, zum anderen gelte es, positive Gegenbeispiele zu schaffen, zum Beispiel die Kinder mit guten Büchern zum Lesen anzuhalten oder mit guten Filmen ins DDR-Kino zu locken. «Und insbesondere möchten wir darum ersuchen, dass der Progress-Film-Vertrieb mit viel mehr

Aufmerksamkeit und Nachdruck dafür sorgt, dass wirklich Filme, die den Kindern nützlich sind, in den Theatern – insbesondere auf dem Lande – gezeigt werden.» (Becker 1956: 289)

Für lesefreudige Jugendliche wie meine Freundin Lina war es darüber hinaus wichtig, dass die Bücher nicht nur gut, sondern auch preiswert waren. Der Verlag Philipp Reclam Jun. Leipzig setzte für seine kleinformatigen Broschüren den Preis in Abhängigkeit vom Umfang des Buches fest. Dünne Broschüren wie Bertolt Brechts «Mutter Courage und ihre Kinder» oder wie Anna Seghers' «Der Ausflug der toten Mädchen» waren mit einem Stern auf dem Rücken gekennzeichnet und kosteten 20 Pfennig. Auf dickeren Broschüren wie auf Hans Sachs' «Fastnachtspielen» oder auf Dennis Diderots «Die Nonne» waren vier Sterne aufgedruckt, das heißt, sie kosteten 80 Pfennig. «Ich hab nie wieder so viel und so systematisch gelesen wie in meiner ›Reclam-Zeit‹ in den 1950er Jahren. Von manchen Schriftstellern hab ich alles gelesen, was es in Reclam gab, von Fontane zum Beispiel. Bei Gottfried Keller musste ich dann irgendwann aufhören, weil er mir zum Halse raushing.» (GP Lina)

Schund- und Schmutzliteratur – das ist festzuhalten – gab es bei Reclam nicht. Wenn ostdeutsche Jugendliche Dreigroschenromane lesen wollten – und viele wollten es –, mussten sie sich welche aus dem Westen «besorgen», und das brauchte Westgeld.

Das Thema «Ostgeld – Westgeld» hatte eine herausragende Bedeutung im Deutschland dieser Jahre, zumal für junge Leute in der «Frontstadt» Berlin. Die Kulturwissenschaftlerin und aktive 68erin Christiane Hauck schreibt: «Die Verwandten aus Westdeutschland sagten immer noch ›Ostzone‹ oder kurz ›Zone‹. Meine Eltern sagten ›drüben‹. Wir Jugendlichen, die wir uns im Laufe der Zeit vom verordneten Antikommunismus immer mehr lossagten, sagten bewusst ›DDR‹ – ohne ›sogenannte‹. Aber irgendwann, gegen Ende meiner Schulzeit, hörten auch die Lehrer auf, mit roter Tinte ein ›sog.‹ einzufügen. Je älter wir wurden, desto genervter wurden wir von der Hysterie gegen die ›sog. DDR‹. Nicht, dass wir mit 14 oder 15 Jahren ein großartiges politisches Bewusstsein hatten oder uns besonders dafür interessierten, was sich innen- und außenpolitisch [...] abspielte, aber uns nervten einfach die Hetze und die Heuchelei – wir die Guten, die da drüben die Bösen. Also fuhren wir – verbotenerweise – auch mit der Ostberliner S-Bahn. Ihre rot- und ockerfarbenen Waggons hatten noch robuste Holzbänke, im Gegensatz zu den immer halb zerfetzten, versifften Plastik-Polsterbänken der Westberliner U-Bahn. Aber wir fuhren natürlich nicht aus Nostalgie mit dieser Bahn, sondern weil sie sagenhafte DDR-Preise hatten, ganze 20 Pfennig kostete die Fahrkarte. Unsere Eltern, Lehrer und die Westmedien verboten uns, mit der S-Bahn zu fahren, denn mit jedem Westgroschen wurde ja das ›Unrechtsregime‹ im Osten unterstützt [...]. Auf Ostberliner Territorium wurde man oft angeraunt, ob man nicht Westmark tauschen will. Es ist mir heute noch ein Rätsel, woher die Ostberliner diesen Blick hatten. Wir kleideten uns unauffällig, sprachen keine andere Sprache, hatten sogar Berliner Akzent – es war nichts zu machen, wir wurden immer als Westler identifiziert. Einmal tauschten wir schwarz zehn Westmark

gegen 40 Ostmark. Wir [...] gingen damit fürstlich essen im obersten Stockwerk des ›Hauses des Lehrers‹ und genossen bei edlem Krimsekt den Blick über den Alex und ganz Berlin. Bücher konnten wir mit dem Schwarzgeld nicht kaufen, denn auf dem Rückweg wurden wir ja an der Grenze wieder gefilzt, und wehe man hatte Waren dabei, die den Wert der 20 Mark Zwangsumtausch überstiegen.» (Hauck 2006: 17 f.)

Nach meiner Erinnerung hat die überraschende Einführung neuer Geldscheine am 13. Oktober 1957 dem DDR-Staat Respekt eingebracht – auch in Familien, die sich nicht als DDR-freundlich verstanden –; es war eine organisatorische Meisterleistung: Bekanntlich wurde über Jahre hinweg illegal eine Westmark gegen vier oder später fünf Ostmark getauscht. Mit dem Westgeld kauften Menschen aus der DDR im Westen Waren, die es in der DDR nicht gab. Mit dem Ostgeld kauften Westdeutsche (subventionierte) Lebensmittel, Bücher, Schallplatten oder eben «edlen Krimsekt». Den offiziellen Angaben der DDR-Behörden zufolge hatten sich auf diese Weise mehrere Milliarden DDR-Mark im Westen angesammelt, die für die DDR eine latente Gefahr darstellten. Mit dem Geldumtausch wurden sie über Nacht wertlos. In der DDR war (ohne dass es den westlichen Geheimdiensten offenbar aufgefallen war) neues Geld gedruckt worden, gegen das in einer beispiellosen Aktion, an der sowohl Bankangestellte als auch Privatpersonen beteiligt waren, innerhalb dieses einen Tages im Oktober 1957 das alte Geld – soweit es zum DDR-Staat gehörte – ausgetauscht wurde.

3.2.5 Die andere Bildung und Erziehung

«Anfang 1955: Stalin war schon gestorben, aber Chruschtschow hatte seine ›Geheimrede‹ über die Stalin'schen Verbrechen noch nicht gehalten. Das alles interessierte mich allerdings wenig, denn ich hatte darüber nachzudenken, was ich später einmal ›werden‹ wollte. Wie die meisten in meiner Klasse wusste ich das nicht.

Allerdings wusste ich genau, welche Art weiterführende Schule ich nicht wollte. Ich wollte auf keinen Fall an eine Schule, in der es Musikunterricht gab. Schon in der ersten Klasse ist mir bewusst geworden (bewusst gemacht worden), dass ich nicht singen kann. Das jährlich durchgeführte ›Zensuren-Singen‹ war für mich Horror. Deshalb kam eine Laufbahn Oberschule–Abitur–Studium nicht infrage, denn an der Oberschule wurde Musik unterrichtet. Und das, obwohl ich ansonsten gute und sehr gute Zensuren hatte und auch sozialstrukturell (ins Bild) passte. Mein Vater war Elektromonteur. Ich gehörte also zur privilegierten Arbeiterklasse und hätte ganz sicher sowohl einen Oberschulplatz als auch einen Studienplatz bekommen. Einige meiner damaligen Lehrer erklärten mir das mehrfach. Aber ich ließ in diesem Punkt nicht mit mir handeln und entschied mich schließlich für eine Lehre als Stenotypistin, denn an der Kaufmännischen Berufsschule gab es keinen Musikunterricht.

Schon nach dem ersten Berufsjahr war mir klar, dass ich nicht ein Leben lang schreiben möchte, was sich andere Leute ausdenken. Die berufliche Korrektur war nach meiner Erinnerung problemlos möglich: für das Abitur die Arbeiter-und-Bau-

ern-Fakultät, für das Studium die Karl-Marx-Universität Leipzig. Meine Eltern unterstützten diese Korrektur. Denn mein Vater hätte auch gern studiert, konnte aber das dafür erforderliche Geld von seinen Eltern nicht bekommen. Meine Mutter hatte in der Volksschule auch sehr gute Zensuren, aber es war nie die Rede davon, dass sie gern studiert hätte.» (GP Annika)

So erinnert sich Annika. Günter, ebenfalls Anfang der 1940er Jahre in Leipzig geboren, beschreibt seine ersten beruflichen Entscheidungen in den 1950er Jahren etwas detaillierter: «Mein 14. Geburtstag im Jahre 1956 lag kurz vor Beginn meines 8. Grundschuljahres. Geleitet von den Eltern, aber ich hatte durchaus auch Freiraum, waren in erster Linie Weichen in Richtung Berufswunsch und Bildungsweg zu stellen. Mein Vater, selbstständiger «Helfer in Steuersachen» im häuslichen Arbeitszimmer (im Winter einziger geheizter Raum der Wohnung), hätte mich gern als seinen Nachfolger gesehen. Er hat an Wochenenden und manchen Abenden mein mathematisches und technisches Interesse aufgebaut und gefördert; der Halbband Mathematik/Physik von «Der Deutsche Kaufmann» in seinem Regal war meine Grundlage, in der Schule in diesen Fächern vieles verstanden zu haben, bevor es erstmals drankam. Aber ein Leben lang in Kontobüchern und Belegheften die Widersprüche zu beseitigen (Vater: Wenn eine Bilanz auch nur um einen Pfennig nicht stimmt, enthält sie einen Fehler, womöglich einen großen), das wollte ich nicht. Vom Perfektionismus als Prinzip blieb bei mir sicher etwas hängen.

Meine Mutter, Angestellte (früher Stenotypistin bei einem anspruchsvollen Rechtsanwalt, jetzt «mithelfende Ehefrau» beim Helfer in Steuersachen), las viele Geschichten und Romane, hielt auch mich dazu an – ich lieb wöchentlich die zulässige Höchstzahl von Büchern in der Volksbücherei aus, das bereicherte mich wesentlich. Mutter formulierte gekonnt Anträge und Berichte, verfügte über eine fehlerfreie Rechtschreibung und Grammatik und brachte mir Freude auch daran nahe – wenn mir ein Deutschlehrer einen Fehler anstrich, musste er das oft zurücknehmen. Meine Mutter kannte vielfältigere Lebensläufe als die eines Steuerberaters, so von Schriftstellern, Künstlern, Forschungsreisenden und besonders genau den von Galileo Galilei.

Kurz gesagt: Galilei, mein Mathe/Physik-Vater, meine Roman/Grammatik-Mutter und ich fanden als gemeinsamen Nenner, dass ich so etwas wie «Naturforscher» werden könne. Das bedeutete konkret: Abitur wollen (auf die «Erweiterte Oberschule» des DDR-Schulsystems wollen).

Das gefiel mir auch deshalb, weil es ganz konkrete Berufsentscheidungen noch hinausschob. Ich hatte sehr vielfältige Interessen, die am sowjetischen Modell der «außerunterrichtlichen Tätigkeit» orientierte Schule wollte diese Vielfalt. Von den drei Zirkeln, in die unsere Klasse eingeteilt war, war ich in dem zur Ausarbeitung von Fragen für monatliche Quizrunden (die anderen waren Singen und Klassenwandzeitung). Vom 5. bis 8. Schuljahr war ich an der Schule je ein Jahr bei den «Jungen Biologen», «Jungen Fotografen», «Jungen Modelleisenbahnern» und «Jungen Chemikern». Zusammen mit der Parallelklasse führten wir (mit professionellen Requisiten und Kostümen

des Leipziger Schauspielhauses) ›Wilhelm Tell‹ auf, ferner etliche sowjetische Pionierstücke, all das war kostenlos. Dazu trainierte ich zweimal wöchentlich Schwimmen in einer Betriebssportgemeinschaft – das kostete monatlich 20 Pfennig Beitrag.

Freilich war die Entscheidung für ein Abitur auf dem kurzen Weg über die Erweiterte Oberschule durch die Quotierung nach sozialer Herkunft der Bewerber eingeschränkt, die ich theoretisch als Chancenausgleich für Arbeiter- und Bauernkinder gerecht empfand – aber den Umweg über die Volkshochschule wäre ich nicht so gern gegangen. Als Kind eines Selbstständigen und einer Angestellten war meine Herkunft ja nur ›selbstständig‹ (bis weit in die 1960er Jahre leitete sich die formale soziale Herkunft allein aus der Tätigkeit des Vaters ab), und dann war ich auch erst noch relativ spät in die Pionierorganisation eingetreten. Letzteres war keine Reserviertheit dem Staat gegenüber, sondern Folge eines prinzipiellen Vetos meines Vaters dagegen, irgendwelchen Anführern hinterherzulaufen – er hatte seinen Sohn aus erster Ehe (der trotz sonstiger Klugheit blind dem ›Führer‹ gefolgt war) im Krieg verloren. Diesem Veto beugte ich mich ungerne, bis es schließlich fiel. Meine beiden Eltern hatten, ohne Widerständler zu werden, das Inhumane und Unsinnige zur Zeit des Faschismus deutlich gesehen, dessen Ablehnung und das ›Nie wieder Krieg!‹ in der DDR-Politik überwog bei ihnen Vorbehalte gegen Detailentscheidungen des Staates, mein Entscheidungsfeld war bürgerlich-humanistisch bis hin zu freidenkerisch vorgeprägt. Es wurde durch eine gute Schulsituation modifiziert: Ich hatte die Möglichkeit, in eine der gerade entstehenden Klassen mit erweitertem Russischunterricht zu gehen, ein unter nur leistungsstarken Schülern ausgesuchter Kreis mit ausgesuchten guten Lehrern. Schule, Bibliothekslektüre und Filme führten mich von humanistischen zu sozialistischen Anschauungen.

Die Fortsetzung des erweiterten Russischunterrichts bis zum Abitur war in der DDR nur in zwei Internatsschulen möglich. ›Vier Jahre weg von zu Hause‹ war für mich keine leichte Entscheidung, aber erschien mir als Einzelkind auch als mögliche Bereicherung (und meine Mutter redete mir schweren Herzens zu, um mich bewusst aus dem heimischen Steuerbüro herauszulösen).» (GP Günter)

Nicht nur dort, wo Annika und Günter aufwuchsen, sondern überall in der DDR begann in den 1950er Jahren jene Politik, die mit dem Ideal ›der allseitig entwickelten Persönlichkeit‹ – von Karl Marx ansatzweise beschrieben – ernst machen wollte (MEW 3: 195). Das warf sowohl praktische als auch theoretische Fragen auf. Der viel geachtete Erziehungswissenschaftler Robert Alt (1905–1978) von der Humboldt-Universität zu Berlin erklärte auf dem V. Pädagogischen Kongress 1956, dass die Frage, ›was denn eigentlich zur Allgemeinbildung in dieser Phase des Aufbaus des Sozialismus gehört, [...] überhaupt nicht sorgfältig geklärt ist‹ (Alt 1956: 262). Alt prägte in seinem Diskussionsbeitrag den Begriff des Neuwissenschaftlers, der ähnlich dem Neulehrer auf das Verständnis und die Unterstützung der Politik angewiesen sei, und bat ausdrücklich darum, keine Ressentiments zwischen Wissenschaft und Praxis aufzubauen.

Spätestens von dieser Zeit an spielte in der DDR-Pädagogik die polytechnische Bildung und die entsprechende «Erziehung zu arbeitsfreudigen Menschen» eine zentrale Rolle. Die Studierenden an wissenschaftlichen Hochschulen waren Ende der 1950er Jahre²⁸ zu 53 Prozent Arbeiterkinder und zu 14 Prozent Intelligenz-Kinder (vgl. Geißler 1992: 20). Seit 1959 gab es – erstmalig in der deutschen Bildungsgeschichte – die Möglichkeit, eine Berufsausbildung mit dem Abitur zu verbinden. Es wurde ein Programm aufgelegt, das sowohl die Bildungslandschaft in der DDR als auch die Erziehungsintentionen nachhaltig prägte und das bis heute in der öffentlichen und auch in der privaten Sphäre Deutschlands für Ost-West-Unterschiede sorgt (vgl. Autorengruppe Bildungsberichterstattung 2012).

Die oben erwähnte bemerkenswert enge Verbindung zwischen dem Kinderleben und dem Leben der Erwachsenen hat ganz sicher auch mit der politisch gewollten engen Verbindung zwischen Lernen und Arbeiten zu tun, letztlich mit der «gehobenen Stellung» der Schule in der Gesellschaft, die seit 1946 zum pädagogischen Konzept gehörte. Als Fußnote sei angemerkt, dass (oft unveröffentlichte) Jugendforschungsstudien der letzten DDR-Jahre die Botschaft enthielten, dass die Schüler*innen aufgrund des polytechnischen Unterrichts besser als die Parteiführung wüssten, was in den Betrieben wirklich vor sich gehe.

Die Losung des V. Pädagogischen Kongresses, der im Mai 1956 in Leipzig stattfand, lautete: «Macht die deutsche demokratische Schule in jeder Hinsicht zum Vorbild für die Schule des künftigen geeinten friedliebenden und demokratischen Deutschlands!» (Aufgaben und Probleme der deutschen Pädagogik 1956: 5) Weil bei der Erziehung des Kindes in der DDR gleichzeitig an die Erziehung des deutschen Kindes gedacht wurde, waren die Bestrebungen groß, sich mit den Lehrer*innen in der Bundesrepublik zu verbünden. Dort durften zum Zeitpunkt des Kongresses bereits weder FDJ-Mitglieder noch Junge Pioniere legal arbeiten, das Verbot der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD) und des DFD erfolgte wenige Monate später. In dieser Situation, in der der Kalte Krieg alle Lebensbereiche zu durchdringen suchte, erinnerte der Kongress an die gemeinsamen Interessen und gemeinsamen Aufgaben der deutschen Lehrer*innen: «Uns eint der Wille, Deutschland als einen unteilbaren demokratischen und friedliebenden Staat herzustellen [...]. Wir sind erfüllt von der Gewissheit, dass sich die verantwortungsbewussten Kräfte der Lehrerschaft in Westdeutschland, die wissen, was sie der Jugend schuldig sind, mit uns in diesem Handeln früher oder später verbinden werden.» (Lange 1956: 47 f.)

Der Schulleiter des Nordrhein-Westfälischen Gymnasiums Schwelm, Fritz Helling (1888–1973), fühlte sich offenbar schon vorher mit der DDR-Pädagogik verbunden. Er war Gast des Kongresses und sprach dort über die jährlich stattfindenden Ost-West-Gespräche in Eisenach (vgl. Helling 1956: 281 f.; vgl. auch Helling

28 Ende der 1980er Jahre hatten sich diese Zahlen deutlich geändert: sieben Prozent Arbeiterkinder, 78 Prozent Intelligenz-Kinder (vgl. Geißler 1992: 20).

2007). Im Laufe der Debatte wurde vom Kongressleiter die «große Kraft» erwähnt, die in der Bundesrepublik von «den vielen Tausend fortschrittlichen Lehrern» (Laabs 1956: 285) ausgehe.

Objektiv verschlechterten sich aber in den 1950er Jahren die Bedingungen für die Zusammenarbeit der Schulen in Ost und West, denn nicht nur die Erziehungskonzepte, sondern auch die Bildungskonzepte liefen deutlich auseinander. Auf der einen Seite «die grundlegende Aufgabe, durch die Schaffung der obligatorischen Mittelschule eine höhere Allgemeinbildung für die Kinder aller Schichten des Volkes zu erlangen» (Lange 1956: 33). Auf der anderen Seite die erkennbare Tendenz, dass «kapitalistische Wirtschaftskreise in Westdeutschland immer stärker darauf [drängen], den allgemeinbildenden Charakter der Schule aufzugeben und mit spezieller Abrichtung auf bestimmte Berufsziele sofort zu beginnen» (ebd.: 50). Das heißt, die beiden generellen Bildungsfunktionen – sowohl Vorbereitung auf den Beruf als auch Teil der Persönlichkeitsentwicklung zu sein – wurden in Ost und West sehr unterschiedlich gewichtet.

Eingebettet in Bildungs- und Erziehungsabsichten begann 1955 die Geschichte der DDR-Jugendweihen. Bekannte Persönlichkeiten wie Johannes R. Becher, Stephan Hermlin, Wolfgang Langhoff und Anna Seghers hatten 1954 zur Jugendweihe aufgerufen und eine Entwicklung in Gang gesetzt, die dazu führte, dass von Anfang der 1970er Jahre bis zum Ende der DDR die Teilnahme der 14-Jährigen an der Jugendweihe bei 97 bis 98 Prozent lag. Nur die katholische Kirche hielt an der Unvereinbarkeit von Jugendweihe und Kommunion fest (Mohrmann 1997: 108).

Heute fällt auf, dass sich außer der Jugendweihe keine andere «sozialistische Familienfeier» durchsetzen konnte. Sozialistische Namensgebungen, sozialistische Eheschließungen oder sozialistische Bestattungen wurden ganz offensichtlich von den Menschen in der DDR nicht für notwendig gehalten. Vielleicht weil im Unterschied zur Beendigung der Kindheit die Namensgebung, die Eheschließung, die Bestattung auch ohne Zeremonie bestimmte unumstößliche Tatsachen schafft.

Zur Erinnerung an die Jugendweihe erhielten die Jugendlichen in einem öffentlichen Festakt ein dickes Buch überreicht; bis 1982 «Weltall Erde Mensch», geschrieben von 18 Autoren, mit einem Vorwort von Walter Ulbricht, ab 1983 «Vom Sinn unseres Lebens», geschrieben von 16 Autoren und einer Autorin, mit einem Vorwort von Erich Honecker (vgl. Zentraler Ausschuss 1983). Beide Publikationen lassen keinen Zweifel daran, dass die Zukunft dem Kommunismus gehöre. Aber die zweite verkündet dieses Ziel mit weniger Pathos und mit mehr Raum zum Nachdenken über Widersprüche. So wird unter der Überschrift «Was bedeutet es, eine Persönlichkeit zu sein?» der Goethesche Gedanke von Amboss und Hammer kritisch reflektiert (ebd.: 204). Auch die Forderung nach der allseitigen Entwicklung der Persönlichkeit (ebd.: 206) und das damals in der (marxistisch-leninistischen) Soziologie heftig diskutierte Verhältnis zwischen Individuum und Kollektiv (ebd.: 240) finden ihren Niederschlag in dem zweiten Jugendweihebuch.

Ob das Jugendweihebuch für die 14-Jährigen tatsächlich wichtig war, ob nach dem «großen Tag» noch einmal hineingeschaut wurde, ist vermutlich nie untersucht worden. In den beiden mir vorliegenden Gedächtnisprotokollen, die das Thema Jugendweihe bzw. Konfirmation in den 1950er Jahren berühren, geht es jedenfalls um anderes:

«Zu meiner Konfirmation (7.4.1952) opferte der Bruder G. für mich einen Gutscheinbon für ein Paar gute Lederschuhe. 1952 waren die schlimmen Kriegsfolgen noch nicht überstanden und vieles noch Mangelware. G. ging zur SDAG «Wismut»²⁹ arbeiten, um in den Genuss einer Sonderlebensmittelkarte, die auch Abschnitte für Textilien und Lederwaren enthielt, zu kommen. In extra entstandenen Wismut-Geschäften (Lebensmittel, Fleischwaren, Textilien, Schuhe) konnten die «Wismuter» mit ihren Sondermarken einkaufen. Die Arbeit «unter Tage» war sehr, sehr hart und hochgradig gesundheitsschädigend. Doch damals hat das noch keiner gewusst bzw. es wurde bewusst verschwiegen. In den Schächten wurde Uran abgebaut und nach der SU geschafft! [...]

Einen nicht unwesentlichen Beitrag zur Ausstattung meiner Konfirmandenkleidung leistete auch W., mein sieben Jahre älterer Bruder. Er erfüllte mir den sehnlichen Wunsch nach einem «Hauchtuch». Diese Schalttücher kamen damals auf und machten Mädchenherzen glücklich!! Ausgerüstet mit feinen schwarzen sportlichen Lederschuhen, dem beschriebenen feinfarbenen Schaltuch, einem extra geschneiderten rotbraunen Wintermantel, einem hellgrünen Kleid (genäht von Jenny F.) und dem obligatorisch schwarzen Kleid (genäht von meiner Mama aus Stoff eines Kleides meiner Großmutter), dazu eine ziemlich große braune Handtasche, trat ich den ersten Schritt ins Erwachsenenleben an! Zu einer Uhr reichte es nicht (das Geld), aber die kaputte Uhr meiner Mama diente als Attrappe! – Man sagte, ich sei die schönste Konfirmandin meines Jahrgangs gewesen [...]. Jedenfalls bedurfte es großer Anstrengungen meiner Eltern, jedem von uns sechs Geschwistern in ähnlicher Weise gerecht zu werden.» (GP Brigitte)

Ganz andere Erinnerungen hielt Günter fest: «Eine Wahl, den Grundschulabschluss kirchlich oder mit Jugendweihe zu begehen, stand für mich nicht an. Beide Eltern waren seit Langem aus der Kirche ausgetreten und ich hatte auch unabhängig davon keine Beziehung zu dieser. Die Stunden zur Vorbereitung auf die Jugendweihe habe ich in guter Erinnerung, die erste Stunde war eine packende Diskussion über Faschismus, den Reichstagsbrandprozess selbst und den gerade entstandenen Spielfilm dazu – ich sehe heute noch Fred Delmare vor mir sitzen (den Darsteller des van der Lubbe).» (GP Günter)

Das Bild von Schule und Erziehung in der DDR der 1950er Jahre bliebe unvollständig, wenn ich unerwähnt ließe, dass in dieser Zeit immer deutlicher auf klare

29 SDAG Wismut (Sowjetisch-Deutsche Aktiengesellschaft Wismut) war das Bergbauunternehmen im Erzgebirge.

Feindbilder orientiert wurde. «Eine solche Jugend muss auch vom Hass gegen die Feinde unseres friedlichen Aufbauwerkes erfüllt sein.» (Lange 1956: 65) Das heißt, die allgemein menschlichen Tugenden – Karl Trinks nannte zehn Jahre zuvor beispielhaft Duldsamkeit, Mitleid, Güte – standen nun im Dienst der klassenmäßigen; eine Entwicklung, die einerseits als direkte Folge der weltweiten Systemauseinandersetzung zu verstehen ist, die andererseits aber die Ideale des Sozialismus/Kommunismus im Rahmen der Moderne beschädigte. Denn sie führte zu der Frage, ob eine Gesellschaft, die ihre Kinder – und nicht nur die Kinder – zum Hassen erziehen will, den Anspruch auf Menschlichkeit erfüllt. Dem Lehrbuch für pädagogische Lehranstalten zufolge, 1948 aus dem Russischen übersetzt, war das so (Jessipow u. a. 1952: 260). Heute jedoch scheint das eine der Fragen zu sein, an der rückblickend der Wert der realsozialistischen Gesellschaft gemessen wird. So erinnert sich etwa Christa Wolf in einer ihrer letzten Veröffentlichungen an einen Film, in dem eine Frau den von ihr geliebten Mann erschießt, weil er auf der anderen Seite der weltanschaulichen Barrikaden stand. «Und ich brauchte lange, bis ich erkannte, dass eine Moral, die Menschen in solche Konflikte stellt, ihnen etwas von ihrem Menschsein nimmt. Der neue Mensch als der reduzierte Mensch.» (Wolf 2010: 150)

3.3 Die 1960er Jahre

3.3.1 Halbzeitbilanz

Unabhängig davon, wie der Beginn der Zweistaatlichkeit zeitlich genau datiert wird: Die 1960er Jahre markieren die Halbzeit. Die materiellen Spuren des heißen Krieges waren weitgehend beseitigt. In der Bundesrepublik stand die alte Gesellschaftsordnung – unterstützt von einem weltweiten wirtschaftlichen Aufschwung – wieder auf festen Füßen. «Unser bürgerlicher Lebensstil kehrte langsam zurück», so gab die Literaturwissenschaftlerin und CDU-Politikerin Roswitha Wisniewski (1926–2017), Mitautorin des berühmt-berüchtigten «Eppelmann-Berichts» (vgl. Deutscher Bundestag 1994), später über diese Zeit zu Protokoll (zit. n. Hirsch 2012: 54).

In der DDR hatte sich die Gesellschaft «der kleinen Leute»³⁰ etabliert. Bis zum Ende der DDR (und darüber hinaus) waren hier die Monatseinkommen, Immobilienbesitze und Spareinlagen deutlich niedriger als in der BRD. Nachdem im April 1960 die Kollektivierung in der Landwirtschaft abgeschlossen war, galten die Grundlagen der neuen Gesellschaftsordnung als «aufgebaut». Im weltweiten Kampf um den richtigen Weg zum Kommunismus, der im Zerwürfnis zwischen der Sowjetunion und der Volksrepublik China seinen Ausdruck fand, stand die DDR auf sowjetischer Seite.

Im Januar 1960 hatte Walter Ulbricht an Konrad Adenauer einen Brief geschickt, in dem eine Volksabstimmung über Abrüstung, Friedensvertrag und deutsche Kon-

30 Diese Begrifflichkeit hat der viel geachtete Journalist Günter Gaus geprägt. In seiner Publikation «Wo Deutschland liegt. Eine Ortsbestimmung» von 1983 spricht er vom «Staatsvolk der kleinen Leute» (Gaus 1983).

föderation vorgeschlagen wurde. Der DFD hatte sich mit Bezug auf diesen Brief öffentlich an die Frauen der Bundesrepublik gewandt. Der Brief kam ungeöffnet zurück, der Aufruf blieb ohne Reaktion. Entsprechend rückblickenden soziologischen Betrachtungen über die DDR jener Jahre lehnten maximal zehn Prozent der DDR-Bevölkerung den Sozialismus strikt ab, 20 bis 25 Prozent wollten ihn und waren insofern mehr oder weniger staatstragend. Die große Mehrheit verhielt sich bis in die 1980er Jahre hinein loyal gegenüber den gesellschaftlichen Verhältnissen (vgl. Wittich 1999: 663).

Wie es sich Mitte der 1960er Jahre anfühlte, im Westen zu leben, davon berichtet Gabi: «1964, als Teile der Großfamilie auch in München lebten, entschied sich meine (geschiedene) Mutter, mit meiner älteren Schwester und mir ebenfalls erneut einen Wechsel des Lebensmittelpunkts vorzunehmen. Im Alter von neun Jahren freute ich mich auf Bayern, das ich aus wunderbaren Ferienwochen kannte, zumal meine Lieblingstante mit Familie und mein Vater ebenfalls dort lebten. Das wäre der private Teil der Geschichte. Der öffentliche Anteil war weniger erfreulich. In Hamburg hatte ich zu Ostern, kurz vor dem Umzug, die 2. Klassenstufe an einer katholischen Volksschule beendet, das Schuljahr begann bzw. endete hier im Frühjahr. Da ich im Februar geboren bin, war ich bedingt durch eine Stichtagsregelung erst im Alter von sieben Jahren eingeschult worden. In München stand nun für meine Mutter und die Schule die Entscheidung an, mich in die 2. oder 3. Klassenstufe einzustufen. Hier endete das Schuljahr dank des Föderalismus erst Ende Juli. Ich wurde in die 2. Klasse gesetzt, was mich ein halbes Jahr an Lebenszeit kostete. Außerdem hatte es den Nebeneffekt, dass ich in der 3. und 4. Klassenstufe Frau G. als Klassenlehrerin bekam. Eine stramme CSU-Frau, Mutter von einem späteren Landes- und Bundespolitiker, deren Aussage mir immer noch in Erinnerung ist. Sie meinte, wenn andauernd «Preußen» nach Bayern ziehen würden, wäre die Mehrheit der CSU gefährdet, denn die Zugezogenen seien ja alles Sozis. Das ließ sie mich spüren. Ich wundere mich oft, wieso ich mich daran erinnere? Ist es vielleicht nur ein Narrativ? Ich sehe die Situation vor mir und spüre auch, dass es mir kleinem Mädchen ein Gefühl von Macht verlieh.

In den ersten Jahren in München, die sich nun gar nicht wie ein Ferienaufenthalt anfühlten, wirkte die politische Situation ständig in das Private hinein. Ich fand keine Freundin, bis ein Mädchen, ebenfalls aus Hamburg, in meine Nachbarschaft zog. Die einheimischen Mädchen, zu denen ich nach und nach Kontakt aufbauen konnte, kamen aus eher ausgegrenzten Familien. Zu der «oberen Mittelschicht», aus der ich ursprünglich stammte, hatte ich in München keinen Zugang. Das lag zum einen an den politischen Unterschieden – der linke Norden vs. der rechte Süden –, zum anderen an der gesellschaftlichen Haltung einer geschiedenen Frau gegenüber, die mit einem neuen Mann «in wilder Ehe» zusammenlebte.» (GP Gabi)

1966 legte die Bundesregierung eine auf Drängen der Gewerkschaften erarbeitete und 630 Seiten starke «Frauenenquete» vor (vgl. Deutscher Bundestag 1966). Hier wird bereits in der Einleitung klargestellt, dass das Private wenig mit dem Politischen

zu tun hat: «In einer freiheitlich demokratischen Ordnung entziehen sich jedoch manche Bereiche der Einflussnahme durch staatliche Maßnahmen. Hier haben der Einzelne und die gesellschaftlichen Gruppen besondere Wirkungsmöglichkeiten und somit besondere Verantwortung.» (Zit. n. Köster 1972: 183) Nach Auffassung von Gisela Helwig, Spezialistin für den Ost-West-Vergleich der Frauenpolitik, wirkte vor allem das Kapitel «Frau und Familie» in dieser Enquete anachronistisch. Hier war von der «Vielfalt geistiger und körperlicher Leistungen» der Hausfrau, von «planvollem Handeln» und von einer «unternehmerischen» Qualität der Hausarbeit die Rede. «Warum trotzdem, wie es gleich auf der folgenden Seite hieß – namentlich im Blick auf die im Berufsleben erfolgreiche Frau –, das Selbstbewusstsein und die Selbsteinschätzung und damit auch die Gesundheit mancher Hausfrau «beeinträchtigt werden», blieb unerfindlich.» (Helwig 1993: 13)

Die Bundesrepublik löste ihre Arbeitskräfteprobleme, die nicht zuletzt «durch das Versiegen der Zuwanderung aus der DDR» entstanden waren (vgl. Nauck 1993), mit dem Anwerben von «Gastarbeitern», zunächst aus Italien. Schon der Name sagt, dass diese Menschen nicht aufgefordert waren zu bleiben. Entsprechend «ungastlich» wurden sie aufgenommen. «Die Stellung der Italiener [...] veränderte sich erst nach Ankunft der türkischen «Gastarbeiter». Da gerieten die «Kümmeltürken» auf die unterste Stufe der Bewertungs- und Lohnskala.» (Hirsch 2012: 176)

In der DDR stieg die weibliche Berufstätigenquote³¹ von 65 Prozent Ende 1957 auf 82 Prozent Ende 1970. Die höchsten Frauenanteile an den Berufstätigen gab es in Bereichen, die zur traditionellen weiblichen Sozialisation gehören und deshalb vergleichsweise schlecht bezahlt wurden: Gesundheitswesen, Bildungswesen, Handel. Daran änderte sich bis zum Ende der DDR nichts. Bezüglich Frauenqualifizierung wurde in dieser Zeit ein Prozess wirksam, der dazu führte, dass seit Ende der 1970er Jahre kaum noch Unterschiede im formalen Qualifikationsniveau zwischen Frauen und Männern nachgewiesen werden konnten. Dabei blieben Maßnahmen wie Frauensonderklassen oder Sonderregelungen zur Anerkennung des Facharbeiterabschlusses vorübergehende und später nicht mehr notwendige Aktionen.

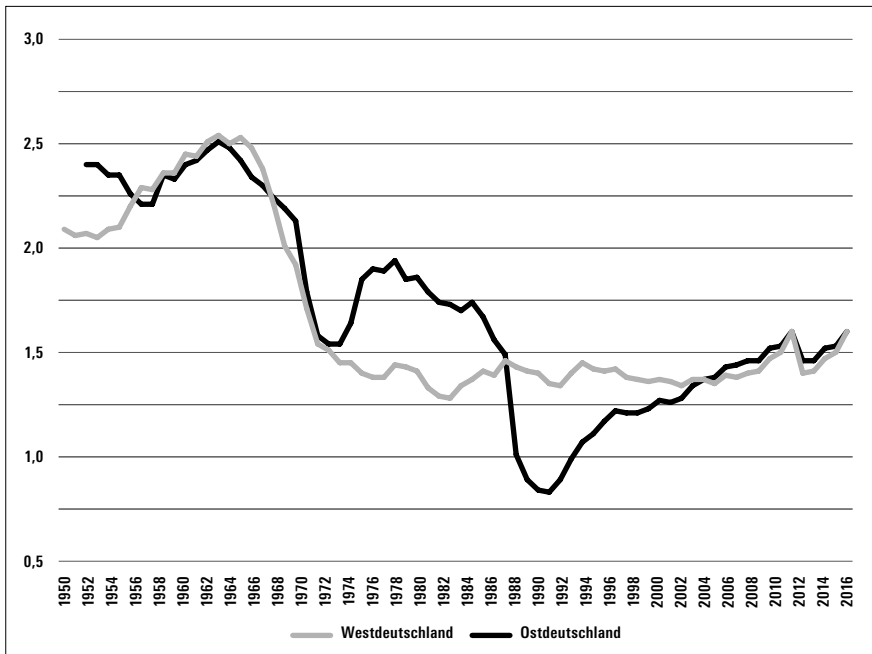
In beiden Teilen Deutschlands war seit Ende der 1950er Jahre die Geburtenziffer kontinuierlich angestiegen (siehe Abbildung 2). In beiden Teilen erreichte sie 1964 einen Höhepunkt mit 2,54 Kindern im Westen und 2,51 Kindern im Osten.³² In beiden Teilen sank sie danach drastisch, sodass Anfang der 1970er Jahre weder im Osten noch im Westen die Reproduktion der Elterngeneration gesichert war. Für die DDR wurde dieses Absinken rückblickend mit der Politik der SED begründet. «Da man von ihnen [den DDR-Frauen, U.S.] erwartete, dass sie sich wie Männer verhalten, reagierten die Frauen, indem sie ihre Reproduktionsarbeit auf die unter diesen Umständen einzig mögliche Art und Weise einschränkten: Sie bekamen weniger Kin-

31 Anteil der berufstätigen oder in Ausbildung befindlichen Frauen an allen Frauen zwischen 15 und 60 Jahren.

32 Zum Vergleich: Im Jahr 1890 betrug dieser Wert in Deutschland 5,2.

der.» (Marx Ferree 1992: 61) Für den Fakt, dass westdeutsche Frauen in dieser Zeit in gleichem Maße weniger Kinder bekamen, ist mir keine ähnliche – vordergründig parteipolitische – Begründung bekannt.

Abbildung 2:
Zusammengefasste Geburtenziffern in West- und Ostdeutschland (1950–2016)



Durchschnittliche Kinderzahl je Frau im gebärfähigen Alter; 1950 bis 1989 bezogen auf Frauen von 15 bis 44 Jahren; ab 1990 bezogen auf Frauen von 15 bis 49 Jahren

Quelle: Statistisches Bundesamt

Dabei wird das Gebärverhalten seit den späten 1960er Jahren auch im Westen im Rückblick mit dem Frauen- und Familienleitbild in Zusammenhang gebracht. «Nach dem ›Babyboom‹ der 1960er Jahre ging die Geburtenrate stark zurück und sank weit unter das Niveau der ›Bestandserhaltung der Bevölkerung‹ [...]. Eine wichtige Ursache für diese demografischen Trends liegt in der Veränderung der Altersstruktur von Frauen bei der Geburt von Kindern [...]. Die Tendenz bei Frauen, die Geburt von Kindern zeitlich hinauszuschieben, korrespondiert [...] mit der Höhe ihres Bildungsabschlusses: Je höher das Bildungsniveau, desto später die Mutterschaft.» (Meyer/Schulze 1993: 170f.; mit Bezug auf Mayer, K.U. 1991: 679) Und diese Tendenz hatte mit dem veränderten Familienleitbild zu tun, das nicht mehr direkt auf Haus-

frauenehe orientieren konnte, wohl aber auf «Wahlfreiheit» zwischen Familie und Beruf (Maier 1993: 275). «Doch gehen die Leitbilder der westdeutschen Gesellschaft immer noch davon aus, dass Mütter nach der Geburt die ersten Jahre im Interesse der Kinder zu Hause bleiben und das Kind selbst versorgen sollten. So wird für Westfrauen die Familiengründung zu einem Entscheidungskonflikt ‚Mutter oder Berufsfrau‘, der für Ostfrauen in dieser Form nie bestanden hat. Dies wiederum führt dazu, dass immer mehr Frauen in den alten Bundesländern den Zeitpunkt der Familiengründung bzw. die Geburt ihres ersten Kindes hinausschieben.» (Meyer/Schulze 1993: 168)

Zum Thema Wahlfreiheit schrieb die ehemalige DDR-Bürgerrechtlerin Daniela Dahn sechs Jahre nach dem Beitritt der DDR: «Nicht der Ausgang der Entscheidung ist das Drama, sondern die Nötigung zu einer solchen Entscheidung, der Zwang zu einem unmenschlichen Verzicht.» (Dahn 1996: 156)

Von 1949 bis Anfang August 1961 hatten 2,7 Millionen DDR-Menschen das Land verlassen (vgl. Wendt 1991), oft unmittelbar nach ihrer Berufsausbildung oder auch schon unmittelbar nach dem Abitur. Im Juli 1961 war die Anzahl der Republikflüchtigen auf 30.000 angestiegen. «Beide Seiten betrachteten die Maßnahmen und Planungen der jeweils anderen als Bedrohung und hielten den ‚Ernstfall‘ für möglich.» (Dietrich 2018: 827) Die Entscheidung zum Mauerbau ist wohl in dem legendären zweistündigen Telefonat zwischen Ulbricht und Chruschtschow am 1. August 1961 gefallen (vgl. Schröter 2014: 561). Christoph Hein machte sich später in Erinnerung an den Mauerbau über die Wirksamkeit der Geheimdienste lustig: «Als die DDR in einer Nacht ihr gesamtes Territorium unüberwindbar abgrenzte und halb Berlin mit einer Mauer hermetisch abriegelte, schauten die gegnerischen Geheimdienste am nächsten Tag verblüfft in die Morgenzeitungen.» (Hein 2019: 70)

«Ich bin nicht sicher, ob in anderen Ländern und zu anderen Zeiten die weltanschauliche Entscheidung junger Leute auch so eine überragende Bedeutung für das ganze Leben hat, wie das in der jungen DDR der Fall war», fragte sich meine Freundin Lina im Rückblick. «Ob ich nach der Berufsausbildung bzw. nach dem Studium in der DDR bleibe oder ‚abhaue‘, ob ich ‚echte Jeans‘ trage oder welche aus Polen, ob ich Westfernsehen einschalte oder mich am ‚schwarzen Kanal‘ von Karl-Eduard von Schnitzler orientiere – all das hing ab von der grundsätzlichen Einstellung zum Sozialismus. Bei mir fand die weltanschauliche Entscheidung in den ersten Studienjahren statt, also Anfang der 1960er Jahre. Mich hatte der einfache Zusammenhang überzeugt: Wenn es in einer Gesellschaft niemanden gibt, der an einem Krieg verdient, dann gibt es auch niemanden, der an einem Krieg Interesse hat. Der Zusammenhang zwischen Frieden und Sozialismus war für mich offensichtlich. Und das reichte mir (als Kriegskind), um für den Sozialismus zu sein [...]. Im August 1961 war ich an der Ostsee zelten. Als dort am Morgen des 13. August ein ‚Küstenwachschiff‘ nach dem anderen aufzog, hatte ich vor allem eins: Angst. Insofern war die Botschaft vom Bau der Mauer in Berlin für mich eher entlastend. Schon einen Monat zuvor hatte ich

erfahren, dass von den Medizinstudent*innen, die im Frühjahr 1961 an der Leipziger Universität ihren Abschluss gemacht hatten, im Juli nur noch 50 Prozent in der DDR wohnten. Ich war inzwischen mit dieser Gesellschaft verbunden genug, um einsehen zu können, dass sich das kein Staat auf Dauer leisten kann.» (GP Lina)

Auch Günter hatte Verständnis für den Mauerbau. «So stürzte ich mich [...] in das mich erfüllende Mathematikstudium und die gesellschaftliche Arbeit. Die DDR hatte die Grenze zu Westberlin geschlossen, das war aus meiner Sicht notwendig, denn zu viele Ärzte ließen ihre Patienten im Stich, und es war auch nicht hinnehmbar, dass Westdeutschland den Bedarf an Diplomchemikern zur Hälfte aus Absolventen der DDR-Universitäten deckte. Aber nun kam es darauf an, die Mauer in den nächsten zehn Jahren überflüssig zu machen. Ich fand, ich müsse dazu wie jeder beitragen durch Bemühungen, in meinem kleinen Umfeld ein besseres Niveau zu erreichen als im vergleichbaren Westumfeld. Entscheidend dafür erschien mir (vergleiche Lenin) in letzter Instanz eine höhere Arbeitsproduktivität, momentan in meinem Umfeld eine höhere Studienproduktivität. Ich übernahm Funktionen im sozialistischen Jugendverband, um für eine bessere Studienhaltung und Studienorganisation zu wirken, für die Heranbildung junger Wissenschaftler, auf deren engagierte Arbeit sich der Staat verlassen konnte. Im Betriebspraktikum traf ich einige Vorbilder dazu, die per SED-Parteiauftrag in einen wissenschaftlich zurückgebliebenen Großbetrieb geschickt worden waren, um den mittels Chemie/Physik/Mathematik voranzubringen, mit ungeheurem Enthusiasmus ohne Illusionen (einer sagte mir: für unser Betriebsergebnis hier braucht ein automatisierter USA-Spitzenbetrieb nicht mal ein Zehntel der Leute – da müssen wir hin).

Über die ersten Studiensemester zog sich mein Eintritt in die SED hin – mit der sozialen Herkunft «selbstständig» ging das zeitweise aus Quotengründen nicht, später dann mit gegenüber einem Arbeiterkind doppelt langer Probezeit. Zu dieser meiner politischen Grundsatzentscheidung trug bei, dass der Philosophieteil des «marxistisch-leninistischen Grundlagenstudiums» durch einen wirklichen Gelehrten gehalten wurde, der mir die «Dialektik der Natur» von Engels zu einem Lieblingsbuch machte, ohne dessen entstehungszeitbedingte Schwächen schönzureden.» (GP Günter)

Mit dem Mauerbau war der Weg frei für einen «störfreien» Aufbau des Sozialismus. Nicht wenige Intellektuelle dachten damals wie Heiner Müller: «Die Mauer als Schutz gegen das Ausbluten, und nun konnte man im Land kritisch und realistisch mit allem umgehen» (Müller 1992: 487). Auch die Regisseurin Brigitte Soubeyran – 1959 aus der BRD in die DDR «abgehauen» – fand den Mauerbau «gut: Jetzt zeigen wir es denen, jetzt wird Kunst gemacht, die wir wollen, jetzt können wir uns auseinandersetzen mit den alten Dogmatikern» (zit. n. Ullrich 1991: 97). Erst später zeigte sich, dass gerade für einen solchen Prozess, für eine aus eigener Kraft entstehende und auf eigenen Visionen beruhende moderne Gesellschaft, unter den Bedingungen der Systemauseinandersetzung die Voraussetzungen fehlten. Zunächst aber gab es die Hoffnung, die Mauer zu nutzen, um sie, wie Günter es formulierte, in absehbarer

Zeit «überflüssig» machen zu können. Zunächst symbolisierte sie, dass die beiden Weltssysteme und damit auch die beiden deutschen Staaten «als geschiedene Leute» weiterlebten. Bereits im Oktober 1959 hatte die Volkskammer der DDR das Emblem – Hammer und Zirkel im Ährenkranz – zum Bestandteil der DDR-Staatsflagge erklärt. In der BRD war in der Folgezeit von der «Spalter-Flagge» die Rede. Seit 1968 wurde die Nationalhymne der DDR, die bekanntlich die Zeile enthielt: «Deutschland, einig Vaterland», nicht mehr gesungen, nur noch gespielt.

Ob sich die «kleinen Leute», vor allem die in Berlin wohnenden, später an das Bauwerk Mauer gewöhnten, wage ich nicht zu beurteilen. Vom Westen aus konnte man es berühren, auch bemalen. Es wird erzählt, dass eines Tages «Supermächte raus aus Deutschland!» an der Mauer stand. Später soll das korrigiert worden sein in: «Supermärkte raus aus Deutschland!» Vielleicht machten sich junge Leute Gedanken darüber, ob zwischen Macht und Markt ein großer Unterschied besteht.

Mit Blick auf die Grenze zwischen Berlin-Kladow im Bezirk Spandau und der DDR ist aus Westsicht festgehalten worden: «Die Grenze wurde zwar Alltag, über den wir nicht mehr nachdachten, aber manchmal blickten wir doch nachdenklich über den See und versuchten uns vorzustellen, wie es am anderen Ufer aussah [...]. Den Stacheldraht (später gab es auch am Seeufer eine Mauer) sahen wir mit bloßem Auge kaum, wohl aber die kleinen Häuschen und Villen sowie den Kirchturm des alten Dorfs Groß Glienicke. Abends brannte am anderen Ufer Licht in den Häusern, im Winter zog Rauch aus den Schornsteinen hoch. Es hieß, «normale» Menschen wohnen dort nicht mehr, nur noch Offiziere der Grenztruppen. Dann hieß es wieder: Doch, auch am Ufer wohnen Groß Glienicker, aber wenn andere sie besuchen wollten, bräuchten sie einen «Passierschein». So richtig vorstellen konnten wir uns nicht, wie das funktionieren sollte. Wenn am Ostufer Hunde bellten, hörten wir manchmal genau hin: Waren das Patrouillenhunde der Vopos oder vielleicht doch zivile? Aber leider gaben die Tiere ihre Identität nicht preis [...]. Sämtliche Kultusminister sämtlicher westdeutscher Länder verordneten ihren Schulklassen das immer gleiche Berlin-Programm mit der immer gleichen Propaganda («Macht das Tor auf, damit war das Brandenburger Tor als Symbol für die deutsche Teilung gemeint): Besuch des Schöneberger Rathauses, des Luftbrückendenkmals in Tempelhof, des Dahlemer Museums und – staatsbürgerlicher Höhepunkt – der Mauer in Kreuzberg (gruppenweise die Holztreppe hoch auf den Aussichtsturm, Fotoschnapschüsse über die Mauer nach Berlin-Mitte, Treppchen runter, schnell die nächste Gruppe.» (Hauck 2006: 16)

Vom Osten aus konnten keine Meinungsäußerungen an die Mauer geschrieben werden, und es gab auch kein Treppchen für Tourist*innen. Aber mit dem Roman «Der geteilte Himmel» schuf Christa Wolf 1963 ein Kunstwerk (1964 von Konrad Wolf verfilmt), das – mit Blick auf das Private – die östlichen Botschaften des geteilten Deutschlands in die Welt trug. Sie wurde dafür «von oben» heftig kritisiert. Es gelang nur über die Verleihung des Nationalpreises, «so paradox das klingen mag, den

Roman davor zu schützen, dass seine weitere Publikation verboten wurde» (Dietrich 2018: 1090f.). Auch der Dramaturg Dieter Wolf kommt in seinen Erinnerungen an «nichtgedrehte» DEFA-Filme auf den «Geteilten Himmel» zu sprechen: «Nach all diesen Erfahrungen unternahmen wir bis 1989 keine neuen Versuche, die Auswirkungen deutscher Zweistaatlichkeit auf die sozialpsychologische Situation getrennter Familien in ihren ernstzunehmenden tragischen Aspekten zu reflektieren. Die dogmatischen Kritiker des «Geteilten Himmels» hatten mit ihrer These vom «Glück der deutschen Teilung» gesiegt.» (Wolf 2000: 128)

Als Renate Blume, die – als Schauspielstudentin im 1. Studienjahr – im «Geteilten Himmel» die weibliche Hauptrolle gespielt hatte, später nach ihren Eindrücken aus jener Zeit gefragt wurde, sagte sie: «Das Erlebnis «Geteilter Himmel» war für mich ein paar Nummern zu groß. Konrad Wolf war zu mir freundlicher als zu allen anderen, aber wohl deshalb, weil ich so eine Außenseiterposition hatte und er mich wohl auch schützen wollte. Und weil ihm sicher auch klar war, dass ich an der Rolle nicht zerbrechen durfte. Das hab ich aber erst im Nachhinein begriffen.» (Poss/Warnecke 2009: 293) Vielleicht – ich kann diesen Gedanken nicht unterdrücken – hätte Romy Schneider ihren 50. Geburtstag erlebt, wenn sie zu Beginn ihrer Karriere von solchen Regisseuren beschützt worden wäre.

Das Verhalten der Frauen – im «Geteilten Himmel» das Verhalten der jungen Rita, die in der DDR bleibt, während sich ihr Liebster für den Westen entscheidet – schien damals in Ost und West von besonderem Interesse zu sein. So erschienen 1965 in der Zeitschrift *Constanze* Reportagen, die später zu dem Buch «Das Wunder drüben sind die Frauen» zusammengefasst wurden. Die beiden Autoren Werner Commandeur und Alfred Sterzel wussten um das «Fräuleinwunder», zeitlich vor dem «Wirtschaftswunder», in der westlichen Welt und interessierten sich deshalb für das Frauenleben in der DDR.

«Wir trafen drüben viele Frauen, die bereits Karriere gemacht hatten. Unaufgefordert und völlig überzeugend erklärten sie: «Wir können uns heute nicht mehr vorstellen, nur noch die Rolle als Frau und Mutter einzunehmen. Und glauben Sie uns, an den häuslichen Herd kehren wir nie wieder zurück.» (Commandeur/Sterzel 1965: 129) Die Autoren machten aus ihrer Verwunderung keinen Hehl, auch nicht aus der Tatsache, dass sie selbstverständlich westdeutsche Frauenbilder als Maßstab im Kopf trugen.

Auch Wolfgang Plat, der einige Jahre später in Halle-Neustadt im Auftrag des Ersten Deutschen Fernsehens (ARD) Gespräche mit Frauen und Männern führte und auf dieser Grundlage den Film «Familien in der DDR» drehte (ARD, Ausstrahlung 15.9.1971, 20.15 Uhr), äußerte sich überrascht über Ostfrauen. Seine These: «Der Sozialismus zerstört die Familie nicht. Aber mit der Entwicklung der Frau als Mensch, als Mensch in der Gesellschaft, wandelt sich die Familie und wird sich die Familie in der DDR mit zunehmender Schnelligkeit so verwandeln, dass sie im Jahr 2000 mit der Familie alten Stils keine Ähnlichkeit mehr haben wird.» (Plat 1972: 15) Bezogen

auf die beiden Familien, die in dem ARD-Film vorgestellt wurden, schrieb er: «Wenn beide Familien überhaupt etwas repräsentieren, dann repräsentieren sie auf jeden Fall jenen größeren Teil der Generation um 30, die bis 1961 nicht nach Westdeutschland ging, sondern sich entschied, in der DDR zu bleiben. Alle haben einen Beruf gelernt und haben sich in ihrem Beruf bewährt, jeder auf seine Weise. Wenn dieses Buch erscheint, ist die Chemiefacharbeiterin Margit Scheffler Meisterin, die Lehrmeisterin Hannelore Wartmann hat die Ingenieurprüfung (Fachrichtung Chemie) hinter sich. Rolf Wartmann gilt als tüchtiger Sportlehrer in Halle-Neustadt [...]. Der Kraftfahrer Dieter Scheffler (ursprünglicher Beruf: Schlosser) ist eher konservativ [...]. In seiner Freizeit sieht er sich am liebsten Fußballspiele an – vor dem Fernseher, aber auch im Stadion. Obwohl Hannelore Wartmann und Margit Scheffler ganz unterschiedliche Charaktere sind [...], haben sie eine gemeinsame Eigenschaft, die man übrigens nicht selten trifft: Beide Frauen sind viel ehrgeiziger als ihre Männer. Sie wollen in ihrem Beruf vorwärtskommen.» (Ebd.: 38f.) Auch Plat verweist auf den Vergleichsmaßstab: «Freilich: Wer täglich die Sexmiese und die Super-Mutti als *die* Frau im Sinne christlich-deutscher Wertvorstellungen propagiert, dem muss angesichts einer emanzipierten, klugen, selbstbewussten Frau das kalte Grauen kommen.» (Ebd.: 10)

Emanzipierte, kluge, selbstbewusste Frauen gab und gibt es aber immer und überall, ob sie in die offiziellen Wertvorstellungen passen oder nicht. In der Publikation «Fantasie und Arbeit» vergleichen Helke Sander und Iris Gusner ihre Lebenserfahrungen und stellen überrascht fest, dass sie in Ost und West «nahezu gleiche Probleme zu lösen hatten» (Gusner/Sander 2009: 7). Beide sind Filmregisseurinnen und haben ihre Kinder allein großgezogen. Die eine war zunächst nur eine zornige, weil arme Frau und kam erst spät auf den Gedanken, «sich auch noch politisch zu betätigen» (ebd.: 269). Die andere war in ihrer Jugend ausgezogen, um der sozialistischen Utopie zum Durchbruch zu verhelfen, und wurde sich erst spät ihres Frauseins bewusst. Als Probleme, die beide kennen, listeten sie auf:

- «– Die ständigen Abschiede von den Kindern, wenn ich arbeiten ging, besonders, wenn ich für längere Zeit zum Drehen wegfuhr – die Kinder, die einen nicht gehen lassen wollten [...].
- Dass wir im Alltag zuverlässig nur auf weibliche Solidarität bauen konnten: Nimmst du mir mal das Kind ab? Kannst du für mich schnell mal das oder jenes tun?
- Die Beziehung [...] zum Freund: Er ist nett, er hat ein gutes Verhältnis zu ihrem Kind, er stört ihr Leben und ihre Arbeit nicht und lässt die junge Frau sein, wie sie ist, aber wenn sie mit ihm über ihre Arbeit und ihre Pläne sprechen will, schläft er ein [...].
- Wie hart die Frauen arbeiten, eigentlich unentwegt. Und wie sie dann schnell versuchen, sich schön zu machen, wenn sie zu einer offiziellen Veranstaltung [...] eilen. Mir hat mal ein älterer Mann gesagt [...]: «Einer Frau, die mir nicht gefällt, höre ich gar nicht zu.» Den Satz hab ich mir immer gemerkt.
- Die Geldknappheit, das ewige Rechnen und Zählen.» (Ebd.: 15)

So etwas gab es also in Ost und West. Obwohl die Geldknappheit – gesamtgesellschaftlich gesehen – im Westen ein kleineres Problem war als im Osten, obwohl seit den 1960er Jahren öffentliche Kindereinrichtungen im Osten fast flächendeckend zur Verfügung standen. Aber die DDR-Kindergärten schlossen gegen 18 Uhr ihre Pforten, waren also nicht hilfreich für eine alleinerziehende Mutter, die «zum Drehen» musste. Das große Geld gab es in der alten Bundesrepublik für Filme wie «Sissi», aber nicht für «Redupers». Iris Gusner bekam immerhin Gehalt, ob sie einen Film machte oder nicht. «Das war im Vergleich zu westdeutschen Gehältern niedrig, aber es war an jedem Monatsanfang da [...]. Ich verstehe, dass ihr uns dafür beneidet habt.» (Ebd.: 186)

Soweit es um gutes Benehmen ging, hatten sich im Osten zu dieser Zeit die Vorstellungen vom «neuen Menschen» im Vergleich zu den 1950er Jahren geändert. Im Vorwort von «Guten Tag, Herr von Knigge» in der Ausgabe von 1963 stand nun: «Die Welt muss immer noch um vieles anständiger werden. Das geht uns alle an. Mit innerem Anstand ist noch nicht genug getan. Besonders heute und hier, wo sich die sozialistische Gesellschaft formiert und in ihr der innere Anstand, die Ehrlichkeit und der Wille, mit- und füreinander zu leben, unser neues Lebensgefühl bestimmt, wird es darauf ankommen, auch in den äußeren Formen des Umgangs zu zeigen, dass wir eine Gemeinschaft sind, bei der ein gutes Wort immer ein Echo findet. Rücksichtslosigkeit ist im Grunde ein Merkmal brutaler Macht- und Existenzkämpfe. In unserer Gesellschaft ist dafür kein Platz; wir wollen uns gegenseitig beweisen, dass wir inneren Anstand besitzen. Er wird durch eine äußere Form bemerkbar.» (Schweickert/Hold 1963: 8)

Marion Gräfin Dönhoff interessierte sich offenbar für diese Entwicklung. Sie war Anfang der 1960er Jahre längere Zeit in der DDR, führte Gespräche mit Albert Norden, Manfred von Ardenne und vielen anderen und veröffentlichte ihre Eindrücke im Mai 1964 in der *Zeit* unter der Überschrift «Der Traum vom neuen Menschen» (Dönhoff 1964). Zwei Passagen dieses Artikels seien hier zitiert.

Zum einen erläuterte ihr ein namentlich nicht genannter DDR-Journalist, warum es in der DDR Wahlen gibt, wo doch alle wissen, dass außer den «Kandidaten der Nationalen Front» nichts zur Wahl steht. Der offensichtlich weitsichtige Mann sagte: «Wahlen haben für uns einen dreifachen Zweck. Erstens beruhigen sie das Ausland. Zweitens geben sie uns die Möglichkeit, verdiente Bürger als Mitglieder der Volkskammer oder des Zentralkomitees (ZK) herauszustellen. Drittens schließlich werden Wahlen eines Tages interessant sein, weil man an der Höhe der Wahlbeteiligung die Volksstimmung ablesen kann.»

Zum anderen ließ sich Marion Gräfin Dönhoff von einer bekannten DDR-Frau beeindrucken: «Wir haben mehrere solcher verdienten Bürger kennengelernt. Für mich war am eindrucksvollsten Frieda Sternberg, die Tochter eines Altkommunisten, der bis 1945 als Landarbeiter in Ostpreußen gelebt hatte. Frieda Sternberg leitet heute die Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaft (LPG) Ernst Thälmann in Sach-

sen. Die LPG Ernst Thälmann in Wurzen-Bennewitz umfasst 36 ehemalige bäuerliche Betriebe mit zusammen 660 Hektar und 127 Mitgliedern. [...] Frieda Sternberg ist Mitglied des ZK, also eine wichtige Persönlichkeit. Und sie ist nicht nur wichtig, sondern tüchtig, mutig und von großer Wortgewalt. Alle diese Fähigkeiten hat sie bei der letzten ZK-Tagung eingesetzt, um einen Abbau des krebserregend wuchernden Bürokratismus in der Landwirtschaft zu erreichen. Wie sie da so vor uns sitzt neben dem wärmespendenden Kachelofen, umgeben von ihren Spezialisten und Brigadiers, [...] wie sie den Osten geschickt verteidigt, den Westen scharf angreift, da kann man sich schon vorstellen, dass sie einen gewissen Erfolg haben wird. Ich möchte nicht gern in einer LPG leben, aber wenn es denn sein müsste, dann wenigstens unter Frieda Sternbergs Führung.»

In diesem Fall hätte die Gräfin auch am DDR-Brigadeleben teilnehmen können. Es prägte in den 1960er Jahren mehr und mehr auch das Privatleben. Die Arbeitsbrigaden, die es bereits seit den 1940er Jahren gab, gingen nicht nur gemeinsam mit den Familienangehörigen ins Theater, sondern wanderten am Wochenende auch «mit Kind und Kegel» in die Natur. Brigadeausflüge führten nach Berlin, um die Stalinallee bzw. Karl-Marx-Allee zu bewundern oder den neu erbauten Müggelturm, auch nach Karl-Marx-Stadt, um sich an der Straße der Nationen, vor allem am Rosenhof zu erfreuen, oder auch nach Magdeburg zum wieder aufgebauten und restaurierten Dom.

Nachdem in kurzen Zeitabständen «Der geteilte Himmel» von Christa Wolf, «Ole Bienkopp» von Erwin Strittmatter, «Spur der Steine» von Erik Neutsch und «Die Aula» von Hermann Kant erschienen waren, organisierten viele Brigaden Lesungen «mit anschließender Diskussion», bildeten sich in vielen Betrieben Literaturzirkel. Wer (wie ich) damals im Erzgebirge lebte, hatte die Möglichkeit, an den «Zwönitzer Gesprächen» teilzunehmen, die der Literaturwissenschaftler Klaus Walther im Volkseigenen Betrieb (VEB) Messgerätekombinat Zwönitz organisierte und in denen nicht nur aktuelle Literatur vorgestellt und (mitunter sehr leidenschaftlich) verhandelt wurde, sondern auch aktuelle Musikstücke oder Filme.

Wie die Arbeitsbrigaden, so können auch die Hausgemeinschaften als halb gewollte und halb verordnete Struktur bezeichnet werden, auf jeden Fall als Struktur, die das Privatleben stark tangieren konnte. Der in der BRD sozialisierte Christoph Kleßmann nennt die Brigaden der DDR «halböffentlich und halbprivat und insofern durchaus ein Stück «Biertischsozialismus»» (Kleßmann 2007: 473).

So kann man das nennen – wenn man sich zur Abfälligkeit berechtigt sieht. Der in der DDR sozialisierte Jakob erinnert sich: «Bei uns im Haus wohnte ein Kraftfahrer. Wenn der tagsüber in Thüringen war und dort 20 Bratwürste kaufen konnte, dann trommelte er abends alle Hausbewohner zusammen. Dann gab es ganz spontan ein Hausfest. Dann wurde vor dem Haus gegrillt und oft auch kräftig getrunken.» (GP Jakob) In einer Studie des Instituts für Soziologie und Sozialpolitik der Akademie der Wissenschaften der DDR aus dem Jahr 1985 ist die offizielle Sicht auf Hausgemeinschaften festgehalten: «Die Hausgemeinschaften sind und bleiben das Haupt-

feld der politisch-ideologischen Arbeit in den Wohngebieten. Von ihrer Entwicklung hängt es in entscheidendem Maße ab, wie es gelingt, die gesellschaftlichen mit den persönlichen Interessen der Bürger zu verbinden, die zwischenmenschlichen Beziehungen in einer der sozialistischen Lebensweise gemäßen Art zu entwickeln, Initiativen für volkswirtschaftlich wichtige Aufgaben im Wohngebiet zu wecken.» (Winkler 2018: 111) Die Bratwurstparty verband durchaus gesellschaftliche und persönliche Interessen und konnte der Ausgangspunkt für die Entwicklung zwischenmenschlicher Beziehungen, vielleicht sogar für eine Initiative im Wohngebiet sein. Noch einmal Jakob: «Ich bedaure sehr, dass es diese Hausgemeinschaften jetzt nicht mehr gibt. Klar haben sie auch Kontrolle ausgeübt. Es war zum Beispiel undenkbar, dass der Tod eines Hausbewohners tagelang nicht bemerkt wird. Heute wird die Polizei erst geholt, wenn die Leiche stinkt. Nee, so stelle ich mir eine menschliche Gesellschaft nicht vor.» (GP Jakob)

Auch die Schauspielerin Petra Kelling erinnert sich und andere in einem Interview 1991 an Brigadeveranstaltungen, Betriebsrentnerfahrten, Weihnachtsfeiern und Frauentagsfeiern: «Damals haben wir nicht empfunden, dass es ein Wert war, dreimal im Jahr zusammensitzen und miteinander zu reden. Es war organisiert, es wurden belanglose Ansprachen gehalten – damit war es entwertet. Jetzt, wo es wegfällt, fällt es auf.» (Zit. n. Ullrich 1991: 145) Und sie bringt in diesem Zusammenhang ihre Befürchtungen zum Ausdruck: «Ich hoffe, wir [...] werden nicht käuflich.» (Ebd.) Das wäre dann wohl der endgültige Abschied von der menschlichen Gesellschaft, nach der sich Jakob sehnt. Die heute noch existierende satirische Zeitschrift *Eulenspiegel* nahm gern die ganz alltäglichen Probleme der Familien in der DDR aufs Korn – ob es Exquisit- (seit 1961) oder Delikatläden (seit 1966) betraf, ob es um MDW³³-Möbel aus Hellerau (seit 1967) oder um Rundstrick-Produkte (seit 1969) ging. Schaut man heute in diese Zeitschriften, bekommt man auch einen Überblick über die Versorgungslücken. «Mal fehlte es an Bettwäsche, mal an Toilettenpapier, mal an Kaffeesahne, mal gab es keine Wohnzimmer, mal keine Schlafzimmer.» (Nick 1997: 142) Im *Eulenspiegel* 6/1968 war unter der Rubrik «Die Polizei meldet» zu lesen: «Die Bevölkerung wird dringend um Mithilfe gebeten. Gefahndet wird nach einem seit dem 23.5.1968, 16.10 Uhr vermissten Mann: Größe 1,78, schlank, dunkelblond, 35 Jahre; graue Popeline-Hose, grünes Campinghemd. Er hatte von seiner Frau den Auftrag, einzukaufen und nicht ohne Holzsandalen wiederzukommen.» Ein Jahr später unter der Rubrik «Post»: «Sicherlich gibt es noch Unterschiede im Bewusstsein. Dennoch kann man sagen, dass jeder Bürger unserer Republik seine Zeit versteht – nicht zuletzt auf der Post und freitags beim Fleischer.» (*Eulenspiegel* 6/1969)

Das Zurückbleiben des Angebots hinter der zahlungsfähigen Nachfrage bezeichnete der DDR-weit bekannte Wirtschaftswissenschaftler Harry Nick im Rückblick als das

33 MDW steht für: Möbelprogramm Deutsche Werkstätten.

«direkte Gegenteil des für die kapitalistischen Marktwirtschaften typischen [...] Zurückbleibens der zahlungsfähigen Nachfrage hinter dem Angebot» (Nick 1997: 142). Sowohl häufiger Mangel als auch Überangebote führten letztlich zur Verschwendung, nicht nur in den Betrieben, auch im Privaten. Aber «eine Wirtschaftsordnung, die ein dauerndes allgemeines Gleichgewicht von Angebot und Nachfrage hervorzubringen [...] vermochte, ist bislang nicht gefunden worden» (ebd.).

Auch das nach 1990 heftig debattierte Problem der «grauen Ortschaften» – viele Spielfilme zeigen es scheinbar nebenbei – sprach der *Eulenspiegel* an, zum Beispiel in der Ausgabe 8/1969 unter «Gut gesagt: Grau ist alle Theorie, sagt man. So gesehen existieren viele Orte eigentlich nur theoretisch.»

Der Ort Golzow existierte auch praktisch und machte seit Anfang der 1960er Jahre von sich reden. Barbara und Winfried Junge hatten 1961 mit kurzen dokumentarischen Beobachtungen vom ersten Schultag einer 1. Klasse im Oderbruch eine Filmserie begonnen. Nach den ursprünglichen Vorstellungen sollte die Beobachtung mit dem Schulabschluss enden. «Die Kinder von Golzow» wurde aber eine international beachtete Langzeitbeobachtung, die schon 1985 ins «Guinness-Buch der Rekorde» kam und erst 2007 beendet wurde.

Die «Internationale Friedensfahrt», ein Amateurradrennen, das seit 1948 zwischen Warschau und Prag und seit 1952 zwischen Warschau, Berlin und Prag stattfand, hatte sich Anfang der 1960er Jahre zu einem DDR-Ereignis «gemausert», das alle Generationen berührte und die Familienmitglieder an den Fernsehapparat oder auch an die Rennstrecke lockte. In den Schulen wurden Friedensfahrer gemalt und an die Wandzeitung geheftet. Täve Schur wurde der DDR-Held schlechthin. In einem Interview, das er Doreen Mechsner gab und das 2018 veröffentlicht wurde, blickt er zurück: «Dann wurde im Unterricht gefragt, wo sind unsere Radfahrer heute? Manche Kinder erlebten die Begeisterung auch zu Hause und brachten sie mit. Das war etwas ganz Verinnerlichtes und etwas so Schönes, wie die Friedensfahrt dort für alle gleichermaßen gestaltet wurde [...]. Bei der Siegerehrung gab es manchmal 25 Preise. Da wurden nicht nur die Renner, sondern auch die Leute hinter den Kulissen, wie zum Beispiel Mechaniker, ausgezeichnet. Das war etwas so Gleichstellendes, so was Solidarisches [...]. Damals bekam ich unglaublich viele Briefe. Die konnte ich gar nicht alle lesen. So viel Zeit hatte ich gar nicht. Die Post kam wirklich bündelweise. Richtige Bündel.» (Mechsner 2018: 349)

Zu den Halbzeit-Überlegungen gehört die Frage nach den Erfolgen der «Umerziehung». Für Westdeutschland scheint es diesbezüglich keine Unklarheiten zu geben. Die zwölf NS-Jahre wurden mehrheitlich beschwiegen, sowohl im Öffentlichen als auch im Privaten. «Die frühen 1960er Jahre», fasste der *Zeit*-Redakteur Gero von Randow zusammen, «waren für die meisten Deutschen eine Zeit des Verdrängens. Die Beschäftigung mit dem Nationalsozialismus wurde weiterhin als eine Art Ruhestörung angesehen. Nicht zuletzt in der Schule, in der ich noch einen Geschichtslehrer erlebte, der von «schwachen Rassen» redete, und einen Religionslehrer, der

über seine Heldentaten im Krieg schwadronierte. Hatte das System? Es kursierten Broschüren und Bücher, die das behaupteten. Das ›Braunbuch‹ aus der DDR, 1965 veröffentlicht, wies (mit nur wenigen Fehlern) nach, wie sehr die Staatselite von ehemaligen Nazis durchsetzt war, in Justiz und Polizei, Kasernen und Ministerien, ja bis ins Bundeskanzleramt [...]. Im *Spiegel* las ich ein Zitat des CSU-Politikers Franz Joseph Strauß [...]: ›Wir wollen von niemandem mehr, weder von Washington noch von Moskau, von keinem europäischen Nachbarn, auch nicht von Tel Aviv, ständig an unsere Vergangenheit erinnert werden.‹» (Randow 2019: 10) Entsprechend Befragungen aus diesem Jahrzehnt waren 55 Prozent der Westdeutschen der Meinung, dass der Nationalsozialismus eine gute Idee, nur schlecht realisiert worden war (vgl. Gröschner 2018: 35).

Die Dichterin Mascha Kaléko ohrfeigte deshalb 1960 sinnbildlich den ehemaligen SS-Mann Holthuser, indem sie den Fontane-Preis nicht aus seinen Händen annahm. Die deutsch-französische Journalistin Beate Klarsfeld ohrfeigte acht Jahre später mit den gleichen Motiven den Bundeskanzler Kiesinger tatsächlich. Rolf Hochhuth brachte mit seinem Drama ›Der Stellvertreter‹, das 1963 in Westberlin uraufgeführt wurde, die Schuld der katholischen Kirche bzw. des ›Heiligen Stuhls‹ am Holocaust zur Sprache und löste damit weltweite und bis heute andauernde Debatten aus. In vielen westdeutschen Familien fragte die heranwachsende Generation nach der Schuld der Eltern an Nazi-Verbrechen, weil – wie Gero von Randow erwähnt – die Geschichtslehrer dazu schwiegen und immer noch von ›schwachen Rassen‹ sprachen. ›Wir warten auf Väter, die es übernehmen, uns glaubhaft zu erklären, dass Schuld nicht einfach tränensatt zu bereuen, sondern exakt zu bedenken ist, um einen neuen Anfang zu machen.‹ (Geißler 1961: 37)

Meine Freundin Christiane hatte ›von der Realität des Krieges nur verschwommene Vorstellungen. In der Schule nahmen wir dieses Kapitel deutscher Geschichte erst in der 12. Klasse durch (›Immerhin‹ höre ich heute von Gleichaltrigen aus Bayern, bei denen der Geschichtsunterricht mit Bismarck aufhörte). Der Krieg war also für mich als Kind eher ein anonymes, grausames Naturgeschehen, hatte entweder einen nebulösen Urheber namens Hitler oder ebenso nebulöse Urheber wie die ›Ruskis‹. Bei meinen Berliner Tanten hatte ich eher den Eindruck, dass die ›Ruskis‹ an allem Schuld waren, bei meiner Mutter war ich überzeugt, dass es die Nazis waren. Wie gut, dass ich natürlich eher meiner Mutter glaubte. Was, wenn sie eine ›Nazisse‹ gewesen wäre? Würde ich dann heute ganz anders ticken? Oder hätte ich ihr, bedingt durch die ›68er‹, den Kampf angesagt, alle Kontakte abgebrochen? Ich kenne einige, bei denen es so war.‹ (GP Christiane)

Der Freund Hartmut, etwa gleiches Geburtsjahr und gleicher Geburtsort, ergänzt: ›Meine Eltern waren Nazis, ohne Wenn und Aber. Mein Vater hat geschlagen, war gnadenlos autoritär. Als ich Drucker gelernt hab, musste ich den Großteil meines Lehrlingsgeldes abgeben. Ich bin dann sehr schnell zu Hause ausgezogen, hab getrunken, hab geraucht, hab unüberlegt geheiratet. Das ging alles nicht lange gut [...].

Als Vater im Sterben lag, sind wir hingefahren. Aber ich konnte nicht im Zimmer bleiben, bis er tot war. Ich wollte ihm nicht verzeihen.» (GP Hartmut)

Noch im Frühjahr 1989 meinten einer Emnid-Befragung zufolge 46 Prozent der befragten Westdeutschen, dass «die Wiedergutmachungsleistungen an die bei uns lebenden Juden» zu hoch gewesen seien, und 32 Prozent waren der Auffassung, dass «die Lehrerschaft eine zu negative Einstellung zur Hitler-Zeit» hätte.

Nach dem Beitritt der DDR zur Bundesrepublik brachte Horst-Eberhard Richter die immer noch unerledigte Aufgabe der Westdeutschen zur Sprache. Er sah darin den Grund, dass das Thema Vergangenheitsbewältigung Anfang der 1990er Jahre sofort für die SED- und Stasigeschichte vereinnahmt wurde. «Woher kommt denn wohl die übereifrige westliche Einmischung in diese Diskussion? Ist da etwa nicht das Bedürfnis im Spiel, eigene ältere Defizite wettzumachen? Erwartet man nicht von den Ostdeutschen, sie sollten in Eile eine Aufarbeitung leisten, deren partielles Versäumen eine nie ganz besänftigte Unruhe in der westdeutschen Gesellschaft hinterlassen hat?» (Richter 1995: 22)

Und wie wirkte der verordnete Antifaschismus in der DDR? Geschichtslehrer*innen, die die Kinder über «schwache Rassen» aufklären wollten, waren in der DDR schon in den 1940er Jahren durch Neulehrer*innen ersetzt worden. Peter Edels Buch «Wenn es ans Leben geht» mit den Erinnerungen an die Konzentrationslager Großbeeren, Auschwitz, Sachsenhausen, Mauthausen, Ebensee und an die Zeit davor und danach wurde viel gelesen und besprochen. Das heute umstrittene Buch von Bruno Apitz «Nackt unter Wölfen» war Pflichtliteratur in der Schule. Der Film «Der gewöhnliche Faschismus» (1965, Regie: Michail Romm), in dem Dokumente des Reichsfilmarchivs zusammengestellt waren, erhielt auf der Leipziger Dokumentarfilmwoche große Anerkennung. Reinhold Andert meinte die DDR, als er sang: «Kennst du das Land mit seinen alten Eichen, das Land von Einstein, von Karl Marx und Bach? Wo jede Antwort endet mit dem Fragezeichen, wo ich ein Zimmer habe unterm Dach. Wo sich so viele, wegen früher, oft noch schämen, wo mancher Vater eine Frage nicht versteht, wo ihre Kinder ihnen das nicht übelnehmen, weil seine Antwort im Geschichtsbuch steht.»

Das weitgehende Verschweigen der Nazi-Zeit in der Öffentlichkeit war hier nicht das Problem, wohl aber die einseitige Bezugnahme auf den kommunistischen Widerstand und das Verschweigen der Konflikte innerhalb dieses Widerstands (vgl. Börrnert 2002). Michail Romms Film wurde nach der erfolgreichen Premiere 1965 auch in der DDR nicht mehr gezeigt, weil Vergleiche zwischen Hitler'schen und Stalin'schen Verbrechen befürchtet wurden (in der BRD gab es nach einer Fernsehausstrahlung 1968 massive Zuschauerproteste). Im Rückblick werden auch Forschungs- und folglich Erkenntnislücken zu den Themen Ausländerfeindlichkeit, Rassismus und ethnische Minderheiten in der DDR deutlich. «Die Sorge um eine sorbische Minderheit reichte, um nationales Miteinander zu demonstrieren.» (Runge 1993: 353)

Vermutlich spielte in ostdeutschen Familien seltener die (neutrale) Frage nach der Schuld der Alten, eher der Zweifel an ihrer Unschuld eine Rolle. Dass die Haltung

der Eltern zumindest ambivalent war, ist zum Beispiel aus den Erinnerungen Annikas herauszuhören: «Meine Mutter und mein Vater bekannten sich zwar nicht zu den Nazis im Sinne von Parteizugehörigkeit, aber ihre Haltung zu Hitler war ganz sicher nicht ablehnend. Die damalige Politik und die Vorbereitung des Zweiten Weltkriegs haben die privaten Pläne meiner Eltern jedenfalls nicht beeinträchtigt. Nachdem sich herausgestellt hatte, dass ich nicht der ersehnte Junge geworden war, planten meine Eltern, «wenn dann der Krieg gewonnen ist», sich ein zweites Kind anzuschaffen. Als ich später von meiner Mutter wissen wollte, warum sie 1933 nicht auf Ernst Thälmann und seine Warnung «Wer Hitler wählt, wählt den Krieg» gehört hätte, bekam ich zur Antwort: «Die Kommunisten hat doch niemand ernst genommen, wir wussten gar nichts von Thälmann.» Meist kam in diesem Zusammenhang die Erinnerung an ihren Vater. Er hätte die Internationale nicht hören können. Beim Text «Völker, hört die Signale» hätte er immer Wutanfälle bekommen (die Kommunisten also doch ernst genommen?). Auch die Hitler'sche Rassenpolitik hatte bei meiner Mutter Spuren hinterlassen. Dass Menschen nach der Größe ihrer Nase oder der Form ihrer Ohren beurteilt/verurteilt werden können, hörte ich als Kind oft.» (GP Annika)

Und noch einmal Brigitte Soubeyran: «Ich komme aus einer gewöhnlichen bürgerlichen Familie [...]. Natürlich war mein Vater «Mitläufer» in der NSDAP und meine Mutter in der Frauenschaft. Als ich in der DDR Antifaschisten kennenlernte und zum ersten Mal Buchenwald sah, war ich [...] erschrocken. Zu Hause schrie ich meine Eltern an, weil sie mir nicht gesagt hatten, dass es Konzentrationslager gegeben hatte. Ich wusste das wirklich nicht und kriegte natürlich zu hören, dass sie es auch nicht wussten. Meine Mutter bewundere ich aber heute sehr. Sie hat nach '45 wirklich angefangen, sich mit der Verführung des Nationalsozialismus auseinanderzusetzen, und versucht, ihre Schuld abzutragen. Wer von unserer Elterngeneration tat das schon, hüben wie drüben?» (Zit. n. Ullrich 1991: 93)

Gleichwohl kann davon ausgegangen werden, dass sich ein Bewusstsein des Defizits, ein Gefühl des Unbehagens wegen der noch nicht wirklich gelösten Aufgabe, in den Ostdeutschen mehr ausbreiten konnte als in den Westdeutschen. 1994, als Ost- und Westdeutsche gefragt wurden, ob sie die Auseinandersetzung mit der Hitlerzeit nach wie vor für wichtig halten, bejahten diese Frage deutlich mehr Ostdeutsche als Westdeutsche (Brähler/Richter 1995: 13).

Und doch bleibt richtig: Dass der Sozialismus auf deutschem Boden nicht nur von Antifaschist*innen aufgebaut wurde, dass es auch im Osten Menschen gab, die zu Kriegsende ihre Vergangenheit fälschten oder die auch ohne Fälschung in wichtige Positionen gelangen konnten, solche Themen kamen bis zum Ende der DDR selten oder gar nicht an die Öffentlichkeit (vgl. Wolf 2000: 19). Aber danach. So wurde zum Beispiel im Berliner Stadtteil Schöneweide 2013 eine Gedenkstätte zur Erinnerung an die (mehr als 3.000) Berliner Zwangsarbeiterlager eröffnet. Hier ist auf einer der Tafeln zu lesen: «Kinder von Ostarbeiterinnen waren rassistisch unerwünscht. Das NS-Regime drängte die Frauen zu Abtreibungen, die ansonsten im Dritten Reich

streng verboten waren. Dabei führte man nicht einmal ordentliche Krankenakten, sondern notierte nur die Fieberkurven der Patientinnen. Ein Chirurg, der viele dieser Abtreibungen vornahm, war Karl Weninger, ein Volksdeutscher aus Serbien, der im Krankenhaus Prenzlauer Berg Karriere machte, und zwar bruchlos auch nach dem Krieg und in der DDR. Von 1945–1967 war er sogar ärztlicher Direktor.»

Nach (in der DDR unveröffentlichten) Studien des Zentralinstituts für Jugendforschung Leipzig waren es Ende der 1980er Jahre auch in der DDR circa zehn bis 15 Prozent der Jugendlichen, die sich positiv auf den Faschismus bezogen. Etwa jede*r Zehnte sympathisierte mit Adolf Hitler (vgl. Schubarth/Schmidt 1991).

Die «Unfähigkeit zu trauern» (Mitscherlich/Mitscherlich 1977) charakterisiert demnach die Deutschen in Ost und West. Mehr noch, diese psychoanalytische Diagnose «beklagt nicht nur die fehlende Trauerarbeit der Tätergeneration, sie versteht sich als Aufforderung an nachfolgende Generationen, also auch an uns, Erinnerung zu wagen, um dem unbewussten Wiederholungszwang vorzubeugen. Es geht eben nicht, wie von vielen 68ern missverstanden, um die häufig selbstgerechte Zuschreibung und Festschreibung einer ebenso individuellen wie historischen Schuld an die Adresse ihrer Eltern. Es geht um das Wagnis der Erinnerung für jeden unter uns», schreibt der 1957 geborene Schauspieler und Autor Christian Berkel (2019: 211).

3.3.2 Hoffnungsvolle Ansätze im Osten

Wenn in den 40 Jahren des Bestehens der DDR überhaupt über die Weiterentwicklung der sozialistischen Utopie, über ihre «Zähmungsfunktion» in der Moderne nachgedacht wurde, dann war das Anfang der 1960er Jahre. Das «Neue Ökonomische System der Planung und Leitung» hielt für die Verantwortlichen in der Wirtschaft mehr Vertrauen und mehr Entscheidungsbefugnisse bereit (vgl. Roesler 1990). Ein Passierscheinabkommen und eine Amnestie (z. B. für den seit 1957 inhaftierten Philosophen Wolfgang Harich) dienten der politischen Entspannung. Der Chemiker Robert Havemann hielt 1963/64 an der Humboldt-Universität zu Berlin seine legendäre Vorlesungsreihe «Naturwissenschaftliche Aspekte philosophischer Probleme». Wichtige parteipolitische Dokumente und Entscheidungen (z. B. die Gründung des Jugendradiosenders DT 64) stellten die Gleichberechtigung der Geschlechter und den Umgang der Alten mit den Jungen auf den Prüfstand. Die Soziologie, die bis dahin eine Art Schattendasein zwischen Ökonomie und Philosophie geführt hatte, wurde in den Rang einer institutionalisierten Wissenschaft erhoben. Von 1964 an, allerdings nur bis 1979, gab es das Institut für Meinungsforschung (vgl. Steiner 2005: 230 f.). Früher als in westeuropäischen Ländern und auch früher als in anderen sozialistischen Ländern, aber zeitgleich mit den nordischen Ländern wurde in der DDR ein hoch angebundenes «Gremium zur wissenschaftlichen Analyse der Lage der Frauen» gegründet (vgl. Schröter/Ullrich 2005: 9). Ob die dort geleistete Arbeit «Frauenforschung» heißen darf, blieb umstritten. Unbestreitbar ist aber, dass die bis Anfang 1990 regelmäßig erschienenen Informationshefte dieses Gremiums einen bis

heute verlässlichen Einblick in «Größe und Grenzen der DDR-Frauen- und Familienpolitik» (ebd.: 17) gestatten.

Im gleichen Zeitraum entstanden Spielfilme, die (nun endlich) auf die Überwindung des Stalinismus zielten. Die DEFA-Leute wollten mit ihren Filmen nicht nur Veränderung abbilden, sondern Veränderung bewirken (vgl. Kohlhaase 1958), etwa mit Egon Günthers «Wenn Du groß bist, lieber Adam», mit Frank Vogels «Denk bloß nicht, ich heule», mit Herrmann Zschoches «Karla» oder mit Kurt Maetzig «Das Kaninchen bin ich» (alle Filme 1965).

Aus der Tatsache, dass spätestens im Dezember 1965 mit vielen der hoffnungsvollen Ansätze Schluss gemacht wurde (Chruschtschow war schon 1964 entmachtet worden, Havemann hatte schon 1964 seinen Lehrstuhl verloren), dass Kunstwerke verboten wurden, dass Kommunikés der Parteiführung zu Worthülsen verkamen, sollte nicht geschlossen werden, dass diese Ansätze zu vergessen sind. Ich möchte im Folgenden an vier solcher Ereignisse bzw. Texte erinnern.

Erstens. Das «Frauenkommuniqué». Das Kommuniqué des Politbüros des Zentralkomitees der SED vom 23. Dezember 1961 mit dem Titel «Die Frau – der Frieden und der Sozialismus» machte ganz vorsichtig auf patriarchale Strukturen in der DDR aufmerksam (vgl. Alles für ... o.J.: 89–97). Obwohl der Titel bewusst an August Bebel's Buch «Die Frau und der Sozialismus» anschloss, stellte dieses Kommuniqué die Bebel'sche Auffassung von Gleichberechtigung als Heranführen der Frauen an Männerniveau infrage. Lotte Ulbricht ließ in der Folgezeit (solange man sie ließ) keine Gelegenheit ungenutzt, um öffentlich zu betonen, dass dieses Frauenkommuniqué vor allem für Männer geschrieben sei, weil vor allem Männer sich ändern müssten. Offensichtlich hatte sie diesbezüglich seit den 1940er Jahren viel gelernt, denn auf der 1. Parteikonferenz der SED im Dezember 1948 war sie (mit Bezug auf Lenin) noch eine leidenschaftliche Gegnerin feministischen Gedankengutes gewesen (vgl. Ulbricht 1968: 30 f.) und hatte im *Neuen Deutschland* vom 2. Dezember 1948 noch die rhetorische Frage gestellt: «Seit wann gibt es in der Partei Männer- und Fraueninteressen?» (Vgl. ebd.: 25)

Inzwischen stand sie hinter einem Kommuniqué – vielleicht war sie Mitverfasserin –, das Frauen sowohl in mittleren und leitenden Funktionen als auch in technischen Berufen vermisste (Alles für ... o.J.: 93). «Die Hauptursache dafür ist die bei vielen – besonders bei Männern, darunter auch leitenden Partei-, Staats-, Wirtschafts- und Gewerkschaftsfunktionären – noch immer vorhandene Unterschätzung der Rolle der Frau in der sozialistischen Gesellschaft.» (Ebd.: 92) «Oftmals werden Frauen, die bereits leitende Funktionen ausüben, ohne Rücksicht auf ihre Pflichten als Mutter und Hausfrau mit einem Übermaß an Arbeit belastet. Man verlangt von ihnen oft mehr als von einem Mann in der gleichen Funktion.» (Ebd.: 93) Bezogen auf Betriebe als soziale Orte ist im Kommuniqué formuliert: «Niemand darf zulassen, dass Versorgungseinrichtungen in den Betrieben eingeschränkt oder gar aufgelöst werden.

Wo solche Maßnahmen getroffen worden sind, soll eine Korrektur erfolgen [...]. So wäre es zum Beispiel eine große Erleichterung für die berufstätigen Frauen, wenn die Betriebe die Abgabe der Wäsche, das Ausleihen hochwertiger Reinigungsgeräte und das Bestellen von «Heinzelmännchen» usw. organisieren würden.» (Ebd.: 97)

Als zwei Jahre nach Erscheinen des Kommuniqués Bilanz gezogen wurde, gab es kleine Erfolge zu verzeichnen: In einigen Wohngebieten waren Annahmestellen für Textilreinigung entstanden, in anderen hatten sich «Friseur-Genossenschaften» dazu verpflichtet, den Kindern im Kindergarten die Haare zu schneiden und auf diese Weise den Müttern den Gang zur Genossenschaft zu ersparen (ebd.: 79). Das machte niemanden wirklich zufrieden, sodass Inge Lange, die Vorsitzende der Frauenkommission beim Politbüro des Zentralkomitees der SED, feststellen musste: «Es lässt sich einfach nicht mit dem Charakter unserer sozialistischen Gesellschaftsordnung vereinbaren, wenn es viele Frauen noch immer schwerer haben, sich durchzusetzen, als die Männer, um in mittleren und leitenden Funktionen am Aufbau des Sozialismus teilzunehmen.» (Ebd.: 8)³⁴

Zweitens. Der erste DDR-Frauenkongress. In den 1960er Jahren – weder davor noch danach – fanden in der DDR zwei zentrale Frauenkongresse statt, die möglicherweise die Auflösung des DFD einläuten sollten (vgl. Schröter 2009: 41 ff.). Hier soll nur auf den ersten Kongress im Juni 1964 eingegangen werden, weil nach meiner Kenntnis nur im Umfeld dieses Kongresses Probleme und Konflikte offen diskutiert wurden. Auf dem zweiten Kongress 1969 dominierten die gelösten Probleme.

Der Kongress stand unter dem Motto «Die Republik braucht alle Frauen – alle Frauen brauchen die Republik». An ihm nahmen etwa 1.200 gewählte Delegierte (davon 50 Prozent DFD-Delegierte), 350 Ehrengäste aus der DDR, 103 Ehrengäste aus der Bundesrepublik bzw. Westberlin und 63 ausländische Ehrengäste aus 32 Ländern teil. Die gewollte Bedeutung lässt sich nicht zuletzt an der Präsenz in den Medien messen bzw. an den konkreten Anweisungen der SED für die Medien. So teilte die Agitationskommission beim Politbüro des Zentralkomitees der SED im Januar 1964 allen Mitgliedern der SED-Frauenkommission mit, welche Maßnahmen zur Vorbereitung des Kongresses beschlossen wurden:

«Am Mittwoch vor dem 8. März wird ein Schnitzler-Gespräch durchgeführt [...]. Es soll versucht werden, die Genossin Lotte Ulbricht für dieses Gespräch zu gewinnen [...]. In den Sonnabend-Nachmittag-Sendungen des Fernsehens soll der Vorbereitung des Frauenkongresses ein ständiger Platz möglichst zu gleichbleibender Sendezeit eingeräumt werden [...]. Es wird empfohlen, dass der Rundfunk eine analoge Sendung einrichtet [...]. Zum Kongress wird eine Sonderbriefmarke herausgegeben, da es sich um den ersten Frauenkongress der DDR handelt [...]. Es wird eine DIA-

34 Wie schwer es Inge Lange selbst hatte, sich durchzusetzen, lässt sich aus der schon erwähnten 16-jährigen Kandidatinnenzeit für das Politbüro ableiten.

Serie von etwa 12 wichtigen Frauen aus Betrieben und Landwirtschaft, Kunst und Wissenschaft, aber auch von Frauen mit politischer Funktion [...] herausgegeben, die in den Kinos laufen soll [...]. Zum gleichen Zweck wird eine Postkartenserie [...] herausgegeben [...]. Die Frauenzeitschrift *Für Dich* und die *Wochenpost* bringen unter dem Titel (oder so ähnlich) «Männer schreiben über ihre Frauen» viele Briefe von Männern, die in den Briefen darlegen, wie sie mit ihren Frauen gemeinsam arbeiten, wie sie sich gegenseitig helfen, wie sie gemeinsam lernen, wie sie sich um die Kinder kümmern usw. Der Sinn der Briefe ist, Männer dazu anzuregen, sich mit dem Leben und der Arbeit ihrer Frauen auseinanderzusetzen und sich beim eigenen Niederschreiben ihrer Gedanken darüber klar zu werden, wie ihr Verhältnis zueinander ist. Dem liegt auch die Überlegung zugrunde, dass es gut ist, wenn die Arbeit der Frau und ihre ganze Rolle und Persönlichkeit nicht immer nur von den Frauen selber, sondern durch Männer dargelegt wird. Wenn die Sache gut aufgezogen wird, kann sie großes öffentliches Interesse finden.» (SAPMO DY 30/IV/A2/17/56)

Im Zusammenhang mit der Entwicklung sozialistischer Familienbeziehungen gab es offensichtlich in jener Zeit viele Fragen. Die Kommission «Rechte der Frau» beim Präsidium des Bundesvorstandes des DFD stellte im Februar 1964 zwar fest, dass eine öffentliche Debatte um sozialistische Familienbeziehungen nun in Gang gekommen sei, vermisste aber grundlegend neue Gedanken. Schließlich müssten die familiären Fragen anders beantwortet werden als im Kapitalismus. «Die neue Literatur und Filme können einen großen Einfluss auf die Klärung der Probleme junger Menschen ausüben. Dazu ist notwendig, dass die Künstler die bestehenden Probleme darstellen und mit künstlerischen Mitteln zeigen, wie sie zu lösen sind. Nicht Sinn ist, den Konflikt darzustellen und die Lösung durch Trennung der Partner zu zeigen, sondern wie sie um die Erhaltung ihres Glücks kämpfen und wie ihnen die Gesellschaft hilft.» (SAPMO DY 30/IV/A2/17/56, Information: 3)

Die Antragskommission, die sich schon im Vorfeld des Kongresses konstituiert hatte, nahm mehr als 13.000 Anträge (1969: 895) aus der weiblichen Bevölkerung entgegen. Dabei ging es in vielen Fällen ausschließlich oder unter anderem um «bewusste Mutterschaft»: DDR-Frauen forderten nicht das Abtreibungsrecht, sondern das Recht, den Zeitpunkt ihrer Mutterschaft selbst bestimmen zu können.³⁵ Darüber hinaus thematisierten die Anträge folgende Probleme: Verbesserung der Hortarbeit und in diesem Zusammenhang die Bezahlung der Hortnerinnen, die Verbesserung des Schullebens, den Umgang mit dem «Pubertätsalter» (bzw. das Fehlen diesbezüglicher Ratgeber und Literatur), die Öffnungszeiten für «Erntekindergärten»,³⁶ spezielle Sportgruppen für Frauen, Einrichtungen für leicht erkrankte Kinder, Pflichtuntersuchungen zur Krebsvorsorge, die Neuregelung der Halbwaisenrente, Haushaltstage für alleinstehende Frauen mit Kindern, Sprechzeiten in staatlichen Einrichtungen, die

35 Auch Edwin Hörnle hatte in den 1920er Jahren von «bewusster Regelung der Geburten» gesprochen.

36 Das waren speziell für die Erntezeit eingerichtete Kindergärten in ländlichen Regionen.

Herabsetzung des Rentenalters für Frauen,³⁷ die Auszahlung der Geburtenbeihilfe als Wertgutscheine (nicht als Geld, das auch die Väter «vertrinken» könnten) und die Schaffung einer Zusatzversicherung für verheiratete Mütter mit Kleinkindern, die wirksam werden könnte, wenn die Kinder erkranken (vgl. SAPMO DY 31/042, Bericht: 35–46; SAPMO DY 30/IV/A2/17/56).

Über solche Anträge hinaus informierten die Bezirksleitungen der SED ihr Zentralkomitee, Abteilung Agitation (!), über «Frauenfragen», beispielsweise über Unzufriedenheiten mit den Ladenöffnungszeiten, mit der Warenstreuung, mit dem Angebot an Diätkost, mit dem Wahlessen in den Betrieben, mit dem Angebot an Kinderoberbekleidung und Kinderschlafanzügen, mit den hohen Fleisch- und Gurkenpreisen oder mit dem Angebot an Tierarztvorträgen. Weibliche Unzufriedenheit gebe es auch, weil die Arbeit in landwirtschaftlichen Berufen als Strafe gewertet werden würde, weil Frauen zu selten LPG-Vorsitzende seien, weil wegen der Industriepreisreform die Brötchen kleiner geworden seien, weil konfirmierte Kinder schlechtere Berufschancen hätten, weil alte Menschen zwar nach Westdeutschland ziehen, aber nicht reisen dürften (vgl. SAPMO DY 30/IV/A2/17/57).

Auch die DFD-Bezirksvorstände schrieben ihrem Bundesvorstand, welche Fragen die Frauen beschäftigten. In den Briefen heißt es zum Beispiel: «Dabei wurden solche Diskussionen geführt [...]. Es hat keinen Zweck, die Kinder zehn Jahre zur Schule zu schicken, wenn sie anschließend doch nur das Geld bekommen wie die 8-Klassen-Schüler.» Oder: «In der Diskussion sagte der Vorsitzende der LPG, Typ III, eine Frau als Vorsitzende der LPG wäre für die Männer beschämend; Frauen seien für die Technik nicht zu begeistern und schließlich hat man ja geheiratet, um eine Frau im Haus zu haben.» (SAPMO DY 31/772)

Mit den an den Frauenkongress gerichteten Anträgen und den eingereichten Dokumenten wurde unterschiedlich umgegangen: Während von vornherein feststand, dass die Anträge zur Herabsetzung des Rentenalters der Frauen, zur Auszahlung der Geburtenbeihilfe als Gutscheine und zur Schaffung einer Zusatzversicherung für verheiratete Mütter «nicht weitergeleitet» werden sollten, wurden alle Anträge zur «bewussten Mutterschaft» der Frauenkommission des Politbüros übergeben (vgl. SAPMO DY 31/772). Sie spielten auf dem Kongress offiziell keine Rolle, führten aber dazu, dass seit 1965 eine «Ministerielle Instruktion» das Abtreibungsverbot auch in sozialer Hinsicht lockerte (vgl. Ockel 2000: 32). Alle anderen Anträge erhielten die staatlichen Einrichtungen, die für das angesprochene Thema zuständig waren.

Der Wunsch der Frauen nach Teilzeitarbeit wurde nicht unterstützt, eher in Zusammenhang mit «ungenügender ideologischer Klarheit» gebracht (vgl. SAPMO DY 34/24816). Trotzdem verdoppelte sich die Teilzeitarate von 15 Prozent 1960 auf 32 Prozent 1970. Danach sank sie leicht, sodass zum Ende der DDR etwa 27 Pro-

37 Frauen konnten in der DDR mit 60 Jahren in Altersrente gehen.

zent der weiblichen «Arbeiter und Angestellten» laut Arbeitsvertrag verkürzt arbeiten; vor allem im Post- und Fernmeldewesen, im produzierenden Handwerk und im Handel (Kennziffernsammlung 1989: 66). Besonders interessiert an Teilzeitarbeit waren Frauen zwischen 25 und 35 Jahren, also in der Zeit, in der viele Frauen in der DDR ihre Kinder bekamen. Die Frauen waren fast immer verheiratet und oft hoch qualifiziert. Nicht selten stand der Wunsch des Ehemanns hinter dem Wunsch der Frau (vgl. SAPMO DY 34/24816). «Ein Teil von Frauen gibt offen zu, dass für ihre Entscheidung vor allem persönliche Interessen ausschlaggebend sind», heißt es am Schluss einer Sekretariatsvorlage der Abteilung Frauen der IG Metall und IG Textil-Bekleidung-Leder vom 25. September 1970 (SAPMO DY 34/24950). Dieses offene Bekenntnis der Frauen zum Konflikt zwischen privaten und öffentlichen Anforderungen schien zu beunruhigen. So ist in einem DFD-Dokument festgehalten: «Natürlich muss man auch die praktischen Fragen, die das Leben der Frauen betreffen, mit ihnen besprechen. Aber wir dürfen nicht dabei stehenbleiben, sondern müssen ihnen die politischen Zusammenhänge erklären [...]. Wir dürfen uns nicht passiv dazu verhalten, was in den Versammlungen herauskommt und welche Probleme im Vordergrund stehen.» (SAPMO DY 31/040 12. BV-Sitzung: 223 f.)

Kritisiert wurde in Vorbereitung des Frauenkongresses auch die «Wochenpost und andere Zeitungen», weil in ihren Artikeln die Tendenz überwiege, dass es Frauen schwer hätten, dass sie «die Lastesel des Sozialismus» seien. Natürlich dürften Beispiele gezeigt werden, wo gleicher Lohn für gleiche Arbeit nicht realisiert ist. «Aber dann muss man einige Tage danach bringen, wie das geändert wurde.» (SAPMO DY 34/24950)

Im Unterschied zu späteren Jahren, in denen schon die Begriffe «Widerspruch» oder «Konflikt» die Kritik der SED hervorriefen, wurden die Menschen in der DDR in den 1960er Jahren und insbesondere in Vorbereitung auf den ersten Frauenkongress durchaus ermuntert, Konflikte zu benennen. Dabei war allerdings die prinzipielle Lösung vorgegeben: In den Familien sollte, von der Gesellschaft unterstützt, um das Glück gekämpft werden. In den Betrieben sollten, und auch noch in kürzester Frist, frauendiskriminierende Bedingungen abgeschafft werden. Angesichts solcher Vorgaben waren die Chancen für die Frauen in der DDR letztlich gering, den Vorwurf der «ungenügenden ideologischen Klarheit» einfach zu übergehen und stattdessen die dahinterliegenden patriarchalen Strukturen zu erkennen und zu kritisieren.

Bereits Anfang März 1965, also acht Monate nach dem Kongress, mussten der Ministerrat und die Staatliche Plankommission dem Politbüro über die «Verwirklichung der Vorschläge und Empfehlungen des Frauenkongresses» berichten. Schon vorher war unter anderem festgelegt worden, dass die Hortarbeit in den Schulen gründlich zu analysieren sei und dass für einige künstlerische Berufe (z. B. für Tänzerinnen) eine zweite Berufsausbildung anzubieten sei. In dem Berichtsdokument heißt es darüber hinaus zum Beispiel (SAPMO DY 30/IV/A2/17/60, Bericht: 3 f.):

– dass mit der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik Maßnahmen eingeleitet wurden, «die sichern, dass die Aussagefähigkeit der Kennziffern, die die Qualifi-

- zierung der Frauen und Mädchen nachweisen, verbessert wird und eine bessere Kontrolle und Analyse über die Qualifizierung der Frauen gewährleistet ist.»
- «Ab 2. Halbjahr 1965 wird die volle Versorgung aller Bezirke der DDR mit löffelfertiger Kindernahrung erreicht.»
 - «Zur Erfüllung der Forderung nach kombinierbaren tischfertigen Gerichten werden noch im Jahr 1965 Espresso-Automaten importiert. Dadurch kann die Produktion von tischfertigen Gefriergerichten nahezu verdreifacht werden.»

Drittens. Der neue Umgang mit Kindern und Jugendlichen. Anfang der 1960er Jahre war eine DDR-Generation mit neuen Lebensansprüchen und mit einem neuen Bildungsniveau herangewachsen. Die Debatten auf dem VI. Pädagogischen Kongress belegen, dass die damit verbundenen Herausforderungen an die sozialistische Politik durchaus erkannt wurden. Der Kongress fand Anfang Juni 1961 statt, zwei Monate vor dem Mauerbau. Noch wurde – den offiziellen Verlautbarungen nach – auf die Wirksamkeit der Ideologie und auf die Stärkung des Abwehrwillens der Jugend gesetzt. Im zentralen Kongressreferat allerdings, das der Volksbildungsminister Alfred Lemmnitz hielt, kommt der Zusammenhang zwischen «richtigem» Wissen und «richtigem» Verhalten nur im Umkehrschluss vor. «Auf allen Foren mit Schülern wurde heftig über das Problem der Übereinstimmung der Kenntnisse der Schüler mit ihrem Verhalten im Leben diskutiert [...]. Lebensfremder und konfliktloser Staatsbürgerkundeunterricht führt zu ungenügenden Kenntnissen und zu idealisierten Vorstellungen bei den Schülern. Ein solcher Unterricht hilft ihnen nicht, sich mit den wirklichen Problemen unseres Lebens [...] auseinanderzusetzen und einen richtigen Standpunkt zu gewinnen.» (Lemmnitz 1961a: 41)

Im Mittelpunkt vieler Kongressbeiträge standen die beiden aktuellen Bildungsvorhaben – die einheitliche polytechnische Bildung und die Zehn-Klassen-Schule – sowohl im Hinblick auf ihre emanzipatorische Bedeutung als auch auf ihre aktuellen Schwierigkeiten. Zu Letzteren gehörte, dass Anfang der 1960er Jahre ein Schulbesuch bis zur 10. Klasse durchaus nicht für alle Kinder und deren Eltern selbstverständlich war. Im Referat des Ministers ist von einer Bereitschaft von 81 Prozent die Rede (ebd.: 21). Vor allem in Berlin galt in vielen Familien ein achtjähriger Schulbesuch als ausreichend. Und diese Auffassung wurde auch von Betriebsleitungen, die Arbeitskräfte suchten, unterstützt (Lemmnitz 1961b: 15).

Gleichzeitig ließ Alfred Lemmnitz keinen Zweifel daran, dass es 1961 auch in der DDR um eine neue Qualität in Bildung und Erziehung ging. Vor allem in der Volkammer, wo er Ende Juli den Kongress auswertete, sprach er mit großer Offenheit davon, dass «unsere Schule» den Anforderungen, die die Gesellschaft an sie stellt, nicht entspricht» (Lemmnitz 1961c: 5).

Die «falsche Tendenz» sei zu überwinden, dass die Kinder sich lediglich mit der Umgebung auseinandersetzen sollten und dabei – nebenbei? – Lesen, Schreiben und Rechnen lernen. Auch die Defizite im Fremdsprachenunterricht kamen in dem Referat

rat zur Sprache. Obwohl die Kinder vier oder sechs Jahre Russischunterricht hätten, seien sie nicht in der Lage, sich auf Russisch zu unterhalten. Aus heutiger Sicht fällt auf, dass ähnliche Themen Anfang der 1990er Jahre im Zusammenhang mit dem Qualifizierungsbedarf und den -bedürfnissen von ostdeutschen Fremdsprachenlehrer*innen diskutiert wurden (vgl. Banos 1993).

Vor der Volkskammer thematisierte der Minister auch fehlende materielle Voraussetzungen für einen reibungslosen Schulunterricht. Das Schulbauprogramm sei nur zu 75 Prozent erfüllt worden. Die einfachsten Materialien würden fehlen. «In Teterow wurde [...] festgestellt, dass die Schüler keine Schreibhefte haben und nach Westdeutschland schreiben und um Hefte betteln.» (Lemnitz 1961c: 29 f.)

Ausgangspunkt aller Überlegungen zur Erziehung war der sogenannte Karin-Brief, in fast allen Kongressdokumenten erwähnt und später – wie es scheint – aus dem kollektiven Gedächtnis der DDR gestrichen. Auch Kurt Hager bezog sich in seinem Diskussionsbeitrag auf diesen Brief (Hager 1961: 291). Ein 14-jähriges Mädchen hatte an die *Deutsche Lehrerzeitung* geschrieben und den Verdacht geäußert, dass das, was in der Schule über den Sozialismus erzählt wird, nicht wahr sein könne. Denn Karins Mutter – SED-Mitglied – lese Westschmöker und kaufe in Westberlin ein. Dieser Brief, den manche (das betonte der Minister mehrfach) für eine Erfindung der Zeitungsredaktion oder des Volksbildungsministeriums hielten, war im Vorfeld des Kongresses veröffentlicht worden und hatte heftige Debatten über die Wirksamkeit der sozialistischen Erziehung in der Schule ausgelöst.

Erwähnenswert, dass es im selben Zeitraum eine öffentliche Diskussion aus Sicht der Eltern zu diesem Thema gab. In der Zeitschrift *Wochenpost* wurden Meinungen von Leser*innen veröffentlicht, die unter dem Titel «Unsere Tochter macht uns Sorgen» standen. Dass es in beiden Fällen Mädchen waren, die die Debatte ausgelöst hatten bzw. im Mittelpunkt der Debatte standen, fiel offensichtlich niemandem auf. Auf dem Kongress zumindest wurde die Geschlechterfrage nicht thematisiert.

Alfred Lemnitz stellte in diesem Zusammenhang die Frage, «ob wir die Jugend wirklich kennen» (Lemnitz 1961a: 49) und befand sich damit in ideeller Nähe zu Kulturschaffenden, die in diesem Zeitraum zum Beispiel den Film «Karla» drehten.

Im Rückblick darf die Tatsache nicht übersehen werden, dass Lemnitz sich mit dieser Einschätzung auch auf dem Boden der derzeitigen offiziellen SED-Politik befand, denn er konnte sich auf ein Kommuniqué des Politbüros der SED vom 7. Februar 1961 beziehen, das später – genauso wie der Karin-Brief – konsequent beschwiegen wurde, noch konsequenter als das zwei Jahre später erschienene Jugendkommuniqué des Zentralkomitees der SED (vgl. Dokumente zur Jugendpolitik 1965). In diesem ersten «Sorgenpapier» der Parteiführung, das am 11. Februar 1961 im *Neuen Deutschland* veröffentlicht wurde, fanden die Konflikte der jungen Menschen in der DDR – Generationenkonflikte – ausdrücklich Erwähnung. Geradezu beschwörend wandte sich der Minister, nicht zuletzt in seinem Schlusswort, an die Kongressteilnehmer*innen, die Mängel in der Erziehung nicht zu vertuschen oder

schönzufärben. Vertrauen zwischen den Kindern und dem Lehrer (sic), aber auch zwischen der Schule und den Eltern seien wichtiger als strenges Durchgreifen. Die Verbindung von Schule und Leben sei eben mehr als Unterrichtstage in der Produktion. Es gehe darum, die Erscheinungen ernst zu nehmen, die dem gegenwärtigen gesellschaftlichen Prozess eigen seien (vgl. Lemnitz 1961d).

Dieser Prozess – so können die Dokumente interpretiert werden – trug einem veränderten Anspruchsniveau der Kinder und Jugendlichen Rechnung. Jetzt ging es um junge Menschen, die nicht mehr in erster Linie durch Krieg und Nachkriegsnot geprägt waren und die die Chancen der neuen Zeit nutzen wollten. Das führte dazu, dass sich in der pädagogischen Debatte Vorstellungen von Selbstständigkeit, Selbsttätigkeit, Selbsterziehung und damit korrespondierende Auffassungen von Individualitätsentwicklung an die Öffentlichkeit wagten. Im Privaten, zumindest dort, wo die Mutter berufstätig war, galten Kinder in jener Zeit ohnehin schon als ernst zu nehmende Familienmitglieder, die mit anspruchsvollen Aufgaben betraut werden konnten bzw. mussten.

Auch die auf dem Kongress geführte Debatte um das Recht der jungen Generation auf Zweifel spricht für ein neues Nachdenken über den Umgang mit Kindern. Der einzige auf dem Kongress anwesende Vertreter der westdeutschen Lehrerschaft Herbert Langner hatte sich in seinem Diskussionsbeitrag für dieses Recht ausgesprochen. Er verstand nicht so recht die Aufregung, die es um den Karin-Brief gab, und hielt es für selbstverständlich, dass die jungen Menschen durch eine Periode des Zweifelns hindurchmüssten. Aber in der DDR war die Situation anders als in der Bundesrepublik. Hier konnten Zweifel zur Republikflucht führen und so zum existenziellen Problem werden. Die Kehrseite dieser Überlegung, dass die Probleme auch existenziell werden könnten, wenn den Jugendlichen das Recht auf Zweifel abgesprochen wird, stand ganz offensichtlich im Raum. Deshalb äußerte der Minister selbstkritisch: «Wir dürfen [...] nicht verschweigen, dass wir es noch nicht verstanden haben, alle Schüler so zu erziehen, dass sie ihre Lebensaufgabe darin sehen, den sozialistischen Aufbau in unserer Republik mit zu vollenden.» (Ebd.)

Das bereits erwähnte und im September 1963 breit publizierte Jugendkommuniqué des Zentralkomitees der SED mit dem Titel «Der Jugend Vertrauen und Verantwortung» unterstützt die Vermutung, dass Anfang der 1960er Jahre in der DDR neu über Kinder und Jugendliche nachgedacht wurde. Es galt als parteipolitische Grundlage für ein neues Jugendgesetz, das im Mai 1964 verabschiedet wurde.³⁸ Während bereits im vorausgegangenen Jugendgesetz von 1950 das Recht auf Arbeit, auf Bildung, auf Erholung und auf sinnvolle Freizeitgestaltung verankert war, ging es

38 Der exakte Titel lautet: Gesetz über die Teilnahme der Jugend der Deutschen Demokratischen Republik am Kampf um den umfassenden Aufbau des Sozialismus und die allseitige Förderung ihrer Initiative bei der Leitung der Volkswirtschaft und des Staates, in Beruf und Schule, bei Kultur und Sport. Jugendgesetz der DDR vom 4. Mai 1964.

im neuen Gesetz auch um die eigenen Initiativen der Jugend, um ihren Anteil an der sozialistischen Gemeinschaftsarbeit, um ihre eigene Verantwortung für heute und morgen. Aus heutiger Sicht nicht hoch genug zu schätzen – das Jugendgesetz von 1964 schrieb nicht nur Gleichberechtigung zwischen den Geschlechtern, sondern auch zwischen den Generationen fest: «Sozialistische Jugendpolitik in der Deutschen Demokratischen Republik bedeutet [...], die Beziehungen zwischen Mädchen und Jungen sowie zwischen Alt und Jung auf der Grundlage menschlicher Anerkennung und des Grundsatzes der Gleichberechtigung zu gestalten.» (Dokumente zur Jugendpolitik 1965: 31) Worum in der bundesrepublikanischen Öffentlichkeit im Gefolge der 68er-Bewegung mühsam und konfliktträchtig gerungen wurde, nämlich um Augenhöhe zwischen den Generationen – in der DDR wurde es 1964 Gesetz. Immerhin Gesetz, wenn auch nicht lange gültig, wenn auch nie gesellschaftliche Realität.

Hier lohnt es sich, einen Moment innezuhalten und mit dem Wissen von heute auf diese Zeit zurückzublicken.³⁹ Es ist leicht vorstellbar, dass die mit den Kommunikés und mit dem Jugendgesetz beabsichtigte Kinder- und Jugendpolitik Befürchtungen ausgelöst hat, die «führende Rolle der Partei» betreffend. Die führende Rolle der Partei wurde als führende Rolle der Arbeiterklasse interpretiert und gehörte seit Lenin zum sozialistischen Konzept. In der Praxis ging sie einher mit der führenden Rolle von Männern und von Älteren, ohne dass die Verquickung zwischen Klassen-, Geschlechter- und Generationenverhältnissen offen debattiert worden wäre. Die Aufforderung an die Jugend, selbst zu denken, die eigenen Zweifel laut auszusprechen, sich den Älteren gegenüber gar als gleichberechtigt zu empfinden – das stellte die führende Rolle der Partei infrage.

Insofern wird verständlich,

- warum Alfred Lemnitz schon zwei Monate nach der Veröffentlichung des zweiten Jugendkommunikés die Funktion des Ministers für Volksbildung an seine Stellvertreterin Margot Honecker (1927–2016) übergab. In seiner Autobiografie spricht er von gesundheitlichen Problemen, für die Verständnis gezeigt wurde, aber auch von einer Entscheidung, die für ihn schmerzlich war (Lemnitz 1985: 261). Auch Margot Honecker vermied in ihrem Rückblick auf die DDR-Volksbildung eine klare Aussage zu diesem Thema. Lemnitz sei nach der Volkskammerwahl 1963 aus dem Ministerrat ausgeschieden, zusammen mit dem herzkranken Maron und mit dem 75-jährigen Burmeister (Honecker 2012: 33). Lemnitz aber war erst 58 Jahre alt und nicht herzkrank.
- warum das zentrale Referat für den VI. Kongress im Unterschied zu den Hauptreferaten der acht anderen Pädagogischen Kongresse nicht als offizielles DDR-Dokument in den infrage kommenden Archiven vorliegt. Zwar wurde auch 1961 eine Kongressdokumentation veröffentlicht, in der beispielsweise die «Empfehlungen

39 Anregungen zu dieser Textpassage verdanke ich Prof. Klaus Korn, der in der hier betrachteten Zeit maßgeblich an pädagogischen Debatten beteiligt war und mir 2014 bereitwillig Auskunft gab.

für die Schule», die vom Kongress verabschiedete «Politische Willenserklärung», auch Teile der Diskussion und das Schlusswort des Ministers enthalten sind – aber nicht das Hauptreferat. Wer sich über den Wortlaut des Referats, über die Beifallsbekundungen, über die von den Delegierten und Gästen gesungenen Lieder, überhaupt über die Atmosphäre auf diesem turbulenten Kongress sachkundig machen will, muss das stenografische Protokoll, das für jeden Kongresstag angefertigt wurde, lesen.

- warum das 11. Plenum des Zentralkomitees der SED im Dezember 1965 (drei Monate nach den Randalen von Jugendlichen im Gefolge eines Rolling-Stones-Konzertes in der Westberliner Waldbühne) die Jugendkommunikés des Politbüros de facto zurücknahm und die jugendpolitische Kompetenz von Walter Ulbricht infrage stellte (vgl. Podewin 2010). Der Roman «Spur der Steine» von Erik Neutsch (1931–2013), der im zweiten Jugendkommuniké der DDR-Jugend ausdrücklich empfohlen wurde wie andere Bücher, «in denen die Konflikte unseres Lebens wahrhaftig und optimistisch gestaltet sind» (Dokumente zur Jugendpolitik 1965: 90), wurde nach dem 11. Plenum in seiner Verfilmung (1966, Regie: Frank Beyer) verboten.
- warum vom Jugendgesetz 1964 in den folgenden Jahren keine Rede mehr war. So kommen zum Beispiel in der DDR-Publikation «Geschichte der Erziehung» weder die beiden Jugendkommunikés noch das Jugendgesetz von 1964 vor (vgl. Günther u. a. 1987).

Im Unterschied zum Jugendgesetz von 1964 passte das «Gesetz über das einheitliche sozialistische Bildungssystem der DDR» vom 25. Februar 1965 auch nach dem 11. Plenum noch gut in die politische Landschaft und wurde folglich im oben genannten Geschichtsbuch ausführlich gewürdigt. Hier ist bereits in der Präambel die Rede davon, dass die ganze Liebe und Fürsorge des Staates der jungen Generation gehört, und in Paragraph 7, dass den Eltern bei der Erziehung ihrer Kinder geholfen wird. Das veränderte Anspruchsniveau der jungen, in der DDR herangewachsenen und gebildeten Menschen, ihr Wunsch nach Mitsprache und Selbsterziehung sowie ihr Recht auf Zweifel wurden mit Fürsorglichkeit des Staates überdeckt. Zweifellos sind «Liebe und Fürsorge des Staates» besser als Kinderarmut und Jugendarbeitslosigkeit, zweifellos sind die hier erneut festgeschriebenen Prinzipien der Schulpolitik – Einheitlichkeit, Staatlichkeit, Wissenschaftlichkeit – auch aus heutiger Sicht wichtig. Aber bezüglich der Erziehungsintentionen und des Umgangs der Erwachsenen mit den Kindern und Jugendlichen trug das Gesetz wohl eher zu den späteren Ausreisewünschen der jungen Generation bei.

Dazu die Freundin Anita: «Während des Studiums am Institut für Lehrerbildung Leipzig in den Jahren 1957 bis 1960 beschäftigten uns natürlich die pädagogischen Theorien. Unsere Dozenten – teils aus den Neulehrern hervorgegangen – waren in der Mehrzahl aufgeschlossen, ließen Fragen und kritische Gedanken zu und stempelten Zweifler nicht als «Staatsfeinde» ab. Damit erreichten sie wohl, dass auch wir Studen-

ten mehrheitlich vom Bildungssystem der DDR überzeugt und bereit waren, für die Verwirklichung dieser Bildungs- und Erziehungsziele zu arbeiten. Viel Wert wurde dabei auf die Einheit von Bildung und Erziehung gelegt, wobei zu dieser Zeit noch die Erziehung zu allgemein-menschlichen ‹Tugenden› wichtig war und Übertreibungen in Richtung ‹sozialistischer› Erziehung noch als schlechte Beispiele angeführt wurden. [...] Dass ich 1968 dennoch den Beruf wechselte, hatte letztendlich mit einem einschneidenden Erlebnis mit einem Kollegen zu tun, von dem wir eigentlich erst erfuhren, als ‹alle Messen bereits gesungen› waren.

Es handelte sich um einen Russischlehrer, fachlich kompetent, beliebt bei Schülern und Kollegen, ehemaliges Mitglied des Nationalkomitees Freies Deutschland (er hatte Russisch in der Sowjetunion gelernt), kritisch und offen – auch gegenüber seinen Schülern. Heute würde ich sagen, ihm lag die Erziehung zu selbstständig denkenden Menschen am Herzen. Er hatte in einer hochnotpeinlichen Befragung vorm Stadtschulrat gesagt, dass er ‹die Partei nicht liebe›. Er erkenne ihre führende Rolle an und achte ihre Politik, aber unter ‹Liebe› verstünde er etwas anderes. Daraufhin wurde ihm – und uns – mitgeteilt, dass er nicht mehr als Lehrer arbeiten könne, da der Lehrer laut Schulgesetz die Kinder zur Liebe zur Partei erziehen müsse. Was er nicht könne, wenn er die Partei selbst nicht liebe. Fristlose Entlassung! Und Theaterdonner über das gesamte Kollegium, das diesen Schädling nicht selbst entlarvt hatte und ihn sogar noch verteidigte (das waren allerdings nicht allzu viele). Nebenbei sei bemerkt, dass der Kollege vor Gericht in zweiter Instanz Recht bekam; er musste wieder eingestellt werden – worauf er großzügig verzichtete. Jedenfalls gab dieses Erlebnis für mich den Ausschlag, mich nach einer anderen Arbeit umzusehen.» (GP Anita)

Viertens. Ein Literatur-Beispiel. Es geht um das Kapitel ‹Schalmeientwist› in Irmtraud Morgners Roman ‹Rumba auf einen Herbst›, dessen Veröffentlichung in der DDR verboten worden war (vgl. hier und im Folgenden Kaufmann 2015): Der 17-jährige Benno hält es mit seinem Vater, einem alten Arbeiter und Kommunisten, nicht mehr aus. Der Vater hatte seine Hoffnung ganz auf Benno, den jüngsten seiner drei Söhne, gesetzt. Der eine war im Krieg umgekommen, der andere war ihm durch seine Orientierung auf die Wissenschaft fremd geworden. Nun also soll Benno in jeder Hinsicht sein Erbe antreten. Das charakterisiert Benno mit den Worten: ‹Jugend ist für ihn ’n Batzen Lehm zum Kneten.› (Morgner 1992: 137) Der Vater hatte in seiner revolutionären Jugend Schalmei gespielt, das Instrument, das in der kommunistischen Bewegung vor 1933 besonders beliebt war. Nach 1945 war die Schalmeientradition von der FDJ wieder aufgenommen worden. Der Sohn aber lehnt dieses Instrument vehement ab und begeistert sich für die Trompete. Auf ihr spielt er während einer Elternversammlung der Schule das alte Arbeiterlied ‹Wann wir schreiten Seit’ an Seit’› nach Art des Twists, der um 1962 als Musik- und Tanzvariante aus dem Westen besonders beliebt war. Das kränkt den Vater persönlich so stark, dass er den Sohn ohrfeigt. Nach Ansicht des Vaters habe er das traditionsreiche Arbeiterkampff-

lied verunglimpft. Dem Sohn dagegen geht es um die Vereinigung von Traditionen der unterdrückten Schwarzen einerseits und der Arbeiterbewegung andererseits. Aber darüber wie über vieles andere sei mit dem Vater nicht zu reden.

Die Ohrfeige bringt das Fass zum Überlaufen. Der Sohn kommt nachts nicht nach Hause. Der Vater sucht ihn, anfangs wütend, allmählich immer besorgter. Bei dieser Gelegenheit durchdenkt er sein eigenes Leben und seine Haltung zunehmend kritisch. Er merkt, dass er von seinem Sohn wenig weiß. Seit Langem erzählt der ihm fast nichts mehr. Der Vater sucht das Zimmer des Sohns auf, entdeckt das Foto eines Bärtigen (Fidel Castro) über dem Bett und ahnt, dass auch der Sohn revolutionäre Ideale hat. Er stößt auf das Tagebuch Bennos und liest (mit schlechtem Gewissen) darin, was den Sohn beschäftigt und was er über ihn, den «Old Pap», denkt. So erfährt er vom lebhaften Liebesleben des Sohnes, auch davon, dass er Spanisch lernt. Er erfährt, dass Benno eigentlich Naturwissenschaften studieren möchte, aber auch weiß, dass der Vater Vorbehalte gegenüber Studierten hat. Als Musiker ist er, wie die Vertwistung des Arbeiterlieds zeigt, kreativ. Er möchte aus dem kubanischen Revolutionsmarsch, nach dem man «marschieren und tanzen» könne, eine Rumba machen.

Der Vater beginnt zu begreifen, dass es sich bei Benno nicht um einen «verlorenen Sohn» handelt. Am Ende findet er die lakonische Nachricht des Sohnes, er habe die Vorwürfe satt und bewerbe sich in einer anderen Stadt um Arbeit. Der Sohn geht also seinen Weg, der Vater wird nicht umhinkommen, sich genauer mit diesem Weg zu befassen.

Ohne Druckerlaubnis schien der Roman «Rumba auf einen Herbst» zunächst verloren. Fast zehn Jahre später, als Generationskonflikte unterschiedlicher Art in der DDR-Belletristik behandelt wurden, montierte die Autorin beträchtliche Teile des «Rumba»-Textes in die groß angelegte fantastische Romankomposition «Leben und Abenteuer der Trobadora Beatriz nach Zeugnissen ihrer Spielfrau Laura» (1974) ein. Über den «Trobadora»-Roman verteilt finden sich sieben Abschnitte, die mit dem Vermerk versehen wurden: «Darin nachzulesen ist, was die schöne Melusine im Jahre 1964 aus dem Roman «Rumba auf einen Herbst» von Irmtraud Morgner in ihr 35. Melusinisches Buch abschrieb.» So wird siebenmal hintersinnig auf einen Roman verwiesen, der für die Öffentlichkeit nicht existierte (vgl. Kaufmann 2015: 106–109).

3.3.3 «Geht doch nach drüben!»

An diese Aufforderung können sich alle erinnern, die in den Protestjahren um 1968 in der damaligen Bundesrepublik aktiv waren, ob sie zu den «alternativen Ökonomen» gehör(t)en, zu den feministisch oder kommunistisch oder maoistisch oder trotzkistisch Eingestellten oder einfach zu den rebellischen Jugendlichen. «Das «Geht doch nach drüben» kam wie ein Reflex» (Hauck 2006: 22) und sollte wohl jede weitere Debatte erübrigen. Das heißt aber auch, es wurde unterstellt, dass die jugendliche Unzufriedenheit im Westen mehr sei als eine pubertäre Rangelei, dass letztlich das

Vorbild im Osten dahinterstecke. So, wie die gefüllten Schaufenster des Westens für viele Ostdeutsche das Motiv zum «Abhauen» in den Westen geliefert hatten.

Über die weltweiten, nicht nur westdeutschen Rebellionen der jungen Leute um das Jahr 1968 herum ist viel und aus sehr unterschiedlichen Blickwinkeln geschrieben und gesprochen worden, nicht nur in sozialwissenschaftlicher Literatur, auch in belletristischer. Mit Bezug auf einen Vortrag des weltbekannten Soziologen Immanuel Wallerstein aus dem Jahr 1988 kommen die Historiker Peter Birke und Bernd Hüttner zu dem Schluss, dass «aus heutiger Warte [...] ‹1968› als letzte und gleichwohl vertane Chance für einen demokratischen Sozialismus angesehen [werden muss]» (Birke/Hüttner 2008: 13). Unbestritten, dass die politischen Jugendproteste auch eng verbunden waren mit neuen Auffassungen von Sexualität⁴⁰ und mit einer internationalen Jugendkultur, die sich nicht oder wenig um den Kalten Krieg scherte: Joan Baez, Bob Dylan, die Beatles, Jimi Hendrix. Ebenfalls unbestritten, dass aus der Jugend- und Studentenbewegung, zumindest in der alten Bundesrepublik, die sogenannte Zweite Frauenbewegung erwuchs, die Ende der 1980er Jahre immerhin 7,5 Prozent der bis 1945 geborenen und 15,5 Prozent der nach 1945 geborenen Frauen an sich band (Cornelissen 1993: 327). «Denn die Studentinnen merkten, dass ihre männlichen Kommilitonen zwar nach außen antiautoritäre Verhaltensmuster forderten, sich selbst aber im Innenbereich [...] recht autoritär verhielten [...]. Frauen durften die Flugblätter abtippen, Kaffee kochen und die Kinder während der öffentlichen Aktionen betreuen.» (Nave-Herz 1993: 66)

«Es war die Zeit der antiautoritären Bewegung. Überall wurde aufgeräumt: an den Universitäten mit dem Muff von 1.000 Jahren unter den Talaren der Autoritätsfiguren, in der Politik wurde mit der Großen Koalition und ihren großen Politikern Schluss gemacht im Rahmen einer außerparlamentarischen Opposition, international war die Autorität der USA durch deren Kriegsführung in Vietnam an den Pranger geraten [...]. Das Besondere dieser Bewegungen war, dass persönliche Lebensformen als politisch erkannt wurden.» (Müller 1991: 136)

Nach Marianne Hochgeschurz gab es in der westdeutschen Frauenbewegung von Anfang an zwei Bewegungsflügel, zum einen den Flügel der Mittelschichtsfrauen, die unter anderem mit Selbsterfahrungsgruppen, mit alternativer Frauenkultur oder mit der weiblichen Perspektive auf Kunst und Wissenschaft auf die Rolle der Frauen in der Geschichte aufmerksam machten; zum anderen den Flügel, der den Kampf gegen Frauendiskriminierung in den politischen Herrschaftsstrukturen auf die Tagesordnung setzte und später mit dem «Marsch durch die Institutionen» um Gleichstellungspolitik, um Frauenquoten, um Frauenrechte in Parteien und Gewerkschaften kämpfte. «In beiden Flügeln gab es jedoch immer auch ‹Ideologinnen›, die die ‹Geradlinigkeit› dem ‹Kreis in der Bewegung› vorzogen.» (Hochgeschurz 1995: 161)

40 Das Neue konnte auch eine Rückbesinnung auf alte Auffassungen sein. Zudem gab es seit 1961 in der BRD die Pille.

Meine Freundin Christiane erinnert sich: «Kaum bin ich Studentin an der Freien Universität, wird mein Kommilitone Benno Ohnesorg erschossen – von dem Polizisten Kurras, am 2. Juni 1967. Bei uns entwickelte sich eine ohnmächtige Wut. Zunächst hieß es, die Studenten hätten vorher einen Polizisten ermordet, aber das ist dann widerlegt worden. Die Wut richtete sich auch gegen die *Bild*-Zeitung. Die Springer-Presse hat mehr gegen uns gehetzt als alle anderen. Knapp ein Jahr später, Ostern 68, wird Rudi Dutschke, der immer furchtbar verquast im SDS-Jargon [Jargon des Sozialistischen Deutschen Studentenbunds] daherredete, aber den ich in seinem Engagement doch sehr mochte, durch Schüsse von Josef Bachmann lebensgefährlich verletzt.⁴¹ Die Studentinnen und Studenten zogen durch die Straßen und riefen: «*Bild* hat mitgeschossen.» Wir konnten und wollten nicht zur Tagesordnung übergehen, «sprengten» Vorlesungen, wollten diskutieren über alles, was uns so umtrieb: Die Morde und Mordversuche an unseren Mitschülern, die nicht aufgearbeitete Nazi-Vergangenheit, den Krieg der Amerikaner in Vietnam (schon am Gymnasium hatten wir rebelliert: Wir wollen nichts über den Dreißigjährigen Krieg wissen, wir wollen wissen, was die Amerikaner in Vietnam zu suchen haben), die Notstandsgesetze, die konservative Unipolitik («Unter den Talaren der Muff von 1.000 Jahren») usw. Der Vietnamkongress von 1968 mit der anschließenden Demo von Zigtausenden aus Deutschland und Europa war wunderbar. Ich war glücklich. Und doch sehe ich ihn heute noch vor mir, den Baukran an der TU [Technischen Universität] am Ernst-Reuter-Platz: Arbeiter, von denen wir hofften, dass sie auch «rebellisch» werden, hatten hoch auf dem Kran, unter dem Himmel von Berlin, ein Transparent gehisst: «Lasst Bauarbeiter ruhig schaffen – kein Geld für langbehaarte Affen!» Wusch.

Die Administration der «Freien» Universität Berlin [FU] zeigte ihren Studentinnen und Studenten schon bald, was 'ne Frontstadt-Harke ist. Hunderte wurden relegiert, sprich rausgeschmissen. Ich hab' mich selbst angezeigt. Selbstanzeiger wurden für zwei Semester relegiert. [...] Später wurde ich Maoistin. Wir haben gegen die Sowjetunion «und ihren treuen Vasallen», die DDR, gekämpft. Aus unserer damaligen Sicht wurde nur in China der «richtige» Kommunismus aufgebaut [...]. Noch später kam ich zum Feminismus. Wir haben um die Abschaffung der Leichtlohngruppen gekämpft, Solidarität mit Heinze-Frauen⁴² war auch ein Thema. Meine Hinwendung zum Feminismus hatte viel damit zu tun, dass ich nach den Geburten der Kinder Hausfrau war und mich völlig isoliert fühlte. Die nächste Krippe war weit weg, und Krippen hatten außerdem einen schlechten Ruf, galten als Verwahranstalten [...]. Heute werden die Alt-68er gern belächelt.» (GP Christiane)

Nicht nur das. Es scheint, so meint zumindest Oskar Negt im Rückblick auf die 68er, dass alle ungelösten Probleme der Gesellschaft den 68ern angelastet werden.

41 An den Folgen dieser Verletzungen starb er Ende der 1970er Jahre.

42 «Heinze-Frauen» waren Angestellte beim Fotounternehmen Heinze, die sich für gleichen Lohn einsetzten und vor Gericht 1981 in dritter Instanz Recht bekamen.

Das bedeutet aber auch, dass 1968 immer noch «ein Pfahl im Fleisch dieser nach neuer Übersichtlichkeit und verlässlicher Ordnung [...] Ausschau haltenden Gesellschaft» ist (Negt 2008: 5). Ganz in diesem Sinne konnte auch Roswitha Wisniewski noch nicht lächeln, als sie 2012 nach den 68ern befragt wurde: «Selbst aus der Ferne schockierte es mich, dass im Zuge der Studentenbewegung der Neomarxismus ausgerechnet an der FU Fuß fassen konnte. Die Stadt wurde zu einem Ort der Unruhe, der Krawalle und Großdemonstrationen. Auch vor Heidelberg machte die 68er-Bewegung nicht halt. Ich konnte keinerlei Verständnis aufbringen für Antiamerikanismus, Marxismuslob und Kritik an der sozialen Marktwirtschaft, auch nicht für die rüden Diskussionsmethoden, die vor Gewalt gegenüber dem politischen Gegner nicht zurückschreckten. In Heidelberg wurde ich selbst Zeugin von Störaktionen am Germanistischen Seminar. Lehrveranstaltungen wurden gegen den Willen der Hörer gesprengt, Klausuren verhindert, Hörsäle besetzt, Farbbeutel und Stinkbomben geworfen, die persönliche Sicherheit von Lehrkräften konnte nicht mehr gewährleistet werden. Ich entschloss mich, dagegen klare Position zu beziehen, und trat 1972 in die CDU ein.» (Zit. n. Hirsch 2012: 56)

Nach Auffassung des (Kultur-)Historikers Martin Klimke waren der Protest gegen den Vietnamkrieg und der damit verbundene Zweifel am bisherigen Amerikabild ausschlaggebend für die gesamte Bewegung. Am 2. April 1968 hatten Gudrun Ensslin und Andreas Baader aus Protest gegen den Vietnamkrieg ein Frankfurter Warenhaus angezündet. «Vietnam schuf eine Klammer, die die Friedensbewegung der 1950er Jahre [...] mit einer neuen Protestgeneration verband. Mit zunehmender Eskalation des Konflikts steigerte sich ebenfalls die Identifizierung mit Antiimperialismus, Antikolonialismus und den revolutionären Befreiungsbewegungen weltweit, dessen Repräsentanten wie die Vietcong, Che Guevara oder Mao Zedong sich zu populären Protestikonen entwickelten.» (Klimke 2008: 24f.)

In der DDR geriet das Amerikabild aufgrund des Vietnamkriegs nicht ins Wanken, es wurde bestätigt. Solidarität mit Vietnam gehörte zur Staatspolitik und passte ja auch in das duale Klassenkampfschema. Vor allem Kinder wurden aufgefordert, sich mit vietnamesischen Kindern zu solidarisieren, etwa Kleidungsstücke (das «zweite Sonntagskleid») nach Vietnam zu schicken oder Altstoffe zu sammeln, um den Erlös Menschen in Vietnam zu spenden.

Im Unterschied dazu war bei der «verstärkten Hinwendung zu den Befreiungsbewegungen der Dritten Welt und den Spätfolgen europäischer Kolonialpolitik» (Klimke 2008: 24) nicht von vornherein klar, für welches System sich die jungen Nationalstaaten entscheiden würden. Hier leistete der DFD «quasi-diplomatische Arbeit» (Hampele 1993: 299) und knüpfte die ersten Kontakte.⁴³ «In den Jahren von 1961

43 Mir ist nicht bekannt, warum das so war. Vielleicht setzte die SED-Führung auf das sprichwörtliche weibliche Gespür. Vielleicht ging sie auch davon aus, dass die Klassenfeindin nicht so gefährlich werden kann wie der Klassenfeind.

bis 1970 reisten 20 Delegationen der Frauenorganisation in neun Länder Asiens, Afrikas und Lateinamerikas, während 250 Frauenvertreterinnen aus 54 Ländern dieser Region in der DDR Gäste des Bundesvorstandes waren.» (DFD 1989:225)

Was Vietnam betrifft, so reicht die «brüderliche Verbundenheit» in manchen Fällen bis in die Gegenwart. Meine Freundin Gisela reiste 2019 nach Vietnam und konnte nicht nur an Verbindungen von damals anknüpfen, sondern sich auch davon überzeugen, dass Spuren dieser Verbundenheit noch erhalten waren: «Die Planung unserer Vietnamreise hat vor 50 Jahren begonnen, als Reinhard und seine vietnamesischen Studienfreunde Son und Tang in Halle zusammen im Internat wohnten [...]. Wir kamen [in Hanoi, U. S.] vorbei am Ho-Chi-Minh-Mausoleum, am Opernhaus, am Frauenmuseum und an einem Krankenhaus, das in den 1970er Jahren von der DDR komplett gebaut, eingerichtet und als Geschenk übergeben worden war [...]. Son hatte interessante Freunde in sein Haus zum Abendessen eingeladen [...]. Die Gäste sprachen ausgezeichnet Deutsch. Sie waren 1968 in der Gruppe junger Vietnamesen, die mit dem Zug über China und die Sowjetunion in die DDR gefahren waren, um nach einem halben Jahr Deutschunterricht an einer Universität zu studieren. Es wurde sehr viel erzählt aus der Studienzeit, und es wurden sogar deutsche Lieder aus dieser Zeit gesungen, zum Beispiel «Sag mir, wo du stehst» [...]. Am 26. April flogen wir nach Ho-Chi-Minh-Stadt, früher Saigon [...]. Unser nächster Haltepunkt war das Kriegsmuseum [...]. Sehr schrecklich sind die Bilder der Folgen des Einsatzes von «Agent Orange», das in 50-facher Konzentration als notwendig zur Beseitigung von Pflanzen versprüht wurde. Noch heute kommen Kinder mit Behinderungen auf die Welt [...]. Der Gifteinsatz begann 1962 und dauerte neun Jahre. 75 Millionen Liter Entlaubungsmittel und Unkrautvernichter wurden versprüht, um Ernten zu zerstören und um Dschungelkämpfer auf ihren Geheimpfaden aus der Luft besser sehen zu können.» (GP Gisela)

Vietnam eignete sich in der DDR also nicht als «Klammer» für Jugendproteste. Zumindest nicht in den 1960er Jahren. Probleme gab es später, als ab Mitte der 1980er Jahre Tausende junge Vietnames*innen im Schichtsystem der DDR-Betriebe arbeiteten und dennoch Fremde blieben. «Das Leben in Gemeinschaftsunterkünften, von der Bevölkerung isoliert, war ebenso wenig auf Integration ausgerichtet wie das Ziel, das materielle Los in der Heimat zu verbessern.» (Runge 1993: 362)

Aber es gab genügend andere «Klammern» für Jugendproteste in der DDR. In Leipzig und Potsdam wurde Anfang 1968 gegen Kirchenabrisse protestiert. Symbole der westdeutschen Protestbewegungen, zum Beispiel der «Atomkraft? Nein danke»-Button, wurden auch im Osten getragen und zielten auf sowjetische Atomwaffen. Die westliche Begeisterung für Mao Zedong, die sich wohl vor allem aus einer Abwehrhaltung gegenüber der Sowjetunion speiste, erreichte auch die DDR. «Wir sind jung und lieben Mao Tse-Tung»,⁴⁴ ein Transparent mit dieser Botschaft wurde im Mai 1967 in

44 Ab 1. Januar 1968 war der freie Zugang zur chinesischen Botschaft für Zivilist*innen in der DDR gesperrt.

den Leipziger Kirow-Werken geisst (Hoffmann 1995: 172). Auch Ostberlin hatte eine Kommune 1, hatte Partywohnungen und Beat-Schuppen. Die Journalistin und Schriftstellerin Annett Gröschner beschreibt die «Durchlässigkeiten zwischen Ost und West», die es 1968 zumindest in Berlin gab (Gröschner 2018: 215). Das heißt, die internationale Jugendkultur kam auch, sicherlich reduziert, in der DDR an. Und mit ihr die «langbehaarten Affen».

Nach Untersuchungen des Musikwissenschaftlers Michael Rauhut (2004) spitzten sich in der DDR in der zweiten Hälfte der 1960er Jahre die Auseinandersetzungen mit den «Langhaarigen» zu. Teenager wurden auf offener Straße verhaftet und dann in den Amtsstuben frisiert. Schließlich vermischte sich im Sommer 1968 die östliche Jugendbewegung mit Protesten gegen die Niederschlagung des Prager Frühlings. «In einer Analyse nach ihrem Abflauen wurden Anfang Oktober 1968 seitens des MfS [Ministerium für Staatssicherheit] 2.129 «Protestbekundungen» aufgeführt, 1.360 wurden zu den «wesentlichen Vorkommnissen» gezählt [...]. An dem Protest waren verschiedene soziale Schichten der DDR-Gesellschaft beteiligt: Arbeiter, Angestellte und die Intelligenz, bis hinein in die Reihen der SED [...]. Der Frauenanteil ist statistisch nicht erfasst worden. Dass Frauen beteiligt waren, ist bisher nur unter den Gruppen der jungen Intelligenz belegt.» (Gehrke 2008: 43 f.)

«Bürger – Genossen. Fremde Panzer in der ČSSR dienen nur dem Klassenfeind. Denkt an das Ansehen des Sozialismus in der Welt. Fordert endlich wahrheitsgetreue Informationen. Niemand ist zu dumm, selbst zu denken.» Der Text dieses Flugblattes, dessen letzter Satz in beklemmender Weise an das Jugendkommuniqué der Parteiführung von 1963 erinnert, kann heute in mehreren DDR-Rückblicken nachgelesen werden. Damals brachte es den jungen Leuten, die das Flugblatt herstellten und verbreiteten, Gefängnisstrafe ein (vgl. Brasch 1977; Strohschneider 2019; Hein 2019).

Auch die Freundin Marlies, damals erst 14-jährig, hatte Erinnerungen an das Jahr 1968. «Im Jahr 1968 [...] ging ich in die 8. Klasse einer Polytechnischen Oberschule in F., meiner Geburtsstadt. Ich war eine gute Schülerin, hatte in Fächern, die mich interessierten, durchaus sehr gute Ergebnisse, es fehlte mir jedoch der Ehrgeiz, in den weniger geliebten Fächern (vornehmlich in naturwissenschaftlichen Fächern mit Ausnahme Biologie) über ein gesundes Mittelmaß hinauszukommen. Außerdem hatte mein Vater mir schon sehr früh, im Alter von acht Jahren, erklärt, dass ich nicht logisch denken kann. Offensichtlich hatte er seine Lektionen in der Nazi-Zeit gut gelernt und meinte nun, dass ich als Mädchen für Mathe, Physik und Co. nicht geeignet sei. Ich war damals bequem genug, ihm zu glauben. Dies führte dazu, dass ich nie auf die Idee gekommen wäre, ein Abitur anzustreben. In meinem Elternhaus konnten wir Kinder mit unseren Eltern stets diskutieren. Mein Vater war ein zuverlässiger Arbeiter, der trotz hoher Intelligenz nie nach Höherem strebte und «ohnehin nicht für die Kommunisten auf Schule gehen würde» (Originalton), meine Mutter hingegen schätzte das einfachere Leben in der «neuen Zeit». Kein Wunder, stammte sie

doch aus einer mecklenburgischen Tagelöhnerfamilie mit vielen Kindern und einem prügelnden Vater.

Wir waren stets gut informiert durch das ‚Westfernsehen‘, das bei uns hauptsächlich gesehen wurde. Da ich eine Leseratte war und mich zudem immer für Geschichte, Geografie und schlussendlich auch für Politik interessierte, eignete ich mir früh ein umfangreiches Wissen an. Aufmerksam verfolgte ich die Studentenrevolten in Westberlin und hatte kein Verständnis für die Polizisten mit ihren Wasserwerfern. Als Zehnjährige bereits las ich das Buch ‚Nackt unter Wölfen‘ und beschäftigte mich ab dem Zeitpunkt mit dem Judentum und den Verbrechen der Nazis. Überzeugt war ich davon, dass in der DDR die Nazi-Ideologie keine Rolle mehr spielte. Ich wurde, wie alle aus meiner Klasse, Mitglied der FDJ und verbrachte im Sommer 1968 14 Tage mit anderen Mitschüler*innen im FDJ-Sommerlager in Markgrafenheide an der Ostsee. Eines Morgens wurden wir zum Fahnenappell gerufen und in dem Rahmen darüber informiert, dass die Sowjettruppen in Prag einmarschiert seien, um zu verhindern, dass Gegner des Sozialismus die Macht an sich rissen. Die meisten von uns wussten nichts zu sagen, aber ein Mitschüler sagte gut hörbar, es könnten keine Freunde sein, wenn sie mit Panzern anrollen, um gegen Demonstranten zu kämpfen. Wir stimmten ihm zu und unsere erwachsenen Betreuer aus der Schule taten so, als hätten sie es nicht gehört.

Später, als das 9. Schuljahr für uns begonnen hatte, wurden wir eines Tages aufgefordert, mit allen älteren Schüler*innen der Schule an eine Landstraße außerhalb des Ortes zu fahren, um den aus Prag heimkehrenden sowjetischen Truppen zuzujubeln. Wir wollten das nicht, wurden aber unter Androhung von Tadeln in der Schülerakte gezwungen, daran teilzunehmen. Also fuhren wir zur angegebenen Stelle. Als die ersten Lkws in Sicht kamen, drehten wir uns weg und leisteten so zum ersten Mal im Leben stillen Widerstand. Für mich änderte sich damals vieles. Ich bildete mir meine eigene Meinung und schärfte meinen kritischen Blick und übte Kritik, wenn ich es für angebracht hielt.» (GP Marlies)

Ostdeutsche Frauen fielen, wie oben erwähnt, in diesen rebellischen Zeiten, in denen in Frankfurt am Main «die Tomate flog»,⁴⁵ nicht besonders auf. Die ersten konkreten Aktivitäten der westdeutschen Frauen, die Gründung von Kinderläden, konnten DDR-Frauen offensichtlich nicht beeindruckten. Sicherlich ist es kein Zufall, dass in diesen Monaten, in denen Westfrauen rebellierten und Ostfrauen sich «emanzipiert genug» vorkamen, im *Spiegel* ein Text erschien, der sich den DDR-Männern zuwandte: «Doch was der Frauenvortrupp fordert, die vollständige Emanzipation der Geschlechtsgenossinnen, versetzt männliche DDR-Bürger zunehmend in Existenzangst. Schon heute, so errechneten Statistiker des DDR-Justizministeriums, beantra-

45 Sigrid Rüger warf im September 1968 aus Protest gegen die Ignoranz der Männer im SDS gegenüber Frauen und dem Feminismus Tomaten auf führende SDS-Delegierte. Dieser «Tomatenwurf» gilt seither als Auslöser für die zweite Welle der Frauenbewegung in der Bundesrepublik.

gen mehr Frauen als Männer die Ehescheidung (60 zu 40 Prozent), widersprechen mehr Männer als Frauen dem Scheidungsbegehren (sechs zu fünf Prozent). Und immer mehr DDR-Bürger, das ermittelte der Ostberliner Psychologe Dr. König, leiden unter dem Prestige- und Einkommenszuwachs ihrer Frauen. Die beruflich erfolgreichen Ehepartnerinnen provozieren bei ihren Männern Minderwertigkeitskomplexe.» (Der Spiegel 34/1969)

Einige Monate zuvor war in der DDR die Broschüre «Frau und Wissenschaft» erschienen, in der es unter der Überschrift «Es gibt keine besondere Frauenfrage» heißt: «Nach wie vor ist festzustellen, dass es Vorbehalte gegen den Einsatz befähigter Frauen und Mädchen in leitenden Funktionen gibt. Soziologische Untersuchungen zeigen, dass bei gleicher Qualifikation männliche Mitarbeiter eher in verantwortliche Positionen befördert werden als Frauen und Mädchen. Zum anderen gibt es auch bei den Frauen ideologische Vorbehalte. Aus Rücksicht auf den Ehepartner scheut sich die eine oder andere Frau, eine größere Verantwortung, eine höhere gesellschaftliche Position einzunehmen als ihr Mann.» (Kallabis 1968: 39) Die eine oder andere DDR-Frau – so lese ich den Text heute – wollte es offensichtlich im Privaten nicht zu männlichen Minderwertigkeitskomplexen kommen lassen. Deshalb verzichtete sie auf beruflichen Aufstieg, ließ sich «ideologische Vorbehalte» attestieren und versuchte (in der Begrifflichkeit von Luc Jochimsen), «zu Papi wieder aufzublicken».

Gleichzeitig wurde in der DDR viel getan, um der Aufforderung «Geht doch nach drüben» eine handfeste Grundlage zu geben. Die DDR-Regierung erhöhte beispielsweise 1968 das Stipendium⁴⁶ und richtete Jugendmodeläden ein. Und sie übergab in der Folgezeit der Bevölkerung beeindruckende «Geschenke»: die Kunsthalle Rostock, den Kulturpalast Dresden, den Kulturpark Plänterwald, Fußgängerzonen in Leipzig und Rostock, das Textilkombinat Cottbus, das den begehrten Stoff «Präsent 20» herstellte, und nicht zuletzt den neu gestalteten Alexanderplatz in Berlin, mit Weltzeituhr als Symbol für Weltoffenheit (vgl. Schüler 2019) und mit Fernsehturm. Dieser wurde am 7. Oktober 1969, also am 20. Jahrestag der DDR, offiziell eröffnet.

Der Freund Ede aus Bremen, ein international bekannter Ökonom, spürte dennoch nie ein Bedürfnis, DDR-Bürger zu werden. Ende der 1990er Jahre gab er zu Protokoll: «Ich hab oft darüber nachgedacht, warum ich nie in der DDR leben wollte. Wir bekamen ja in der 68er Zeit oft zu hören: Geht doch nach drüben! Und ich war auch einige Male als Besucher in der DDR, sogar im Gebäude des SED-Zentralkomitees. Ich konnte mich davon überzeugen, dass vieles von dem, was wir im Westen wollten, in der DDR vorhanden war. Öffentliche Kinderbetreuung zum Beispiel. Aber ich war trotzdem jedes Mal froh, dass ich wieder zurückfahren konnte.» (GP Ede)

Vielleicht, weil am 7. Oktober 1969 nicht nur die offizielle Einweihung des Fernsehturms stattfand: «Am 7. Oktober 1969 holten die Sicherheitsorgane in der Ostber-

⁴⁶ Es war im Unterschied zur BAföG-Unterstützung (Bundesausbildungsförderungsgesetz) im Westen nicht teilweise geliehenes, sondern vom Staat geschenktes Geld für Studierende.

liner City zum großen Coup aus. Angeblich sollten die Rolling Stones an diesem Tag ein Konzert auf dem Dach des Springer Verlags geben, also direkt hinter der Mauer, was laut Recherchen des MfS über 2.500 Fans aus der ganzen Republik anlockte. 383 von ihnen wurden «zugeführt», weitere 621 erkennungsdienstlich erfasst. Ob die Stasi das Gerücht instrumentalisierte oder sogar selbst streute, um mit einem Schlag die Köpfe der Szene kassieren zu können, wird wohl ein Geheimnis bleiben.» (Rauhut 2004)

Der Schriftsteller Ulrich Plenzdorf hat dieses Ereignis später zum Ausgangspunkt für seine Erzählung «Kein runter kein fern» gemacht. 1978 wurde er dafür mit dem Klagenfurter Ingeborg-Bachmann-Preis ausgezeichnet. In der DDR ist der Text nicht publiziert worden, aber Plenzdorf hat ihn in zahlreichen Veranstaltungen, zum Teil in Kirchen, gelesen und zur Diskussion gestellt. Vor dem oben genannten historischen Hintergrund lässt Plenzdorf einen 40 Seiten langen inneren Monolog ablaufen, in dem ein Zehnjähriger auf dem Weg zu dem erhofften Stones-Konzert seine Lebenssituation reflektiert. In den Text des Jungen hat Plenzdorf, kursiv gedruckt, politische Losungen einmontiert, die während der offiziellen Parade und Demonstration zum 20. Jahrestag überall aus Lautsprechern tönnten. Am Ende seines langen Selbstgesprächs trifft der Junge auf die vielen anderen, die vergeblich auf den Auftritt der «Schdons» gewartet haben (vgl. Kaufmann 2015: 142 ff.).

3.4 Die 1970er und 1980er Jahre

3.4.1 Verdeckter Abwärtstrend

Ende 1989 bzw. Anfang 1990 standen Mitglieder des SED-Politbüros vor dem Parteigericht. Kurt Hager (1912–1998), in diesem Gremium für Bildung und Kultur zuständig, gab zu Protokoll: «Ich gehöre mit zu einem Kollektiv, das sich in einer bestimmten historischen Situation – das gilt besonders für die 1970er und 1980er Jahre – nicht als kompetent erwiesen hat, um alle Prozesse in der Gesellschaft voll zu erfassen und daraus die nötigen Schlussfolgerungen zu ziehen [...]. Es hat nicht gefehlt an Informationen. Informationen sind von vielen Seiten gekommen, von der Basis, von Organisationen usw. Es hat gefehlt an der Analyse, an der umfassenden Beurteilung dieser Vorgänge, rechtzeitigen Beurteilung. Ich kann es nur zurückführen auch auf meine persönliche Inkompetenz [...]» (Zit. n. Nakath/Stephan 2020: 236)

Diese Einschätzung ist zu respektieren. Gleichzeitig ist ihr zu widersprechen, weil der Zusammenbruch der DDR und des gesamten sozialistischen Weltsystems nicht nur auf unfähige Männer an den Parteispitzen zurückgeführt werden darf. Eine gründliche Ursachenanalyse, die sowohl das gesellschaftliche Konzept im Rahmen der Moderne als auch dessen Realisierungsversuch im Rahmen der weltweiten Systemauseinandersetzung umfasst, steht meiner Wahrnehmung nach noch aus.

Unbestreitbar aber, dass mit Beginn der 1970er Jahre sowohl in der DDR als auch darüber hinaus weitreichende politische Veränderungen vor sich gingen. In Chile stürzte 1973 eine von den USA offen unterstützte Militärjunta die demokratisch

gewählte Regierung. In China wurde nach Maos Tod 1976 die «Kulturrevolution» beendet. Das kleine Vietnam bereitete 1975 den USA die erste militärische Niederlage ihrer Geschichte. In den westlichen Sozialwissenschaften war vom «Ende der Arbeitsgesellschaft» die Rede.

Die aus meiner Sicht wichtigste Veränderung: Seit den 1970er Jahren sahen die internationalen Kapital- und Machtzentren keine Notwendigkeit mehr, ein «soziales Mäntelchen» umzulegen, also Rücksicht zu nehmen auf die sozialistische Konkurrenz. Für sie war absehbar, dass sich ihre Strategie des «Tot-Rüstens» im weltweiten Klassenkampf bewähren würde. Ronald Reagan sprach von einem «Kreuzzug für die Freiheit». Stuart Hall soll der Erste gewesen sein, der den Thatcherismus und die Botschaften von Reagan öffentlich zusammendachte und eine neoliberale Wende des Kapitalismus prognostizierte. Folgerichtig werden die 1970er Jahre als Anfangsjahre einer wachsenden ökonomischen und sozialen Ungleichheit in allen kapitalistischen Ländern bezeichnet (Kocka 2016: 136). In der ökonomischen Literatur ist seitdem vom Rückzug des Staates aus ökonomischen Entscheidungen, vom Beginn der gnadenlosen Dominanz der kapitalistischen Wirtschaftspolitik gegenüber der Sozialpolitik die Rede (vgl. Brand 2011). Die damit verbundene schrittweise Privatisierung des Bildungs- und vor allem des Gesundheitswesens ist unter den Bedingungen der gegenwärtigen Vielfachkrise ein politisches Thema ersten Ranges. Der Soziologe Rainer Rilling sieht diese Entwicklung auch im Zusammenhang mit der 68er-Bewegung. «Die Architektur des Kapitalismus wurde [1968] radikal dekonstruiert – an einigen wirklichen Orten und in vielen Köpfen. Die Bourgeoisie erschrak auch zum ersten Mal wieder und probierte seit 1973/74 gegen solche Insubordination jene neue Disziplinierung aus, die dann Neoliberalismus genannt wurde und alte wie neue Linke in einem kurzen Jahrzehnt ziemlich erledigte.» (Rilling 2008: 26) Später wird in diesem Zusammenhang von einem Bedeutungsverlust der sozialistischen Gegenkultur gesprochen, der nicht zufällig mit der Durchsetzung des Neoliberalismus begann (vgl. Werner 2013).

Erst seit dieser Zeit wurden Sozialleistungen in der damaligen Bundesrepublik radikal abgebaut, mussten Obdachlose in westdeutschen Bahnhöfen übernachten. Seit dieser Zeit wird in der DDR Militarisierung als bedrohlich wahrgenommen und kritisiert. In einem Interview, das Margot Honecker im Oktober 2015 einer athenischen und makedonischen Nachrichtenagentur gab, meinte sie rückblickend zur Einführung des Pflichtfachs «Wehrerziehung» an DDR-Schulen im Jahr 1978: «Vielleicht war das nicht unsere beste Idee, aber im Nachhinein ist man immer klüger.» (Zit. n. junge welt 12.11.2015)

Der sogenannte Nato-Doppelbeschluss von 1979, die Verabschiedung eines neuen Wehrpflichtgesetzes in der DDR 1982 (das Frauen im Verteidigungsfall einbezog), die Stationierung neuer «nachgerüsteter» Raketen in Baden-Württemberg 1983 und in Sachsen 1984 – jeweils auf den Klassenfeind gerichtet – führten zu einer Wiederbelebung der Friedensbewegung im Westen und zur Entstehung einer Friedensbewegung im Osten. Aber auch zu einer Atmosphäre der Angst und – in der DDR – des Miss-

trauens gegenüber dem immer wieder betonten Grundsatz, dass Frieden und Sozialismus zusammengehören. Vor allem Jugendliche stellten mit dem Aufnäher «Schwerter zu Pflugscharen» auch die Friedenspolitik in der DDR infrage. Frauen in Ost und West, hier vor allem Frauen aus dem Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB), sorgten in dieser Zeit in Übereinstimmung mit der IDFF-Politik für eine «Wiederbelebung» des Internationalen Frauentags als Kampftag. «1981 demonstrierten auch Frauen aus der SPD, Liberale, Parteilose und kirchlich gebundene Frauen am Internationalen Frauentag für Gleichberechtigung, für Abrüstung und Entspannung und gegen die Stationierung von Atomraketen auf deutschem Boden.» (Scholze 2001: 137) Auch in der DDR brachten die Losungen für den Frauentag die Kriegsangst zum Ausdruck, zum Beispiel 1983 «Europa darf kein Euroshima werden», 1986 «Nein zum Krieg der Sterne» oder 1987 «Vorwärts zum Jahr 2000 – ohne Kernwaffen».

Erst im Dezember 1987 – inzwischen war Michail Sergejewitsch Gorbatschow der erste Mann in der Sowjetunion – wurde auf einem Gipfeltreffen in Washington ein Vertrag zur Liquidierung der landgestützten Nuklearraketen mittlerer und kürzerer Reichweite unterzeichnet.⁴⁷ Soziologische Befragungen ergaben, dass die Kriegsgefahr Anfang der 1980er Jahre von den DDR-Kindern stärker reflektiert wurde als von ihren Eltern (vgl. Meier 1983: 221). «Ob meine Zukunft in gesicherten Bahnen verläuft? So wie es jetzt ist, bestimmt nicht, also mit der Aufrüstung und so. Ich will nicht daran denken, dass ich dann sterbe, ich will weiter lernen – bis es nicht mehr geht.» (Hoffmann/Kühnel 1983: 260)

Die parallel dazu entstandene Auseinandersetzung über Kriegsspielzeug schlug sich vor allem in der Belletristik nieder. Schriftstellerinnen wie Irmtraud Morgner, Christa Wolf und Helga Schütz äußerten sich in ihren Texten dazu. Hier sei – mit Bezug auf Eva Kaufmann (2015: 152) – an den Roman «In Annas Namen» von Helga Schütz aus dem Jahr 1986 erinnert: Es geht um Annas Sohn. Der Junge gehört einer Abiturklasse an, die mit einer Aktion gegen Kriegsspielzeug protestiert. «In der Kaufhalle nächst der Schule [haben sie] das Regal mit den Panzerchen für 4,50 leergekauft, sie in die Abfallbehälter an der Straßenbahnhaltestelle geworfen und mit einem Vorschlaghammer zerstampft.» (Schütz 1986: 107) In der Schule wird das als Rowdytum, als ernster politischer Vorfall, behandelt. Es stellt sich heraus, dass der Sohn eines Generaldirektors die Idee dazu hatte. Annas Sohn hat dafür zwei einfache Begründungen: «Weil er Friedensarbeit machen will. Weil sein Alter ihm auf den Senkel geht.» (Ebd.: 110) Zunächst wird jedoch der Sohn der alleinerziehenden Anna verantwortlich gemacht. Er kalkuliert nüchtern: «Vielleicht muss ich in den Knast, vielleicht auf den Bau, vielleicht Bewährung Braunkohle.» (Ebd.: 112) Die Jungen kennen also die einschlägigen staatlichen Maßnahmen. In diesem Fall geht es noch einmal gut aus; dank guter Beziehungen kann seine Mutter die Bestrafung des Sohnes verhindern.

47 Am 1. Februar 2019 kündigte Donald Trump den INF-Vertrag (Intermediate Range Nuclear Forces Treaty) im Namen der USA auf.

In den 1970er Jahren war der Abwärtstrend des Sozialismus allerdings in der DDR noch nicht offen-sichtlich. Es schien sogar aufwärts zu gehen, sowohl in wirtschaftlicher als auch in politischer Hinsicht. So machte die «Tabu-Bemerkung» von Erich Honecker den Kulturschaffenden – nach dem Schock des «Kahlschlag-Plenums» 1965⁴⁸ – Hoffnung auf einen toleranten Umgang mit Künstler*innen; bis 1976, bis zur Ausbürgerung Wolf Biermanns, wohl auch berechtigterweise: Erich Honecker hatte auf dem 4. Plenum des Zentralkomitees der SED Ende 1971 gesagt: «Wenn man von den festen Positionen des Sozialismus ausgeht, kann es meines Erachtens auf dem Gebiet von Kunst und Literatur keine Tabus geben.» (Honecker 1975a: 427) In der Debatte über das Plenum war dieser Satz zu der Formel verkürzt worden, es gebe keine Tabus mehr. Ebenso häufig zitiert wurde damals ein Honecker-Satz aus dem Jahr 1973, demzufolge die westdeutschen Medien «bei uns jeder nach Belieben ein- oder ausschalten» könne (Honecker 1975b: 235). Das war schon ein auffälliger Unterschied zu früherer SED-Politik, in der der Kampf gegen die «Westantennen» auf der Tagesordnung stand.

Die seit 1971 praktizierte neue Gesellschaftspolitik mit der postulierten Hauptaufgabe der weiteren «Erhöhung des materiellen und kulturellen Lebensniveaus des Volkes»⁴⁹ machte die DDR für ein paar Jahre attraktiver für ihre Bevölkerung und auch im deutsch-deutschen Vergleich. Gleichzeitig wurde über «Deutsch-Sein», über die deutsche Nation neu nachgedacht (vgl. Kosing 1976), auch über die preußisch-deutsche Geschichte.⁵⁰ Es war schon merkwürdig: Als die Bundesrepublik aufgehört hatte, die Existenz der DDR zu leugnen, hörte die DDR auf, «deutsch» zu sein. Der Deutsche Fernsehfunk (DFF) hieß fortan «Fernsehen der DDR», der Deutschlandsender fortan «Stimme der DDR», das Deutsche Modeinstitut fortan «Modeinstitut der DDR», und die Deutsche Akademie der Wissenschaften hieß nun «Akademie der Wissenschaften der DDR».

Die neue Politik sollte auch die Jugend ansprechen. «Unsere Jugend versteht, wer etwas leistet, soll sich auch etwas leisten können», so die Ministerin für Volksbildung auf dem VIII. Pädagogischen Kongress (Honecker 1978: 36). Damit wurde die Frida Hockauf zugeschriebene Lösung⁵¹ korrigiert: Nicht erst morgen, sondern schon heute sollte so gelebt werden, wie man arbeitet. Der Volksmund wusste es schon bald besser und meinte: Wie wir heute leben, haben wir nie gearbeitet!

Nach 1990 wurde gerätselt, ob man die Ostblockstaaten der letzten Jahre als Konsumgesellschaften bezeichnen sollte oder nicht. «Bis vor wenigen Jahren hätten sich

48 Das erwähnte 11. Plenum des ZK der SED im Dezember 1965 bezeichneten die Kulturschaffenden später als «Kahlschlag-Plenum» (vgl. Agde 1991).

49 Die korrekte Formulierung lautete: «Hauptaufgabe der weiteren Erhöhung des materiellen und kulturellen Lebensniveaus des Volkes auf der Grundlage eines hohen Entwicklungstempos der sozialistischen Produktion, der Erhöhung der Effektivität des wissenschaftlich-technischen Fortschritts und des Wachstums der Arbeitsproduktivität» (Protokoll ... 1971a: 61 f.).

50 Seit 1981 stand das Reiterstandbild Friedrichs des Großen wieder an seinem historischen Ort Unter den Linden.

51 Siehe Fußnote 26.

die meisten Historiker*innen noch schwergetan, die letzten Jahrzehnte im Ostblock als Jahre des Konsums zu beschreiben. Mittlerweile jedoch sind die Leistungen des Konsums als systemerhaltend und stabilisierend für die Regime jenseits des Eisernen Vorhangs akzeptierte Forschungsmeinung. Seien es langlebige Kühlschränke, robuste Autos oder aparte Staubsauger [...]: Konsum war aus dem sozialistischen Alltag seit spätestens Mitte der 1960er Jahre nicht mehr wegzudenken.» (Vgl. Oberländer 2012)

Richtig ist, dass die mit der «Honecker-Ära» verbundene Wirtschafts- und Sozialpolitik, die auf dem VIII. SED-Parteitag 1971 als «Einheit» beschlossen wurde, mehr als vorher auf Konsum orientierte, insofern mehr auf Gegenwart. Systemerhaltend und stabilisierend war diese Entwicklung allerdings nicht.

Zu der gegenwartsbezogeneren Politik gehörte, dass 1972 «die verbliebenen etwa 5.500 privaten und 6.000 Betriebe mit staatlicher Beteiligung sowie die etwa 2.000 industriell produzierenden PGH [Produktionsgenossenschaft des Handwerks] und 500 Handwerksunternehmen [...] gegen Entschädigung in Volkseigentum überführt [wurden]» (Dietrich 2018: 1387). Dabei hatte die sozialwissenschaftliche Debatte, wie viel Privateigentum an Produktionsmitteln sich eine sozialistische Gesellschaft wie die DDR leisten kann, noch nicht einmal begonnen. Vergleichbar mit heute, wo alle Alarmglocken läuten, sobald von Enteignung die Rede ist, obwohl zu der Frage, wie viel Gemeineigentum der Kapitalismus verträgt, nicht wirklich geforscht wird (vgl. Streeck 2019; Brandt/Kremer 2019).

Im Rückblick beeindruckten auch die zahlreichen Veranstaltungen und neu geschaffenen Kultureinrichtungen, die in jener Zeit zweifellos zur Verbundenheit, vor allem der jungen DDR-Generation mit dem Staat beitrugen (vgl. Friedrich u. a. 1999). So etwa die Weltfestspiele der Jugend 1973 in Berlin, die die Gründung zahlreicher Jugendclubs nach sich zogen, die jährlichen Poetenseminare der FDJ, die jährlichen Treffen der Jugendkammerchöre, vor allem die jährlichen «Festivals des politischen Liedes» und später die Festivals der Rockmusik («Rock für den Frieden»). Um Harry Belafonte, Miriam Makeba, Mireille Mathieu, Udo Lindenberg, Mercedes Sosa, Bob Dylan, Mikis Theodorakis, Hermann van Veen und viele andere erleben zu können,⁵² warteten die jugendlichen Fans gern stundenlang (oder auch eine Nacht lang) an den Vorverkaufskassen, um Eintrittskarten zu bekommen.

1977 fand erstmalig (und fortan alle zwei Jahre) ein Kinderfilmfestival in Gera statt, das seit 1979 den Titel «Nationales Festival Goldener Spatz für Kinderfilme der DDR in Kino und Fernsehen» trug und bei dem außer einer Fachjury auch eine Kinderjury über Sonderpreise entschied. Am 3. Oktober 1979 wurde das zentrale Gebäude des Freizeit- und Erholungszentrums (FEZ) in der Berliner Wuhlheide als «Pionierpalast» den Kindern der DDR «geschenkt». In der Ausstellung «Ost-Berlin. Die halbe Hauptstadt», die im Jahr 2019 von mehr als 60.000 Menschen besucht wurde, war

52 Bettina Wegner und Wladimir Wyssozki durften nicht auftreten.

über diesen Zeitraum zu lesen: «Traditionelles wie Kneipen und Volksfeste leben fort [...]. Prestigeprojekte wie der Palast der Republik oder das Sport-und-Erholungs-Zentrum (1981 eröffnet) werden als Geschenke an die Bevölkerung inszeniert [...]. Sie erfreuen sich großer Beliebtheit.»

Dass der im April 1976 eröffnete «Palast der Republik» bis heute in den Erinnerungen der Ostdeutschen eine große Rolle spielt, hat nicht nur damit zu tun, dass er viel besucht wurde (bis zur Schließung im September 1990 waren es fast 60 Millionen Besucher*innen) oder dass er in beeindruckend kurzer Zeit gebaut wurde (32 Monate Bauzeit), sondern vor allem damit, dass er – politisch motiviert – im Februar 2006 «ermordet» wurde. Am Morgen nach der endgültigen Zerstörung hatten Unbekannte an eine verbliebene Mauer geschrieben: «Die DDR hat's nie gegeben». ⁵³

Auch der Komponist Thomas Natschinski hat die 1970er Jahre als Jahre der Veränderungen erlebt: «Ab dieser Zeit änderte sich auch die Einstellung des Staates zur Rockmusik. Man merkte, dass diese Musik für die Jugend sehr wichtig ist, und ließ den Bands mehr Spielraum. Die Puhdys, Karat und andere Bands gründeten sich Ende der 1960er und 1970er Jahre und wurden sehr erfolgreich. Ich habe die Lieder der Gruppe Renft sehr geliebt. Leider sind die meisten Musiker dieser tollen Band nach Problemen mit Amiga in den Westen gegangen. Ich habe mich dann mehr der Filmmusik zugewandt, aber auch mit Veronika Fischer und Karat gearbeitet und Shows für den Berliner Friedrichstadtpalast oder den Palast der Republik geschrieben, dessen Abriss ich noch immer für einen großen Fehler halte.» (Natschinski 2019)

Dass der Abwärtstrend für die meisten Menschen in der DDR noch verdeckt blieb, hing wohl auch damit zusammen, dass sich so manche*r in seinem bzw. ihrem Selbstbewusstsein gestärkt fühlte, weil der Staat innerhalb weniger Jahre weltweite völkerrechtliche und auch kulturelle Anerkennung erfuhr. Im Jahr 1971 wurde das «Viermächteabkommen über Berlin» und 1972 der Grundlagenvertrag zwischen den beiden deutschen Staaten verabschiedet. Seit 1973 waren beide deutsche Staaten Mitglieder der Vereinten Nationen (UN). Nach der Unterzeichnung der Schlussakte der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) durch Erich Honecker 1975 gab es Hoffnungen auf eine Öffnung der sozialistischen Gesellschaft. Als am 7. März 1975 im New Yorker Hauptquartier der Vereinten Nationen das Symposium «Women and men, the next 25 years» stattfand, saß die DDR-Wissenschaftlerin Herta Kuhrig mit auf dem Podium. Die DDR-Wissenschaftlerin Helga Hörz war seit 1975 Mitglied der UN-Kommission zum Status der Frau. Mit dem Film «Jakob der Lügner» (Regie: Frank Beyer) wurde 1977 erstmals ein DEFA-Film für den Oscar nominiert. 1974 erzielte die Fußballnationalmannschaft der DDR in Vorbereitung auf die Weltmeisterschaft ein eins zu null gegen die Nationalmannschaft der BRD. Die Maler der «Leipziger Schule» Willi Sitte, Bernhard Heisig, Werner Tübke und Wolf-

53 Vgl. ein Foto des Graffitos vom 4.12.2008 in der Online-Datenbank der Deutschen Geschichte in Dokumenten und Bildern (DGDB) unter: http://ghdi.ghi-dc.org/sub_image.cfm?image_id=4149&language=german.

gang Mattheuer sowie die Bildhauer Fritz Cremer und Joachim Jastram nahmen 1977 erstmalig an der internationalen Ausstellung «documenta» in Kassel teil. Der Voigtländer Siegmund Jähn war 1978 der erste Deutsche im Weltall. Bis Ende der 1970er Jahre hatte die DDR zu fast allen Staaten der Welt diplomatische Beziehungen. Und die Entwicklung in Nicaragua nach dem Sturz des Diktators Somoza 1979 nährte die (heute erstaunlich anmutende) Hoffnung, dass mit Daniel Ortega ein weiterer «Fidel» herangewachsen war.⁵⁴

Die Kehrseite dieser Orientierung auf Konsum (notfalls mithilfe von Staatskrediten) und auf internationale Anerkennung: Um eine neue Gesellschaft mit neuen Menschen ging es wohl von dieser Zeit an in der großen Politik nicht mehr. Das Nachdenken über Bedürfnisse und Wertorientierungen, die dem Sozialismus gemäß sind – solche Themen verschwanden oder wurden der Belletristik, vornehmlich der umfangreichen «Frauenliteratur» dieser beiden Jahrzehnte, überlassen.

«Was nun entsteht, ist in der Tat so etwas wie «Frauenliteratur» im engeren Sinne, weibliche Selbsterfahrungsliteratur, Literatur von Frauen für Frauen über Frauen. Vor allem junge, nach Kriegsende geborene Autorinnen, sozial emanzipiert, intellektuell, oft alleinstehend, mit Kind, beginnen nach ihrer «Identität» zu fragen, nach ihrer «Besonderheit», nach dem «Unterschied» zwischen Männern und Frauen, auch im Sozialismus. Es geht um eine «Differenz», auf die man so, nämlich als soziale, nicht gefasst war. Nun wurde diese «Differenz» nicht nur schmerzlich empfunden, sondern ganz handfest erfahren: als «doppelte Belastung» vor allem, aber auch als Irritation, als Enttäuschung, Behinderung, Verlust, auf alle Fälle als «Manko»: an Liebe, Sex, Geborgenheit, Chancen, Sicherheit, Zeit [...]. Diskrepanzen zwischen den Geschlechtern und im sozialen Spielraum der Geschlechter werden gleichsam als Negativerfahrung des «Weiblichseins» dargestellt.» (Böck 1990: 65 f.)

Zur Kehrseite gehört auch, dass die weltweiten Debatten zum Verhältnis zwischen Natur und Gesellschaft und zum Verhältnis zwischen Mensch und Tier, die in den 1970er Jahren begannen, kein angemessenes Echo in der sozialistischen Politik fanden. In der damaligen Bundesrepublik führte die Umweltbewegung zur Gründung einer neuen Partei: «Wir haben uns von Anfang an in «grünen» Strukturen engagiert und haben dann 1980 auch die Partei mitgegründet», erinnert sich Anne. «Das Klimathema war ja damals noch sehr umstritten und wurde immer gleich mit der Vernichtung von Arbeitsplätzen in Zusammenhang gebracht [...]. Weltweit wurde auf Atomenergie gesetzt. Das Waldsterben begann auch weltweit. Bis heute gibt es für die Klimafrage nur kapitalistische Lösungen, wenn ich an Elektroautos oder Elektroroller denke.» (GP Anne)

Der Club of Rome hatte 1971 aber nicht kapitalistische Lösungen, sondern eine «soziale Innovation» gefordert: «Wir vertreten [...] die Ansicht, dass die soziale In-

54 Der Liedermacher Gerhard Schöne kleidete seine Lateinamerika-Hoffnung in den Song «Mit dem Gesicht zum Volke». Er und sein Publikum sangen dieses Lied 1989 geradezu beschwörend mit Blick auf das SED-Politbüro.

novation nicht mehr länger hinter der technischen zurückbleiben darf, dass die Zeit für eine radikale Reform institutioneller und politischer Prozesse auf allen Ebenen, einschließlich der höchsten, der Ebene der Weltpolitik, reif ist. Wir vertrauen darauf, dass schon unsere Generation diese Herausforderung annehmen wird, wenn sie nur die tragischen Konsequenzen weiterer Tatenlosigkeit richtig einschätzt.» (Meadows 1972: 173)

Zeitgleich begann Horst Stern (1922–2019) in der BRD seine Fernsehdokumentationen über die Natur und ihre Tiere. «Niemand zuvor in geschichtlicher Zeit wurden so viele Tiere von so vielen Menschen so hysterisch gehätschelt, niemals zugleich aber auch so viele von so vielen so ausgebeutet, verfolgt und gequält. Der grotesken Vermenschlichung und Individualisierung der Tiere steht fast übergangslos eine makabre Maschinerisierung und Vermassung gegenüber.» (Stern 1974: 14)

Ganz sicher ist es kein Zufall, dass sich in dieser Zeit, in der die kommunistische Utopie aus dem Blick geriet bzw. zu Phrasen verkam, die in der DDR öffentlich verbreiteten Vorstellungen von Kindern und Jugendlichen immer mehr von der Realität entfernten. Wie in keinem Zeitraum zuvor war in den politischen Dokumenten von Vervollkommnung des Menschen die Rede. Die Jugend müsse mit kommunistischer Moral das «Werk der Väter» vollenden, sie sei «zu harmonisch entwickelten, sittlich-moralisch, geistig und körperlich vollkommenen Menschen heranzubilden» (Honecker 1970: 13). Diese Forderung korrespondierte mit der Aufgabe, die sich dem Selbstverständnis der DDR-Regierungspolitik zufolge allen Generationen in dieser Zeit in der DDR stellte, nämlich den Sozialismus in der DDR zu vollenden und sich einer qualitativ neuen Entwicklungsstufe zu stellen, «in der sich der allmähliche Übergang zum Kommunismus anbahnt und zu vollziehen beginnt» (Honecker 1978: 30).

Bereits seit Ende der 1960er Jahre, so die DDR-Geschichtsschreibung, waren die Erziehungsanstrengungen in staatsbürgerlicher, klassenkämpferischer Richtung «intensiviert worden» (Günther u. a. 1987: 716). Im Einzelnen ging es um «die Vermittlung der Grundlagen des Marxismus-Leninismus, die Verbundenheit mit den revolutionären Traditionen der Arbeiterklasse, die Achtung vor den Leistungen aller Werktätigen beim Aufbau des Sozialismus, erzielt unter Führung der SED, die Festigung der Freundschaft zur Sowjetunion, den sozialistischen Patriotismus und Internationalismus, die Erziehung zur tätigen Solidarität» (ebd.). Heute gelesen, verrät vor allem der Einschub «erzielt unter Führung der SED», dass die Erziehungspolitik nach den Reformbestrebungen der frühen 1960er Jahre nun wieder in den vermeintlich sicheren Händen der «Väter» lag.

Die Generationenfrage wurde nun kurzerhand zur Klassenfrage erklärt. «Und an uns liegt es, [...] wie wir sie [die Jugend, U.S.] vorbereiten, bewusst, sinnvoll zu leben, wie wir sie befähigen, das Werk ihrer Väter fortzusetzen [...]. So haben die Kommunisten immer und zu jeder Zeit die Jugendfrage gesehen [...]. Sie haben die Generationsfrage immer als Klassenfrage aufgefasst und es deshalb stets als ihre Auf-

gabe betrachtet, die Jugend in den Kampf für unsere Sache einzubeziehen.» (Honecker 1978: 21 f.)

Die Analogie zur Geschlechterfrage ist auffällig. Ebenso wie für Frauen galt nun auch für die Jugend Gleichberechtigung als hergestellt. Gleichzeitig sollte die Jugend – wie die Frauen – «in unsere Sache einbezogen» werden. Gleichberechtigung der Generationen wurde also genauso als das Heranführen der Jungen an das Niveau der Alten interpretiert wie das Heranführen der Frauen an Männerniveau als Gleichberechtigung der Geschlechter. Auf diese Weise musste weder über die Lebensansprüche von Männern noch über die von Alten kritisch nachgedacht werden. Patriarchalismus und Adultismus gingen Hand in Hand, wie im gegenwärtigen deutschen Wohlfahrtsstaat auch (vgl. Kränzl-Nagl u. a. 2003: 15).

Weil die Generationen im Sozialismus gleichberechtigt seien, gebe es keine Konflikte zwischen ihnen. «So bemühen sie [die bürgerlichen Ideologen, U.S.] Tag für Tag ihren Propagandaapparat [...], um glauben zu machen, die Vorstellungen unserer Jugend vom Leben, ihre Interessen und Bedürfnisse seien ganz anders als die der älteren Generation, die junge Generation in der DDR stehe im Widerspruch, in Opposition zu den Älteren und den «Institutionen» der sozialistischen Gesellschaft.» (Honecker 1978: 24) Statt Konfliktfähigkeit sollten «solche moralischen Eigenschaften wie [...] bewusste Disziplin [und] [...] Opferbereitschaft» (ebd.: 13) immer größere Bedeutung erlangen, also Eigenschaften, die eine Unterordnung unter einen fremden Willen voraussetzen. «Erziehung muss bewirken, all das, was notwendig, richtig, gut und gerecht für unsere Sache ist, auch für sich selbst als richtig, gut und gerecht zu verstehen, zu werten und entsprechend zu handeln.» (Ebd.: 17)

In einer Zeit, in der Künstler*innen unterschiedlicher Genres auf vielfältige Generationenkonflikte in der DDR aufmerksam machten – erinnert sei an Ulrich Plenzdorfs «Die neuen Leiden des jungen W.» von 1972 oder an Volker Brauns «Unvollendete Geschichte» von 1975 –, ignorierte die zuständige Politik dieses Problem vollständig. War sich aber wohl doch nicht sicher, denn Plenzdorfs Text wurde zwar von der DEFA und von bekannten Persönlichkeiten abgelehnt, erfuhr aber als Theaterfassung (in den Spielzeiten 1972/73 und 1973/74 wurde das Stück insgesamt 17-mal inszeniert) eine öffentliche Aufmerksamkeit, die ihresgleichen sucht und die Ulrich Plenzdorf schließlich den angesehenen Heinrich-Mann-Preis bescherte. Dieter Mann, der die Hauptrolle im Deutschen Theater Berlin gespielt hatte, erinnert sich: «Ich habe «Die neuen Leiden des jungen W.» 300 Mal gespielt, das war verrückt, keiner hat je damit gerechnet, dass es so ein Erfolg werden würde. Es war immer ausverkauft, und auf den Treppen saßen immer Leute, die aus dem ganzen Land angereist kamen. Jeden Abend war es anders. Wir haben es, glaube ich, fünf Jahre gespielt.» (Zit. n. Poss/Warnecke 2009: 150) Auch Irmtraud Morgners Roman «Leben und Abenteuer der Trobadora Beatriz nach Zeugnissen ihrer Spielfrau Laura» durfte 1974 schließlich erscheinen, obwohl sie geschrieben hatte: «Unsere Kinder sind nicht unser Besitz [...]. Sie kommen durch uns, nicht von uns. Wir können ihnen unsere Liebe geben, aber

nicht unsere Gedanken. Wir können ihrem Körper ein Zuhause geben, aber nicht ihren Seelen [...]. Wenn wir wollen, können wir uns bemühen, zu werden wie sie. Aber wir dürfen sie nicht dahin bringen, zu werden wie wir.» (Morgner 1981: 488)

Möglicherweise sorgten auch solche Kunstwerke und vor allem die damit verbundenen DDR-weiten Debatten dafür, dass sich das Selbstbewusstsein vieler junger Menschen, das im Herbst 1989 wirksam wurde, dennoch entwickeln konnte. Die Kinder, die in den 1970er Jahren die Schule besucht hatten, waren als Jugendliche oder junge Erwachsene maßgeblich an den Protestbewegungen beteiligt, waren also nicht nur «diszipliniert» und «opferbereit» geworden, hatten ihre individuelle Entwicklung nicht «unserer Sache» untergeordnet. Vielleicht auch, weil sie schließlich ernst nahmen, was ihnen ebenfalls beigebracht worden war: etwa die Botschaft des «Kommunistischen Manifests», der zufolge der Sozialismus eine Gesellschaft sein sollte, «worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist» (MEW 4: 482). Vielleicht wurde das offizielle Kind-Bild der DDR-Volksbildung – wie der Psychologe Hans-Dieter Schmidt⁵⁵ schon 1991 meinte – auch nur partiell umgesetzt, weil es mit dem Berufsethos vieler Lehrer*innen und Erzieher*innen nicht übereinstimmte (vgl. Schmidt 1991: 4f.).

Ich lasse die Ungewissheiten so stehen und füge das Gedächtnisprotokoll von Marlies an: «1975 war ich 20 Jahre alt. Ich war Kindergärtnerin im zweiten Berufsjahr im kleinen Kindergarten eines Dorfes in der Nähe von Fehrbellin. Ich wohnte unter der Woche in einem möblierten Zimmer, fuhr freitags nach Hause und sonntags wieder zurück in mein Dorf. Ich las mich kreuz und quer durch die Dorfbibliothek, war genauso verspielt wie die Kinder, die mir zur Bildung und Erziehung anvertraut waren, und versuchte, im Erwachsenenleben Fuß zu fassen.

Eines Tages wurde ich zu einem Gespräch ins Büro des Bürgermeisters gebeten. Es befanden sich einige ältere und ein junger Mann im Büro. Bekannt war mir außer dem Bürgermeister noch der Chef des im Ort befindlichen Bauernguts. Ein weiterer Mann war mir vom Sehen her bekannt und der Jüngere entpuppte sich als FDJ-Funktionär aus Neuruppin.

Die Herren wollten mir klarmachen, dass ich als Leiterin der Einrichtung so etwas wie eine «herausragende» Person im Dorf darstellen würde. Sie erwarteten von mir, dass ich doch eine FDJ-Gruppe im Dorf aufbauen könnte und doch auch gleich für eine Mitgliedschaft in der SED kandidieren sollte.

Nun, etwas mit den Jugendlichen auf die Beine zu stellen, dazu war ich bereit. Daraus entwickelte sich dann auch innerhalb weniger Monate ein fröhliches Jugendleben. Allerdings nicht so, wie wohl gedacht. Ich organisierte mit einer kleinen Gruppe Mädels alle paar Monate Disco-Veranstaltungen und einige Male sogar Tanzabende mit einer Band.

55 Schmidt war Anfang der 1980er Jahre auch Mitbegründer des Forschungsprojekts «Biopsychosoziale Einheit Mensch» (vgl. Wessel 2015).

Was die Idee mit der Kandidatur für die SED betraf, so erklärte ich ganz unbedarft, dass mir in der Vergangenheit so etliche Leute begegnet seien, die Parteimitglied gewesen wären und ansonsten miese und unehrliche Leute wären, und ich wolle nicht in eine Partei eintreten, zu der so viele «Schleimscheißer» gehören würden (wörtlich so gesagt, daher nie vergessen!). Das Gespräch war damit beendet und ich wurde nie wieder gefragt. Es erwuchs mir allerdings auch nichts Böses aus dem Vorfall. Ich denke, ich hatte das Glück, auf Menschen getroffen zu sein, die es mit der Parteilichkeit wohl auch nicht so genau nahmen.

Im Nachhinein denke ich, dass diese kleine Episode für mich wegweisend war. Ich ließ mich nie von meinem eigenen Weg abbringen. In meiner Arbeit als Kindergärtnerin vermied ich bestimmte Einflussnahme auf die Kinder, die von mir wie von allen anderen Kindergärtnerinnen gefordert wurde. Ich hielt es für wichtig, den Kindern zu vermitteln, dass es wichtig wäre, Mitgefühl mit anderen Menschen zu haben, sich zu solidarisieren und vieles mehr; was ich strikt ablehnte, war die Verwendung von Armeespielzeug oder die Verherrlichung der Staats- und Parteilichkeit. Ich fand es lächerlich, schon Vorschulkinder auf eine Richtung einzuschwören. Ich selbst hatte immer die Chance gehabt, mir selbst ein Bild zu machen und meinen Weg zu gehen. So fand ich, dass diese Möglichkeit auch den mir anvertrauten Kindern zustehen würde.» (GP Marlies)

Auf hoher politischer Ebene aber, das muss für das erste Jahrzehnt nach den beiden Jugendkommunikés der SED festgehalten werden, gab es keine Debatten mehr, ob die Jugend ein Recht auf Zweifel hätte, keinen glaubwürdigen Hinweis darauf, dass das jugendliche Bedürfnis nach Selbstständigkeit, Selbsttätigkeit, Selbsterziehung zu respektieren ist, keine Aufforderung mehr, Mut zum eigenen Denken aufzubringen und gegebenenfalls unbequeme Fragen zu stellen.

Stattdessen trat am 1. Februar 1974 ein neues Jugendgesetz⁵⁶ in Kraft, das einerseits eine beeindruckende Fürsorglichkeit des Staates der Jugend gegenüber fest schrieb, das aber andererseits nichts mehr vom Bild der selbstbewussten, gar gleichberechtigten Kinder und Jugendlichen erkennen ließ. Das umsorgte und kontrollierte Kind – so ließe sich vielleicht das Bild beschreiben, das den gesetzlichen Festlegungen von 1974 zugrunde lag und das auch der Logik des Bildungsgesetzes von 1965 entsprach.

Zur kommunistischen Erziehung passend wurden Kinderbücher veröffentlicht, so vordergründig agitatorisch, dass die Lektüre heute kaum zu ertragen ist. Etwa «Sebastian und der Spielplatz» (für Kinder ab neun Jahre) von Helga Talke (1981): Der Junge Sebastian muss auf seine Geschwister aufpassen, weil der Vater Spätschicht hat und die Mutter zur Parteiversammlung gegangen ist. Er würde lieber mit seinen Freunden Fußball spielen und bittet deshalb später die Mutter, «nicht mehr zur Versammlung»

56 Der exakte Titel lautet: Gesetz über die Teilnahme der Jugend an der Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft und über ihre allseitige Förderung in der Deutschen Demokratischen Republik – Jugendgesetz der DDR vom 28.1.1974.

(ebd.: 4) zu gehen. Später, als sowohl Sebastian als auch seine Geschwister schlafen, besucht die Mutter die Pionierleiterin. «Sie beraten, wie man Sebastian und den anderen Pionieren erklären kann, warum die Mutter zu den Parteiversammlungen gehen muss und wozu die Arbeiter eine Partei brauchen.» (Ebd.: 9) Der Erziehungsprozess gelingt, und später, als Sebastian schon versprochen hat, auch einmal Genosse werden zu wollen (ebd.: 44), sagt er zu seiner Mutter: «Morgen in der Schulpause werde ich es mit allen besprechen. Wir müssen genauso fest zusammenhalten wie deine Partei-gruppe.» (Ebd.: 60)

3.4.2 Frauen hüben und drüben

«Als ich Anfang 1990 als Frauenredakteurin nach Westberlin kam, waren mir meine feministischen Freundinnen in Frankreich, der Schweiz oder in den USA näher als diese Gewächse aus dem Osten, die mich mit männlich-energischem Händedruck statt mit einer liebevollen Umarmung begrüßten und sich als ‚Philosoph‘, ‚Ökonom‘ oder ‚Facharbeiter für Schreibtechnik‘ vorstellten, von den Kolleginnen, die ‚Journalist‘ waren, ganz abgesehen [...]. Im Flugblatt der ‚Lila Offensive‘, der Gruppe, die später den Unabhängigen Frauenverband ins Leben rief, ging es um die Vereinbarkeit von Beruf und Familie, auch für Väter, um den Erhalt von Kitas, und darum, dass ‚Frauen immer noch in der zweiten Reihe in Wirtschaft, Politik und Wissenschaft stehen‘. In den Ohren jüngerer autonomer Westfeministinnen, die meist kinderlos waren, eine mühsame Diskussion um ‚Staatsknete‘ hinter sich hatten und Institutionen ohnehin misstrauisch gegenüberstanden, klang das wie aus der Waschküche der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen. Hatten wir nicht sorgfältig unsere Projektgärtchen abgesteckt, in denen wir uns selbstbestimmt ausbeuten konnten? Frönten wir nicht einem Lebensentwurf, bei dem die ‚Kinderfrage‘ aufgeschoben und das Glück in der vorläufigen authentischen Selbstentfaltung gesucht wurde? [...] Im Unterschied zu den Sozialdemokratinnen nahmen wir den Ostbewegten immerhin ab, wirklich so etwas wie eine sozialistisch gestimmte, aber feministisch-ökologisch fundierte Gesellschaft auf den Weg bringen zu wollen. Schlimmer noch, wir überantworteten ihnen einzulösen, was im Westen nach dem Ende der 68er-Bewegung keinerlei realistische Option mehr gewesen war: eine nachhaltige Revolution. Wir beobachteten, dass die DDR ‚heimgeholt‘ werden sollte wie eine Braut, mit den Ostbetrieben als Mitgift, und hofften, dass sich unsere Schwestern diesem Eheversprechen verweigern würden. Deshalb traf uns die Wahl zur Volkskammer im März 1990 wie ein Schock.» (Baureithel 2019: 16)

Die Gräben zwischen ostdeutschen und westdeutschen Frauen waren 1990 tief und sind es mitunter bis heute. Die gegenseitig verpassten Bezeichnungen belegen das. Dabei fällt auf, dass in der DDR offensichtlich ein einheitlicher Frauentyp herangewachsen war. Fast alle waren berufstätig, fast alle waren Mütter. Im Unterschied dazu scheint es in der damaligen BRD zwei Frauentypen gegeben zu haben: die (oft lautstarken) meist kinderlosen Kämpferinnen, die sich schon bald genervt fühlten von der

feministischen Ahnungslosigkeit der ostdeutschen Frauen, einerseits und die (eher schweigsamen) Hausfrauen andererseits, die schon mal durchblicken ließen, dass sie ihre Kinder nicht geboren hätten, um sie dann in eine Aufbewahrnastalt zu geben. «Westdeutsche Frauen weisen [...] eine [...] Haltung [...] auf, die in einer Entgegensetzung zwischen dem ›Muttersein‹ und dem ›Leben‹ einer Frau zu münden scheint.» (Herwartz-Emden 1995: 65) Diese Entgegensetzung konnten und können bis heute ganzheitlich orientierte Frauen, die in der DDR sozialisiert sind, nicht nachvollziehen (vgl. Händler/Mitsching-Viertel 2019).

Nach dem Beitritt der DDR wurde dennoch oft ein dualistisches, insofern ein falsches Bild von den deutschen Frauen gemalt: «West-Emanze» vs. «Ost-Mutti». Die West-Emanze trug damals zu 18 Prozent und die Ost-Mutti zu 41 Prozent zum Haushaltseinkommen⁵⁷ bei (DIW 1996: 467).

In der DDR wurde im Juni 1971 auf dem VIII. SED-Parteitag die «Gleichberechtigung der Frau» verkündet und mit der Konzentration auf Bevölkerungspolitik und Familienpolitik begonnen (vgl. Kuhrig 1995: 229). Erich Honecker hatte auf diesem Parteitag die Gleichberechtigung der Frau als «verwirklicht» bezeichnet, sowohl gesetzlich als auch im Leben.

Konfliktlosigkeit war angesagt, obwohl die Grenzen der Gleichberechtigung deutlich zutage traten: Die Geburtenrate sank, allerdings nicht wie in der damaligen Bundesrepublik zugunsten der «gewollten» Kinderlosigkeit, sondern zugunsten der Ein-Kind-Familien, der weibliche Wunsch nach Teilzeitarbeit stieg, die Scheidungsrate auch. Konnte man das hohe Maß an Ehescheidungen (Böttcher 2006: 8) aus Frauensicht noch mit Emanzipation, mit wachsendem Selbstbewusstsein, mit ökonomischer Selbstständigkeit in Zusammenhang bringen, so blieb dieser Fakt aus Kindersicht problematisch. 1975 drehte Heiner Carow seinen Film «Ikarus» zu diesem Thema. 1976 malte Heidrun Hegewald das Bild «Kind und Eltern»: Ein traurig-ernst blickendes Kind steht in einer Tür und schaut in den Raum, in dem – weit voneinander entfernt – Vater und Mutter sitzen. Die Haltungen der beiden Erwachsenen verdeutlichen, dass sie sich nichts mehr zu sagen haben.

In den Grußadressen und Ansprachen aus Anlass der Internationalen Frauentage sowie in anderen öffentlich verbreiteten Dokumenten aber werden DDR-Frauen in den 1970er Jahren vor allem aufgefordert, «stolz auf das Erreichte zu sein» oder auch «die Gleichberechtigung voll auszuschöpfen» (1976) bzw. von der «gleichberechtigten Stellung [...] umfassend Gebrauch zu machen» (1978).

Im Funktionärsorgan des DFD *Lernen und Handeln* war 1974 zu lesen: «Die Gleichberechtigung der Frau ist vor dem Gesetz und im Leben verwirklicht [...]. Funktionärinnen nutzen die Kontakte, um auch anhand ihrer Entwicklung und der ihrer Gesprächspartnerinnen zu beweisen, dass die Feststellung in den Thesen des Na-

57 Diese Zahl hat sich inzwischen im Osten etwas und im Westen deutlich erhöht.

tionalrates der Nationalen Front Wirklichkeit ist: «Die Gleichberechtigung der Frau und die Grundrechte der jungen Generation wurden zum ersten Mal Wirklichkeit [...]» Es gilt in den Gesprächen den Stolz darüber zu vertiefen, dass unsere DDR auch das Werk unserer Frauen ist und dass jede Frau durch die kleinste Tat dazu beitragen kann, unseren Arbeiter-und-Bauern-Staat weiter zu stärken und die sozialistische Staatengemeinschaft mit der Sowjetunion an der Spitze zu festigen.» (DFD 1974: 22)

«Den Stolz vertiefen» – das war auch die Aufforderung, die im sogenannten Vater-Brief, der in diesem Zeitraum die Filmschaffenden warnen sollte, zum Ausdruck kam: Am 17. November 1981 erschien im *Neuen Deutschland*, Seite 1, unter der Überschrift «Erwartungen eines Lesers an DEFA und Fernsehen – was ich mir von unseren Filmemachern wünsche» ein «Leserbrief». Ein Hubert Vater, Hauptmechaniker im VEB Kraftverkehr Erfurt, brachte seine Enttäuschung zum Ausdruck. In den jüngsten Filmen sei der Stolz auf das, was die Arbeiterklasse und ihre Partei im Bunde mit allen Werk tätigen vollbracht haben, zu wenig zu spüren. Der Film «Jadup und Boel» (Regie: Rainer Simon), der 1980/81 produziert worden war, wurde folgerichtig verboten (allerdings nur bis 1988).

In Kommentaren der westdeutschen Linken zur Frauenpolitik in der DDR sind in den 1970er Jahren einerseits Begeisterung und damit verbundene Illusionen zu lesen: «Die Verwirklichung der Gleichberechtigung ist Sache der ganzen Gesellschaft. Darin liegt das Geheimnis ihres Erfolges in der DDR.» (Schuster 1972: 213) «Noch in diesem Jahrzehnt will die DDR nun erreichen, dass die Frauen nicht nur gleichberechtigt mitarbeiten und in den verschiedensten Positionen auf allen Gebieten vertreten sind. Sie sollen im echten Verhältnis zu ihrer Zahl an der Leitung der Produktion und des Staates sowie an den Führungsgremien in Wissenschaft und Kultur teilhaben.» (Ebd.: 214)

Andererseits werden Probleme deutlicher als in der DDR ausgesprochen: «So tief greifende Veränderungen vollziehen sich selbstverständlich nicht ohne Widersprüche. Da gibt es Männer, die befürchten, ihre Stellung eines Tages unter Umständen einer qualifizierten Frau überlassen zu müssen. Andere verharren generell lieber beim Althergebrachten. Wieder andere scheuen vielleicht die zusätzlichen Belastungen, die sich zunächst für den Betrieb, die Arbeitsgruppe oder auch für die Familie ergeben könnten. Wer so oder ähnlich denkt, ist leicht geneigt, aus seinen Unlustgefühlen ein kritisches «Da entstehen ja Vorrechte» werden zu lassen. Solchen Auffassungen [...] wird in offener Diskussion zu Leibe gerückt. Auch der offizielle Verfassungskommentar erläutert, dass die Bestimmungen über die besondere Förderung der Frau keine Privilegierung bedeuten, sondern vielmehr notwendig sind, um die Gleichberechtigung uneingeschränkt zu garantieren.» (Ebd.: 199 f.)

Ganz anders die Situation in der Bundesrepublik. Nach dem frauenpolitischen Auftakt im September 1968 und Helke Sanders klarer Ansage «Genossen, Ihr seid unerträglich!» (Sander 1988: 12 f.) gingen die rebellischen Frauen nicht zur Tages-

ordnung über. Sie rüttelten auf vielfältige Weise an den patriarchalen Säulen des Kapitalismus und sorgten in vielen Bereichen, nicht zuletzt in der Wissenschaft, für Neuerungen, die das westliche Deutschland nachhaltig veränderten.

Die noch in den 1960er Jahren gegründeten Kinderläden machten nicht nur auf die Versorgungslücke an öffentlicher Kinderbetreuung aufmerksam, sondern stießen auch die Debatte um autoritäre bzw. antiautoritäre Erziehung an. Gewalt gegen Frauen im Öffentlichen und im Privaten, Sexualität, Homosexualität und anderes mehr wurde nun zum Thema von Frauenzusammenkünften. «Die Beschäftigung mit der Sexualität führte auch zu einer Auseinandersetzung mit dem Gesundheitswesen. So wurde zum Beispiel die Pille, die mittlerweile zum weitverbreiteten Verhütungsmittel geworden war, deshalb kritisiert, weil mit ihr die Verantwortung für Verhütung den Frauen zugeschoben worden war und die Pharmazie gar nicht daran dachte, die Pille für den Mann zu entwickeln.» (Laudowicz 1991: 27) Gleichzeitig entstanden sogenannte Selbsterfahrungsgruppen. «In diesen Kleingruppen versuchten die Frauen über ihren eigenen Entwicklungsprozess und über ihre eigene derzeitige Lage, ihre Bedürfnisse und Ängste zu reflektieren (häufig nach dem amerikanischen Vorbild des «consciousness-raising»), um diese nicht nur als individuelle, sondern auch als kollektive zu begreifen.» (Nave-Herz 1993: 71) Marianne Hochgeschurz sah in dieser Zeit auch eine «Weiblichkeitseuphorie» und die Gefahr eines «Abdriftens ins Mystische». «Ähnlich wie sie abgeschnitten waren von ihren Empfindungen, von ihrem Körperwissen, so waren die Frauen auch abgeschnitten von ihrer Geschichte, ihrem historischen Wissen. Weil sie die Schwäche ihrer Geschichtslosigkeit aber [...] spürten, waren sie «wild» auf alles, was eine eigene Tradition, einen eigenen Frauen-Hinter-Grund stiften konnte.» (Hochgeschurz 1995: 165)

Aus Gabis Sicht stellten sich die 1970er Jahre in der Bundesrepublik so dar: «Nach dem Abitur im Jahr 1973 wusste ich nicht, was ich weiter tun wollte. Biologie studieren wäre was gewesen, den Numerus clausus hatte ich jedoch nicht erreicht. Es gab zu wenig Studienplätze und wahrscheinlich auch nicht genug Arbeitsplätze. Arbeit mit Straftätern/Sozialarbeit interessierte mich auch – meine Familie schlug die Hände überm Kopf zusammen. «Bloß nicht, da bist du viel zu emotional zu. Mach doch was Kreatives!» So studierte ich, nach Einreichung einer Mappe und bestandener Aufnahmeprüfung, an der Fachhochschule «Industrie Design». Allerdings nur drei Semester lang – und ich kann nicht entscheiden, warum genau ich das Studium aufgab. Die Mehrheit der Studierenden waren junge Frauen, allerdings war unausgesprochen klar, dass die wenigen Männer die ebenfalls wenigen, gut dotierten und hoch angesehenen Stellen bei den großen Automobilherstellern bekommen würden. Die guten Frauen könnten ja dann in die Porzellanherstellung gehen. Es gab eine Professorin, ansonsten nur Professoren. Erst im Nachhinein wurde mir klar, dass diese Herren und ihre Einstellungen mich in Richtung Frauenbewegung getrieben hatten. Nach dem Abbruch des Studiums, auch aus dem Gefühl heraus, ich kann das nicht und ich kann mich vor allem bei diesem wichtigtuersischen Gehabe nicht behaupten, hing ich erstmal eine

Weile in der Luft. Ich jobbte, und begann dann eine Ausbildung zur Handweberin. Außerdem lernte ich meinen späteren Mann kennen und machte mich mit ihm auf in die politischen Gefilde. So war ich bei der Gründung der bayerischen Grünen dabei und bin der politischen Beteiligung immer treu geblieben [...]. Dann habe ich doch noch studiert, die Gesellschaft machte es dank BAföG möglich, sodass ich meinen Traumberuf der Psychologin in der Arbeit mit benachteiligten Kindern und Jugendlichen ausüben kann. Ich bin der Gesellschaft für diese Unterstützung sehr dankbar, alleine hätte ich das – alleinerziehend mit drei Kindern – niemals stemmen können. Auch meine Eltern unterstützten mich.» (GP Gabi)

Die 1970er Jahre waren in der BRD die Gründerjahre für Frauenprojekte, Frauenhäuser, Frauenforschung, Frauenverlage, Frauenzeitschriften, Frauenkalender, Frauenarchive und vieles mehr, auch die Protestjahre gegen «Miss-Wahlen», gegen den «Mutterttag» und nicht zuletzt gegen eine von Männern vorgeschriebene Kleiderordnung. Der Skandal, den die SPD-Politikerin Lenelotte von Bothmer (Lehrerin, sechsfache Mutter, Schriftstellerin) 1970 mit ihrem Auftreten im Deutschen Bundestag in einem Hosenanzug auslöste, kam auch in der DDR an.

Seit den 1970er Jahren gab es in vielen Einrichtungen Frauenbeauftragte, wurde um die Frauenquote gestritten, formierte sich die «Lesbenwelt». Später kam, ergänzend oder auch widersprechend, die Sicht der Mütter dazu (vgl. Pass-Weingartz/Erlor 1989). «Die neue Frauenbewegung, dazu parallel oder später Frauen aus Politik, Organisationen und Verbänden, griffen alte Forderungen der Frauen auf, neue kamen hinzu: gleicher Lohn für gleiche Arbeit, die Hälfte aller qualifizierten Arbeitsplätze für Frauen, mehr Frauen in die Politik, Abbau der Gewalt gegen Frauen, Abschaffung bzw. Liberalisierung des Paragraphen 218, Lohn für Hausarbeit.» (Metz-Göckel/Müller 1985: 13)

Unter dem Motto «Das Private ist politisch» wurden unter anderem öffentliche Kinderbetreuung, das Abtreibungsrecht, familienfreundliche Arbeitsbedingungen gefordert. Die These brachte auf den Punkt, was viele junge Frauen in der Bundesrepublik belastete: dass sie von der Gesellschaft alleingelassen wurden, dass sie einerseits ihre Kinder auf die leistungsorientierte Öffentlichkeit vorbereiten sollten, andererseits in Privatheit isoliert waren (Merschformann 1995). Alice Schwarzer, die dafür bekannt ist, dass sie selten Einblicke in ihr Privatleben gestattet, sagte in einem Interview: «Das Private ist politisch» meint, dass das angeblich Persönliche gesellschaftliche Ursachen hat. Es meint aber nicht, dass Menschen sich bis aufs Mark der Öffentlichkeit auszuliefern haben.» (Zit. n. Mika 1998: 147) Im Mittelpunkt der Kritik stand, dass die Strukturen der Berufswelt nicht auf die Verknüpfung der beiden getrennt voneinander existierenden Welten ausgerichtet seien (vgl. Mierendorff 1992), dass die Trennlinie zwischen öffentlich und privat undurchlässig erscheine und dass sie nicht als Herrschaftslinie in der Kritik stehe (vgl. Hauser 1985).

Nicht zu vergessen: Die damalige Bundesrepublik fand in der Frauenbewegung auch den «Staatsfeind Nr. 1» (sic). Ulrike Meinhof war in den 1960er Jahren in Funk

und Fernsehen aktiv, hatte sich gegen die Kriege in Algerien und Vietnam engagiert, gegen den Schah von Persien und gegen den Springer-Konzern. Sie befreite 1970 zusammen mit anderen Andreas Baader aus dem Gefängnis und wurde 1972 verhaftet. Drei Jahre später brachte man sie in den eigens für die Rote Armee Fraktion (RAF) gebauten Hochsicherheitstrakt Stuttgart-Stammheim und unterwarf sie einer «Isolationsfolter». Sie starb in der Nacht vom 8. zum 9. Mai 1976 (41-jährig) im Gefängnis (vgl. Nödinger 2019: 35). Im gleichen Jahr bürgerte die DDR ihren «Staatsfeind Nr. 1», Wolf Biermann, aus. Bis heute ist umstritten, ob diese Ausbürgerung selbst «der Anfang vom Ende der DDR» war oder eher die Tatsache, dass viele Intellektuelle, Frauen voran, gegen die Ausbürgerung protestierten.

Jahrzehnte später machte der westdeutsche Sozialphilosoph Axel Honneth darauf aufmerksam, was die von Frauen angestoßenen bzw. erkämpften politischen Veränderungen für Männer im Kapitalismus bedeuteten. «Die Männer können heute für ihre Vaterrolle zu Hause nicht mehr auf das Mehr an Wertschätzung und Respekt rechnen, welches sie für all die Anerkennungsverluste entschädigen sollte, die sie in den Ungerechtigkeiten des Leistungswettbewerbs haben erdulden müssen. Das feinmaschige Ausgleichssystem sozialer Anerkennung, das noch vor fünfzig Jahren durch Benachteiligung der Frauen gegeben war, ist an dieser Stelle zerrissen: Mit der Entkopplung des ›Vatersymbols‹ vom männlichen Geschlecht haben die Männer die Chance verloren, innerhalb ihrer Familien das Übermaß an intersubjektiver Anerkennung zu erwerben, durch das sie bislang ihre Missachtungserfahrungen in der Wirtschaftssphäre zu kompensieren vermochten.» (Honneth 2011: 42)

Das ist sicherlich richtig,⁵⁸ interessierte aber vermutlich die kritischen Frauen damals weniger. Es entstand nun das, was man das theoretische Gebäude Feminismus nennen könnte, die Auseinandersetzungen um Opfer und Täter, um Marxismus und Feminismus, um den Arbeitsbegriff und Arbeitsteilung, um matriachale und patriarchale Verhaltensmuster und ihre Entstehungsgeschichte, um den Zusammenhang zwischen «Rasse», Klasse und Geschlecht und immer wieder um Gleichheit und Differenz.

All diese Debatten waren eingebettet in neue Frauenerfahrungen: «In der Aufbruchphase von Frauenprojekten vor etwa 15 Jahren gab es große Hoffnungen auf Schwesterlichkeit, Gleichheit und Wärme, Hoffnungen, die sich für viele neu Hinzukommende wiederholen [...]. Die Arbeit mit und unter Frauen macht indessen schmerzlich deutlich, dass diese Hoffnungen von einer Realität zunichte gemacht werden können, die Gemeinsamkeiten und Nähe enthält, aber auch geprägt ist von Missverständnissen, Konkurrenz, Neid, Missgunst und höchst unterschiedlichen Lebensvorstellungen und Zielsetzungen.» (Brückner 1991: 126)

58 Anita Grandke machte 1977 auch darauf aufmerksam, dass in Ausbeuterordnungen die Vormachtstellung des Mannes in der Familie «bewusst organisiert, propagiert und rechtlich ausgestaltet wurde», um ein «Ventil» für Männer zu schaffen, einen Ausgleich für die alltäglichen Erniedrigungen im Arbeitsprozess. Der Mann im Sozialismus bedarf eines solchen Ventils nicht (vgl. Grandke 1977: 205).

Auch auf internationaler Ebene sammelten Frauen neue Erfahrungen. «1975 war es auf der Weltfrauenkonferenz in Mexiko zu einem Eklat zwischen amerikanischen Feministinnen und Frauen der Dritten Welt gekommen. Frauen aus Bolivien hielten den Feministinnen vor, sie hätten keine Vorstellung von den wirklichen Problemen armer Frauen in den Ländern der Dritten Welt. Amerikanische Feministinnen kritisierten Frauen der Dritten Welt wegen fehlender Sensibilität für patriarchale Unterdrückungsstrukturen.» (Laudowicz 1991: 35)

Zu Beginn der 1990er Jahre gewannen die Debatten um die Dekonstruktion der Kategorie Geschlecht und die Zweifel an einer natürlichen Zweigeschlechtlichkeit an Bedeutung, Ersteres unter anderem ausgelöst durch die Publikation der Philosophin Judith Butler «Das Unbehagen der Geschlechter» (vgl. Butler 1991).

Mitte der 1990er Jahre fasste Christina Thürmer-Rohr die Grundpositionen des damaligen Feminismus so zusammen: «Es ist erstens die alte Forderung nach Gleichheit der Geschlechter, mit der die Frauenbewegung einmal begann [...]. Ein aufgeklärtes modernes Menschenbild wird hier endlich auch für Frauen eingefordert [...]. Eine zweite Position [...] behauptet demgegenüber die grundlegende Ungleichheit der Geschlechter. Der Geschlechterunterschied sei ein essenzieller, originär existierender Unterschied, die Zweigeschlechtlichkeit ein fragloser und zeitloser Bestandteil der Natur, Weiblichkeit ein essenzieller Wert [...]. Eine dritte Position – die dekonstruktivistische oder im weiteren Sinne postmoderne Position – bestreitet die eben genannten Voraussetzungen. Sie bestreitet, dass die Kategorie «Geschlecht» überhaupt eine Klassifikationseinheit sein und irgendeine tragende Gemeinsamkeit, eine Geschlechtsidentität stiften könnte.» (Thürmer-Rohr 1995: 11)

Zumindest für den Bereich der Frauenforschung wurde der Beitritt der DDR genutzt, um die 15- bis 20-jährige feministische Tätigkeit zu bilanzieren. Die Soziologin Marlis Krüger verstand die Rückschau als eine Einladung an die östlichen Kolleg*innen, «die jetzt in der halboffenen (Umbruchs-)Situation die Möglichkeit haben, neue Forschungs- und Lehrschwerpunkte zu entwickeln» (Krüger 1991: 151).

Diese Möglichkeiten blieben für die Beitrittsbürger*innen bekanntlich sehr begrenzt. Gleichwohl sollte die damalige Aufforderung, den Feminismus als gesamtdeutsches Thema zu begreifen, auch heute nicht in Vergessenheit geraten. Diejenigen, die in der DDR sozialisiert sind, konnten und können einen spezifischen Beitrag zur Patriarchatskritik leisten, zumal wir jetzt wissen, dass der DDR-Sozialismus mit Fug und Recht als Patriarchat bezeichnet werden darf.

Christa Wolf ahnte das wohl schon in den 1970er Jahren, als sie mit Blick auf die Frauenbewegung in Westdeutschland schrieb: «Wie viel Solidarität untereinander, wie viel Anstrengung, die eigene Lage zu erkennen, wie viel Spontanität und Erfindelust in ihren Selbsthilfeunternehmen, wie viel Fantasie, welche Vielfalt. Ich kann nicht finden, dass wir gar nichts davon zu lernen hätten.» (Wolf 1977: 288)

Aber die ausschließlich auf Klassenwidersprüche ausgerichtete DDR-Politik sprach dagegen: «Wir wollen hier nicht besonders auf den Neo-Feminismus eingehen, schon

weil er bei uns kein Problem darstellt. Frauen, die sich in seinen Reihen – oft mit viel Kraft und Elan – für mehr Gleichberechtigung einsetzen, haben unsere Achtung. Aber wir möchten doch mit Nachdruck unterstreichen: Wir sind gegen den Feminismus da, wo er die Frauen zum Kampf gegen die Männer aufruft und damit, gewollt oder ungewollt, die lebensnotwendige Solidarität der Werktätigen hemmt, das berechtigte Aufbegehren der Frauen in eine Sackgasse lenkt.» (Lange 1987: 252)

Deshalb lautete die klassenkämpferische Parole: Feminismus führt in die Irre! Als im Jahr 2019 aus Anlass des 200. Geburtstags von Louise Otto-Peters der Frage nachgegangen wurde, warum in der DDR zwar die Sozialistin (vgl. Zinner 1954), aber kaum die Feministin Otto-Peters hohes Ansehen genoss, tauchte diese Parole in leicht abgewandelter Form wieder auf: «Sozialismus sticht Feminismus» (vgl. Chantal 2019: 87).

Inzwischen wissen wir, dass auch die Klassentheorie, so wie sie angewandt wurde, in die Irre führt, dass wahrscheinlich jede theoretische Grundlage für Gesellschaftsentwürfe in die Irre führt, wenn sie sich nur auf einen der vielen gesellschaftlichen Widersprüche konzentriert und die Themenfelder und Probleme zu hierarchisieren versucht, anstatt ihre wechselseitige Durchdringung und Bedingtheit zu berücksichtigen und zu analysieren.

An fünf Beispielen soll veranschaulicht werden, dass und wie Feminismus dennoch hüben und drüben wirkte.

Erstes Thema: Abtreibungen. Der Kampf um das Abtreibungsrecht gehört seit dem 19. Jahrhundert zur Arbeiterbewegung. Denn es waren vor allem die armen Bevölkerungsschichten, die unter dem Abtreibungsverbot und der damit verbundenen Kurfuscherei zu leiden hatten. Folgerichtig brachten sowohl die SPD als auch die KPD in den 1920er Jahren verschiedene Gesetzesentwürfe in den Reichstag ein, die die Paragraphen 218 und 219 des Strafgesetzbuchs von 1871 abschaffen oder mildern sollten. Kommunisten wie Friedrich Wolf setzten auch große Hoffnungen in das Vorbild Sowjetunion. Dort war 1920 ein «Dekret über den Schutz der Gesundheit der Frau» erlassen worden, das Abtreibungen legalisierte und die Durchführung nur Ärzt*innen gestattete. Gleichzeitig wurde in der Sowjetunion ein «Institut zur Erforschung von Empfängnisverhütung» gegründet. Bereits drei Jahre später schränkte allerdings die sowjetische Regierung das Abtreibungsrecht ein und schaltete eine Beratungskommission zwischen Frau und Ärzt*innen. In Deutschland wurde die Protestbewegung gegen den Paragraphen 218 zunehmend auch von Intellektuellen beiderlei Geschlechts getragen. 1931 gab es hier eine erste Selbstbeziehungskampagne «Ich habe abgetrieben». Auf einer in diesem Rahmen organisierten Kundgebung im Februar sagte Bertolt Brecht: «So wie der Staat es in seiner Justiz macht – er bestraft den Mord, sichert sich aber das Monopol darauf –, so macht er es eben überall: Er verbietet uns, unsere Nachkommen am Leben zu verhindern – er wünscht dies selber zu tun. Er behält sich vor, selber abzutreiben, und zwar erwachsene, arbeitsfähige Menschen.»

(Zit. n. Wolf/Hammer 1978: 278) Bis zur Machtübernahme der NSDAP schien es so, als könnte der Paragraf 218 bald gekippt werden.

1936 wurde Abtreibung (mit medizinischer Indikation) in der Sowjetunion wieder verboten. Die «bittere Notwendigkeit, der Mutterschaft zu entsagen» (Krupskaja), sei überwunden, eine Auffassung, die auch Friedrich Wolf für die Sowjetunion teilte und für das sozialistische Deutschland in Aussicht stellte.⁵⁹ Im Nazi-Deutschland wurde 1943 das Strafmaß verschärft, wenn durch die Abtreibung «die Lebenskraft des deutschen Volkes» beeinträchtigt wird. Für Ärzte, die solche Abtreibungen vornahmen, war Todesstrafe möglich. Bei «minderwertigen Rassen» war Abtreibung auch gegen den Willen der Schwangeren erlaubt.

Unmittelbar nach Kriegsende gab es in den vier Besatzungszonen unterschiedliche bzw. keine diesbezüglichen Regelungen. Die Antifaschistischen Frauenausschüsse konzentrierten ihre Kräfte wohl eher auf die Rettung der geborenen Kinder. Seit 1950 war, wie oben beschrieben, Abtreibung für Frauen in der DDR wieder verboten. Ein Brief der späteren Justizministerin Hilde Benjamin an die Deutsche Verwaltung für Volksbildung vom 25. Februar 1947 lässt vermuten, dass zum «Recht der Gesellschaft auf Sicherung ihres Nachwuchses» unterschiedliche Auffassungen bestanden (zit. n. Ockel 2000: 14). In der BRD wurden die Paragraphen 218 und 219 in der Fassung von 1926 juristische Grundlage. 1952 bestätigte der Bundesgerichtshof noch einmal die Gültigkeit der dort geregelten Mindestvoraussetzungen für einen Schwangerschaftsabbruch (vgl. Berghahn 1993: 117).

Aus den Statistiken der Weltgesundheitsorganisation lässt sich ableiten, dass in allen Industriestaaten die Anzahl der Abtreibungen nicht mit den gesetzlichen Bestimmungen zusammenhängt – wohl aber mit den zur Verfügung stehenden Verhütungsmitteln und mit der Aufklärungsarbeit in den Schulen. Dazu passt die Schätzung, dass in den 1980er Jahren sowohl in der BRD als auch in der DDR etwa jede vierte bis fünfte Schwangerschaft abgebrochen wurde, in der BRD illegal, in der DDR legal (vgl. Starke/Weller 1991). Auch auf dem 94. Deutschen Ärztetag 1991 in Hamburg wurde bestätigt, dass es diesbezüglich (bezogen auf die Anzahl der Frauen im gebärfähigen Alter) keine Unterschiede zwischen beiden deutschen Staaten gab (Ockel 1995: 109). Die gesetzlichen Bestimmungen haben aber – weltweit – einen großen Einfluss auf die gesundheitlichen Risiken, die Frauen im Zusammenhang mit einem Schwangerschaftsabbruch in Kauf nehmen. Dort, wo Abtreibungen illegal durchgeführt werden, sterben Frauen häufiger an den Folgen des Eingriffs. Insofern waren die Forderung nach «bewusster Mutterschaft», die Frauen in der DDR Anfang der

59 «Wir wissen, dass in der Sowjetunion die positive Schwangeren-, Mütter- und Säuglingsfürsorge die wichtigste Waffe gegen die Abtreibungssuche bildet. Wir wissen, dass in Deutschland lediglich die wirtschaftliche Not unserer Frauen und Mädchen zu Verzweiflungsakten und zur Selbsthilfe der Abtreibung zwingen. Wir wissen, dass unsere Frauen auch in Deutschland wieder Kindern freudig das Leben schenken werden – doch nicht in einem Deutschland des Hungers, sondern in einem freien sozialistischen Sowjetdeutschland.» (Wolf 1967)

1960er Jahre an die Regierenden richteten, und auch die Losung «Mein Bauch gehört mir», die westdeutsche Frauen ab dem Ende der 1960er Jahre in die Öffentlichkeit trugen, nicht in erster Linie Appelle, die das Leben der nächsten Generation betreffen. Es ging vor allem um Gesundheit und Leben der Frauen selbst, um das «Wie» der Abtreibung, nicht um das «Ob». Das Abtreibungsverbot – das muss immer wieder hervorgehoben werden – schützt nicht das ungeborene Leben, sondern gefährdet das der Mütter. Deshalb bezeichnete es Ute Gerhard als «Kernstück der Frauenunterdrückung» (Gerhard 1993: 59).

Und dieses Kernstück wurde in der Bundesrepublik im Zuge der Frauenbewegung massiv infrage gestellt. 1970 hatte sich die «Frauenaktion 70» gegründet. Die hier aktiven Frauen sammelten Unterschriften, schrieben offene Briefe, verteilten Informationen über abtreibungswillige Ärzt*innen, vermittelten Fahrten zu holländischen und englischen Abtreibungskliniken und organisierten auch selbst Eingriffe. Auf Initiative von Alice Schwarzer fand nach französischem Vorbild im Juni 1971 die legendäre Aktion in der Zeitschrift *Stern* statt: Unter der Überschrift «Ich habe abgetrieben» bekannten sich mehr als 300 Frauen, darunter einige prominente, zu dem Gesetzesverstoß. Männer bekannten sich dazu, «Komplize» gewesen zu sein. «Diese Bezeichnung sollte massenhaft aufgegriffen werden, sodass die Gerichte tendenziell damit beschäftigt wären, die Hälfte der Bevölkerung [...] strafrechtlich zu verfolgen. Es war klar, dass diese Aktion den Rechtsstaat auf eine Weise herausfordern musste, dass seine eigene Rechtmäßigkeit infrage gestellt war» (Haug 1991: 65). Diese Selbstbezeichnung wurde tatsächlich von vielen anderen aufgegriffen und entwickelte sich im Sommer und Herbst 1971 zu einer mächtigen, nicht nur lautstarken Bewegung gegen den Paragraphen 218, die erfolgreich zu werden schien.

Und die selbstverständlich auch in der DDR ankam. Aus meiner Sicht besteht kein Zweifel daran, dass die erst Mitte Dezember 1971 einsetzenden juristischen und politischen Aktivitäten, die bis Anfang März 1972 zur Legalisierung des Schwangerschaftsabbruchs in der DDR führten, eine Folge der westdeutschen Frauenbewegung 1971 war – auch wenn es für diesen kausalen Zusammenhang ganz offensichtlich keine schriftlichen Belege gibt. Die DDR-Regierung wollte nicht zulassen, dass «der Klassenfeind» in dieser wichtigen Frage schneller ist. Wäre es ursächlich um das «Kernstück der Frauenunterdrückung» gegangen oder wäre es Erich Honecker darum gegangen, sich von der Politik Walter Ulbrichts abzusetzen (wie auch vermutet wurde), dann hätte das Thema auf dem VIII. Parteitag der SED, der im Monat der *Stern*-Aktion stattfand, eine Rolle gespielt. Die Tatsache, dass es den Entscheidungsträger*innen letztlich um die Klassenfrage und nicht um die Frauenfrage ging, schmälert die Bedeutung des «Gesetzes über die Unterbrechung der Schwangerschaft» (gemeint ist: Abbruch der Schwangerschaft) von 1972 allerdings nicht. Wichtig bleibt, dass es das «Kernstück» der Frauenunterdrückung in der zweiten DDR-Halbzeit nicht mehr gab.

Die DDR-Fakten im Einzelnen (vgl. dazu Ockel 2000): Am 14. Dezember 1971 empfahl das Politbüro des Zentralkomitees der SED dem Ministerrat der DDR, in

folgender Frage eine gesetzliche Regelung auszuarbeiten: Bis zum Ablauf von drei Monaten kann die Frau selbst entscheiden, ob sie ihre Schwangerschaft unterbrechen möchte. Nach Ablauf des dritten Monats ist eine Unterbrechung der Schwangerschaft durch einen Arzt nur dann zugelassen, wenn das Leben der Mutter in Gefahr ist oder wenn andere schwerwiegende Umstände zu erwarten sind.

Bereits am 23. Dezember 1971 erschien im *Neuen Deutschland* der «Gemeinsame Beschluss des Politbüros des ZK der SED und des Ministerrates der DDR über die Ausarbeitung eines Gesetzes zum Selbstbestimmungsrecht der Frauen über einen Schwangerschaftsabbruch mit Fristenregelung». Anfang Januar 1972 erschien eine Erklärung der katholischen Bischöfe und Bischöflichen Kommissare in der DDR, in der von einer unheilvollen Entwicklung seit 1965 für das ganze Volk die Rede ist. Eine Gesellschaft, die auf den Schutz des werdenden Lebens verzichte, sei in ihrem Bemühen um wahren Humanismus unglaubwürdig.

Im Februar 1972 führte das Institut für Gesellschaftswissenschaften beim Zentralkomitee der SED eine kurze Befragung unter 1.400 Produktionsarbeiter*innen im Bezirk Halle zu dem in Aussicht gestellten Gesetz durch. Knapp 60 Prozent zeigten sich bedingungslos einverstanden, etwa 25 Prozent äußerten Bedenken, der Rest war dagegen bzw. wollte sich nicht äußern (IfG 1972).

Am 9. März 1972 wurde das Gesetz beschlossen und in Kraft gesetzt, erstmalig in der Geschichte der Volkskammer nicht einstimmig, sondern mit 14 Gegenstimmen und acht Enthaltungen. Der Minister für Gesundheitswesen der DDR, Ludwig Mecklinger, ging in seiner Rede zur Begründung des Gesetzes auf die Einwände und Bedenken ein und äußerte seine Gewissheit, dass die Frauen der DDR von ihrem Recht verantwortungsbewusst Gebrauch machen würden. Der Schwangerschaftsabbruch wurde arbeits- und versicherungsrechtlich dem Erkrankungsfall gleichgestellt, was unter DDR-Bedingungen hieß, dass der Abbruch für die Frau kostenlos war. Ebenfalls seit März 1972 wurden Verhütungsmittel unentgeltlich abgegeben.

Erwähnenswert, dass einen Tag nach der Verabschiedung dieses Gesetzes die «Anordnung zur Förderung von Studentinnen mit Kind und werdenden Müttern, die sich im Studium befinden, an den Hoch- und Fachschulen» (GBl 1972) die Grundlage dafür schuf, dass eine Schwangerschaft während des Studiums geradezu erstrebenswert wurde. Schließlich galt die Studienzeit als eine «Phase optimaler Gebärtüchtigkeit» (GH 6/1974: 3).

Bis zum Ende der DDR hielt sich die öffentliche Berichterstattung zum Thema Abtreibungen in engen Grenzen. Vielleicht weil das Hauptziel des Gesetzes – so die Ärztin und Sexualforscherin Lykke Aresin – die Abschaffung der illegalen Aborte gewesen war und der damit verbundenen Gefahren für die Frauen. «Vor 1972 wurden in der DDR jährlich etwa 60.000 Aborte registriert, an deren Folgen 60 bis 70 Frauen verstarben. 1977 wurde im Zusammenhang mit legalen Unterbrechungen noch ein Todesfall beobachtet [...]. In den darauffolgenden Jahren bis 1988 trat kein Todesfall mehr ein.» (Aresin 1993: 94)

Auch in der BRD gab es politische Reaktionen angesichts der Frauenproteste 1971 und des DDR-Gesetzes 1972. Im April 1974 standen im Deutschen Bundestag zwei Gesetzesvorschläge zur Debatte: die «Indikationslösung» der CDU/CSU, die nur medizinische und kriminologische Gründe für eine Abtreibung gelten lassen wollte, und die «Fristenlösung» der SPD/FDP, die Abtreibungen generell bis zur zwölften Schwangerschaftswoche erlauben wollte. Die Abgeordneten stimmten knapp (247 zu 233 Stimmen) für die Fristenlösung. Eine «einstweilige Verfügung», vom Land Baden-Württemberg eingereicht, sorgte dafür, dass dieses Gesetz nicht sofort in Kraft treten konnte, und im Februar 1975 erklärte das Bundesverfassungsgericht die Fristenlösung für verfassungswidrig, weil sie dem Artikel 2 des Grundgesetzes widerspreche. Rechtlicher Schutz gebühre dem Ungeborenen auch gegenüber seiner Mutter. Um überhaupt eine Verbesserung im Vergleich zu 1926/27 zu erreichen, stimmte der Bundestag 1976 schließlich für die Indikationslösung, die das Verbot im Prinzip beibehielt, aber medizinische (bei Gefahr für Gesundheit und Leben), kriminologische (bei Vergewaltigung), eugenische (bei Erbkrankheiten) und Notfall-Ausnahmen akzeptierte.

Als 1982 die CDU/CSU wieder Regierungspartei wurde, entfachte sie eine erneute Debatte um das Abtreibungsgesetz. Symptomatisch für die diesbezügliche Frauenpolitik der 1980er Jahre in der alten Bundesrepublik ist die Tatsache, dass auf Regierungsebene eine «Interministerielle Arbeitsgruppe zum Schutz des ungeborenen Lebens» und 1984 die Stiftung «Mutter und Kind» gegründet wurde und dass 1989 in Memmingen der Frauenarzt Horst Theissen in einem medial aufwendigen und für ihn beruflich ruinösen Prozess wegen illegaler Abtreibungen verurteilt wurde.

Der Einigungsvertrag von 1990 legte in Artikel 31, Absatz 4 fest, dass «bis zum 31.12.1992 eine Regelung zu treffen [ist], die den Schutz des vorgeburtlichen Lebens und die verfassungskonforme Bewältigung von Konfliktsituationen [...] besser gewährleistet, als dies in beiden Teilen Deutschlands derzeit der Fall ist» (Einigungsvertrag 1990: 27).

Was aus diesem Auftrag geworden ist, gehört nicht mehr in diese Publikation. Aber es ist daran zu erinnern, dass 1999, als Daniela J. aus Frankfurt/Oder ihr Neugeborenes aussetzte, und 2005, als bekannt wurde, dass Sabine H. aus Brandenburg zwischen 1988 und 1998 neun Neugeborene getötet hatte, diese Ereignisse in den Medien mehr oder weniger deutlich mit der DDR-Vergangenheit in Verbindung gebracht wurden. Wolfgang Böhmer, damals Ministerpräsident in Sachsen-Anhalt, wurde in der Zeitschrift *Focus* vom 24. Mai 2008 mit folgenden Worten zitiert: «Ich erkläre [die Häufigkeit von Kindstötungen, U. S.] vor allem mit einer leichtfertigen Einstellung zu werdendem Leben in den neuen Bundesländern. In der DDR wurde 1972 der Schwangerschaftsabbruch bis zur 12. Woche freigegeben. Die Frauen entschieden ganz allein [...]. Es kommt mir so vor, als ob Kindstötungen, die es allerdings schon immer gab, ein Mittel der Familienplanung gewesen seien.»

Zweites Thema: (häusliche) Arbeitsteilung. Aktuelle Befragungen zur häuslichen Arbeitsteilung weisen immer wieder aus, dass Frauen, auch wenn sie erwerbstätig sind, 70 bis 80 Prozent der Hausarbeit erledigen (u. a. Institut für Demoskopie Allensbach 2008: 13).

Zur Vielfalt der Probleme, die die westliche Frauenbewegung in den 1970er Jahren auf die Tagesordnung setzte, gehört auch die Forderung nach Lohn für Hausarbeit. Von Alice Schwarzer wurde diese Forderung scharf kritisiert. «Was für ein Zynismus! Statt gegen das Hausfrauen-Ghetto, gegen die schmerzhafteste Geburt und gegen die Vergewaltigung zu kämpfen, statt das zu ändern, sollen wir es dabei belassen und uns nun verkaufen? [...] Hausfrauenlohn würde Frauen nicht befreien, sondern sie zusätzlich versklaven! Würde sie noch mehr an Kinder und Küche ketten» (Schwarzer 1985: 146). Aber so wörtlich war die Forderung, die auf den feministischen Sommeruniversitäten in Westberlin 1976 und 1977 eine große Rolle gespielt hatte, wohl gar nicht gemeint. So unterstrich etwa die Soziologin und Feministin Silvia Kontos den subversiven Charakter dieser Forderung: Hausarbeit sei prinzipiell unbezahlbar und berge widersprüchliche Erfahrungen in sich, «die weder nach der Seite der Ökonomie, noch nach der der ‹Liebe›, ‹Natur› oder ‹Humanität› hin auflösbar sind. Hausarbeit enthält immer Elemente von beiden und die Lohnforderung in sich eine Kritik an gesellschaftlichen Verhältnissen, in denen Liebe als Arbeit vernutzt wird» (Kontos 1991: 105). «Als strategische Orientierung» sei die Forderung nach Lohn für Hausarbeit «nach wie vor unverzichtbar, um den alltäglich erfahrbaren Widerspruch zwischen der Notwendigkeit und der fortwährenden Entwertung von Frauenarbeit deutlich zu machen» (ebd.: 107).

In der DDR kam diese Debatte nicht an, obwohl der Widerspruch zwischen der Notwendigkeit und der fortwährenden Entwertung von Frauenarbeit auch hier erfahrbar war. Hausarbeit konnte aber, dem Gesellschaftskonzept entsprechend, als «Auslaufmodell» gelten, weil «die Klassiker» von einer Vergesellschaftung der Hausarbeit ausgingen. Umso bemerkenswerter, dass es seit Mitte der 1960er Jahre bis zum Ende der DDR soziologische Forschungen zu Umfang und Struktur sowie zur Geschlechts- und Generationsspezifität der Hausarbeit gab, die vornehmlich in sogenannter grauer Literatur veröffentlicht wurde. Hier handelte es sich um Broschüren, die nicht öffentlich genug waren, um im Buchhandel erhältlich zu sein, die aber auch nicht verboten waren, die man sich von den jeweiligen wissenschaftlichen Einrichtungen schicken lassen konnte.

Heute werte ich die Forschungsergebnisse zum Hausarbeitsthema – es geht hier vor allem um die Informationshefte des Beirates/Rates «Die Frau in der sozialistischen Gesellschaft», die «Grünen Hefte» – als Indiz für die Ernsthaftigkeit der Gleichberechtigungsbestrebungen, gleichzeitig aber auch als Indiz für die Hilflosigkeit gegenüber stabilen patriarchalen Strukturen, die nicht beim Namen genannt wurden.

Da in der DDR vor einem Feminismus gewarnt wurde, der «die Frauen zu einem Kampf gegen die Männer aufruft», mussten auch gut gemeinte Überlegungen der westlichen Linken, die ein größeres Engagement der Männer einforderten, ins Leere laufen.

«Viel wird [in der DDR, U. S.] schließlich auch davon abhängen, wie der verbleibende Teil der Hausarbeit in der Familie aufgeteilt wird. Wenn Mann und Frau berufstätig und damit gemeinsam für ihren Lebensstandard verantwortlich sind, haben beide die gleiche Verantwortung im Haushalt und bei der Erziehung der Kinder. Im neuen Familiengesetzbuch ist das klar fixiert. Nicht wenige, vor allem junge Ehepaare, leben auch schon entsprechend. Aber die offene Diskussion über diese Themen [...] macht gleichzeitig deutlich, dass die Bewusstseinsentwicklung dahin ein langwieriger Prozess ist. Wo 80 Prozent der anfallenden Hausarbeiten noch von der Frau bewältigt werden [...], zeigen Männer und Väter, welchen persönlichen Anteil zur optimalen Verwirklichung der Gleichberechtigung sie noch zu leisten haben» (Schuster 1972: 207 f.).

Bezogen auf die alte Bundesrepublik heißt es Anfang der 1990er Jahre: «Der Umfang der hauswirtschaftlichen Tätigkeiten und der hierfür nötige Zeiteinsatz, der vor allem von Frauen geleistet wird, hat trotz umfassender Technisierung der Haushalte nicht abgenommen. Im Durchschnitt werden heute für einen Vier-Personen-Haushalt bis zu 50 Stunden wöchentlich für Reinigungsarbeiten, Nahrungszubereitung, Wäschepflege, Einkaufen, Transport und sonstige Organisationsarbeit aufgewendet [...]. Da bislang weder vonseiten des Staates (Kinderkrippen, Kindergärten, Ganztagschulen) noch vonseiten der Wirtschaft (familienfreundliche Arbeitszeitregelungen) genügend Unterstützung für die Mütter geboten wird, sind diese größtenteils auf Hilfe von privater Seite angewiesen. Doch auch vonseiten der Männer bzw. Väter ist nur wenig Bereitschaft vorhanden, Hausarbeit und Kinderbetreuung gleichberechtigt zu übernehmen.» (Meyer/Schulze 1993: 180 u. 184)

In der DDR wurden Lösungen für das Problem der Hausarbeit zunächst, das heißt Mitte der 1960er Jahre, in drei Richtungen gesehen, von denen keine die männliche Verantwortung einforderte. Zum einen sollten (von Frauen) bestimmte Arbeiten im Haushalt ganz und gar weggelassen werden, zum Zweiten sollten mehr Arbeiten an gesellschaftliche Dienstleistungsbereiche ausgelagert werden (die Empfehlung der «Klassiker»), zum Dritten sollte im Haushalt selbst mehr rationalisiert, mehr Technik eingesetzt werden (GH 4/1966: 8 u. 5/1966: 32). Für den zweiten und dritten Weg wurden die gesellschaftlichen Bedingungen angemahnt. Allerdings sah man den Einsatz technischer Haushaltsgeräte schon bald kritisch, weil sich herausstellte – offenbar in Übereinstimmung mit den Erfahrungen im Westen –, dass der Zeitaufwand für Hausarbeit trotz Technisierung nicht geringer wurde, dass die Einsparung bestimmter Tätigkeiten zusätzliche andere Tätigkeiten erforderte. Auch unter dem Aspekt des steigenden Stromverbrauchs in den Haushalten forderten die Wissenschaftler*innen bald eine grundsätzlichere, dem Sozialismus gemäße Debatte zur Lösung des Vereinbarkeitsproblems, insofern auch eine Debatte zu den tatsächlichen Bedürfnissen im privaten Bereich (GH 5/1966: 43). Diese Debatte fand nach meiner Kenntnis entweder nicht statt oder erreichte die Öffentlichkeit nicht.

Zeitbudgetforschungen fanden heraus, dass in einem durchschnittlichen DDR-Haushalt (ohne Rentnerhaushalte, ohne Studentenhaushalte) wöchentlich etwa

48 Stunden für die Erledigung der Hausarbeit aufgewandt wurden. Erwartungsgemäß lag der Aufwand an Hausarbeitsstunden bei berufstätigen Frauen niedriger als bei nicht berufstätigen, weshalb vermutet wurde, dass berufstätige Frauen den Haushalt entweder rationeller oder oberflächlicher, wahrscheinlich aber mit größerem körperlichen und geistigen Einsatz bearbeiteten (ebd.: 32). Ob die Frau berufstätig war oder nicht, die Hausarbeit wurde zu etwa 80 Prozent von ihr geleistet, zu etwa zwölf Prozent vom Mann und zu etwa acht Prozent von einer anderen Person, etwa von großen Kindern oder Großeltern (ebd.: 22). Bezahlte Haushaltshilfen gab es in der DDR kaum.

Die auf Hausarbeit gerichteten Zeitbudgetforschungen waren von Anfang an mit methodischen Unsicherheiten behaftet, weil die für die Hausarbeit typischen Gleichzeitigkeiten und die auf Optimierung zielenden Verschachtelungen von Tätigkeiten schwer zu erfassen sind – nicht nur ein Problem der Forschung in der DDR. Später zeigten Meier und Oubaid (1987), dass es unmöglich ist, Hausarbeit und Beziehungsarbeit strikt voneinander zu trennen.

Untersuchungen Anfang der 1970er Jahre ergaben für die DDR ein wöchentliches Arbeitsvolumen im Haushalt von etwa 47 Stunden. Obwohl sich das Angebot an Haushaltsgeräten und öffentlichen Dienstleistungen deutlich erhöht hatte, war der Umfang der Hausarbeit im Vergleich zu den ersten 1960er Jahren fast unverändert geblieben – und der Frauenanteil daran mit 80 Prozent auch. Ein internationaler Vergleich zeigte, dass die DDR damit im Trend lag: BRD 81 Prozent, USA 81 Prozent, Frankreich 78 Prozent, Belgien 87 Prozent, Bulgarien 68 Prozent, Ungarn 74 Prozent, ČSSR 72 Prozent und UdSSR (seit 1917 kaum verändert) 75 Prozent (GH 4/1972: 6f.).

Relativ selten wurde untersucht, wie belastend die Frauen selbst die ungleiche Verteilung der Hausarbeit empfanden. Eine Untersuchung unter Genossenschaftsbäuerinnen in der DDR in den frühen 1970er Jahren führte zu dem Ergebnis, dass «im Vergleich zu den Männern aus Arbeiter-, Angestellten-, Intelligenz- und Selbstständigenhaushalten [...] die Genossenschaftsbauern ihre Frauen am wenigsten in der Hausarbeit [unterstützen].» (GH 3/1971: 73) Aber (!) 65 Prozent der befragten Bäuerinnen hielten die «männlichen Hilfen» für ausreichend und zehn Prozent hätten eine Unterstützung des Ehepartners im Haushalt sogar abgelehnt (ebd.). In seiner (unfreiwilligen Schluss-)Bilanz zur DDR-Geschlechterpolitik kommt ein Autorenkollektiv unter Leitung von Barbara Bertram allerdings zu dem Ergebnis, dass in den vergangenen 40 Jahren vor allem von Männern verlangt wurde, traditionelle Funktionen abzutreten. «Am schwersten fiel es Männern, Machtkompetenzen und Alleinvertretungsansprüche aufzugeben [...]. Dass Frauen häusliche Kompetenzen abtraten, warf bei ihnen von Anfang an insgesamt seltener Probleme auf.» (Autorenkollektiv 1989: 178)

Auch Mitte der 1970er Jahre übernahmen Frauen in der DDR – inzwischen fast gleichrangig qualifiziert und überwiegend voll berufstätig – auch in jungen Ehen die Hauptlast der Hausarbeit (vgl. GH 6/1976: 37). Und sie erzogen auch die Kinder in

diesem Sinne (vgl. GH 2/1974: 42–44). So ergab die Auswertung von Tagesablaufprotokollen (vier Wochen) von mehr als 500 Schüler*innen der Klassen 6 bis 9, dass Mädchen etwa doppelt so häufig im Haushalt tätig waren wie Jungen. Sie wurden (von den Müttern) vor allem für Küchenarbeiten, für die Wohnraumpflege und für die Betreuung der Geschwister gebraucht, während Jungen – wenn überhaupt – bei der Gartenarbeit und der Pflege von Tieren halfen (ebd.: 50).

Wiederum andere Untersuchungen aus dieser Zeit stellten fest, «dass Mädchen sehr viel früher in die Arbeit einbezogen werden, während man die Jungen ihren Beschäftigungen nachgehen lässt. Mädchen sind zwar häufiger mit körperlich leichteren Arbeiten betraut, sie sind aber längere Zeit beansprucht.» (GH 5/1974: 21) Und: «Was aus Sicht der Eltern bei den Söhnen ein belohnenswertes Verhalten ist, scheint bei den Töchtern mehr zu den Selbstverständlichkeiten zu gehören.» (GH 6/1976: 44) Dabei rechneten die Wissenschaftler*innen bei diesem Thema noch mit geschönten Daten zugunsten der Männer, denn die Frauen würden bei Befragungen zur Hausarbeit die Situation positiver einschätzen, als sie ist (GH 4/1976: 65).

Als in der DDR solche Fakten soziologisch ermittelt wurden, ließ die bundesrepublikanische Zeitschrift *Brigitte* die Daten für ihre erste repräsentative Untersuchung «Der deutsche Mann» erheben. Ein Ergebnis daraus: «So wie die meisten Männer sie zeichnen, sind die sozialen Muster der Beziehungen zwischen den Geschlechtern im Wesentlichen problemlos: Der Mann ist stärker, er will den Beruf und will Familienernährer sein, die Frau ist schwächer, sie will ihre heutige Familienrolle und nur zeitweise einen dann auch noch anspruchlosen Beruf, und sie will zum Mann aufschauen können. Nach diesem Situationsverständnis sind Männer und Frauen einander so zugeordnet, dass sie sich in prinzipiell harmonischer Weise ergänzen. Eine solche Ordnung infrage zu stellen, gilt als schlechte Störung.» (Pross 1978: 173)

Zweifellos war eine solche Ordnung Ende der 1970er Jahre in der DDR bereits infrage gestellt. Gleichzeitig wurde die Ratlosigkeit hinsichtlich des Hausarbeitsproblems immer deutlicher. Auf einen komplexen Einsatz modernster Technik sei weniger als früher zu hoffen, erstens weil nach neuesten Erkenntnissen auf diese Weise bestenfalls ein Drittel der Zeit eingespart werden könne, zweitens weil weder die Familien noch die Volkswirtschaft noch die Energiebasis dem materiellen Anspruch gewachsen seien (GH 6/1977: 27).

Um Veränderungen der innerfamiliären Arbeitsteilung führte wohl kein Weg vorbei. Dabei zeigte sich immerhin, dass wachsendes Bildungsniveau bei Männern in der Regel zur wachsenden Bereitschaft, sich an der Hausarbeit zu beteiligen, führte, während bei Frauen wachsendes Bildungsniveau mit dem Streben zur Reduzierung ihrer Hausarbeit verbunden war (ebd.: 29). Auch in «einer repräsentativen, nach Bildung und Qualifikationsniveau geschichteten Befragung aus dem Jahr 1982 zeigt sich, dass nicht nur der Umfang der Hausarbeit mit zunehmendem Bildungsniveau erheblich abnahm, sondern auch die Verteilung zwischen den Geschlechtern gleichmäßiger wurde.» (Gysi/Meyer 1993: 160) Mit anderen Worten: Wachsendes Bildungsniveau

wirkte fördernd auf die Annäherung der Geschlechter hinsichtlich der häuslichen Arbeitsteilung.⁶⁰

Aber für die durchschnittliche DDR-Familie hatte sich auch Anfang der 1980er Jahre bezüglich des Ausmaßes und der Geschlechtsspezifik der Hausarbeit nichts Wesentliches geändert (GH 5/1982: 52). Jugendsoziologische Forschungen wiesen nach, dass vom ersten bis zum siebten Ehejahr die männliche Bereitschaft, Hausarbeit zu übernehmen, nachlässt (Autorenkollektiv 1989: 157 ff.). Und das Erziehungsverhalten der Eltern stabilisierte die Geschlechtsspezifik. Zwar konnte ein Abrücken vom «autoritären Erziehungsstil» früherer Generationen konstatiert werden. Die «despotische Macht des Vaters» sei überwunden. Auch würden sich die Erziehungsziele der Gesellschaft und die der Eltern immer mehr annähern, was beispielsweise in der hohen Beteiligung (80 Prozent) der Eltern an den Wahlen zu den schulischen Elternvertretungen zum Ausdruck komme. Und auch Einzelkinder würden im Sozialismus zur Kollektivität erzogen (GH 3/1980: 30–35). Aber «diese insgesamt positive Einschätzung darf [...] nicht dazu verleiten, Mängel zu übersehen [...]. So können wir mit der Übertragung häuslicher Pflichten an die Kinder und Jugendlichen, vor allem an die Jungen und männlichen Jugendlichen noch nicht zufrieden sein. Nur etwa 50 Prozent der Heranwachsenden haben verantwortliche, Selbstständigkeit verlangende Pflichten in der Familie. Auf ihre Erledigung achten – entsprechend der Verteilung der Hausarbeit in der Familie – vorwiegend die Mütter.» (Ebd.: 18) Dabei galt als erwiesen – Clara Zetkin wusste das schon 1906 (Badia 1994: 132) –, dass sich die gemeinsame Erziehung durch Mutter und Vater günstig auf die Entwicklung des Kindes auswirkt. «So kommen die leistungsbesten, diszipliniertesten und sozial aktivsten Schüler wesentlich häufiger aus Familien, in denen Mutter und Vater gemeinsam die Erziehungsaufgaben wahrnehmen.» (GH 3/1980: 19)

Weil Umfang und Zuständigkeit bei der Hausarbeit offenbar nicht zu ändern waren, wurde nun immer öfter empfohlen, Hausarbeit anders zu bewerten, sie nicht nur als Übel und Hemmnis zu betrachten (GH 5/1982: 52): «Es ist eine Tatsache, dass Hausarbeit unproduktiv im Sinne der Wertbildung ist. Dennoch ist Hausarbeit eine sehr notwendige und nützliche Arbeit, nicht nur für die einzelnen Familien. Hausarbeit ist auch gebrauchswerterhaltend, -verbessernd und -schaffend» (ebd.: 55).

Mit Bezug auf sowjetische Autor*innen, die inzwischen auch nicht mehr jede Arbeit im Privathaushalt als Sklaverei brandmarkten, wurde «unschöpferisch-routinemäßige» Arbeit einerseits und «Tätigkeit mit schöpferisch-kooperativen Elementen» andererseits unterschieden. In diese Richtung wiesen auch Überlegungen skandinavischer Soziolog*innen aus früheren Jahren, die herausgefunden hatten, dass für voll-

60 Dieser Zusammenhang wurde nach dem Beitritt der DDR zur Bundesrepublik eher als Glosse in Erinnerung gerufen, denn man konnte den vielen Bundesbürger*innen, die nach wie vor Hausarbeit als Frauensache verteidigten, ja nicht massenhaft fehlendes Bildungsniveau unterstellen.

beschäftigte Frauen und Männer die Hausarbeit auch Hobbycharakter annehmen könne, dass diese Arbeit folglich der Entspannung dienen könne und deshalb nicht unbedingt mechanisiert oder ausgelagert werden müsse (vgl. GH 3/1974: 86).

Eine genauere Untersuchung der einzelnen Hausarbeitsinhalte brachte das Ergebnis, dass sich DDR-Männer nicht jeder Hausarbeit gleichermaßen verschließen würden. Besser als bei Arbeiten wie Waschen, Putzen oder Kochen sei inzwischen die Situation bezüglich der «Hinwendung des Mannes zum Kind bzw. dessen Erziehung» (GH 3/1983: 38). Diese Art der Arbeitsteilung ist auch für Familien im Westen bis heute charakteristisch: Die Väter erledigen bestimmte häusliche Aufgaben, die ihren Vorlieben entsprechen, während die Mütter, völlig unabhängig von ihrer eigenen Situation und ihren eigenen Bedürfnissen, für den Rest verantwortlich sind.

Immerhin, die häusliche Arbeitsteilung muss ein bestimmtes Maß erreicht haben, wenn eine geschlechtsspezifische Inhaltsanalyse möglich ist. Für die DDR wurde festgestellt, «dass es vor allem Frauen sind, die die mit konstanter Regelmäßigkeit beinahe täglich wiederkehrenden häuslichen Pflichten zu erfüllen haben, während das, was eher von Männern verrichtet wird, weniger häufig zu tun ist» (GH 4/1986: 62). «Frauen obliegt zumeist das sozial-betreuerische, routinehafte, zeitlich und räumlich gebundene Handeln in der Familie; Männern vornehmlich das sachlich-instrumentelle und zeitlich und räumlich weniger regelhafte.» (GH 5/1986: 43)

Erst 1986 ist in der nur für die SED-Führung bestimmten Reihe «Aus Theorie und Praxis der gesellschaftswissenschaftlichen Forschung» zu lesen: «Hinter der Erfahrungstatsache, dass Aufrufe zur gerechten Arbeitsteilung zwischen Mann und Frau innerhalb der Familie wenig Wirkung zeigen, verbergen sich materielle Hintergründe und Ursachen [...]. Die alte Teilung der Arbeit zwischen den Geschlechtern ist keine innerfamiliäre Angelegenheit, sondern ein Moment der gesellschaftlichen Arbeitsteilung.» (Müller-Hartmann 1986: 37)

Im gleichen Jahr erschien Gerda Leners Buch über die Entstehung des Patriarchats. Aber für die DDR war es zu spät, um die gesellschaftliche und familiäre Arbeitsteilung unter den Bedingungen eines sozialistischen Patriarchats genauer zu analysieren.

Das Schlusswort zum Thema Arbeitsteilung soll Ottokar Domma, der von Otto Häuser erfundene pffiffige Junge haben, der sich in der DDR großer Beliebtheit erfreute: «Eines Tages kam in unsere Klasse der Herr Arbeiterveteran Erwin Knorcke. Der Herr Knorcke erzählte uns sein Leben und von Ernst Thälmann; denn sie waren Kampfgenossen. Wir fragten den Herrn Knorcke nach allerhand aus, zum Beispiel ob Ernst Thälmann sehr stark war, wie er mit seinen Genossen gekämpft hat und wie er es angestellt hat, dass ihn die Polizei nicht erwischte. Die Mädchen dagegen wollten wissen, was der Ernst Thälmann in der Freizeit gemacht hat und wie er mit seiner Tochter umging und ob er zu Hause auch manchmal beim Abwasch geholfen hat. Mein Freund Harald rief dazwischen, dass man solche blöden Fragen verbieten muss, und ich sagte, dass ich mir auch nicht vorstellen kann, wie ein Revolutionär mit Schürze aussieht, und wenn die Mädchen so gern gackern, dann meinerwegen im

Hühnerstall und nicht hier. Aber der Herr Knorcke sprach, man muss alles beantworten. Diese Stunde war sehr interessant.» (Häuser 1988: 156)

Drittes Thema: Bildung und Weiterbildung. Bildung steht im Zentrum des Prozesses der Moderne. Infratest-Befragungen in Ostdeutschland im Auftrag des Mitteldeutschen Rundfunks (deutschsprachige Proband*innen ab 14 Jahre) ergaben, dass 1995 rund 76 Prozent und 2014 sogar 78 Prozent der Meinung waren, dass das DDR-Bildungssystem gegenüber dem westlichen besondere Stärken aufzuweisen hatte (Infratest dimap 2014). Mit seiner heftig attackierten Veröffentlichung «Die deutsche Bildungskatastrophe» (gemeint ist die westdeutsche) machte Georg Picht schon im Jahr 1964 darauf aufmerksam, dass in der BRD zu wenig Geld für Bildung ausgegeben wird, dass es zu wenige Lehrer*innen und zu wenige Abiturient*innen gibt und dass die Bildungschancen ungerecht verteilt sind (Picht 1965). Kinder würden in der Schule zu früh in «Leistungsgruppen» eingeteilt und damit vorschnell auf eine bestimmte soziale Position festgelegt.⁶¹ Sein «katholisches Arbeitermädchen vom Lande», das kaum eine Chance hat, Abitur zu machen, ist dafür bis heute – nach dem Pisa-Schock von 2001 in besonderem Maße – beispielhaft. Zwar heißt es heute «Arbeiterkind mit Migrationshintergrund», am engen Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und Bildungschancen in der BRD hat sich aber bis heute nichts geändert.

In der DDR wurde an den drei 1946 beschlossenen Bildungsprinzipien festgehalten: Einheitlichkeit, Staatlichkeit, Wissenschaftlichkeit. Seit den 1970er Jahren war in der DDR der Frauenanteil in den Abiturklassen höher als der der Männer (Frauenreport 1990: 41).

Die «besonderen Stärken» des DDR-Bildungssystems sollten den Blick auf die Schwächen nicht verstellen. Im letzten DDR-Jahr waren zwar 49 Prozent aller Berufstätigen Frauen, im Gesundheitswesen waren es aber 83 Prozent, im Bildungswesen 77 Prozent, im Handel 72 Prozent und im Post- und Fernmeldewesen 69 Prozent (Kennziffernsammlung 1989: 62). Und das waren auch in der DDR die schlecht bezahlten Berufe. «Trotz vielfältiger lohnpolitischer Maßnahmen war es in der DDR nie gelungen, das bereits vor 1945 bestehende und dann übernommene Tarifsysteem entscheidend zu verändern [...]. Alle Lohnerhöhungen bis hin zur Einführung der Produktivlöhne ab 1976, die die Berufstätigen zu höheren und besseren Arbeitsleistungen motivieren sollten, knüpften an die alten Tarifsätze an [...]. Und somit wurde die Unterbezahlung der Frauenarbeit ständig reproduziert.» (Roloff 1991: 141)

Trotz der schlechten Bezahlung entsprach diese Verteilung den Berufswünschen von Frauen weitgehend. Nach Angaben des Zentralinstituts für Berufsbildung der DDR waren 1989 die sechs von Frauen am häufigsten gewünschten Ausbildungsberufe: Facharbeiter für Schreibtechnik, Kleidungsfacharbeiter, Fachverkäufer, Ma-

61 In der DDR spielte dieses Thema auf dem V. Pädagogischen Kongress im Jahr 1956 eine Rolle (siehe Kapitel 3.2).

schinenbauzeichner, Wirtschaftskaufmann, Friseur (zit. n. Nickel 1993: 241). Der Vergleich zur alten Bundesrepublik ist aufschlussreich, sowohl inhaltlich als auch im Hinblick auf die anderen Bezeichnungen: Friseurin, Kaufrfrau im Einzelhandel, Bürokauffrau, Arzthelferin, Industriekaufrfrau, Zahnarzthelferin (BMBW 1992: 78).

Möglicherweise hat die berühmt gewordene Bemerkung von Walter Ulbricht auf einer Versammlung von Frauenausschüssen im Jahr 1962 dazu geführt, dass die Friseurin in der DDR von Platz 1 auf Platz 6 rutschte: «Ich weiß, dass es alte Auffassungen gibt, wonach die Frauen vor allem sogenannte leichte Berufe ausüben müssten. Aber liebe Genossinnen, wir können den Sozialismus nicht nur mit Friseurinnen aufbauen. Ich bin auch für schöne Frisuren, aber das wichtigste und interessanteste sind gerade die technischen Berufe.» (Zit. n. Menschik/Leopold 1974: 32)

Vor allem aber werden Schwächen – oder genauer: patriarchale Strukturen – sichtbar, wenn es um das Thema Weiterbildung geht. Weiterbildung, über die grundlegende Qualifizierung hinaus, ist oft die Voraussetzung für einen beruflichen Aufstieg und die Ausübung einer leitenden Tätigkeit. Untersuchungen Anfang der 1970er Jahre zeigten, dass die Bereitschaft der Frauen in der DDR, eine Weiterbildung zu beginnen, nicht (wie vermutet wurde) von der Anzahl und vom Alter der Kinder abhängt, sondern vom Verhalten des Partners. Ehemänner würden die Weiterbildungswünsche ihrer Frauen eher hemmend als fördernd begleiten, vermutlich «weil sie befürchten, ihre eigene Qualifizierung sei gefährdet bzw. ihre häusliche Bequemlichkeit würde eingeschränkt» (GH 1/1972: 54; vgl. auch GH 3/1973: 26). Dazu passt eine Analyse von Heiratsannoncen aus dem Jahr 1971, wonach DDR-Männer zumindest beim zweiten Anlauf nach einer Frau suchen würden, die nicht nur jünger, sondern auch weniger qualifiziert sei als er (vgl. GH 4/1971; GH 5/1973). Dazu passt auch eine zeitgleich veröffentlichte These, wonach weibliche Berufstätigkeit verbunden sei mit besserer Kindererziehung, mit einem solidarischeren Verhalten zum Ehepartner und mit rationellerer Bewältigung der Hausarbeit, weshalb «die Berufstätigkeit der Frau [...] ein elementarer Wachstumsfaktor für die Herausbildung sozialistischer Ehe- und Familienbeziehungen» sei (GH 1/1971: 62). Das solidarischere Verhalten zur Ehepartnerin – von August Bebel als selbstverständlich unterstellt – stand nicht zur Debatte.

Auch nicht im westlichen Deutschland. In der zweiten *Brigitte*-Untersuchung zum «deutschen Mann» konnte zwar belegt werden, dass westdeutsche Männer seltener als neun Jahre zuvor die Auffassung vertreten, dass die Frau «zum Mann aufschauen» möchte. Vor allem jüngere und gebildete Männer äußerten sich frauenfreundlicher. Aber: «Einig sind sich alle Alters- und Bildungsgruppen darin: Zugunsten der Frau wollen die meisten nicht zurückstecken.» (Metz-Göckel/Müller 1985: 16)

Weil Schulbücher in spezifischer Weise das Bildungssystem widerspiegeln, wurden seit Ende der 1960er Jahre in beiden Teilen Deutschlands Schulbuchanalysen durchgeführt; mit dem übereinstimmenden Ergebnis, dass in den Büchern das Geschlechterverhältnis nicht gleichberechtigt dargestellt wird.

Die Lesebuchrecherchen Ende der 1960er und Anfang der 1980er Jahre in der DDR führten zu der Kritik, dass Frauen zu selten vorkommen und dass in häuslichen Situationen «vorwiegend die Mutter oder auch noch die Großmutter in Erscheinung [tritt], während die Väter kaum genannt werden» (GH 1/1970: 41; vgl. auch GH 4/1982: 64). Mitte der 1980er Jahre wurden noch einmal Lesebücher, Heimatkundebücher und Grammatikbücher mit dem Ergebnis analysiert, dass Jungen bei der Erlernung ihrer Geschlechterrolle wesentlich bessere Möglichkeiten haben, sich zu identifizieren oder zu distanzieren: «Zwei Drittel der Handlungsträger sind Männer und Jungen.» (GH 4/1985: 27)

Für die alte Bundesrepublik wurde 1974 festgehalten: «Mädchen und Frauen sind rein zahlenmäßig in den Schulbüchern verschiedener Schulstufen und verschiedener Schulfächer extrem unterrepräsentiert bis nicht existent. Wenn sie auftauchen, dann in unwichtigen, langweiligen, passiven und vor allem altmodischen und konservativen Frauenrollen (Hausfrau, Mutter, kleine Schwester)» (Schmerl 1984: 74). In den folgenden Jahren wurden zwar Veränderungen umgesetzt, aber auch Ende der 1980er Jahre kamen Frauen in westdeutschen Schulbüchern immer noch zu wenig vor, und wenn, dann nur im Familienkreis (vgl. Brehmer 1990).

Viertes Thema: «Muttipolitik». Das Wort «Muttipolitik» hatte in den letzten DDR-Jahren – vielleicht auch nur DDR-Monaten – Konjunktur und bezog sich darauf, dass es der Frauenpolitik in der DDR nicht mehr um Frauen gehe, nicht mehr um deren Persönlichkeitsentwicklung, sondern nur noch um deren reproduktive Funktion. Für diese Kritik hätte allerdings auch der Begriff «Bevölkerungspolitik» ausgereicht. Dass von den kritischen, meist jüngeren Frauen «Muttipolitik» gesagt wurde, sollte wohl darüber hinaus zum Ausdruck bringen, dass vielen der vermeintlich braven älteren Frauen in der DDR jegliche Sensibilität für patriarchale Unterdrückungsstrukturen fehle.

Die Autor*innen des Berichts der Enquete-Kommission «Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland», der 1994 veröffentlicht wurde, wussten um den Zusammenhang zwischen DDR-Politik und Kinderkriegen, äußerten sich zumindest dazu: «Folgt man der Theorie, dass sich in Industriestaaten der Erfolg der Familienpolitik in der Bevölkerungsentwicklung niederschlägt, dann muss der DDR ein gewisser Erfolg ihrer Familienpolitik bescheinigt werden. Eheschließungen und Geburtenentwicklung verliefen seit den 1970er Jahren steigend. Diese Entwicklung hing ursächlich mit den gezielten familienfördernden Maßnahmen zusammen.» (Deutscher Bundestag 1994: 59)

Richtig ist, dass die Bevölkerungsentwicklung gebremst werden kann, wenn das Vertrauen in Staat und Gesellschaft fehlt – wie der «Gebärstreik» Anfang der 1990er Jahre deutlich zeigt (siehe Abbildung 2).

Seit Anfang der 1970er Jahre werden in Ost- und Westdeutschland so wenig Kinder geboren, dass die Reproduktion der Elterngeneration nicht mehr gewährleistet ist.

Die DDR-Regierung reagierte darauf mit den sogenannten sozialpolitischen Maßnahmen. Diese zielten nicht vordergründig auf die Bereitschaft, ein drittes Kind zu bekommen, sondern auf Kinder- und Familienfreundlichkeit im weiteren Sinn. Und sie sind im Zusammenhang mit den seit 1972 legalen Schwangerschaftsabbrüchen und der kostenlos erhältlichen «Pille» zu sehen. Insofern war ab diesem Zeitpunkt jedes in der DDR geborene Kind ein Wunschkind. Im Einzelnen ging es bei den sozialpolitischen Maßnahmen um die Förderung junger Ehen, um die Förderung der Familien mit mehreren Kindern, um die Vergrößerung der sozialen Sicherheit für Alleinerziehende, um die Befähigung zur selbstständigen Gestaltung von Ehe- und Familienbeziehungen und um die Wohnungsfrage als soziales Problem⁶² (vgl. GH 2/1974: 10 f.).

Parallel dazu wurde über das Leitbild einer sozialistischen Familie nachgedacht. Eine solche Familie sollte an folgenden Merkmalen zu erkennen sein (GH 5/1976: 43 f.):

1. eine neue Art der partnerschaftlichen Beziehungen (Liebe, Achtung, Gleichberechtigung)
2. Erziehung der Kinder im Geiste des Sozialismus/Kommunismus
3. sozialistische Lebensweise, Dauerhaftigkeit der Ehe
4. verantwortungsvolle Familienplanung, die den sozialökonomischen, bevölkerungspolitischen und pädagogischen Erfordernissen entspricht bzw. nahekommt, das bedeutet in der Konsequenz die Orientierung auf drei Kinder
5. Wahrnehmung der gesellschaftlich gegebenen Entwicklungsmöglichkeiten durch beide Ehepartner.

Das heißt, an dem traditionellen Bild der Familien, die aus lebenslänglich verheirateten Eltern und mehreren Kindern besteht, wurde nicht gerüttelt, obwohl Familie in dieser Zeit in der DDR schon vielfältiger gelebt wurde. Auch 1984, als die Publikation «Kollektivbeziehungen und Lebensweise» (Kahl u. a. 1984) erschien, in der über 22 Seiten hinweg das Kollektiv «Familie» behandelt wird, ging es um die Papa-Mama-Kind-Familie, deren Einfluss auf die sozialistische Lebensweise als «nicht umwälzend, eher bewahrend, konservierend» (ebd.: 91) eingeschätzt wurde.

Die Frauen in der DDR nahmen die sozialpolitischen Maßnahmen, die nun schrittweise eingeführt wurden, nicht nur mit Begeisterung und Dankbarkeit auf. Standen sie doch vor allem bei jüngeren Frauen von Anfang an im Verdacht, die Gleichberech-

62 Was darunter zu verstehen war, wurde nicht öffentlich verkündet. In einer erst später veröffentlichten Studie aus dem Jahr 1985 ist vermerkt: «Die Lösung der Wohnungsfrage als soziales Problem geht davon aus, dass erstens alle Bürger sicher, trocken und warm wohnen (im Sinne von Mindestforderungen), dass zweitens die Wohnungsfrage in allen Städten und Gemeinden gelöst ist, dass drittens über die Wohnraumvergabe vor allem junge Ehen, Familien mit mehreren Kindern versorgt werden. Der Beachtung der Arbeitsleistung ist bei der Vergabe der Wohnungen größeres Gewicht beizumessen [...]. 1981 entfielen im Durchschnitt 2,8 Wohnräume je Wohnung und 1,1 Wohnräume je Person. Die Wohnfläche je Person beträgt durchschnittlich 26 Quadratmeter [...]. Da die Wohnverhältnisse durch ein sehr niedriges, stabil bleibendes Mietniveau abgesichert sind – etwa vier bis fünf Prozent der Arbeitseinkünfte werden dafür aufgewandt – sind die Angehörigen aller Klassen und Schichten in der Lage, in einer Komfortwohnung zu leben.» (Winkler 2018: 98 ff.)

tigung der Geschlechter mehr zu behindern als zu befördern. Denn sie richteten sich nicht an Familien als Ganzes, sondern nur an Frauen, räumten nur Frauen mehr Zeit und Geld für Haushalt und Privates ein. Auf diese Kritik wurde später – zu spät für die DDR – reagiert: Ab 1986 konnten auch Männer den Haushaltstag und das Babyjahr in Anspruch nehmen und auch sie (und die Großmütter) konnten zur Pflege erkrankter Kinder freigestellt werden. Von den Älteren hörte man indes oft die Klage, dass der Staat sich nur um die Jungen kümmere, nur um die, die die Geburtenstatistik beeinflussen könnten.

Die soziologische Forschung begleitete die sozialpolitischen Maßnahmen von Anfang an. Vor allem spielten Kinderwunsch-Befragungen eine große Rolle, denn «der Kinderwunsch bildete sich früh heraus und blieb dann bei den meisten stabil» (Starke 2012: 70). Und auf diese stabilen Einstellungen wollten die Maßnahmen Einfluss nehmen. Selbstverständlich nur ideologisch: «Dem Sozialismus ist nur eine einzige Art der Geburtenregelung adäquat, die Entwicklung von Bewusstheit bei der Masse der Bevölkerung über die gesamtgesellschaftlichen Zusammenhänge und Wirkungen ihres Geburtenverhaltens» (SID 5/79: 37).

In einer Publikation zu soziologischen Aspekten der Geburtenentwicklung von 1983 ist zu lesen, dass infolge der Sozialpolitik der 1970er Jahre die seit Mitte der 1960er Jahre deutlich fallende Tendenz der Geburtenrate aufgehalten werden konnte. Und weiter heißt es hier: «Bei der Erfüllung des realen Kinderwunsches bestehen in allen sozialen Gruppen etwa gleichartig die folgenden Tendenzen: In der Regel wird bis zum 25. Lebensjahr das erste Kind geboren. Dabei ist zu berücksichtigen, dass mit steigendem Qualifikationsniveau der Beginn der aktiven fertilen Phase hinausgeschoben wird. 92 Prozent der Arbeiterinnen, aber auch schon 84 Prozent der weiblichen Intelligenz, die Kinder haben, haben das erste Kind in dieser Zeit geboren. Bis zum 30. Lebensjahr ist der reale Kinderwunsch zu 78 Prozent erfüllt. Spätestens mit dem 35. Lebensjahr wird in der Regel die fertile Phase beendet. In diesem Alter ist der Kinderwunsch nahezu erfüllt [...]. Der reale Kinderwunsch wird im Durchschnitt zu 93 Prozent erfüllt.» (Speigner 1983: 10)

Und dieser Wunsch lag bis zum Ende der DDR mehrheitlich bei zwei Kindern. Lediglich Genossenschaftsbäuerinnen wünschten sich in den 1980er Jahren zu etwa 40 Prozent drei und mehr Kinder (Autorenkollektiv 1988: 267). Auffällig im Westvergleich, dass Frauen der Intelligenz einen etwas höheren Kinderwunsch hatten als Arbeiterinnen und Angestellte (ebd.). «Folgt man den Ergebnissen der Studie *«frauen leben»*,⁶³ dann haben von den Jahrgängen zwischen 1960 und 1970 im Osten fünf Prozent der Frauen mit Hochschulabschluss keine Kinder – meist ungewollt–, im Westen 50 Prozent – meist gewollt.» (Starke 2012: 75)

63 Diese Studie wurde 2001 von der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung in Köln herausgegeben.

Im letzten DDR-Jahr veröffentlichte die Akademie der Wissenschaften der DDR «Fakten, Thesen und Standpunkte» zu den demografischen Veränderungen von 1970 bis 1987. Hier war keine Rede mehr vom dritten Kind. Vielmehr heißt es: «Jede Frau, jede Familie soll die Möglichkeit haben, so viele Kinder, wie sie sich wünscht, dann, wenn sie will, zur Welt zu bringen und mit diesen Kindern in einer glücklichen Familie zu leben.» (ISS 1989: 4) Zur Bekräftigung dieser bevölkerungspolitischen Absicht wurde ein statistischer Vergleich zwischen Kinderwunsch und erreichter Kinderzahl (bei Frauen im Alter von 36–40 Jahren) hinzugefügt (ebd.: 8) (siehe Tabelle 1). Das heißt, die Frauen in der DDR erfüllten ihrem Staat den Wunsch nach dem dritten Kind nicht, aber sie erfüllten sich ihre stabilen individuellen Kinderwünsche.

Tabelle 1: Realisierung des Kinderwunsches

Kinderwunsch	tatsächlich geborene Kinder			
	kein Kind	1 Kind	2 Kinder	3 und mehr
kein Kind	57,1 %	42,9 %	0 %	0 %
1 Kind	7,4 %	75,6 %	13,6 %	3,4 %
2 Kinder	2,4 %	15,7 %	67,7 %	14,2 %
3 und mehr	3,4 %	5,0 %	16,8 %	74,8 %

Leleseispiel: Von den Frauen, die sich nur ein Kind wünschten, hatten 75,6 Prozent am Ende ihrer fertilen Phase auch nur ein Kind.

Quelle: Eigene Darstellung auf der Grundlage von ISS 1989: 8

Im Nachwendedeutschland wurden umfangreiche Forschungsmittel zur Verfügung gestellt, um herauszufinden, warum die Frauen in der DDR seit Anfang der 1970er Jahre mehr und biografisch früher Kinder geboren hatten, immer gemessen an der westlichen «Norm». Da war – wie bereits in der alten BRD – die Rede von politisch induzierten Interventionen in soziale Zusammenhänge, deren Erfolg vom Umfang der Freiheitsgrade der Individuen abhängt (vgl. Kaufmann 1982). Da DDR-Individuen über besonders wenig Freiheitsgrade verfügten, sei die Kopplung zwischen staatlicher Politik und sozialpolitischer Wirkung möglicherweise besonders eng gewesen (Trappe 1995: 26). Da war die Rede von der Instrumentalisierung von Kindern (Höhn/Mammey/Wendt 1991; Huinink 1993): Eigentlich waren die DDR-Familien an Wohnungen interessiert, aber die bekam man eben nur mit dem «Hebel Kind»; eigentlich wollten sie nur Geld, und den Ehekredit konnte man «abkindern»; Eigentlich wollten die DDR-Frauen nur zeitweise aus der Erwerbsarbeit aussteigen, aber das ging nur mit Babyjahr. Da war die Rede von den fehlenden anderen Optionen und von der DDR-Propaganda, dass Kinder zum Leben gehören (Dorbritz 1992: 186): Was sollten junge DDR-Menschen schon anderes machen – wenn nicht Kinder? Deshalb fielen sie auf die Propaganda herein. Heike Trappe wundert sich immerhin, dass

die Frauen in der DDR mehrheitlich mitgespielt haben und offenbar sogar ihre Töchter noch propagandistisch beeinflussen konnten. «Entgegen meiner ursprünglichen Erwartung ließen sich in den Handlungsweisen der jüngeren Frauen keine Anzeichen für Gegenstrategien gegen aufoktroierte Lebensmuster nachweisen [...]. Zu klären bleibt, warum Frauen dieses Konzept, wie sich in ihren Handlungsweisen deutlich zeigte, mit ihren Lebensentwürfen in Übereinstimmung brachten und weitgehend internalisierten.» (Trappe 1995: 210 u. 212)

Irgendwann habe ich aufgehört, mich mit solchen Forschungsergebnissen zu beschäftigen, weil ich es besser wusste: Frauen in der DDR haben Kinder bekommen, wann und wie viele sie wollten (es geht um die letzten beiden DDR-Jahrzehnte). **Und sie sind von ihrer Gesellschaft nicht daran gehindert worden.** Letzteres macht den Unterschied zwischen Ost und West, denn Politik kann das Kinderkriegen zwar wirksam beeinträchtigen, aber nicht «machen». Darauf hatte Anita Grandke schon 1979 verwiesen: «Die gesellschaftlichen Erfordernisse in Bezug auf die Geburtenentwicklung müssen dem Bürger mitgeteilt, ja nahegelegt werden. Eine entsprechende Kinderzahl wird es in den Familien heute und künftig jedoch nur dann geben, wenn eigene Bedürfnisse der Bürger und der Familien sich mit den gesellschaftlichen Erfordernissen treffen.» (Grandke 1979: 93)

Der genannte Unterschied zwischen Ost und West wird gut sichtbar, wenn man zwei Publikationen, die im hier betrachteten Zeitraum entstanden sind, nebeneinanderlegt. Es geht um Alice Schwarzers «Der kleine Unterschied und seine großen Folgen» (1981) und um «Ganz in Familie» (1985) von der Soziologin Irene Runge. Beide Autorinnen interviewten Frauen und fragten nach dem Familienleben. In beiden Fällen ist eine junge Mutter mit fünf Kindern dabei, in beiden Teilen Deutschlands Ausnahmefamilien:

Die eine empfängt die Interviewerin in der «guten Stube, für die noch 10.000 Mark Kredit abzustottern ist. Renate macht einen selbstständigen Eindruck und kann sich auch sehr gut gegen die Kinder verteidigen, die – wie bei allen Gesprächen mit Müttern – in Abständen von einer Viertelstunde immer wieder auftauchen, Fragen haben und im Blick den Vorwurf, dass ihre Mutter so lange mit einer anderen Person [...] beschäftigt ist.» (Schwarzer 1981: 28)

Die andere empfängt die Interviewerin in einer Sechs-Raum-Wohnung, «für die sie nicht 460 Mark, sondern die für Kinderreiche vorgesehenen drei Prozent vom Familienbruttoeinkommen zahlen. Das sind gut 50 Mark monatlich [...]. Die Kinder kommen ins Zimmer, erzählen, fragen etwas, ein Nachbarskind kommt, ein Zwilling fühlt sich krank und will getröstet werden, woraufhin der andere auch krank zu werden droht [...]. Während Frau W. nebenher alle diese Fragen regelt, wird deutlich, dass der Alltag in einer kinderreichen Familie nicht sonstigem Familienalltag gleichzusetzen ist.» (Runge 1985: 138 f.)

Die eine erzählt über sich: «Und wenn wir mal irgendwo hingehen, und ich sag' was, dann stößt er mich unter dem Tisch mit dem Fuß an, will mir verbieten zu spre-

chen. Früher hab ich dann den Mund gehalten, heute tu' ich das nicht mehr. Abends allein weggehen ist nicht drin. Sogar beim Elternausschuss macht er Theater. Mit will er nicht, weil er's so langweilig findet, allein hingehen darf ich aber auch nicht.» (Schwarzer 1981: 27)

Die andere erzählt über sich, dass sie jede Woche einmal «familienfrei» nehme. Am Dienstag gehe sie nachmittags los, zu ihren Jugendhilfeeinsätzen, danach zu Freundinnen und Bekannten, ins Kino oder Theater. «Das ist, seitdem ich nicht mehr arbeite. Ich will den Anschluss nicht verlieren, ich brauche auch Abstand vom Alltag. Und ich muss mit Erwachsenen zu tun haben.» (Runge 1985: 140)

Irene Runge erwähnt, dass in der DDR bezüglich Familienleben an Traditionen angeknüpft, dass «faktisch kein neuer Brauch geschaffen» worden sei (ebd.: 61), dass die Menschen in der DDR bezüglich Liebe und Ehe «zwischen den Zeiten» leben würden (ebd.: 72). Mit Bezug auf die kühnen Ideen von Alexandra Kollontai äußert sie (erwartungsgemäß) Unsicherheiten, was das spezifisch Sozialistische am Lieben und Heiraten in der DDR sei. «Ist eine solche «neue Moral» schon entstanden? Entspricht das entworfene Bild überhaupt heutigen Bedürfnissen? Müssen nicht vielleicht ganz ungeahnte Formen entstehen?» (Ebd.: 47) Hier wird die Lücke im Gesellschaftskonzept, die fehlende Beschäftigung mit der «Liebeskorrektur» deutlich (siehe Kapitel 2.1).

«Muttipolitik» im oben beschriebenen Sinn konnte es im kapitalistischen Westdeutschland nicht geben. Deshalb blieb die Geburtenrate im Westen niedriger als im Osten. Seit Ende der 1980er Jahre wird in der sozialwissenschaftlichen Literatur und auch in der Sozialberichterstattung dafür der Begriff «Strukturelle Rücksichtslosigkeit des Öffentlichen gegenüber dem Privaten» verwendet. Franz-Xaver Kaufmann, der den Begriff in die westdeutsche familiensoziologische Diskussion und in die entsprechende Sozialberichterstattung eingebracht hatte, verwies als Begründung dafür auf die unterschiedliche gesellschaftliche Wertschätzung von produktiven und reproduktiven Aufgaben. Gesellschaften, die vom Primat der produktiven Aufgaben geprägt sind und reproduktive Aufgaben gering bewerten, seien gegenüber Familien und insofern auch Kindern strukturell rücksichtslos (vgl. Kaufmann 1990). Im Lichte der feministischen Modernisierungsdebatte heißt das: Patriarchale Gesellschaften sind gegenüber Familien und Kindern strukturell rücksichtslos. Ich meine im Unterschied dazu, dass es nicht die patriarchalen, sondern die kapitalistischen Strukturen sind, die zur Rücksichtslosigkeit zwingen. Die Zweitrangigkeit des Privaten, auch die Zweitrangigkeit der Frauenarbeit wurden in der DDR nie infrage gestellt, auch selten problematisiert. Aber das DDR-Patriarchat war kein kapitalistisches.

Fünftes Thema: Gewalt gegen Frauen. Bei diesem Thema wird besonders deutlich, dass die westlich-feministische Debatte einer östlichen Ergänzung bedurft hätte und noch bedarf. So ist zum Beispiel die Frage, warum sich bisher noch keine DDR-

Schauspielerin unter «MeToo»⁶⁴ zu Wort gemeldet hat, nicht beantwortet, vielleicht ist sie auch nicht laut genug gestellt worden.⁶⁵

«Gewalt in der Ehe» wurde in der DDR nicht thematisiert, weil die Frauen nicht zum «Kampf» gegen die Männer aufgerufen werden sollten – so die offizielle Politik. Folglich kam, das zeigen auch die persönlichen Erinnerungen meiner Freundinnen, das Thema Gewalt nicht zur Sprache: «Es war Anfang der 1990er Jahre, wir saßen zu viert im Wintergarten, tranken Kaffee und regten uns darüber auf, dass nun alles Ostdeutsche «nachholend modernisiert» wird. Herma schnitt das Thema «Gewalt in der Ehe» an: «Angeblich soll auch in der DDR jede vierte Frau von ihrem Partner geschlagen worden sein. Wir sind gerade hier vier. Ist eine von Euch geschlagen worden?» Nach einer kleinen Pause sagte Ruth leise: «Die Statistik stimmt. Ich bin in meiner ersten Ehe geschlagen worden. Das war kurz vor der Scheidung.» (GP Lina)

Weil in der alten BRD «Gewalt gegen Frauen» öffentlich verhandelt wurde, konnten auch Strukturen geschaffen werden, um Frauen (und Kinder) vor häuslicher Gewalt zu schützen, spielte das Thema auch in der feministischen Theorie, vornehmlich in der Opfer-Täter-Debatte, eine Rolle. «Männer aus allen Schichten schlagen, manche nüchtern, manche betrunken. Das bestätigt die These der autonomen Frauenbewegung, dass die Ursache für Gewalt gegen Frauen in der Ehe in der Unterordnung der Frau allgemein zu suchen ist und unabhängig von Bildung und Einkommen vorkommt.» (Brückner 1991: 119) «Ob Opfer oder Mittäterin, Täter bleibt der Mann.» (Ebd.: 120) Gleichzeitig hat die Diskussion «an den gesellschaftlichen Machtverhältnissen nichts geändert [...]. Im Gegenteil: Die Frauen, die sich vom Gewalttäter trennen wollen, erfahren einen sozialen Abstieg, die Position der Täter bleibt nahezu unverändert, sie können die nächste gewalttätige Beziehung eingehen.» (Müller 1991: 144)

Auch hier fällt auf, dass eine östliche Ergänzung möglicherweise zu einem anderen Ergebnis gekommen wäre.

3.4.3 Was bleibt?

«Die Empörung von Frauen über die Einschränkung oder Negation ihrer vollen Menschlichkeit verleiht der Frauenbewegung [...] bis heute einen offensiven Charakter und gibt auch der feministischen Theorie und Wissenschaftskritik immer wieder ihren Impetus. Zur vollen Menschlichkeit von Frauen [und Männern] gehört unter anderem die Erkenntnis ebenso wie die eigenverantwortliche moralische Urteilsfähigkeit.» (Krüger 1991: 159)

64 Im Oktober 2007 rief die Schauspielerin Alyssa Milano unter dem Hashtag «MeToo» dazu auf, Erfahrungen mit sexuellen Übergriffen, Missbrauch und Diskriminierung in den sozialen Medien zu teilen. Diesem Aufruf wurde millionenfach auf der ganzen Welt gefolgt, sodass sich die Debatte zu einer umfangreichen Auseinandersetzung über den Stand der Gleichberechtigung von Mann und Frau entwickelte.

65 In der *Berliner Zeitung* war schon im Oktober 2018 zu lesen: «Im Umfeld des Generaldirektors der DEFA, Hans Dieter Mäde, ist eine Besetzungscouch nicht vorstellbar, auch nicht bei Regisseuren oder Autoren.» (13./14.10.2018: 3).

«Volle Menschlichkeit» – das erinnert an Clara Zetkins Traum vom Vollmenschentum, in dem sich Frauen und Männer sowohl im Beruf als auch in der Familie auf Augenhöhe begegnen. In der letzten Befragung, die die Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim Zentralkomitee der SED zwischen Ende 1988 und Anfang 1989 durchführte, sagten 76 Prozent der Frauen und 74 Prozent der Männer: «Die Arbeit ist für mich genauso wichtig wie Familie und Freizeit.» (Wittich 1994: 194)

Das erinnert auch an Christa Wolf: «Frauen, durch ihre Auseinandersetzung mit realen und belangvollen Erfahrungen gereift, signalisieren einen radikalen Anspruch: als ganzer Mensch zu leben, von allen Sinnen und Fähigkeiten Gebrauch machen zu können. Dieser Anspruch ist eine große Herausforderung für eine Sozietät, die [...] ihren Gliedern mannigfache Zwänge auferlegt [...]; immerhin hat sie selbst, wissentlich oder nicht, diesen Anspruch geweckt; mit Frauenförderplänen, mit Krippenplätzen und Kindergeld *allein* kann sie ihm nicht mehr begegnen, auch damit nicht, glaube ich, dass sie mehr Frauen in jene Gremien delegiert, in denen überall in dieser Männerwelt, auch in unserem Land, die «wichtigen Fragen» von Männern entschieden werden. Sollen Frauen es überhaupt wünschen, in größerer Zahl in jene hierarchisch funktionierenden Apparate eingegliedert zu werden? Rollen anzunehmen, welche Männer über die Jahrhunderte hin so beschädigt haben? [...] Unsere Verhältnisse haben es Frauen ermöglicht, ein Selbstbewusstsein zu entwickeln, das nicht zugleich Wille zum Herrschen, zum Dominieren, zum Unterwerfen bedeutet, sondern Fähigkeit zur Kooperation.» (Wolf 1977: 289)

«Volle Menschlichkeit» bewundert auch die Schauspielerin Petra Kelling an Rosa Luxemburg, ihre Fähigkeit, «die politische Leidenschaft nicht zu trennen von den schicken Handschuhen, die man haben, von dem Blatt, das man riechen, von dem Menschen, den man lieben möchte. Also den Versuch, das ganze Leben zusammenzukriegen, was das Ungewöhnliche an Frauen ist. Vor dieser Kraft hat fast jeder Mann Angst und jede Gesellschaft. Darum musste man die Luxemburg erschlagen. Und sie wird immer wieder erschlagen.» (Zit. n. Ullrich 1991: 147)

Das erinnert auch an die Biologin Christiane Nüsslein-Volhard, die 2004 mit ihrem Nobelpreis-Geld eine Stiftung gründete, die für begabte junge Wissenschaftlerinnen Kinderbetreuung und Haushaltshilfe bezuschusst. Sie weiß, dass eine Wissenschaftlerin, die drei Jahre ihre fachliche Arbeit unterbricht, nie wieder wirklich Anschluss findet. Deshalb empfiehlt sie, Kinder so früh wie möglich, möglichst noch als Doktorandin zu bekommen. Für sie haben sich Kinder «eben einfach nicht ergeben» – das müsse aber nicht allen Wissenschaftlerinnen so ergehen (zit. n. Fischer 2009: 175 ff.).

Der Anspruch auf volle Menschlichkeit scheint mir die Brücke zu sein, auf der sich Frauen (und Männer) von hüben und drüben immer wieder begegnen können. Dabei haben die Pole, die verbunden sein müssen, die nicht geteilt werden dürfen, die sich gegenseitig bedingen, unterschiedliche Namen: Privatheit und Öffentlichkeit, Beruf und Familie, Arbeit und Liebe, Natur und Gesellschaft, Kinderwelt und Welt

der Erwachsenen oder Individualität und Kollektivität. Frauen hören nicht auf, sich zu empören, so verstehe ich Marlis Krüger, wenn der Zusammenhang zwischen beiden Polen infrage gestellt ist, wenn der «ganze Mensch» in Teile gehackt wird.

4 ABSCHIED UND HOFFNUNG

In den 1980er Jahren konnte sich die DDR-Regierung nicht mehr auf die Loyalität einer Bevölkerungsmehrheit verlassen. Jugend-, Friedens-, Demokratie- und Frauenbewegungen entstanden, teilweise unter den Dächern der Kirchen. Plötzlich gab es in der DDR «Bürgerrechtler».

Die Ausreiseanträge häuften sich. Nachdem 1984 ein Großteil dieser Anträge genehmigt worden war, wurde das Problem eher größer als kleiner. Zeitungen wurden illegal vervielfältigt, Hoffeste entwickelten sich zu Protestveranstaltungen. Nicht genehmigte Demonstrationen mit einem beachtlichen Frauenanteil (vgl. Mühler/Wilsdorf 1991) machten immer lauter von sich reden. Gleichzeitig setzten vor allem Intellektuelle aus Universitäten und Akademien vage Hoffnungen in die Gorbatschow'sche Perestroika und in die Reformierbarkeit des Sozialismus (vgl. Einheit 1989). Nach Auffassung des Bürgerrechtlers Klaus Wolfram entstanden nun die «zwei Hälften der DDR-Bevölkerung», wie sie sich am 18. März 1990 offenbarten. «Mit 47 Prozent konnte sich die bürgerrechtlich dünn verzierte, von Helmut Kohl aufgepumpte ostdeutsche CDU zum Sieger erklären» (Wolfram 2020: 3). Sechs Wochen zuvor war verkündet worden, dass die CDU im Falle eines Wahlsiegs umgehend in der DDR die D-Mark einführen würde.

An dieser Stelle sei an einen Film erinnert, der 2006 gedreht und dafür gefeiert wurde, dass er den Alltag in der DDR in den 1980er Jahren schildere: «Der kraftvolle Film spielt 1983 in Ostberlin und wirft einen Blick auf die Arbeitsweise der Stasi, des Geheimdienstes der DDR. Er war einer der ersten ernst zu nehmenden Versuche, die alltägliche Hölle des Lebens in der DDR darzustellen, wo die Menschen versuchten, ohne Recht auf Privatsphäre oder eigene Gedanken normal zu leben» (Leigh u. a. 2016: 312). Christoph Hein hat den Film «Das Leben der anderen» (Regie: Florian Henckel von Donnersmark) später als «Gruselmärchen» bezeichnet (Hein 2019: 102 ff.).

In dieser «alltäglichen Hölle» entstand in den 1980er Jahren nicht nur zivilgesellschaftliches Engagement. Es entstanden auch nicht nur kritische Publikationen, etwa «Der Dienst» von Angela Krauß (1990), 1988 beim Bachmann-Wettbewerb ausgezeichnet, oder Stephan Hermlins «Abendlicht» mit dem vorangestellten Satz von Robert Walser «Man sah den Wegen am Abendlicht an, dass es Heimwege waren» (vgl. Hermlin 1979). Es entstanden auch Filme wie «Sabine Kleist, 7 Jahre» (1982, Regie: Helmut Dziuba), «Insel der Schwäne» (1983, Regie: Herrmann Zschoche) oder «Erscheinen Pflicht» (1984, Regie: Helmut Dziuba), die die Fragen der Kinder und Jugendlichen in die Öffentlichkeit trugen. Was die Erwachsenen zu antworten wussten, nämlich «Macht es besser als wir!», zeigte der Film «Jadup und Boel» (1981, Regie: Rainer Simon), der im Unterschied zu den Verbotsfilmen der 1960er Jahre nicht erst nach, sondern noch vor dem Zusammenbruch der DDR in die Öffentlichkeit gelangte. Zum ersten Mal gezeigt wurde er 1988: auf dem 5. Nationalen Spielfilm-Festival der DDR, das seit 1980 alle zwei Jahre in Karl-Marx-Stadt stattfand (vgl. Ullrich 2015).

Und es gab in diesen letzten Jahren auch «ganz oben» neue Töne. Die Dialektik zwischen individueller und kollektiver Entwicklung war in den Gesellschaftswissenschaften neu bedacht worden und wurde nun auf dem letzten SED-Parteitag im April 1986 neu formuliert: «Die sozialistische Gesellschaft wird selbst umso reicher, je reicher sich die Individualität ihrer Mitglieder entfaltet» (ZK der SED 1987: 59f.). Diese Aussage deckte sich mit soziologischen Thesen der letzten DDR-Jahre: Ein Arbeitskollektiv ist umso stabiler, je besser sich das einzelne Mitglied individuell entfalten kann. Für den Erziehungswissenschaftler Dieter Kirchhöfer war schon seit Ende der 1970er Jahre «das Defizit an individuellem Engagement allorts sichtbar» (1993: 104). Gleichzeitig blieb soziale Sicherheit ein unantastbares Gut. In der letzten Statistischen Kennziffernsammlung, die noch im Juni 1989 erschien, ist zu lesen: «1988 wurden Arbeitsplätze von 29.796 Arbeiterinnen bzw. weiblichen Angestellten eingesparrt, davon erhielten 26.608 Frauen (89 Prozent) wieder Arbeit im gleichen Betrieb, der Rest in anderen Betrieben» (Kennziffernsammlung 1989: 71).

Auch auf dem IX. und letzten Pädagogischen Kongress, der im Juni 1989 stattfand, als Ungarn schon die Grenzen geöffnet hatte, waren neue Töne zu hören (vgl. Schröter 2015). Hier war nicht mehr von «kommunistischer Moral» und «kommunistischer Erziehung» die Rede. Das Erziehungsziel «Allgemeinmenschliches», überhaupt die Kategorie Menschlichkeit und der Blick auf die Menschheit als Ganzes spielten eine sehr viel größere Rolle als auf den Kongressen zuvor. Die Jugend sei auf eine Gesellschaft vorzubereiten, in der der Mensch frei, selbstbewusst, gut, hilfsbereit und ehrlich sein könne (vgl. Honecker 1989: 4). Auffällig ist auch hier eine besondere Betonung der individuellen Stärken der Kinder. Dass nicht mehr ebenso gebildet und erzogen werden konnte wie in den Jahrzehnten zuvor, war demnach auf höchster politischer Ebene angekommen – unter dem Druck der Fluchtbewegungen und auf der Grundlage der Reformüberlegungen aus den pädagogischen Wissenschaften. Wie

stattdessen gebildet und erzogen werden sollte, war aber noch unklar. Entsprechend offen war der neue Auftrag an die junge Generation. Sie sollte nun nicht mehr «das Werk der Väter vollenden», sondern – Margot Honecker nahm hier Bezug auf Clara Zetkin – das Werk der Arbeiterbewegung «im besten geschichtlichen Sinn weiterführen» (ebd.: 33).

Dazu hatte die junge Generation aber keine Gelegenheit mehr. Für mich war der 4. November 1989 der Abschiedstag von der DDR – jene große Veranstaltung auf dem Berliner Alexanderplatz, die bis heute bei denen, die dabei waren, ebenso im Gespräch ist, wie bei denen, die nicht dabei waren. Dass sie von Kulturschaffenden vorbereitet und organisiert wurde, passt zur Bedeutung, die Künstler*innen in der DDR hatten. Gerade weil diese fünf bis sechs Stunden auf dem Alexanderplatz nach wie vor so widersprüchlich gedeutet werden und gleichzeitig so «warm» in Erinnerung sind, erscheinen sie mir wie ein Symbol für die DDR, für das hier Erreichte und nicht Erreichte. Später singt Veronika Fischer: «Es war ein Land, mein Land. Ich hab's geliebt, gehasst, geliebt, gehasst. Doch nie war es mir gleich.» (Text: Kurt Demmler)

Zum Wahlerfolg der CDU vier Monate später hat die Demonstration vom 4. November 1989 in Berlin ganz sicher nicht beigetragen. Der Transformationsforscher Martin Sabrow vertritt die Auffassung, dass die größte, nicht staatlich gelenkte Protestversammlung in der Geschichte der DDR das vielleicht entscheidende Auftriebsmoment im Kampf gegen das alte Regime war (vgl. Sabrow 2019: 27). 15 Jahre nach dieser Demonstration schrieb die Journalistin Irmtraud Gutsche: «Eine offiziell genehmigte Protestkundgebung: Das signalisierte ein verändertes Verhältnis zwischen Regierung und Volk.» (Gutsche 2004: 3) Und nach weiteren 15 Jahren meint der Bürgerrechtler Jens Reich: «Die Demonstration am 4. November auf dem Alex bewies, dass auch die Deutschen, nicht nur die Franzosen, fähig sind zu schönen, stolzen und zugleich gut gelaunten Manifestationen. Der 4. November 1989 war der beste, schönste Tag der DDR. Leider scheint heute so etwas nicht mehr möglich zu sein. Frust, Hass, Wut schlagen Andersdenkenden und Andersmeinenden entgegen.» (Reich 2019: 3)

Zu den Motiven der Beteiligten wird es wohl nie klare Aussagen geben. Aber aus allen Äußerungen, die ich kenne, geht hervor, dass es ein ganz außergewöhnlicher Tag war. Die Schauspielerin Johanna Schall, die mit zu den Organisator*innen gehörte, sagte ein Jahr später: «Ich kann mich nicht erinnern, dass ich – also privat vielleicht – je so ruhig und so glücklich war. Aber das betrifft nur den einen Tag. Nicht mal den ganzen Tag. Am Nachmittag war es schon anders. Das Verrückte war, dass ich überhaupt kein Gefühl von Masse hatte [...]. Ich hatte das Gefühl – und das ist dann sehr bald verloren gegangen – das sind 500.000 Individuen mit ihren Meinungen, mit ihren Transparenten. Und was ich am tollsten finde: Sie waren witzig [...]. An diesem Tag war das deutsche Volk witzig.» (Zit. n. Ullrich 1991: 44)

Finde ich auch. Die Transparente waren mehrheitlich humorvoll, selten aggressiv. Mir ist zum Beispiel in Erinnerung geblieben: «Rechenkünstler Egon Krenz:

100 Prozent minus 20 Prozent ist gleich 98 Prozent». Alle wussten um die gefälschten Wahlergebnisse vom Mai des Jahres. Aber man war bereit, über die «mathematischen Unfähigkeiten» hinwegzusehen. Schließlich hatten immer noch 80 Prozent der DDR-Bevölkerung den Kandidaten der Nationalen Front ihr Vertrauen gegeben. Wer (wie ich) das Transparent, den DFD betreffend, auf dem Alex nicht gesehen hat, konnte es in späteren Publikationen bewundern: «Schluss mit DFD – Dienstbar Folgsam Dumpf». Wie keine andere Botschaft dieses Tages wurde das DFD-Transparent in nachfolgender Literatur zitiert und genüsslich interpretiert (z. B. Rohnstock 1990: 5). Die Geschäftsführerin der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur Anna Kaminsky behauptet inzwischen sogar, der Spruch sei dem DDR-Volksmund entlehnt (Kaminsky 2017: 56).

Die Lyrikerin Ingeburg Schirmmacher (1929–2020) schrieb am 4. November 1989 in ihr Tagebuch: «Im Herzen der Hauptstadt die große DEMO! Der friedliche Aufstand der Kultur. Von fast einer Million sprachen die Chronisten. Was für ein Kraftstrom an Würde, Vernunft, von heiterer Entschlossenheit. Aus allen Richtungen strömen Menschen zum Alexanderplatz hin. Eine unwirkliche, unbeschreibliche Stimmung. Die Atmosphäre förmlich knisternd. Kaum Polizei zu sehen, aber überall Ordner mit grüngelben Schärpen, darauf in dicken Lettern geschrieben: KEINE GEWALT! Hoffnung, Zuversicht, ungewohntes Selbstvertrauen vermischen sich mit der Ungewissheit des Ausgangs. Aufkeimende Ängste werden verdrängt. Suchende Blicke, Freude. Alles scheint anders.» (Schirmmacher 2015: 49)

Was die Anzahl der Beteiligten betrifft – die Zahlen schwanken zwischen 200.000 und einer Million – hat Christoph Hein später «Klarheit» geschaffen: «Informatikstudenten haben viele Jahre später die Luftaufnahmen dieses Tages mittels Skalierung, Hochskalierung und Pixelerfassung ausgewertet und eine Teilnehmerzahl von 978.750 Menschen von ihren Computern errechnen lassen» (Hein 2019: 66). Von Christoph Hein wissen wir auch, dass das Erste Deutsche Fernsehen nicht bereit war, wegen dieser Demonstration die plangemäße Übertragung eines Tennisturniers mit Boris Becker zu unterbrechen (ebd.: 67f.).

Für die Schauspielerin Ursula Werner, die ebenfalls zu den Organisator*innen gehörte, war der 4. November vor allem ein Bewusstwerden der eigenen Kraft: «Über diese Zeit wird noch geschrieben werden, es dauert noch ein bisschen, alles muss sich setzen. Aber das kommt. Allein über diese Demonstration am 4. November, so etwas habe ich noch nie erlebt. Diese stille Demonstration! Wenn man nicht schon heulte, dann war man nahe dran. Weil man plötzlich merkte, was das für eine Kraft hatte. Es kamen ja viel mehr Menschen als erwartet. Das war wie eine Woge, die einen mittrug. Und ich dachte wirklich, wenn man die DDR ein bisschen aufklappt und die Leute rauslässt, damit sie selbst sehen, was gehauen und gestochen ist, kann man das Land reformieren.» (Zit. n. Poss/Warnecke 2009: 254)

Von der Kraft, die plötzlich so viele spürten, ist in vielen Erinnerungen die Rede. Die Schauspielerin Walfriede Schmitt dachte dabei vor allem an das Frauentreffen in

der Berliner Volksbühne, einen Monat nach jenem 4. November. «Wir haben in der Volksbühne zusammen mit den Frauengruppen, die sich überall gegründet hatten, das Frauentreffen organisiert. Das war herrlich. Das war eine Kraft. An die glaube ich [...]. Es gibt Momente im Leben, wo man merkt, welche Kraft in den Menschen ist und in wie vielen Menschen [...]. Und ich hoffe, das bleibt in allen diesen Köpfen und Herzen – und nicht nur die Niederlage.» (Zit. n. Ullrich 1991: 66) Nur zwei Tage nach diesem kraftvollen Frauentreffen brachte Hans-Dietrich Genscher das Kohl'sche Zehn-Punkte-Programm, in dem er den Rahmen für eine Wiedervereinigung absteckte, nach Moskau (siehe Zeitleiste).

Zeitleiste	
4. November 1989	Auf dem Berliner Alexanderplatz versammeln sich mehr als 500.000 Menschen. Es ist die erste und letzte genehmigte Protestveranstaltung in der DDR.
7. November 1989	Die Regierung der DDR tritt zurück.
9. November 1989	Günter Schabowski verkündet am frühen Abend die Maueröffnung. Harald Jäger lässt drei Stunden später den Grenzübergang Bornholmer Straße öffnen. Gegen Mitternacht werden alle Grenzübergänge geöffnet.
10. November 1989	In der Berliner Gethsemanekirche gründet sich das Neue Forum.
13. November 1989	Die Volkskammer wählt Hans Modrow zum Ministerpräsidenten.
15. November 1989	Das Zentralinstitut für Jugendforschung Leipzig (ZIJ) veröffentlicht aktuelle Umfrageergebnisse: 86 Prozent plädieren für «den Weg eines besseren, reformierten Sozialismus», fünf Prozent wollen «einen kapitalistischen Weg» (Förster/Roski 1990: 53).
20. November 1989	Auf der Leipziger Montagsdemo wird erstmals «Wir sind ein Volk» gerufen (Lindner 2019). Bis dahin lautete der zentrale Ruf: «Wir sind das Volk».
28. November 1989	Helmut Kohl verkündet seinen Zehn-Punkte-Plan zur Herstellung der deutschen Einheit im Bundestag.
3. Dezember 1989	In der Berliner Volksbühne treffen sich 1.200 Frauen, um die Gründung eines Unabhängigen Frauenverbands (UFV) vorzubereiten. Die SchauspielerIn Walfriede Schmitt verliest ein Manifest, das die Kulturwissenschaftlerin Ina Merkel verfasst hatte. In dem Manifest heißt es: «Wiedervereinigung hieße in der Frauenfrage drei Schritte zurück.» (Merkel 1989: 19)
5. Dezember 1989	Hans-Dietrich Genscher überreicht Michail S. Gorbatschow den Zehn-Punkte-Plan Kohls.
7. Dezember 1989	Der Zentrale Runde Tisch mit dem Ziel einer demokratischen DDR wird gegründet. Er hat die Aufgabe, die Modrow-Regierung zu kontrollieren und zu beraten. Kirchenvertreter*innen moderieren. Von den neuen Bürgerbewegungen sind vertreten: Demokratie jetzt, Demokratischer Aufbruch, Initiative Frieden und Menschenrechte, Vereinigte Linke, Sozialdemokratische Partei, Grüne Partei. Der in Gründung befindliche Unabhängige Frauenverband hat mit Tatjana Böhm, Walfriede Schmitt und Ina Merkel Beraterstatus.
8./9. Dezember 1989	Kohl und Genscher treffen sich mit elf westeuropäischen Staats- und Regierungschefs. Nur Spanien und Irland sind klare Fürsprecher der deutschen Einheit, Frankreich ist klar dagegen.

19. Dezember 1989	Helmut Kohl fährt nach Dresden, nachdem bekannt geworden ist, dass François Mitterrand am Tag darauf Berlin besuchen will, um sich mit Hans Modrow zu treffen. Die Dresdner Bevölkerung feiert den Kanzler mit Deutschland-Deutschland-Rufen.
Januar 1990	Eine vom Zentralen Runden Tisch beauftragte Kommission beginnt mit der Erarbeitung einer neuen Verfassung. Tatjana Böhm wird Ministerin in der Modrow-Regierung.
6. Februar 1990	Helmut Kohl verkündet, dass im Falle eines Wahlsieges der CDU in der DDR umgehend die D-Mark eingeführt wird.
Anfang Februar 1990	Das Zentralinstitut für Jugendforschung veröffentlicht aktuelle Umfrageergebnisse: 79 Prozent wollen die Wiedervereinigung.
17. Februar 1990	offizielle Gründung des Unabhängigen Frauenverbands
12. März 1990	Der Zentrale Runde Tisch tagt letztmalig.
18. März 1990	Bei der Volkskammerwahl wählen 48 Prozent der DDR-Bevölkerung das Wahlbündnis «Allianz für Deutschland» und damit die CDU. Am 2. Oktober 1990 fusioniert die Allianz mit der West-CDU.
4. April 1990	Die vom Zentralen Runden Tisch in Auftrag gegebene neue Verfassung wird der Öffentlichkeit vorgestellt. Die Präambel hat die Schriftstellerin Christa Wolf verfasst. Die neue Volkskammer beschäftigt sich nicht mit diesem Thema.
Mai 1990	In Meinungsbefragungen des Instituts für Sozialdatenanalyse Berlin (isda) äußern sich 81 Prozent der ostdeutschen Männer und 78 Prozent der ostdeutschen Frauen «im Großen und Ganzen einverstanden» mit der politischen Entwicklung.
28. Juni 1990	Die Volkskammer verabschiedet das Erste Zivilrechtsänderungsgesetz, das Volkseigentum in Staatseigentum umwandelt und damit die DDR-Bevölkerung formaljuristisch enteignet.
1. Juli 1990	Die D-Mark wird in der DDR eingeführt.
31. August 1990	Die Bundesrepublik Deutschland, vertreten durch Wolfgang Schäuble, und die Deutsche Demokratische Republik, vertreten durch Günther Krause, unterschreiben den Einigungsvertrag. Das Geschlechterthema wird hier in einem einzigen Satz angesprochen. In Artikel 31 heißt es: «Es ist Aufgabe des gesamtdeutschen Gesetzgebers, die Gesetzgebung zur Gleichberechtigung zwischen Männern und Frauen weiterzuentwickeln.»
3. Oktober 1990	Die Vereinigung nach Artikel 23 des Grundgesetzes wird vollzogen, das heißt, dass die Vereinigung ein Beitritt der DDR zur BRD ist.
Oktober 1990	In Meinungsbefragungen des Instituts für Sozialdatenanalyse äußern sich 79 Prozent der ostdeutschen Männer und 73 Prozent der ostdeutschen Frauen «im Großen und Ganzen einverstanden» mit der politischen Entwicklung.
Mai 1993	Meinungsbefragungen des Instituts für Sozialdatenanalyse ergeben, dass noch 51 Prozent der ostdeutschen Männer und 39 Prozent der ostdeutschen Frauen «im Großen und Ganzen» mit der politischen Entwicklung einverstanden sind. Danach erhält das Institut kein Geld mehr, um repräsentative Befragungen durchführen zu können.

Auch Dieter Mann, damals nicht nur Schauspieler, sondern auch Intendant des Deutschen Theaters, war an der Vorbereitung der Demonstration auf dem Alexanderplatz beteiligt: «Bei dem Vorschlag, eine Demonstration zu machen, war es natürlich Gysi, der wusste, dass es ein Demonstrationsrecht gibt und Fristen für deren Genehmigung, aber auch eine Möglichkeit, diese Anmeldung dringlich zu machen. Das hat Gregor in seiner wunderbar klugen Art und Weise erläutert, und wir sind mit dem Beschluss, eine Demo zu veranstalten, aus diesem Vormittag herausgegangen. Ich bin der festen Überzeugung, und die meisten Menschen, die ich kenne und auch politisch kenne, teilen dies: Wir sind am 4. November 1989 nicht auf den Alexanderplatz gegangen, um Bundesrepublik Deutschland zu werden. Sondern es war die Hoffnung, bei vielen sicherlich auch der Glaube, dieses System wäre reformfähig. Und es gab ja auch Ansätze dafür.» (Zit. n. Poss/Warnecke 2009: 162)

Die Französin Jaqueline Heinen, die von Ende Oktober bis Anfang November 1989 zu einem Studienaufenthalt in die DDR gekommen war und an dieser Demo teilnahm, interessierte sich vor allem für das kollektive Auftreten der Frauen: «Die ›Initiativgruppe Berlin‹ hatte mit einem eigenen Flugblatt zur Demonstration aufgerufen, das auf die Lohndiskriminierung der Frauen, auf ihre Stellung in Wissenschaft und Technik und auf die Notwendigkeit eines Frauenministeriums hinwies. ›Frauen in die Offensive‹ hieß es darauf. Wenn ihr Demonstrationzug auch zahlenmäßig begrenzt war, so war er doch überaus lebendig, und die Frauen zeigten keine Scheu, sich vor den Kameras aufzupflanzen, um ihren Stimmen Gehör zu verschaffen. Die Kundgebung, zu der die Opposition aufgerufen hatte, verlief erstaunlich ruhig. Vorherrschend war der Ruf nach freien Wahlen [...]. Mir drängt sich aber doch die Frage auf, wie wird sich der Anspruch der Frauengruppen konkretisieren, mit dem sie behaupten: ›Wir Frauen wollen uns in den Prozess der sozialistischen Erneuerung einmischen, mitmischen, ummischen?‹» (Heinen 1990: 111 f.)

Über die kurzen Reden, die an diesem 4. November auf der eilig errichteten Tribüne gehalten wurden, ist schon oft gesprochen und viel geschrieben worden. Hier soll es um die Erinnerungen «hinter der Tribüne» gehen, die der Schauspieler Peter Reusse festgehalten hat: «Irgendwann waren wir dann an der Tribüne auf dem Alex angekommen. Das Dahinter war so interessant. Endlich hatten wir den Stephan Heym hochgewuchtet, der hatte es doch so im Rücken. Der Alltag des Revolutionärs. Ich hatte ein Mini-Tonbandgerät dabei, weil ich witterte, dass die Demo etwas Historisches war. Das ließ ich immer laufen. Die Dialoge hinter der Tribüne: Schabowski ging an sein Treppchen, und da rief Schorlemmer: ›Herr Schabowski, benötigen Sie vielleicht seelischen Beistand?‹ Und der: ›Nee, nee, den brauch ich nicht.‹ Und ging auf die Bühne, wurde drei Minuten ausgepiffen und kam wie ein geprügelter Hund wieder runter. Das sind natürlich alles sensationelle Bilder und O-Töne. Der Markus Wolf kam runter und hatte nun auch seine Schlappe erlebt und stand vor uns kleinen Organisatoren und sagte: ›Meine Herren, ich benötige ein Glas Wasser.‹ Wir standen auf dem Alex vor dem Haus des Reisens, und unser Protagonist, der damals eine wichtige

Figur war, das darf man ja nicht vergessen, in den wurden große Hoffnungen gesetzt, wünschte ein Glas Wasser. Woher aber nehmen? Heiner Müller stand ganz weit weg, der hatte Angst, der wollte eigentlich nicht reden und hatte dann ja auch einen etwas verworrenen Auftritt [...]. Am 4. November dachten ich und viele, die da standen: «Das kriegen wir besser hin, das sind irgendwelche alten Typen, die sind ein bisschen blöde und können es nicht besser ...» (Zit. n. Poss/Warnecke 2009: 197)

... **Wir haben es nicht besser hingekriegt.** Das wurde sehr schnell deutlich. Das Volkseigentum, das seit dem 28. Juni 1990 Staatseigentum hieß (siehe Zeitleiste), kam zu 95 Prozent in westliche Hände. Die wissenschaftlichen Eliten der DDR wurden durch bundesrepublikanische ersetzt. Und da auch in diesem Fall die Mehrheit der Eliten von heute die «Kinder» der Eliten von gestern sind (vgl. Hartmann 2018), hat sich auch nach 30 Jahren in dieser Hinsicht nicht viel geändert. Die sozialen Einrichtungen in den Betrieben wurden noch vor den Betrieben selbst «abgewickelt». Friedrich Schorlemmer fasste die Situation im März 1990 so zusammen: «Nach dem Sturz Honeckers gab es kurzfristig eine gelingende Identität der DDR-Deutschen, die sich auf sich selbst besannen und einen eigenständigen, grundlegenden demokratischen Umgestaltungsprozess begannen. Der 9. November nahm uns die Kraft, uns weiter auf uns selbst zu besinnen.» (Schorlemmer 1991a: 21) 25 Jahre später denkt Martin Sabrow allerdings öffentlich darüber nach, ob das Ende des Sozialismus in Deutschland tatsächlich so unvermeidlich war, und erinnert an die Entwicklung in Nordkorea, Kuba oder China (vgl. Sabrow 2016: 185).

Aber es gab für die meisten Ostdeutschen ein zweites Leben: Meine Freundin Lina pendelte zwischen Arbeitslosigkeit und befristeten Projektstellen und konnte sich dennoch auf ein Forschungsthema konzentrieren, an dem sie auch als Rentnerin noch arbeitet. Mein Freund Günter erlebte nicht nur Arbeitslosigkeit und Diskriminierung, wie sie alle vermeintlich «System-Nahen» erlebten, sondern hatte auch alleinerziehend für zwei Kinder zu sorgen. Er konnte sie dennoch, darauf ist er zu Recht stolz, auf dem Weg bis zum Studienabschluss unterstützen. Mein Freund Jakob entschied sich nach längerem Zögern, sein Hobby zum Beruf zu machen. Er ist heute Koch. Meine Freundin Marlies ging in die kommunale Politik und entschied sich, ihr vorher angepasstes Leben zu verändern: Sie ist inzwischen – ihre Kinder akzeptieren das – mit einer Frau verheiratet. Meine Freundin Anita entging der Arbeitslosigkeit durch eine Umschulung und konnte sich so bis zum Rentenalter «retten». Meine Freundin Annika hat noch vor ihrer Entlassung zusammen mit Kolleg*innen einen Verein gegründet, der sie fachlich und moralisch bis heute «trägt».

Zum zweiten Leben der Ostdeutschen gehört auch das Nachdenken über das erste, das Reflektieren des eigenen Anteils⁶⁶ an Größe und Grenzen des realen Sozialismus. «Es müsste sich jeder die Frage stellen, was habe ich selbst beigetragen? War ich mutig oder nicht, habe ich mich geduckt oder nicht? Oder war ich sogar vielleicht überzeugt und warum bin ich es heute nicht mehr? Diese innere Auseinandersetzung mit mir, wo hättest du anders handeln sollen, das macht mich zurzeit ganz schön kaputt», so eine Frau aus Würzen Anfang der 1990er Jahre (zit. n. Schlegelmilch 2019: 237). In einem Interview, das ich Anfang der 1990er Jahre führte, sagte mir ein Lehrer aus Sachsen, dass die «innere Auseinandersetzung», zu der er sich gezwungen sah, für ihn vor allem ein Gewinn gewesen sei. Er hätte sein ganzes Leben infrage stellen müssen und wüsste deshalb besser als seine verbeamteten Kolleg*innen, was wichtig sei und was nicht (vgl. Koch u. a. 1994).

Für die westdeutschen Freund*innen veränderte sich 1990 vor allem, dass sie nun zu den «Gewächsen aus dem Osten» (Baureithel) Kontakte aufbauen und pflegen konnten. Mein Freund Ede engagierte sich sehr schnell in gesamtdeutschen linken Strukturen. Meine Freundinnen Anne und Christiane hauchten mir feministisches Gespür ein, so wie es die Feministin Doris Janshen empfohlen hatte: «Mit der Darstellung der wärmenden Seite der Frauenbewegung müssen Sympathien geworben werden, aber wir müssen auch Brüche, Enttäuschungen und Verhinderungen sichtbar machen, wenn wir unsere Schwestern in der ehemaligen DDR nicht nur zum Nachvollzug oder zum Nachmachen motivieren, sondern mit ihnen zusammen die Suche nach einem Neuansatz der Frauenpolitik riskieren wollen.» (Janshen 1991: 78)

Die gesellschaftlichen Umbrüche in den 1990er Jahren wären tatsächlich eine Gelegenheit gewesen, in der Bundesrepublik einen Neuansatz, nicht nur in der Frauenpolitik, sondern zum Beispiel auch in der Bildungspolitik oder im Steuersystem zu riskieren. Die Chance, die Artikel 146 des Grundgesetzes bot (und noch immer bietet), eine neue Verfassung zu erarbeiten, wurde vertan. Dabei lag (und liegt noch immer) mit dem Verfassungsentwurf des Zentralen Runden Tisches der DDR, der zwischen Januar und März 1990 erarbeitet wurde, eine solide Grundlage bereit.

Obwohl wir es nicht besser hingekriegt haben, sind die Spuren beachtlich, die 40 Jahre DDR hinterlassen haben und die auch nach 30 weiteren Jahren noch auffallen, etwa im jüngsten Gleichstellungsbericht der Bundesregierung: «Im Unterschied zur Mehrheit der Frauen in Westdeutschland scheinen Frauen in Ostdeutschland das Alleinernährer-Arrangement abzulehnen.» (BMFSFJ 2017: 98)

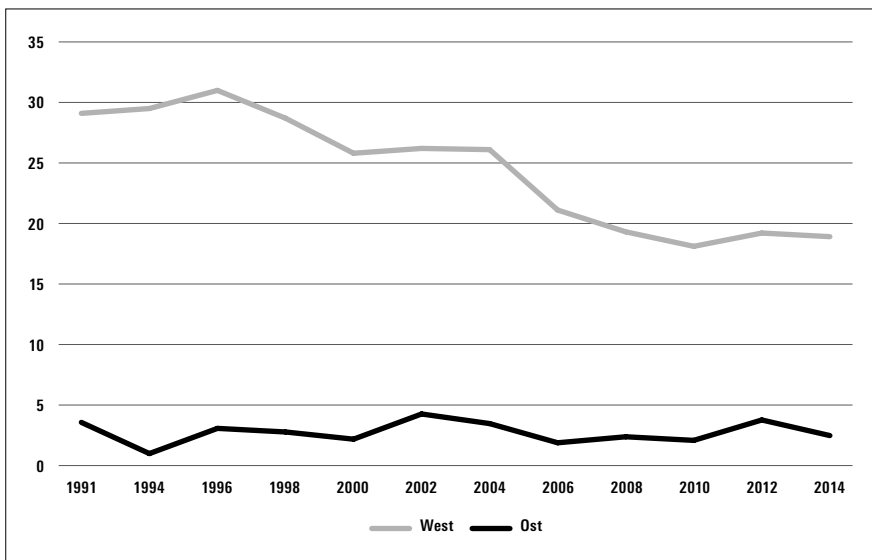
66 Zum Thema «Entschuldigung» gibt Friedrich Schorlemmer zu bedenken: «Der Ausdruck der eigenen Mitschuld braucht erstens eine Adresse und zweitens jemanden, der sagte: Nun ist gut, nun geh und leb anders. Und solche Formen der Entschuldigung haben wir in einer atheistischen Gesellschaft nicht. Man könnte sich fragen, ob es nicht religiöse Rituale dafür geben müsste, die einen quasireligiösen Reinigungseffekt haben.» (Schorlemmer 1991b: 58)

Anfang der 1990er Jahre sahen sich die Ostdeutschen mit sehr unterschiedlichen Erwartungen – das Private betreffend – konfrontiert. Da gab es einerseits die große Hoffnung, dass DDR-Frauen die dominierenden westlichen Familienmodelle annehmen. Sowohl die «gewollte Kinderlosigkeit» als auch die hauptamtliche Hausfrau wurden in Aussicht gestellt. Schließlich sei nun der «Normdruck in Richtung Mutterschaft» überwunden (Trappe 1995: 219), schließlich hätte es die Möglichkeit, Hausfrau zu sein, in der DDR gar nicht gegeben (Merkel 1991: 9). Da gab es andererseits (bzw. von anderen) die Erwartung, dass von ostdeutschen Frauen ein politischer Druck ausgehen möge, um die im internationalen Vergleich extrem niedrige Erwerbsbeteiligung der Frauen in Deutschland zu erhöhen (WZB 1992: 8).

Alle mir bekannten Sozialberichte der letzten Jahre (ob Gleichstellungs-, Familien- oder Bildungsberichte) belegen, dass es bezüglich des Familienmodells keine Entwicklung von Ost nach West, sondern eher eine von West nach Ost gab. So ist schon im ersten Gleichstellungsbericht der Bundesregierung von vielfältigen Spuren des «historisch neuen Familientyps der DDR» (BMFSFJ 2011: 62) in der jetzigen Bundesrepublik die Rede: die zunehmende Akzeptanz von öffentlicher Kinderbetreuung, die Bemühungen um Ganztagschulen, die gleichzeitig wachsende mütterliche «Erwerbsneigung» (gemeint ist das Bedürfnis nach beruflicher Arbeit).

Abbildung 3: Selbstverständnis als Hausfrau bzw. Hausmann (in Prozent)

Von den nicht erwerbstätigen Befragten bezeichnen sich als Hausfrau bzw. als Hausmann:



Quelle: Eigene Berechnungen auf der Grundlage von ALLBUS-Befragungen 1991–2014

Nach ALLBUS-Meinungsbefragungen (die bekanntlich immer nur Momentaufnahmen sind) bezeichnen sich unter den nicht Erwerbstätigen seit 30 Jahren im Osten immer weniger als fünf Prozent als «Hausfrauen» bzw. «Hausmänner». Aus statistischer Sicht kann eine Menge unter fünf Prozent vernachlässigt werden. Dieser Anteil lag 1991 im Westen bei fast 30 Prozent und ist seitdem auf unter 20 Prozent gesunken (siehe Abbildung 3).

Sowohl die jüngste Shell-Studie als auch unterschiedliche Befragungen zu Lebensentwürfen junger Leute sprechen dafür, dass Ostdeutsche – inzwischen die Kinder und Enkel der Menschen, die in der DDR gelebt haben – an dem «historisch neuen Familientyp» festhalten, dass sie weder auf weibliche Berufstätigkeit noch auf Kinder verzichten wollen. Und das, obwohl der materielle Reichtum eher im Westen, Arbeitslosigkeit und Armut eher im Osten zu finden sind.

Könnte es sein, dass dieser Familientyp «dem Wesen des Menschen» (siehe Kapitel 2.1) näherliegt als das «Alleinernährer-Arrangement» bzw. die «gewollte Kinderlosigkeit»? Könnte es sein, dass dieser Familientyp Spuren des alten Traums enthält: selbstbestimmt zu arbeiten und selbstbestimmt zu lieben?

LITERATUR

A

- Abendroth, Wolfgang (1962): Bilanz der sozialistischen Idee in der Bundesrepublik Deutschland, in: Bestandsaufnahme. Eine deutsche Bilanz 1962. 36 Beiträge deutscher Wissenschaftler, Schriftsteller und Publizisten, München, S. 250–265.
- Agde, Günter (1991): Kahlschlag. Das 11. Plenum des ZK der SED 1965. Studien und Dokumente, Berlin.
- Ahlheim, Klaus (2012): Die «weiße Flagge gehisst»? Wirkung und Grenzen des Beutelsbacher Konsenses, in: Ahlheim, Klaus/Schillo, Johannes (Hrsg.): Politische Bildung zwischen Formierung und Aufklärung, Hannover, S. 75–92.
- ALLBUS (Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften) ist ein von Bund und Ländern finanziertes Forschungsdatenzentrum, dessen Sammlung von Daten über Einstellungen, Verhaltensweisen und Sozialstruktur der Bevölkerung in der Bundesrepublik Deutschland von «GESIS – Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften» organisatorisch getragen und bereitgestellt wird.
- Alles für die Entwicklung und Förderung der Frauen (o. J.): Erfahrungen aus der Arbeit der staatlichen Organe bei der Verwirklichung des Kommuniqués des Politbüros des ZK der SED: «Die Frau – Der Frieden und der Sozialismus», ausgearbeitet von einem Kollektiv unter Leitung von Willi Armbrust, Berlin.
- Alt, Robert (1956): Diskussionsbeitrag, in: Aufgaben und Probleme der deutschen Pädagogik. Aus den Verhandlungen des V. Pädagogischen Kongresses Leipzig 1956, Berlin, S. 262–267.
- Anonyma (2008): Eine Frau in Berlin, Tagebuch-Aufzeichnungen vom 20. April bis 22. Juni 1945. Mit einem Nachwort von Kurt W. Marek, München.
- Anweiler, Oskar (1994): Bildungspolitik in Deutschland 1945–1965. Aspekte und Probleme eines Vergleichs zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik in historischer und aktueller Sicht, in: Hoff-

- mann, Dietrich u. a. (Hrsg.): Erziehung und Erziehungswissenschaft in der BRD und der DDR, Bd. 1: Die Teilung der Pädagogik (1945–1965), Weinheim, S. 15–40.
- Aresin, Lykke (1993): Schwangerschaftsabbruch in der DDR, in: Deutsches Hygiene-Museum Dresden (Hrsg.): Unter anderen Umständen. Zur Geschichte der Abtreibung, Berlin, S. 86–95.
- Aufgaben und Probleme der deutschen Pädagogik (1956): Aus den Verhandlungen des V. Pädagogischen Kongresses Leipzig 1956, Berlin.
- Autorengruppe Bildungsberichterstattung (Hrsg.) (2012): Bildung in Deutschland 2012. Ein indikatorengestützter Bericht mit einer Analyse zur kulturellen Bildung im Lebenslauf. Kultusministerkonferenz, Bundesministerium für Bildung und Forschung (Federführung Deutsches Institut für Internationale Pädagogische Forschung), Berlin.
- Autorenkollektiv unter Leitung von Albrecht Kretzschmar (1986): Arbeit – Leistung – Persönlichkeit. Zur Entwicklung des Leistungsverhaltens in der sozialistischen Industrie, Berlin.
- Autorenkollektiv unter der Leitung von Rudi Weidig (1988): Sozialstruktur der DDR, Berlin.
- Autorenkollektiv unter Leitung von Barbara Bertram (1989): Typisch weiblich – typisch männlich? Wissenschaftlicher Rat für soziologische Forschung (Hrsg.), Berlin.

B

- Badia, Gilbert (1994): Clara Zetkin. Eine neue Biographie, Berlin.
- Badstübner, Evemarie (2000): «Zeig’, wie das Leben lacht und liebt». Die Unterhaltungszeitschrift «Das Magazin» und ihre Leser zwischen 1954 und 1970, in: dies. (Hrsg.): Befremdlich anders. Leben in der DDR. Mit Nachbetrachtungen von Dietrich Mühlberg, Berlin, S. 432–470.
- Badstübner-Peters, Evemarie (1997): Über uns und die «Russen». Zur Alltagsgeschichte (ost)deutsch-sowjetischer Beziehungen, in: Elm, Ludwig/Keller, Dietmar/Mocek, Reinhard (Hrsg.): Ansichten zur Geschichte der DDR, Bd. VII, S. 251–275.
- Banos, Elisabeth (1993): Qualifizierungsbedarf und -bedürfnisse von FremdsprachenlehrerInnen in der berufsbezogenen Weiterbildung in den neuen Bundesländern. Konzertierte Aktion Weiterbildung 3/1993. Eine Studie im Auftrag des Bundesministeriums für Bildung und Wissenschaft, Düsseldorf.
- Banse, Gerhard/Kirchhöfer, Dieter/Uhlig, Christa (Hrsg.) (2017): Schulreform 1946 in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands, Bd. 17: Gesellschaft und Erziehung, historische und systematische Perspektiven, Frankfurt a. M.
- Barrientos, Simone/Krampitz, Karsten (2019): Aktenberge als Splitterbomben, in: neues deutschland, 18./19.5.2019.

- Bauman, Zygmunt (1995): *Ansichten zur Postmoderne*, Hamburg.
- Bauman, Zygmunt (2017): *Retrotopia*, Berlin.
- Baureithel, Ulrike (2019): Keinen Staat gemacht, viel verloren. Wir benutzten dieselben Worte, aber: Erinnerungen einer Westfrau an den Wendekampf der Ostlerinnen, in: OXI. Wirtschaft anders denken 4/2019.
- Bebel, August (1954): *Die Frau und der Sozialismus [1879]*, Berlin.
- Beck-Gernsheim, Elisabeth (1988): *Die Kinderfrage. Frauen zwischen Kinderwunsch und Unabhängigkeit*, München.
- Becker, Herbert (1956): Diskussionsbeitrag, in: *Aufgaben und Probleme der deutschen Pädagogik. Aus den Verhandlungen des V. Pädagogischen Kongresses in Leipzig 1956*, Berlin, S. 286–290.
- Beer, Ursula (2004): *Hausarbeit Revisited. Geschlechtliche Arbeitsteilung, bürgerliches Liebesideal und gelebte Geschlechterarrangements*, in: Bauhardt, Christine (Hrsg.): *Räume der Emanzipation*, Wiesbaden, S. 34–57.
- Behrend, Hanna (1994): *Frauenemanzipation made in GDR*, in: Bütow, Birgit/Stecker, Heidi (Hrsg.): *EigenArtige Ostfrauen. Frauenemanzipation in der DDR und den neuen Bundesländern*, Bielefeld, S. 32–49.
- Benjamin, Hilde (1949): *Über die elterliche Gewalt*, in: *Neue Justiz* 4/1949.
- Benjamin, Hilde (1958): *Wer bestimmt in der Familie?* in: *Neues Deutschland* (Beilage), 1.2.1958.
- Benjamin, Jessica (1996): *Die Fesseln der Liebe. Psychoanalyse, Feminismus und das Problem der Macht*, Frankfurt a. M.
- Berghahn, Sabine (1993): *Frauen, Recht und langer Atem – Bilanz nach über 40 Jahren Gleichstellungsgebot in Deutschland*, in: Helwig, Gisela/Nickel, Hildegard Maria (Hrsg.): *Frauen in Deutschland 1945–1992, Sonderausgabe für die Landeszentrale für politische Bildung*, Berlin, S. 71–138.
- Berkel, Christian (2019): *Der Apfelbaum*, Berlin.
- Bertsch, Georg/Hedler, Ernst/Dietz, Matthias (1994): *SED. Schönes Einheits Design. Stunning Eastern Design. Savoir Eviter le Design*, Köln.
- Beuchler, Klaus (unter Mitarbeit von Karl Raddatz und Albert Cohen) (1955): *1945–1955. Das Volk besann sich seiner Kraft*, Berlin.
- Birke, Peter/Hüttner, Bernd (2008): *1968 – Deutungen und Folgen*, in: *RosaLux* 1/2008, S. 12–14.
- BMBW – Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft (Hrsg.) (1992): *Grund- und Strukturdaten 1991/92*, Bonn.
- BMFSFJ – Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2011): *Neue Wege – Gleiche Chancen. Gleichstellung von Frauen und Männern im Lebensverlauf. Erster Gleichstellungsbericht. BT-Drucksache 17/6240*, unter: www.bmfsfj.de/bmfsfj/service/publikationen/erster-gleichstellungsbericht--neue-wege--gleiche-chancen/80428.

- BMFSFJ – Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2017): Zweiter Gleichstellungsbericht der Bundesregierung. Erwerbs- und Sorgearbeit gemeinsam neu gestalten, BT-Drucksache 18/12840, 1.6.2017, Berlin.
- BMFSFJ – Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2017a): Familienreport 2017. Leistungen, Wirkungen, Trends, Berlin, unter: www.bmfsfj.de/familienreport-2017.
- Böck, Dorothea (1990): «Ich schreibe, um herauszufinden, warum ich schreiben muss». Frauenliteratur in der DDR zwischen Selbsterfahrung und ästhetischem Experiment, in: *Feministische Studien* 1/1990: Zwischenzeiten – Frauenforschung aus der DDR, S. 61–74.
- Böhme, Irene (2019): «Die Mauersegler kommen. Tief durchatmen: Wie der Westdeutsche in die DDR fährt – und was die Brüder und Schwestern aus dem Osten dazu denken. Ein Text aus dem Jahr 1983», in: *OXI. Wirtschaft anders denken* 9/2019, S. 13–15.
- Bollinger, Stefan/Zilkenat, Reiner (Hrsg.) (2020): *Zweimal Deutschland. Soziale Politik in zwei deutschen Staaten. Herausforderungen, Gemeinsamkeiten, getrennte Wege.* Konferenzband zu einem deutschlandpolitischen öffentlichen Symposium am 4. November 2019 in Berlin-Marzahn, eigene Mitschrift.
- Bolz, Alexander (2003): Partizipation und Instrumentalisierung in der Kinderorganisation, in: Kirchhöfer, Dieter/Neuner, Gerhart/Steiner, Irmgard/Uhlig, Christa (Hrsg.): *Kindheit in der DDR. Die gegenwärtige Vergangenheit*, Frankfurt a. M., S. 275–286.
- Börrnert, René (2002): *Ernst Thälmann als Leitfigur der kommunistischen Erziehung in der DDR*, Dissertationsschrift, Braunschweig.
- Böttcher, Karin (2006): *Scheidungen in Ost- und Westdeutschland. Der Einfluss der Frauenerwerbsarbeit auf die Ehestabilität*, working paper 16/2006, Max-Planck-Institut für demografische Forschung, Rostock.
- Brähler, Elmar/Richter, Horst-Eberhard (1995): Deutsche Befindlichkeit im Ost-West-Vergleich, in: *psychosozial* 59: Ossi und Wessi. Psychogramm deutscher Befindlichkeiten, S. 7–20.
- Brandt, Arno/Kremer, Uwe (2019): Infrastruktur, Ökonomie und Vergesellschaftung – Schlüssel für einen modernen Sozialismus, in: *spw. Zeitschrift für sozialistische Politik und Wirtschaft* 6/2019, S. 21–27.
- Brand, Ulrich (2011): *Post-Neoliberalismus? Aktuelle Konflikte und gegenhegemoniale Strategien*, Hamburg.
- Brasch, Thomas (1977): *Vor den Vätern sterben die Söhne*, Berlin.
- Brecht, Bertolt (1977): *Arbeitsjournal 1938–1955*, Berlin/Weimar.
- Brehmer, Ilse (1990): Brave Mädchen und interessante Jungen. Rollenklischees in Schulbüchern, in: Mühlen-Achs, Gitta (Hrsg.): *Bildersturm. Frauen in den Medien*, München.

- Brendgens, Guido (2005): Vom Verlust des öffentlichen Raumes. Simulierte Öffentlichkeit in Zeiten des Neoliberalismus, in: *Utopie kreativ* 182, S. 1088–1097.
- Brie, Michael (2015): *Wie der Sozialismus praktisch wurde*. Robert Owen – Reformers, Visionär, Experimentator, hrsg. von Helle Panke e.V. und der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Philosophische Gespräche 40, Berlin.
- Brückner, Margrit (1991): Gewalt gegen Frauen: Verstrickungsprobleme und Aufbruchschancen, in: Eifler, Christine (Hrsg.): *Ein bisschen Männerhass steht jeder Frau*. Erfahrungen mit Feminismus, Berlin, S. 108–129.
- BSB – Bayerische Staatsbibliothek München (2018): 1000dok.digitale-sammlungen.de/dok_0260_bey.pdf.
- Buchloh, Stephan (2002): «Pervers, jugendgefährdend, staatsfeindlich»: Zensur in der Ära Adenauer als Spiegel des gesellschaftlichen Klimas, Frankfurt a. M.
- Büchner, Peter (1996): Kinder in Deutschland – Außenseiter der Gesellschaft? Einleitende Überlegungen zur empirischen Erforschung heutiger Kindheit, in: Büchner, Peter/Fuhs, Burkhard/Krüger, Hans-Hermann (Hrsg.): *Vom Teddybär zum ersten Kuss*. Wege aus der Kindheit in Ost- und Westdeutschland, Opladen, S. 13–25.
- Butler, Judith (1991): *Das Unbehagen der Geschlechter*, Frankfurt a. M.

C

- Christoph, Klaus (2013): «Aufarbeitung der SED-Diktatur» – heute – so wie gestern?, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 42–43/2013, S. 27–33.
- Commandeur, Werner/Sterzel, Alfred (1965): *Das Wunder drüben sind die Frauen*. Begegnungen zwischen Dresden und Rügen, Bergisch Gladbach.
- Connell, Raewyn (2018): The Lords of Human Kind. Reflexionen über die Männlichkeit der Macht- und Reichtumsspitzen in der Weltgesellschaft, in: *Das Argument*. Zeitschrift für Philosophie und Sozialwissenschaften 330: Das Patriarchat vermessen, S. 809–825.
- Cornelissen, Waltraud (1993): Politische Partizipation von Frauen in der alten Bundesrepublik und im vereinten Deutschland, in: Helwig, Gisela/Nickel, Hildegard Maria (Hrsg.): *Frauen in Deutschland 1945–1992*, Sonderausgabe für die Landeszentrale für politische Bildung, Berlin, S. 321–350.
- Cyba, Eva (2004): Patriarchat: Wandel und Aktualität, in: Becker, Ruth/Kortendiek, Beate (Hrsg.): *Handbuch Frauen- und Geschlechterforschung*. Theorie, Methoden, Empirie, Wiesbaden, S. 15–20.

D

- Dahn, Daniela (1996): *Westwärts und nicht vergessen. Vom Unbehagen in der Einheit*, Berlin.
- Dahn, Daniela (2019a): *Der Anspruch des Unerfüllten. Was aus den Forderungen der Zivilgesellschaft von 1989 geworden ist*, in: *neues deutschland online*, 5.10.2019, unter: www.neues-deutschland.de/artikel/1126694.daniela-dahn-der-anspruch-des-unerfuellten.html.
- Dahn, Daniela (2019b): *Der Schnee von gestern ist die Sintflut von heute. Die Einheit – eine Abrechnung*, Reinbek bei Hamburg.
- Dahne, Gerhard (1967): *Westdeutsche Prosa*, Berlin.
- Darlington, Cyril Dean (1969): *The Evolution of Man and Society*, New York.
- Das Argument. Zeitschrift für Philosophie und Sozialwissenschaft* (6/2018): *Das Patriarchat vermessen* (*Das Argument* 330).
- Der Spiegel* (34/1969): *Natürliches Maß*, unter: www.spiegel.de/spiegel/print/d-45562638.html.
- Deutscher Bundestag (1966): *Bericht der Bundesregierung über die Situation der Frauen in Beruf, Familie und Gesellschaft*, Drucksache V/909, Bonn.
- Deutscher Bundestag (1994): *Bericht der Enquete-Kommission «Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland»*, Drucksache 12/7820, Berlin.
- Deutscher Volksrat (1948): *5. Tagung des Deutschen Volksrats vom 22. bis 24. Oktober 1948 in Berlin*, Informationsdienst 6/1948.
- Deutschland, Heinz (Hrsg.) (2016): *Käte und Hermann Duncker. Ein Tagebuch in Briefen (1894–1953)*, Berlin.
- DFD – Demokratischer Frauenbund Deutschlands (Hrsg.) (1950): *Auf dem Wege zur Million. Bericht des Bundessekretariats des Demokratischen Frauenbundes Deutschlands zum 3. Bundeskongress vom 21.–24. April 1950 in Berlin*, Berlin.
- DFD – Demokratischer Frauenbund Deutschlands (Hrsg.) (1974): *«Auf ein Wort, Frau Nachbarin»*, in: *Lernen und Handeln* 8/1974 (*Zeitschrift des DFD*), S. 22.
- DFD – Demokratischer Frauenbund Deutschlands (Hrsg.) (1989): *Geschichte des Demokratischen Frauenbundes Deutschlands*, hrsg. vom Bundesvorstand des Demokratischen Frauenbundes Deutschlands, Leipzig.
- Die Frau von heute* (12/1956) u. (14/1956): *Rubrik: Briefe an die Frau von heute*.
- Diemer, Susanne (1994): *Patriarchalismus in der DDR. Strukturelle, kulturelle und subjektive Dimensionen der Geschlechterpolarisierung*, Opladen.
- Dierl, Wolfhilde (1971): *Thesen zur Dissertation «Der Einfluss der Berufsarbeit der Frau auf die Entwicklung sozialistischer Ehe- und Familienbeziehungen»*, in: *Informationen des Wissenschaftlichen Rates «Die Frau in der sozialistischen Gesellschaft»* 1/1971, Berlin, S. 62–63.
- Dietrich, Gerd (2018): *Kulturgeschichte der DDR*, 3 Bde., Göttingen.

- Dietrich, Isolde (2000): «Ne Laube, 'n Zaun und 'n Beet». Kleingarten und Kleingärtner in der DDR, in: Badstübner, Evemarie (Hrsg.): *Befremdlich anders. Leben in der DDR*, Berlin, S. 374–414.
- DIW – Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (1996): *Erwerbstätigkeit von Frauen in Ost- und Westdeutschland weiterhin von steigender Bedeutung*, DIW Wochenbericht 28/1996, Berlin.
- Dokumente der SED – Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (1952): Bd. 1: *Beschlüsse und Erklärungen des Zentralkomitees sowie seines Politbüros und seines Sekretariats*, Berlin.
- Dokumente zur Jugendpolitik der DDR (1965). *Mit dem vollständigen Text des Jugendgesetzes der DDR und des Jugendkommuniqués des Politbüros des ZK der SED*, Berlin.
- Dölling, Irene (1990): *Marxismus und Frauenfrage in der DDR. Bemerkungen zu einer notwendigen Debatte*, in: *Informationen des Wissenschaftlichen Rates «Frauenforschung in der DDR» 1/1990*, S. 30–44.
- Dölling, Irene (2000): «Ganz neue Inhalte werden im Vordergrund stehen: die Arbeit zuerst». *Erfahrungen junger ostdeutscher Frauen mit dem Vereinbarkeitsmodell (1990–1997)*, in: Lenz, Ilse/Nickel, Hildegard Maria/Riegraf, Birgit (Hrsg.): *Geschlecht. Arbeit. Zukunft*, Forum Frauenforschung, Bd. 12, Münster, S. 222–242.
- Dönhoff, Marion Gräfin (1964): *Der Traum vom neuen Menschen. Vom Begriff des Rechts und der Freiheit im kommunistischen Staat*, in: *Die Zeit*, 8.5.1964.
- Dorbritz, Jürgen (1992): *Nuptialität, Fertilität und familiäre Lebensformen in der sozialen Transformation – der Übergang zu einer neuen Bevölkerungsweise in Ostdeutschland?*, in: *Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft 2/1992*, S. 167–196.
- Dörr, Margarete (2008): «Wer die Zeit nicht miterlebt hat ...». *Frauenerfahrungen im Zweiten Weltkrieg und in den Jahren danach. Lebensgeschichten*, Frankfurt a. M.

E

- Eichler, Wolfgang (2000): *Menschenbild und Erziehungspraxis in der DDR*, in: Badstübner, Evemarie (Hrsg.): *Befremdlich anders. Leben in der DDR*, Berlin, S. 552–575.
- Einheit. *Zeitschrift für Theorie und Praxis des Wissenschaftlichen Sozialismus (12/1989): Gerade jetzt Einheit! Diskussion über unsere Sozialismus-Konzeption*, Berlin.
- Einigungsvertrag (1990). *Sonderdruck aus der Sammlung Das Deutsche Bundesrecht. Zweite rev. Auflage*, Baden-Baden.
- Engler, Wolfgang (2001): *Die ungewollte Moderne. Ost-West-Passagen*, Berlin.
- Engler, Wolfgang/Hensel, Jana (2018): *Wer wir sind. Die Erfahrung, ostdeutsch zu sein*, Berlin.
- Eulenspiegel. *Das Satiremagazin. Unbestechlich, aber käuflich (Heftnummer/Jahr)*.

F

- Fechner, Max (o. J.): 1939–1945. Wie konnte es geschehen? Auszüge aus den Tagebüchern und Bekenntnissen eines Kriegsverbrechers, Berlin.
- Feth, Andrea (2002): Hilde Benjamin (1902–1989), in: *Neue Justiz* 2/2002, S. 64–67.
- Fischer, Gudrun (Hrsg.) (2009): *Darwins Schwestern. Porträts von Naturforscherinnen und Biologinnen*, Berlin.
- Förster, Peter (2006): Warum viele junge Ostdeutsche den Kapitalismus wieder loswerden wollen. Beispiel: Die 32-Jährigen, Kurzinformation über ausgewählte Ergebnisse der 19. Welle 2005, Sächsische Längsschnittstudie 1987–2005, Information der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin.
- Förster, Peter/Roski, Günter (1990): *DDR zwischen Wende und Wahl*, Berlin.
- Fourier, Charles (1975): Die neue sozialistische Welt der Arbeit oder Entdeckung des Verfahrens einer nach Leidenschaften eingeteilten, anziehenden, naturgemäßen Produktionsweise [1829], in: Höppner, Joachim/Seidel-Höppner, Waltraud (Hrsg.): *Von Babeuf bis Blanqui. Französischer Sozialismus und Kommunismus vor Marx*, Bd. II: Texte, Leipzig, S. 179–208.
- Frauenreport '90 (1990). Im Auftrag der Beauftragten des Ministerrates für die Gleichstellung von Frauen und Männern, Dr. Marina Beyer, hrsg. von Gunnar Winkler, Berlin.
- Friedan, Betty (1996): *Der Weiblichkeitswahn oder die Selbstbefreiung der Frau. Ein Emanzipationskonzept*. Deutsch von Margaret Carroux, Erstveröffentlichung 1963, Reinbek bei Hamburg.
- Friedrich, Walter/Förster, Peter/Starke, Kurt (Hrsg.) (1999): *Das Zentralinstitut für Jugendforschung Leipzig 1966–1990. Geschichte, Methoden, Erkenntnisse*, Berlin.
- Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.) (1987): *Frauen in der DDR. Auf dem Weg zur Gleichberechtigung?*, Bonn.
- Friese, Marianne (1995): Modernisierungsfallen im historischen Prozess. Zur Entwicklung der Frauenerwerbsarbeit in einem gewandelten Europa, in: *Berliner Journal für Soziologie* 2/1995, S. 149–162.
- Fritze, Lothar (2016): *Delegitimierung und Totalkritik. Kritische Anmerkungen zur Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit*, Berlin.
- Fuhrmann, Uwe (2017): *Die Entstehung der «sozialen Marktwirtschaft» 1948/49. Eine historische Dispositivanalyse*, Konstanz/München.

G

- Gaus, Günter (1983): *Wo Deutschland liegt. Eine Ortsbestimmung*, Hamburg.
- GBl – Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik (1972): *Anordnung zur Förderung von Studentinnen mit Kind und werdenden Müttern, die sich im Studium befinden, an den Hoch- und Fachschulen*, 10.5.1972, BGI II, Nr. 27, S. 320.
- Gehrke, Bernd (2008): *Die 68er Proteste in der DDR*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 14–15/2008, S. 40–46.
- Geißler, Christian (1961): *Anfrage*, Berlin.
- Geißler, Gert (2008): *Exilkonzepte zur strukturellen Umgestaltung des Schulwesens im Nachkriegsdeutschland – ein Überblick*, in: Kirchhöfer, Dieter/Uhlig, Christa (Hrsg.): *Ernst Hadermann. Bildungsdenken zwischen Tradition und Neubeginn*, Bd. 4: *Gesellschaft und Erziehung, historische und systematische Perspektiven*, Frankfurt a. M., S. 17–28.
- Geißler, Gert (2019): *Vortrag in der Leibniz-Sozietät Berlin*, 10.9.2019, eigene Mitschrift.
- Geißler, Rainer (1992): *Die ostdeutsche Sozialstruktur unter Modernisierungsdruck*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 29–30/1992, S. 15–27.
- Gensior, Sabine (1995): *Einleitung*, in: dies. (Hrsg.): *Vergesellschaftung und Frauen-erwerbsarbeit. Ost-West-Vergleiche*, Berlin, S. 13–36.
- Genth, Renate (1992): *Die Frauenpolitik in den Gewerkschaften 1945–1949*, hrsg. von der Hans-Böckler-Stiftung, Manuskripte 73, Bremen.
- Genth, Renate/Schmidt-Harzbach, Ingrid (1996): *Die Frauenausschüsse: das halb gewollte, halb verordnete Netz*, in: dies./Jäkl, Reingard/Pawlowski, Rita/Stoehr, Irene (Hrsg.): *Frauenpolitik und politisches Wirken von Frauen im Berlin der Nachkriegszeit 1945–1949*, Berlin, S. 47–74.
- Gerhard, Ute (1993): *Es geht um Herrschaft*, in: *Wir Frauen, Frauenkalender*, Köln.
- Gerhard, Ute (2005): *Die Ehe als Geschlechter- und Gesellschaftsvertrag: Zum Bedeutungswandel der Ehe im 19. und 20. Jahrhundert*, in: Bauer, Ingrid/Hämmerle, Christa/Hauch, Gabriele: *Liebe und Widerstand. Ambivalenzen historischer Geschlechterbeziehungen*, Wien/Köln/Weimar, S. 449–468.
- GH – Grüne Hefte (Heftnummer/Jahr): *Informationen des Wissenschaftlichen Rates «Die Frau in der sozialistischen Gesellschaft» bei der Akademie der Wissenschaften der DDR*, Berlin, 1956 ff.
- Giddens, Anthony (1995): *Konsequenzen der Moderne*, Frankfurt a. M.
- Golz, Hans-Georg (2010): *Editorial*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 30–31/2010, S. 2.
- Göttner-Abendroth, Heide (2004): *Matriarchat: Forschung und Zukunftsvision*, in: Becker, Ruth/Kortendiek, Beate (Hrsg.): *Handbuch Frauen- und Geschlechterforschung. Theorie, Methoden, Empirie*, Wiesbaden, S. 21–27.

- Götze, Karl Heinz (2011): «Aber sein Kopf treibt in der Strömung und singt weiter». Gespräche mit dem toten Heiner Müller, in: *Das Argument. Zeitschrift für Philosophie und Sozialwissenschaft* 295: Zukunft aus der Vergangenheit? Zum künstlerischen und kulturellen Erbe der DDR, S. 826–840.
- Grandke, Anita (1977): Zur Entwicklung der Familienbeziehungen in der DDR, in: *Einheit. Zeitschrift für Theorie und Praxis des Wissenschaftlichen Sozialismus* 2/1977, S. 203–210.
- Grandke, Anita (1978): Zur Entwicklung von Ehe und Familie, in: *Wissenschaftlicher Beirat «Die Frau in der sozialistischen Gesellschaft» bei der Akademie der Wissenschaften der DDR unter Leitung von Prof. Dr. Herta Kuhrig und DR. sc. Wulfram Speigner (Hrsg.), Sammelband, Leipzig, S. 229–246.*
- Grandke, Anita (1979): *Zur Familien- und Bevölkerungspolitik im Territorium. Probleme der demographischen Entwicklung*, Berlin.
- Grimm, Thomas (1993): *Was von den Träumen blieb. Eine Bilanz der sozialistischen Utopie*, Berlin.
- Gröschner, Annett (2018): *Berolinas zornige Töchter. 50 Jahre Berliner Frauenbewegung*, Berlin.
- Groschopp, Horst/Müller Eckhard (2013): *Letzter Versuch einer Offensive. Der Verband der Freidenker der DDR (1988–1990). Ein dokumentarisches Lesebuch*, Aschaffenburg.
- Grünberg, Gottfried (1949): Die Zusammenarbeit der Demokratischen Schule mit der Freien Deutschen Jugend und dem Verband der Jungen Pioniere. Diskussionsbeitrag des Ministers für Volksbildung Mecklenburg. IV. Pädagogischer Kongress 23. bis 25. August 1949, Berlin/Leipzig, in: *BBF/DIPF – Bibliothek für Bildungsgeschichtliche Forschung des Leibniz-Institut für Bildungsforschung und Bildungsinformation/Archiv: Nachlass Hans Siebert, SIEB 881.*
- Grundmann, Siegfried (1998): *Bevölkerungsentwicklung in Ostdeutschland. Demographische Strukturen und räumliche Wandlungsprozesse seit 1945*, Opladen.
- Grundmann, Siegfried (2000): Zur Sozialstruktur der DDR, in: *Badstübner, Evemarie (Hrsg.): Befremdlich anders. Leben in der DDR*, Berlin, S. 20–62.
- Günther, Karl-Heinz/Hofmann, Franz/Hohendorf, Gerd/König, Helmut/Schuffenhauer, Heinz (Hrsg.) (1987): *Geschichte der Erziehung*, 15. Aufl., Berlin.
- Gusner, Iris/Sander, Helke (2009): *Fantasie und Arbeit. Biografische Zwiesprache*, Marburg.
- Gutsche, Irmtraud (2004): Als alles machbar schien, in: *neues deutschland*, 4.11.2004.
- Gysi, Jutta (1989): *Familienleben in der DDR: Zum Alltag von Familien mit Kindern*, Berlin.
- Gysi, Jutta/Meyer, Dagmar (1993): Leitbild: berufstätige Mutter – DDR-Frauen in Familie, Partnerschaft und Ehe, in: *Helwig, Gisela/Nickel, Hildegard Maria (Hrsg.): Frauen in Deutschland 1945–1992, Sonderausgabe für die Landeszentrale für politische Bildung*, Berlin, S. 139–165.

H

- Habermas, Jürgen (1985): Die Krise des Wohlfahrtsstaates und die Erschöpfung utopischer Energien, in: ders.: Die neue Unübersichtlichkeit, Berlin.
- Habermas, Jürgen (1990): Die Moderne – ein unvollendetes Projekt, Leipzig.
- Hager, Kurt (1961): Diskussionsbeitrag. Stenografisches Protokoll des VI. Pädagogischen Kongresses vom 3. bis 5. Juni 1961 in Berlin, 4.6.1961, in: Bundesarchiv Sign. DR 2/152, S. 282–299.
- Hampele, Anne (1993): «Arbeite mit, plane mit, regiere mit». Zur politischen Partizipation von Frauen in der DDR, in: Helwig, Gisela/Nickel, Hildegard Maria (Hrsg.): Frauen in Deutschland 1945–1992, Sonderausgabe für die Landeszentrale für politische Bildung, Berlin, S. 281–320.
- Händler, Ellen/Mitsching-Viertel, Uta (2019): Unerhörte Ostfrauen. Lebensspuren in zwei Systemen, Stuttgart.
- Hannover, Irmela (1993): Der Kinderwunsch. «Geburtenregulierung» im Sozialismus, in: Deutsches Hygiene-Museum Dresden (Hrsg.): Unter anderen Umständen. Zur Geschichte der Abtreibung, Berlin, S. 96–103.
- Harlander, Tilman/Kuhn, Gerd (2004): Renaissance oder Niedergang? Zur Krise des öffentlichen Raums im 20. Jahrhundert, in: StadtBauKultur NRW (Hrsg.): Stadt macht Platz – NRW macht Plätze, Dokumentation Landeswettbewerb 2003, Gelenkirchen, S. 6–13.
- Hartmann, Heidi (1983): Marxismus und Feminismus. Eine unglückliche Ehe, in: Sargent, Lydia (Hrsg.): Frauen und Revolution, Berlin, S. 29–78.
- Hartmann, Michael (2018): Die Abgehobenen. Wie die Eliten die Demokratie gefährden, Frankfurt a.M.
- Hauck, Christiane (2006): Eine Jugend in der «Frontstadt» – die frühen sechziger Jahre in Westberlin, unveröffentlichtes Manuskript.
- Haug, Frigga (1991): Feminismus als Kritik, in: Eifler, Christine (Hrsg.): Ein bisschen Männerhass steht jeder Frau. Erfahrungen mit Feminismus, Berlin, S. 61–77.
- Haug, Frigga (2010): Auf der Suche nach Stärken von Frauen. Werkstattnotizen, in: Das Argument. Zeitschrift für Philosophie und Sozialwissenschaft 287: Stärken von Frauen, S. 305–316.
- Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland (Hrsg.) (1997): Ungleiche Schwestern? Frauen in Ost- und Westdeutschland. Anspruch und Alltag. Gemeinsamkeiten und Unterschiede. Das Magazin zur Ausstellung, Bonn.
- Hauser, Kornelia (1985): Besprechung von Sennett, Richard: Verfall und Ende des öffentlichen Lebens. Die Tyrannei der Intimität, in: Das Argument. Zeitschrift für Philosophie und Sozialwissenschaft 149: Erziehungsverhältnisse, S. 127–128.
- Häuser, Otto (1988): Ottokar Domma: Der brave Schüler Ottokar; Ottokar, das Früchtchen; Ottokar, der Weltverbesserer. Illustriert von Karl Schrader, 8. Aufl., Berlin.
- Heidenreich, Elke (2009): Die schönsten Jahre, Hamburg.

- Heilborn, Ernst (1927): Zwischen zwei Revolutionen. Der Geist der Schinkelzeit 1789–1848. Volksverband der Bücherfreunde, Berlin.
- Hein, Christoph (2019): Gegenlauschangriff. Anekdoten aus dem letzten deutsch-deutschen Kriege, Berlin.
- Heinen, Jaqueline (1990): Am Fuße der Mauer. Blick auf eine Gesellschaft und auf Frauen in Bewegung, in: Feministische Studien 1/1990: Zwischenzeiten – Frauenforschung aus der DDR, Weinheim, S. 107–112.
- Helbig, Marcel/Jähnen, Stefanie (2018): Wie brüchig ist die soziale Architektur unserer Städte? Trends und Analysen der Segregation in 74 deutschen Städten, Projektgruppe der Präsidentin, Wissenschaftszentrum Berlin, discussion paper 1/2018.
- Helling, Fritz (1956): Diskussionsbeitrag, in: Aufgaben und Probleme der deutschen Pädagogik. Aus den Verhandlungen des V. Pädagogischen Kongresses Leipzig 1956, S. 281–283.
- Helling, Fritz (2007): Mein Leben als politischer Pädagoge, herausgegeben, eingeleitet und kommentiert von Burkhard Dietz und Jost Biermann, in: Studien zur Bildungsreform, Frankfurt a. M./Berlin/Bern/Bruxelles/New York/Oxford/Wien.
- Helwig, Gisela (1993): Einleitung, in: dies./Nickel, Hildegard Maria (Hrsg.): Frauen in Deutschland 1945–1992, Sonderausgabe für die Landeszentrale für politische Bildung, Berlin, S. 9–22.
- Henicz, Barbara/Hirschfeld, Margrit (1986): Die ersten Frauenzusammenschlüsse, in: Kuhn, Annette (Hrsg.): Frauen in der deutschen Nachkriegszeit, Bd. II: Frauenpolitik 1945–1949. Quellen und Materialien, Düsseldorf, S. 94–101.
- Hermlin, Stephan (1979): Abendlicht, Leipzig.
- Hervé, Florence (Hrsg.) (2008): Clara Zetkin oder: Dort kämpfen, wo das Leben ist, Berlin.
- Herwartz-Emden, Leonie (1995): Konzepte von Mutterschaft und Weiblichkeit. Ein Vergleich der Einstellungen von Aussiedlerinnen, Migrantinnen und westdeutschen Frauen, in: Zeitschrift für Frauenforschung 13/1995, S. 56–70.
- Heye, Uwe-Karsten (2014): Die Benjamins. Eine deutsche Familie, Berlin.
- Hirsch, Helga (2012): Endlich wieder leben. Die fünfziger Jahre im Rückblick von Frauen, München.
- Hobsbawm, Eric (1994): Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts, München.
- Hochgeschurz, Marianne (1995): Zwischen Anpassung und Widerstand. Die neue (west)deutsche Frauenbewegung, in: Hervé, Florence (Hrsg.): Geschichte der deutschen Frauenbewegung, Köln, S. 155–184.
- Hoernle, Edwin (1983): Grundfragen der proletarischen Erziehung [1929], in: Mehnert, Wolfgang/Flach, Herbert/Lemke, Hans (Hrsg.): Grundfragen der proletarischen Erziehung. Pädagogische und bildungspolitische Schriften, Berlin, S. 205–326.

- Höhn, Charlotte/Mammey, Ulrich/Wendt, Hartmut (1991): Bericht 1990 zur demografischen Lage, Trends in beiden Teilen Deutschlands und Ausländer in der Bundesrepublik Deutschland, in: Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft 2/1990, S. 135–205.
- Hörz, Helga (1968): Die Frau als Persönlichkeit. Philosophische Probleme einer Geschlechterpsychologie, Berlin.
- Hoffmann, Michael (1995): Die Leipziger Metallarbeiter. Etappen sozialer Erfahrungsgeschichte, in: Vester, Michael/Hoffmann, Michael/Zierke, Irene (Hrsg.): Soziale Milieus in Ostdeutschland. Gesellschaftliche Strukturen zwischen Zerfall und Neubildung, Köln.
- Hoffmann, Sabine/Kühnel, Wolfgang (1983): Die Klasse 9 X, in: Kollektive Erfahrungen älterer Schüler. Vier Fallstudien. Untersuchungsbericht über die zweite Etappe des Erfahrungsprojektes. Akademie für Pädagogische Wissenschaften der DDR, Institut für Erziehung, Abteilung Soziologie des Bildungswesens, in: Merken, Hans/Schmidt, Folker (Hrsg.) (2002): Berichte des Instituts für Allgemeine Pädagogik, Abteilung empirische Erziehungswissenschaft der Freien Universität Berlin, Bd. 36, S. 247–270.
- Honecker, Erich (1975a): Reden und Aufsätze, Bd. I, Berlin.
- Honecker, Erich (1975b): Reden und Aufsätze, Bd. II, Berlin.
- Honecker, Margot (1970): Referat, in: Bulletin 1 zum VII. Pädagogischer Kongress der Deutschen Demokratischen Republik vom 5. bis 7. Mai 1970, als Manuskript gedruckt, hrsg. vom Pressezentrum, S. 8–33.
- Honecker, Margot (1978): Der gesellschaftliche Auftrag unserer Schule. Referat des Ministers für Volksbildung auf dem VIII. Pädagogischen Kongress, 18. Oktober 1978, Berlin, in: Ministerrat der DDR (Hrsg.) (1979): VIII. Pädagogischer Kongress der DDR vom 18. bis 20. Oktober 1978, Protokoll, Berlin.
- Honecker, Margot (1989): Unser sozialistisches Bildungssystem – Wandlungen, Erfolge, neue Horizonte. Referat von Margot Honecker, Minister für Volksbildung, in: Bulletin 2 zum IX. Pädagogischen Kongress der Deutschen Demokratischen Republik 1989, hrsg. vom Organisationsbüro, Berlin.
- Honecker, Margot (2012): Zur Volksbildung. Gespräch mit Frank Schumann, Berlin.
- Honneth, Axel (2011): Verwilderungen. Kampf um Anerkennung im frühen 21. Jahrhundert, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 1–2/2011, S. 37–45.
- Hradil, Stefan (1995): Die Modernisierung des Denkens. Zukunftspotenziale und «Altlasten» in Ostdeutschland, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 20/1995, S. 3–15.
- Huinink, Johannes (1993): Familienentwicklung und Haushaltsgründung in der DDR: Vom traditionellen Muster zur instrumentellen Lebensplanung? Arbeitsbericht 5/1993 des Projektes «Lebensverläufe und historischer Wandel in der ehemaligen DDR», Max-Planck-Institut für Bildungsforschung, Berlin.

I, J

- IfG – Institut für Gesellschaftswissenschaften beim Zentralkomitee der SED/Lehrstuhl für marxistisch-leninistische Philosophie (1972): Information vom 14.2.1972 «über Meinungen zur gesetzlichen Regelung der Schwangerschaftsunterbrechung», Berlin.
- Infratest dimap (2014): 25 Jahre Mauerfall: Systemvergleich Bundesrepublik/DDR, unter: www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/bundesweit/umfragen/aktuell/ostdeutsche-sehen-einheit-positiver-als-westdeutsche/.
- Institut für Demoskopie Allensbach (2008): Vorwerk Familienstudie 2008, Ergebnisse einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage zur Familienarbeit in Deutschland, Allensbach.
- Irmscher, Gerlinde (2000): Freizeitleben, Muße, Feierabend, Freizeit, in: Badstübner, Evemarie (Hrsg.): *Befremdlich anders. Leben in der DDR*, Berlin, S. 350–373.
- ISS – Institut für Soziologie und Sozialpolitik/Bereich Bevölkerungsentwicklung der Akademie der Wissenschaften der DDR (1989): *Demographische Veränderungen 1970–1987 und Bevölkerungspolitik in der DDR*, Berlin.
- Jäkel, Gerlinde (2012): «... und der Zukunft zugewandt ...», in: Weiß, Horst/Wilms, Günter (Hrsg.): *Bildung – Pädagogik – Gesellschaft. Gestern – heute – morgen*, Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, Schkeuditz, S. 45–56.
- Janshen, Doris (1991): *Zwischen Exotismus und Exorzismus: Frauen und Technik*, in: Eifler, Christine (Hrsg.): *Ein bisschen Männerhass steht jeder Frau. Erfahrungen mit Feminismus*, Berlin, S. 78–90.
- Jessipow, Boris P./Gontscharow, Nikolai K. (1952): *Pädagogik. Lehrbuch für pädagogische Lehranstalten*, Übersetzt nach der dritten vermehrten und verbesserten Auflage, Berlin.
- Jochimsen, Luc (1978): *Sozialismus als Männersache oder Kennen Sie «Bebels Frau»? Seit 100 Jahren ohne Konsequenzen*, Reinbek bei Hamburg, S. 45–56.

K

- Kahl, Alice/Wilsdorf, Steffen H./Wolf, Herbert F. (1984): *Kollektivbeziehungen und Lebensweise*, Berlin.
- Kallabis, Heinz (1968): *Es gibt keine besondere Frauenfrage*, in: *Frau und Wissenschaft. Referate und ausgewählte Beiträge*, hrsg. von der Forschungsgruppe des Wissenschaftlichen Beirates «Die Frau in der sozialistischen Gesellschaft» bei der Akademie der Wissenschaften der DDR durch Prof. Dr. Anita Grandke, Berlin, S. 38–40.
- Kaminsky, Anna (2017): *Frauen in der DDR*, Berlin.
- Kätzel, Ute (2002): *Die 68erinnen. Porträt einer rebellischen Frauengeneration*, Berlin.
- Kaufmann, Eva (2015): *Kinder-Bilder in der Prosaliteratur der DDR*, in: Ullrich, Renate/Kaufmann, Eva/Schröter, Ursula: *Kinder-Bilder in der DDR. Nachträgli-*

- che Entdeckungen in ausgewählten bildungspolitischen Dokumenten, literarischen Werken und DEFA-Filmen für Erwachsene. Drei Studien, hrsg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Manuskripte Neue Folge 13, S. 90–174.
- Kaufmann, Franz-Xaver (1982): Elemente einer soziologischen Theorie sozialpolitischer Interventionen, in: ders. (Hrsg.): Staatliche Sozialpolitik und Familie, München/Wien, S. 49–86.
- Kaufmann, Franz Xaver (1990): Zukunft der Familie, Stabilität, Stabilitätsrisiken und Wandel der familialen Lebensformen sowie ihre gesellschaftlichen und politischen Bedingungen, München.
- Kennziffernsammlung (1989): «Die Frau in der Deutschen Demokratischen Republik», Statistische Kennziffernsammlung 4.9/229/89, Ministerrat der Deutschen Demokratischen Republik, Staatliche Zentralverwaltung für Statistik, Abteilung Berichtswesen Arbeitskräfte/Bildung, Berlin.
- Keßler, Mario (2020): Als Wissenschaftler beargwöhnt und benötigt. Die DDR und die akademischen «Westemigranten», in: Röseberg, Dorothee/Walter, Monika (Hrsg.): Die DDR als kulturhistorisches Phänomen zwischen Tradition und Moderne. Abhandlungen der Leibniz-Sozietät der Wissenschaften, Bd. 63, Berlin, S. 39–54.
- Kirchhöfer, Dieter (1993): Abschied von Individualität – das Paradigma von Individualität in der sozialistischen Erziehungswissenschaft, in: Steinhöfel, Wolfgang (Hrsg.): Spuren der DDR-Pädagogik, Weinheim, S. 103–119.
- Kirchhöfer, Dieter (1998): Aufwachsen in Ostdeutschland. Langzeitstudie über Tagesläufe 10- bis 14-jähriger Kinder, Weinheim/München.
- Kirchhöfer, Dieter (2000): Alltägliche Lebensführungen von Kindern in der DDR – Arrangements zwischen Traditionalität und Modernisierung, in: Badstübner, Evmarie (Hrsg.): Befremdlich anders. Leben in der DDR, Berlin, S. 271–298.
- Kirchhöfer, Dieter (2003): Kindheit in der DDR – Widersprüche einer spezifischen Moderne, in: Kirchhöfer, Dieter/Neuner, Gerhart/Steiner, Irmgard/Uhlig, Christa (Hrsg.): Kindheit in der DDR. Die gegenwärtige Vergangenheit, Frankfurt a. M., S. 35–48.
- Kirchhöfer, Dieter/Schröter, Ursula (2018): Nach-Denken über DDR-Kinder – und eine andere Moderne, in: Wessel, Andreas/Wessel Anne E./Wessel, Karl-Friedrich (Hrsg.): Erziehung – Bildung – Menschenbild. Dieter Kirchhöfer zum Gedenken, Berlin, S. 31–74.
- Klein, Dieter (2007): Die Linke und das Eigentum. Zur programmatischen Diskussion, in: Brie, Michael/Hildebrandt, Cornelia/Meuche-Mäker, Meinhard (Hrsg.): DIE LINKE. Wohin verändert sie die Republik?, Berlin, S. 192–218.
- Kleßmann, Christoph (2007): Arbeiter im «Arbeiterstaat» DDR. Deutsche Tradition, sowjetisches Modell, westdeutsches Magnetfeld (1945–1971), Bonn.
- Klimke, Martin (2008): 1968 als transnationales Ereignis, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 14–15/2008, S. 22–27.

- Koch, Thomas/Mattern, Jochen/Schröter, Ursula/Woderich, Rudolf (1994): Ostdeutsche Lehrer (Promotoren) in Transformationsprozessen des Bildungswesens, Studie im Auftrag der Kommission für die Erforschung des sozialen und politischen Wandels in den neuen Bundesländern (KSPW), Berlin/Halle.
- Kocka, Jürgen (2016): Für eine transregionale und -nationale Ausweitung des Bezugsrahmens, in dem DDR-Geschichte betrieben wird, in: Mähler, Ulrich (Hrsg.): Die DDR als Chance. Neue Perspektiven auf ein altes Thema, Berlin, S. 131–137.
- Kohlhaase, Wolfgang (1958): Das Neue in neuen Formen gestalten, in: Deutsche Filmkunst. Zeitschrift für Theorie und Praxis des Filmschaffens 10/1958.
- Kollmorgen, Raj (2010): Diskurse der deutschen Einheit, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 30–31/2010, S. 6–13.
- Kollontai, Alexandra (1977): Die neue Moral und die Arbeiterklasse [1918], Münster.
- Kontos, Silvia (1991): Von der Liebe über die Arbeit zum Umsturz der Gesellschaft? Zur Auseinandersetzung um die Hausarbeit, in: Eifler, Christine (Hrsg.): Ein bisschen Männerhass steht jeder Frau. Erfahrungen mit Feminismus, Berlin, S. 91–107.
- Kosing, Alfred (1976): Nation in Geschichte und Gegenwart. Studie zur historisch-materialistischen Theorie der Nation, Berlin.
- Köster, Margot (1972): Gewerkschaftspolitik – im Interesse der Frau, in: Konze, Marianne (Hrsg.): Für die Befreiung der Frau. Marxistische Taschenbücher, Reihe «Marxismus aktuell», Frankfurt a. M.
- Kränzl-Nagl, Renate/Mierendorff, Johanna/Olk, Thomas (2003): Die Kindheitsvergessenheit der Wohlfahrtsstaatsforschung und die Wohlfahrtsstaatsvergessenheit der Kindheitsforschung, in: dies. (Hrsg.): Kindheit im Wohlfahrtsstaat. Gesellschaftliche und politische Herausforderungen, Frankfurt a. M./New York.
- Krauß, Angela (1990): Der Dienst, Frankfurt a. M.
- Krenzlin, Leonore (2000): Soziale Umschulung und neuer Lebensstil. Der «Bitterfelder Weg» und ein Blick auf Brigitte Reimann, in: Badstübner, Evemarie (Hrsg.): Befremdlich anders. Leben in der DDR, Berlin, S. 539–551.
- Krüger, Helga/Born, Claudia/Einemann, Beate/Heintze, Stine/Saifi, Helga (1987): Privatsache Kind – Privatsache Beruf. «... und dann hab' ich ja noch Haushalt, Mann und Wäsche». Zur Lebenssituation von Frauen mit kleinen Kindern in unserer Gesellschaft, Opladen.
- Krüger, Marlis (1991): Zwischen politischer Ideologie und innovativer Analyse: Frauenforschung und feministische Wissenschaft, in: Eifler, Christine (Hrsg.): Ein bisschen Männerhass steht jeder Frau. Erfahrungen mit Feminismus, Berlin, S. 151–170.
- Kuby, Erich (1957): Das ist des Deutschen Vaterland. 70 Millionen in zwei Wartesälen, Stuttgart.
- Kuhn, Annette (1986): Vorwort, in: dies. (Hrsg.): Frauen in der deutschen Nachkriegszeit, Bd. II: Frauenpolitik 1945–1949. Quellen und Materialien, Düsseldorf, S. 9–10.

- Kuhn, Annette (1994): Weibliche Wissensproduktion. Neues Wissen über Frauen als Subjekte von Kultur und Geschichte, in: Jahrbuch für Pädagogik 1994. Geschlechterverhältnisse und die Pädagogik, Frankfurt a. M., S. 115–137.
- Kuhn, Annette (2010): Historia. Frauengeschichte in der Spirale der Zeit. Schriften aus dem Haus der FrauenGeschichte, Opladen/Farmington Hills.
- Kuhnke, Ralf (2012): Der dritte Leipziger Schülerlängsschnitt (1985/86–1996), in: Berth, Hendrik/Brähler, Elmar/Zenger, Markus/Stöbel-Richter, Yve (Hrsg.): Innenansichten der Transformation. 25 Jahre Sächsische Längsschnittstudie (1987–2012), Gießen, S. 107–116.
- Kuhrig, Herta (1995): «Mit den Frauen» – «Für die Frauen». Frauenpolitik und Frauenbewegung in der DDR, in: Hervé, Florence (Hrsg.): Geschichte der deutschen Frauenbewegung, Köln, S. 209–249.
- Kuhrig, Herta/Scharnhorst, Erna/Walter, Rosemarie (1969): Gesellschaftliche Stellung der Frau und Erziehung zur Gleichberechtigung, in: Pädagogik 2/1969: Beiträge zur Psychologie: Erziehung zur Gleichberechtigung, S. 2–20.
- Kuntsche, Siegfried (2000): Das Bauerndorf in der Nachkriegszeit. Lebenslagen und Alltag, in: Badstübner, Evemarie (Hrsg.): Befremdlich anders. Leben in der DDR, Berlin, S. 64–116.

L

- Laabs, Hans (1956): Diskussionsbeitrag, in: Aufgaben und Probleme der deutschen Pädagogik. Aus den Verhandlungen des V. Pädagogischen Kongresses Leipzig 1956, Berlin, S. 284–285.
- Lange, Fritz (1956): Die Aufgaben und Probleme der deutschen Pädagogik. Referat des Ministers für Volksbildung, in: Aufgaben und Probleme der deutschen Pädagogik. Aus den Verhandlungen des V. Pädagogischen Kongresses Leipzig 1956, Berlin, S. 35–104.
- Lange, Inge (1987): Die Frau und der Sozialismus. Rede auf der internationalen Konferenz des ZK der SED in Berlin aus Anlass des 100. Jahrestages des Erscheinens von August Bebel's Buch «Die Frau und der Sozialismus», 23. Februar 1979, in: dies.: Die Frauen – aktive Mitgestalterinnen des Sozialismus. Ausgewählte Reden und Aufsätze, Berlin, S. 232–257.
- Laschitzka, Horst (1969): Kämpferische Demokratie gegen Faschismus. Die programmatische Vorbereitung auf die antifaschistisch-demokratische Umwälzung in Deutschland durch die Parteiführung der KPD, Berlin.
- Laudowicz, Edith (1991): Privates im Politischen oder vom Politischen zum Privaten, in: Eifler, Christine (Hrsg.): Ein bisschen Männerhass steht jeder Frau. Erfahrungen mit Feminismus, Berlin, S. 11–37.
- Leigh, Danny/Baxter, Louis/Farndon, John/Grant, Kieran/Wise, Damon (2016): Das Filmbuch. Berühmte Filme einfach erklärt, München.

- Lemmnitz, Alfred (1958): Einige Fragen der wissenschaftlichen und politisch-ideologischen Arbeit unserer Wirtschaftswissenschaftler, in: *Einheit. Zeitschrift für Theorie und Praxis des Wissenschaftlichen Sozialismus* 2/1958, S. 257–267.
- Lemmnitz, Alfred (1961a): Referat des VI. Pädagogischen Kongresses der DDR, in: *Stenografisches Protokoll des VI. Pädagogischen Kongresses vom 3. bis 5. Juni 1961 in Berlin*, 3.6.1961, Bundesarchiv DR 2/151, S. 10–72.
- Lemmnitz, Alfred (1961b): Diskussionsbeitrag, in: *Stenografisches Protokoll über Forum zur Auswertung des Kongresses am 8.6.1961 an der Parteihochschule*, Bundesarchiv DY/30/IV2/9.09, S. 5–17.
- Lemmnitz, Alfred (1961c): Rede im Abgeordnetenkabinett der Volkskammer am 25. Juli 1961, Bundesarchiv DR 2/2235.
- Lemmnitz, Alfred (1961d): Schlusswort des Ministers, Bulletin 4 zum VI. Pädagogischen Kongress der DDR, Bundesarchiv DR 2/150.
- Lemmnitz, Alfred (1985): *Beginn und Bilanz. Erinnerungen*, Berlin.
- Lenin, Wladimir Iljitsch (1961): *Werke*, Bd. 30, Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der KPdSU, Berlin.
- Lenin, Wladimir Iljitsch (1970): *Ausgewählte Werke in drei Bänden*, Bd. 3, Institut für Marxismus-Leninismus bei ZK der KPdSU, Berlin.
- Lenz, Ilse (2018): Was kommt nach dem Patriarchat?, in: *Das Argument. Zeitschrift für Philosophie und Sozialwissenschaften* 330: *Das Patriarchat vermessen*, S. 826–840.
- Lerner, Gerda (1991): *Die Entstehung des Patriarchats* [1986]. Aus dem Englischen von Walmot Möller-Falkenberg, Frankfurt a. M./New York.
- Lévi-Strauss, Claude (1969): *The Elementary Structures of Kinship*, Boston.
- Lindenberger, Thomas (2014): Ist die DDR ausgeforscht? Phasen, Trends und ein optimistischer Ausblick, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 24–26/2014, S. 27–32.
- Lindner, Bernd (2019) *Wir bleiben ... das Volk! Losungen und Begriffe der friedlichen Revolution 1989*, Erfurt.
- Lötsch, Manfred (1993): Sozialstruktur und Systemtransformation, in: Geißler, Rainer (Hrsg.): *Sozialer Umbruch in Ostdeutschland*, Opladen, S. 31–39.
- Louis, Chantal (2019): Louise Otto-Peters zum 200. Geburtstag! Die Sozialistin war nie in Vergessenheit geraten. Aber die Feministin, in: *Emma* 2/2019, S. 85–87.
- Lüdtke, Alf (1993): *Eigen-Sinn. Fabrikalltag, Arbeitererfahrungen und Politik vom Kaiserreich bis in den Faschismus*, Hamburg.
- Luxemburg, Rosa (1968): *Die russische Revolution* [1922 aus dem Nachlass veröffentlicht], in: dies.: *Politische Schriften*, Bd. 3, Frankfurt a. M., S. 106–141.

M

- Mahnkopf, Birgit (2020): Hoffen auf das Prinzip Panik. Wie der Kapitalismus die biophysischen Systeme der Erde zum Kipppunkt bringt – und wie wir adäquate Lösungen finden könnten, in: *neues deutschland*, 7./8.3.2020.

- Maier, Friederike (1993): Zwischen Arbeitsmarkt und Familie – Frauenarbeit in den alten Bundesländern, in: Helwig, Gisela/Nickel, Hildegard Maria (Hrsg.): Frauen in Deutschland 1945–1992, Sonderausgabe für die Landeszentrale für politische Bildung, Berlin, S. 257–280.
- Marx Ferree, Myra (1992): Aufstieg und Untergang der «Mutti-Politik»: Feminismus und deutsche Vereinigung, in: Diskurs 2/1992, S. 60–65.
- May, Ruth (2005): Der öffentliche Raum. Eine sozialistische Interpretation in Stalin-stadt, in: Bernhardt, Christoph/Fehl, Gerhard/Kuhn, Gerd/Petz, Ursula von (Hrsg.): Geschichte der Planung des öffentlichen Raums, Dortmund, S. 183–197.
- Mayer, Hans (1991): Der Turm von Babel. Erinnerung an eine Deutsche Demokratische Republik, Frankfurt a. M.
- Mayer, Karl Ulrich (1991): Soziale Ungleichheit und Differenzierung von Lebensläufen, in: Zapf, Wolfgang (Hrsg.): Die Modernisierung moderner Gesellschaften. Verhandlungen des 25. Deutschen Soziologentages in Frankfurt am Main 1990, Frankfurt a. M., S. 667–688.
- Mead, Margaret (1958): Mann und Weib. Das Verhältnis der Geschlechter in einer sich wandelnden Welt, Hamburg.
- Meadows, Dennis (1972): Die Grenzen des Wachstums, Bericht des Club of Rome zur Lage der Menschheit, Stuttgart.
- Mechsner, Doreen (2018): Wege. Auf 18 Pfaden unterwegs. Gesprächsprotokolle über das Leben, Gerswalde.
- Meier, Artur (1983): Einführung, in: Kollektive Erfahrungen älterer Schüler. Vier Fallstudien. Untersuchungsbericht über die zweite Etappe des Erfahrungsprojektes. Akademie für Pädagogische Wissenschaften der DDR, Institut für Erziehung, Abteilung Soziologie des Bildungswesens, in: Merkens, Hans/Schmidt, Folker (Hrsg.) (2002): Berichte des Instituts für Allgemeine Pädagogik, Abteilung empirische Erziehungswissenschaft der Freien Universität Berlin, Bd. 36, S. 216–222.
- Meier, Marion/Oubaid, Monika (1987): Mütter, die besseren Frauen. Über den Zusammenhang von § 218 und Hausarbeit, Braunschweig.
- Meillassoux, Quentin (1972): From Reproduction to Production. A Marxist Approach to Economic Anthropologie, in: Economy and Society 1/1972, S. 93–105.
- Melzer, Wolfgang/Schmidt, Lutz (1991): Jugend und Familie in beiden Teilen Deutschlands, in: Melzer, Wolfgang/Heitmeyer, Wilhelm/Liegle, Ludwig/Zinnecker, Jürgen (Hrsg.): Osteuropäische Jugend im Wandel. Ergebnisse vergleichender Jugendforschung in der Sowjetunion, Polen, Ungarn und der ehemaligen DDR, Weinheim/München, S. 207–220.
- Menschik, Jutta/Leopold, Evelyn (1974): Gretchens rote Schwestern. Frauen in der DDR, Frankfurt a. M.
- Merkel, Angela (1991): Die Situation der Frauen in der ehemaligen DDR, in: Frauenpolitik im Umbruch. Dokumentation einer Fachtagung über die Situation der Frauen in den neuen Ländern am 27. und 28. Juni 1991, Konrad-Adenauer-Stiftung, Bonn.

- Merkel, Ina (1989): Ohne Frauen ist kein Staat zu machen. Einige Frauen-Fragen an ein alternatives Gesellschaftskonzept oder: Manifest für eine autonome Frauenbewegung, Gründungsmanifest des Unabhängigen Frauenverbands (UFV), verlesen am 3.12.1989 in der Berliner Volksbühne, unter: www.ddr89.de/ufv/UFV16.html.
- Merkel, Ina (1990): ... und Du, Frau an der Werkbank. Die DDR in den 50er Jahren. Mit einem Exkurs von Simone Tippach, Berlin.
- Merschformann, Maritta (1995): Mütter im Widerstreit. Diskussion feministischer Theorien. Diplomarbeit im Schwerpunkt Soziologie an der Hochschule für Wirtschaft und Politik Hamburg.
- Metz-Göckel, Sigrid/Müller, Ursula (1985): Der Mann. Eine repräsentative Untersuchung über die Lebenssituation und das Frauenbild 20- bis 50-jähriger Männer im Auftrag der Zeitschrift Brigitte, Redaktion Brigitte im Verlag Gruner + Jahr (Hrsg.), Hamburg.
- MEW – Marx, Karl/Engels, Friedrich (1956 ff.): Werke, Berlin – darin:
 Marx, Karl: Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie. Einleitung [1844], Bd. 1, S. 378–391.
 Marx, Karl/Engels, Friedrich: Die deutsche Ideologie [geschrieben 1845/46], Bd. 3, S. 5–530.
 Engels, Friedrich: Grundsätze des Kommunismus [1847], Bd. 4, S. 361–380.
 Marx, Karl/Engels, Friedrich: Manifest der Kommunistischen Partei [1848], Bd. 4, S. 459–493.
 Marx, Karl: Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte [1852], Bd. 8, S. 111–207.
 Engels, Friedrich: Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staates. Im Anschluss an Lewis H. Morgans Forschungen [1884], Bd. 21, S. 25–173.
 Marx, Karl: Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie. Erster Band [1867], Bd. 23.
- Meyer, Sibylle/Schulze, Eva (1993): Frauen in der Modernisierungsfalle – Wandel von Ehe, Familie und Partnerschaft in der Bundesrepublik Deutschland, in: Helwig, Gisela/Nickel, Hildegard Maria (Hrsg.): Frauen in Deutschland 1945–1992, Sonderausgabe für die Landeszentrale für politische Bildung, Berlin, S. 166–189.
- Mierendorff, Johanna (1992): Kindheitsverläufe. Familiäre und außerfamiliäre Bedingungen in den Entscheidungen für Betreuungsformen und für die Nutzung von Kinderfreizeiteinrichtungen. Projekt Alltagsorganisation in der mittleren Kindheit. Max-Planck-Institut für Bildungsforschung, Berlin.
- Mies, Maria (1983): Patriarchat und Kapital. Frauen in der internationalen Arbeitsteilung, Zürich.
- Mika, Bascha (1998): Alice Schwarzer. Eine kritische Biographie, Reinbek bei Hamburg.
- Ministerium für Justiz (Hrsg.) (1966): Familiengesetzbuch der Deutschen Demokratischen Republik mit wichtigen Nebengesetzen, Textausgabe mit Anmerkungen und Sachregister, Berlin.

- Mitscherlich, Alexander/Mitscherlich, Margarete (1977): Die Unfähigkeit zu trauern: Grundlagen kollektiven Verhaltens [1967], München.
- Mohrmann, Ute (1997): Ritualisierte Lebensstationen. Jugendweihe und Eheschließung in der DDR, in: Elm, Ludwig/Keller, Dietmar/Mocek, Reinhard (Hrsg.): Ansichten zur Geschichte der DDR, Bd. VII, S. 103–122.
- Morgner, Irmtraud (1981): Leben und Abenteuer der Trobadora Beatriz nach Zeugnissen ihrer Spielfrau Laura. Roman in dreizehn Büchern und sieben Intermezzo [1974], 6. Aufl., Berlin/Weimar.
- Morgner, Irmtraud (1992): Rumba auf einen Herbst [geschrieben 1964], Hamburg/Zürich.
- Mühlberg, Felix (2000): Eingaben als Instrument informeller Konfliktbewältigung, in: Badstübner, Evemarie (Hrsg.): Befremdlich anders. Leben in der DDR, Berlin, S. 233–270.
- Mühler, Kurt/Wilsdorf, Steffen H. (1991): Die Leipziger Montagsdemonstrationen. Aufstieg und Wandel einer basisdemokratischen Institution des friedlichen Umbruchs im Spiegel empirischer Meinungsforschung, in: Berliner Journal für Soziologie 1/1991, Sonderheft, S. 37–45
- Müller, Heiner (1992): Krieg ohne Schlacht. Leben in zwei Diktaturen, Köln.
- Müller, Ulrike (2014): Die klugen Frauen von Weimar. Regentinnen, Salondamen, Schriftstellerinnen und Künstlerinnen, Berlin.
- Müller, Ursula G. T. (1991): Ein bisschen Männerhass steht jeder Frau! Rückblick und Ausblick auf das Verhältnis der Frauenbewegung zu den Männern, in: Eifler, Christine (Hrsg.): Ein bisschen Männerhass steht jeder Frau. Erfahrungen mit Feminismus, Berlin, S. 130–150.
- Müller-Hartmann, Irene (1986): Soziale Eigenschaften, Einstellungen und Verhaltensweisen der wissenschaftlich-technischen Intelligenz unter den Bedingungen der umfassenden Intensivierung, in: Aus Theorie und Praxis der gesellschaftswissenschaftlichen Forschung 12/1986, Berlin.

N

- Naimark, Norman (1995): Die Sowjetische Militäradministration in Deutschland und die Frage des Stalinismus. Veränderte Sichtweisen auf der Grundlage neuer Quellen aus russischen Archiven, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 4/1995, S. 293–307.
- Nakath, Detlef/Stephan, Gerd-Rüdiger (Hrsg.) (2020): Ausschluss. Das Politbüro vor dem Parteigericht. Die Verfahren 1989/1990 in Protokollen und Dokumenten, Berlin.
- Nauck, Bernhard (1993): Dreifach diskriminiert? Ausländerinnen in Westdeutschland, in: Helwig, Gisela/Nickel, Hildegard Maria (Hrsg.): Frauen in Deutschland 1945–1992, Sonderausgabe für die Landeszentrale für politische Bildung, Berlin, S. 364–395.

- Nave-Herz, Rosemarie (1993): Die Geschichte der Frauenbewegung in Deutschland, Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn.
- Natschinski, Thomas (2019): «Wir wurden die Beatles des Ostens», Interview, 8.11.2019, t-online, unter: www.t-online.de/unterhaltung/stars/id_86773916/thomas-natschinski-wir-wurden-die-beatles-des-ostens-.html.
- Negt, Oskar (2008): Demokratie als Lebensform. Mein Achtundsechzig. Essay, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 14–15/2008, S. 5.
- Neimann, Susan (2020): Gegen das Böse hilft keine Impfung, in: neues deutschland, 23./24.3.2020.
- Neiße, Wilfried (2019): Als blaue Wimpel im Sommerwind wehten. Brandenburgische Landeszentrale für politische Bildung widmet den Kinderferienlagern in der DDR eine Ausstellung, in: neues deutschland, 9.7.2019.
- Nick, Harry (1997): Dauermangel und Alltagsverhalten, in: Elm, Ludwig/Keller, Dietmar/Mocek, Reinhard (Hrsg.): Ansichten zur Geschichte der DDR, Bd. VII, S. 142–165.
- Nickel, Hildegard Maria (1993): «Mitgestalterinnen des Sozialismus» – Frauenarbeit in der DDR, in: Helwig, Gisela/Nickel, Hildegard Maria (Hrsg.): Frauen in Deutschland 1945–1992, Sonderausgabe für die Landeszentrale für politische Bildung, Berlin, S. 233–256.
- Niebsch; Gerda/Grosch, Christa/Boßdorf, Ursula/Graehn-Baumann, Gisela (2007): Gesundheit, Entwicklung und Erziehung in der frühen Kindheit. Wissenschaft und Praxis der Kinderbetreuung in der DDR. Der Anteil Eva Schmidt-Kolmers an der Konzipierung und Realisierung, Frankfurt a. M. u. a.
- Nödinger, Ingeborg (2019): Ulrike Marie Meinhof, in: Wir Frauen. Das feministische Blatt 3/2019.
- Notz, Gisela (2005): Zur politischen Teilhabe der Frauen in der Bundesrepublik Deutschland, in: Ludwig, Johanna/Rothenburg, Hannelore/Schötz, Susanne (Hrsg.): George Sand und Louise Otto-Peters. Wegbereiterinnen der Frauenemanzipation. Reden und Vorträge zur Tagung am 23./24. April 2004 anlässlich des 200. Geburtstags von George Sand, Leipzig, S. 207–230.

O

- Oberländer, Alexandra (2012): Tagungsbericht: Zwischen öffentlich und privat: Arbeit, Konsum und Freizeit im Sozialismus der 1960er bis Mitte der 1980er Jahre, 25./26.11.2011 in Zürich, in: H-Soz-Kult, 25.1.2012, unter: www.hsozkult.de/conferencereport/id/tagungsberichte-4022.
- Obertreis, Gesine (1986): Familienpolitik in der DDR 1945–1980, Forschungstexte Wirtschafts- und Sozialwissenschaften Bd. 17, Wiesbaden.
- Ockel, Edith (1995): Gesundheit der Frauen und Gesundheitspolitik der DDR, in: Jahrbuch für kritische Medizin: «Frauen Gesundheit», Hamburg, S. 105–121.

- Ockel, Edith (2000): Die unendliche Geschichte des Paragraphen 218, Erinnerungen und Erlebnisse, Geleitwort von Petra Bläss, Berlin.
- Oechsle, Mechthild/Geissler, Birgit (2004): Modernisierungstheorien: Anregungspotenziale für die Frauen- und Geschlechterforschung, in: Becker, Ruth/Kortendiek, Beate (Hrsg.): Handbuch Frauen- und Geschlechterforschung. Theorie, Methoden, Empirie, Wiesbaden, S. 196–203.
- Ottow, Silvia (2019): «Angela Merkel ist viel älter, das müsstest Du wissen». Sandmännchen wird 60. Eine Unterhaltung mit einem lange Sprachlosen, in: neues deutschland, 16.11.2019.
- Owen, Robert (1988): Über ein neues Gesellschaftssystem. Erster Vortrag [1825], in: ders.: Das soziale System. Ausgewählte Schriften, Leipzig.

P

- Pasquale, Judith (1992): Kindheit im Siegerland. Studie 3: Gabi – Monografie einer Kindheit, Siegen.
- Pass-Weingartz, Dorothee/Erler, Gisela (Hrsg.) (1989): Mütter an die Macht. Die neue Frauenbewegung, Reinbek bei Hamburg.
- Peschel-Gutzeit, Lore-Maria (2008): Die Entwicklung des Familienrechts in der BRD. Vortrag auf der Veranstaltung «Die Frau ist frei geboren und bleibt dem Manne gleich» der Friedrich-Ebert-Stiftung, 29. Februar bis 1. März 2008 in Berlin, unter: <https://docplayer.org/10828563-Die-entwicklung-des-familienrechts-in-der-brd-dr-lore-maria-peschel-gutzeit.html>.
- Peter, Volkhard (1991): Bildungsdiskussion in der DDR zwischen 40. Jahrestag und Beitritt, in: Schmidt, Hans-Dieter/Schaarschmidt, Uwe/Peter, Volkhard (Hrsg.): Dem Kinde zugewandt. Überlegungen und Vorschläge zur Erneuerung des Bildungswesens, Baltmannsweiler, S. 121–134.
- Pfeiffer, Kerstin (1996): Der Demokratische Frauenbund Deutschlands. Zur Geschichte der Frauenbewegung nach 1945. Wissenschaftliche Arbeit zur Erlangung des Magistragrades, Justus-Liebig-Universität, Gießen.
- Picht, Georg (1965): Die deutsche Bildungskatastrophe. Analyse und Dokumentation [1964], München.
- Plat, Wolfgang (1972): Die Familie in der DDR, Frankfurt a. M.
- Podewin, Norbert (2010): Skeptizismus und Nihilismus? Honeckers «Kahlschlag-Plenum» im Dezember 1965, in: neues deutschland, 11./12.12.2010.
- Pollack, Detlef (2001): Wie modern war die DDR?, Frankfurter Institut für Transformationsstudien (FIT), FIT-discussion papers 4/2001, Frankfurt (Oder).
- Poss, Ingrid/Warnecke, Peter (2009): Der ungeteilte Himmel. Schauspieler aus der DDR erzählen, hrsg. vom Filmmuseum Potsdam, Berlin.

- Possekel, Kurt (1998): Mein Weg vom «Gutshandwerker» zum Kulturleiter. Erinnerungen an die Zeit in Ravensruh und Zurow, 1945–1952, Manuskript, Rostock, zit. n. Kuntsche, Siegfried (2000): Das Bauerndorf in der Nachkriegszeit. Lebenslagen und Alltag, in: Badstübner, Evemarie (Hrsg.): Befremdlich anders. Leben in der DDR, Berlin, S. 101.
- Potsdamer Abkommen (1945): Mitteilung über die Dreimächtekonferenz von Berlin, 2. August 1945, unter: www.documentarchiv.de/in/1945/potsdamer-abkommen.html.
- Prokop, Siegfried (2000): Zur Entwicklung des Lebensstandards in der DDR (1958–1963/64), in: Badstübner, Evemarie (Hrsg.): Befremdlich anders, Berlin, S. 167–194.
- Pross, Helge (1978): Die Männer. Eine repräsentative Untersuchung über die Selbstbilder von Männern und ihre Bilder von der Frau, Reinbek bei Hamburg.
- Protokoll ... (1971a): Protokoll der Verhandlungen des VIII. Parteitages der SED, 15. bis 19. Juni 1971 in der Werner-Seelenbinder-Halle zu Berlin, Bd. 1, Berlin.
- Protokoll ... (1971b): Protokoll der Verhandlungen des VIII. Parteitages der SED, 15. bis 19. Juni 1971 in der Werner-Seelenbinder-Halle zu Berlin, Bd. 2, Berlin.

R

- Randow, Gero von (2019): «Wie ich den Staat lieben lernte». Zeit-Redakteur Gero von Randow rebellierte als Kommunist gegen die Bundesrepublik. Doch dann erkannte er, dass er sich verrannt hatte, in: Die Zeit, 29.5.2019.
- Raslan, Nadja (1995): Unternehmensberatung TWIST München empfiehlt, in: Prima 2/1995.
- Rauhut, Michael (2004): Kleine Fluchten. Vom Blues einer unruhvollen Jugend, in: Kochan, Thomas/Rauhut, Michael (Hrsg.): Bye, Bye Lübben City. Bluesfreaks, Tramps und Hippies in der DDR, Berlin, S. 63–83.
- Reich, Jens (2019): Der schönste Tag im Leben der DDR. Der Bürgerrechtler Jens Reich über die Kundgebung am 4. November 1989 in Berlin und über enttäuschte Hoffnungen, in: neues deutschland, 4.11.2019.
- Richter, Horst-Eberhard (1995): Zur Sache: Deutschland, in: Psychosozial 59: Osis und Wessis: Psychogramm deutscher Befindlichkeiten, S. 21–30.
- Rilling, Rainer (2008): Es gab viele 68 ..., in: RosaLux 1/2008, S. 25–27.
- Ritter, Martina (2008): Die Dynamik von Privatheit und Öffentlichkeit in modernen Gesellschaften, Wiesbaden.
- Roesler, Jörg (1990): Zwischen Plan und Markt. Die Wirtschaftsreform in der DDR 1963–1970, Freiburg im Breisgau.
- Roesler, Jörg (2003): Ein Generalstreik, der keiner sein durfte, in: Der Freitag, 7.11.2003, unter: www.freitag.de/autoren/der-freitag/ein-generalstreik-der-keiner-sein-durfte.

- Rohnstock, Katrin (1990): Frauen in die Offensive, in: dies. (Hrsg.): Frauen in die Offensive. Texte und Arbeitspapiere der lila offensive, Berlin.
- Roloff, Juliane (1991): Probleme und Ursachen der Einkommensunterschiede zwischen männlichen und weiblichen Erwerbstätigen in der ehemaligen DDR, in: Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft 2/1991, S. 135–147.
- Rosié, Paul (1984): Ich will sie schmähen und über den grünen Klee loben. Auskünfte über Artgenossen, Berlin.
- Roth, Karl Heinz (2000): Anschließen, angleichen, abwickeln. Die westdeutschen Planungen für die Übernahme der DDR 1952–1990, Hamburg.
- Roth, Kersten Sven (2008): Der Westen als «Normal Null»: Zur Diskurssemantik von «Ost-Deutschland» und «West-Deutschland», in: ders./Wienen, Markus (Hrsg.): Diskursmauern. Aktuelle Aspekte der sprachlichen Verhältnisse zwischen Ost und West, Bremen, S. 69–89.
- Runge, Irene (1985): Ganz in Familie, Gedanken zu einem viel diskutierten Thema, Berlin.
- Runge, Irene (1993): «Auf einmal war ich Ausländerin» – Erinnerungen an eine DDR, in: Helwig, Gisela/Nickel, Hildegard Maria (Hrsg.): Frauen in Deutschland 1945–1992, Sonderausgabe für die Landeszentrale für politische Bildung, Berlin, S. 351–363.

S

- Sabrow, Martin (2016): Die DDR 25 Jahre danach: Hoffnung auf Historisierung, in: Mählert, Ulrich (Hrsg.): Die DDR als Chance. Neue Perspektiven auf ein altes Thema, Berlin, S. 181–188.
- Sabrow, Martin (2019): «1989» als Erzählung, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 35–37/2019: Das letzte Jahr der DDR, S. 25–33.
- Sachse, Carola (2002): Der Hausarbeitstag. Gerechtigkeit und Gleichberechtigung in Ost und West 1939–1994, Göttingen.
- Sander, Helke (1988): Rede des Aktionsrates zur Befreiung der Frauen, gehalten auf der 23. Delegiertenkonferenz des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes (SDS) im September 1968 in Frankfurt, in: Schlaeger, Hilke (Hrsg.): Mein Kopf gehört mir – 20 Jahre Frauenbewegung, Frauenoffensive aktuell, München.
- Sander, Helke (1992): Warum haben die Frauen geschwiegen? Interview, in: Die Zeit, 25.9.1992.
- SAPMO (Signatur): Hierbei handelt es sich um Dokumente der «Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR», die die Autorin im Bundesarchiv Berlin-Lichterfelde eingesehen hat.
- Schafferdt, Guzel (2012): «Das wahre Vaterland». Die Ost-West-Migration in der DDR-Propaganda, in: Zeitgeschichte-online, unter: <https://zeitgeschichte-online.de/kommentar/das-wahre-vaterland>.

- Schejnis, Sinowi (1984): Alexandra Kollontai. Das Leben einer ungewöhnlichen Frau. Biografie, Berlin.
- Scheller, Gitta (2005): Die Wende als Individualisierungsschub? Umfang, Richtung und Verlauf des Individualisierungsprozesses in Ostdeutschland, Wiesbaden.
- Schelsky, Helmut (1967): Wandlungen der deutschen Familie in der Gegenwart. Darstellung und Deutung einer empirisch-soziologischen Tatbestandsaufnahme [1953], Stuttgart.
- Schildt, Axel (1984): Besprechung von Boelcke, Willi A.: Die deutsche Wirtschaft 1930–1945. Interna des Reichswirtschaftsministeriums, in: Das Argument. Zeitschrift für Philosophie und Sozialwissenschaft 147: Frauenfantasien und Herrschaft, S. 811–813.
- Schirmacher, Ingeburg (2015): Kein Schlaf unterm Stein. Unangepasste Gedanken und Gedichte aus Tage- und Nachtbüchern, mit Zeichnungen von Ivo Janacek. Mit einem Brief von Franz Fühmann an Frau S. vom 19.1.1977. Mit einem Prolog von Dietrich Garstka. Mit einem Nachwort von Hannelore Schmidt-Hoffmann, Storkow.
- Schlegelmilch, Cordia (2019): Eine Stadt erzählt die Wende. 1989 Wurzen/Sachsen 1990, Markkleeberg.
- Schmerl, Christiane (1984): Das Frauen- und Mädchenbild in den Medien, Opladen.
- Schmidt, Hans-Dieter (1991): Das Bild des Kindes und seine pädagogischen Konsequenzen, in: ders./Schaarschmidt, Uwe/Peter, Volkhard (Hrsg.): Dem Kinde zugewandt. Überlegungen und Vorschläge zur Erneuerung des Bildungswesens, Baltmannsweiler, S. 1–12.
- Schmidt-Kolmer, Eva (Hrsg.) (1968): Pädagogische Aufgaben und Arbeitsweise der Krippen. Diskussionsunterlagen zum Programm der pflegerisch-erzieherischen Arbeit, zu den Sachgebieten der Erziehung, den Aufgabenfolgen und methodische Anleitungen, Berlin.
- Schneider, Horst (2011): Was des Volkes Hände schaffen ... Der Volksentscheid in Sachsen zur Enteignung der Kriegs- und Naziverbrecher, in: neues deutschland, 2./3.7.2011.
- Scholze, Siegfried (2001): Der Internationale Frauentag einst und heute. Geschichtlicher Abriss und weltweite Tradition vom Entstehen bis zur Gegenwart, Berlin.
- Scholze, Siegfried/Arendt, Hans-Jürgen/Dulak, Bernd von/Kirchner, Jürgen/Müller, Joachim/Partisch, Gudrun/Krauß, Günter (1986): Zur Rolle der Frau in der Geschichte der DDR. Vom antifaschistisch-demokratischen Neuaufbau bis zur Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft (1945 bis 1981). Eine Chronik, Leipzig.
- Schorlemmer, Friedrich (1991a): Vor den Trümmern einer gescheiterten Alternative. Vortrag in der Evangelischen Akademie Bad Segeberg vom 3. März 1990, in: ders.: Bis alle Mauern fallen. Texte aus einem verschwundenen Land, Berlin, S. 9–23.
- Schorlemmer, Friedrich (1991b): Was wird aus unserer Freundschaft?, in: ders.: Bis alle Mauern fallen. Texte aus einem verschwundenen Land, Berlin, S. 54–82.

- Schorlemmer, Friedrich (1991c): Wer sich seiner Geschichte nicht erinnert, ist verdammt, sie zu wiederholen, Gespräch mit René Heilig und Holger Becker am 3. Mai 1990, in: ders.: Bis alle Mauern fallen. Texte aus einem verschwundenen Land, Zeitgedanken, Berlin, S. 42–51.
- Schröter, Ursula (1992): Zur sozialen Situation ostdeutscher Frauen. Studie im Auftrag der Kommission für die Erforschung des sozialen und politischen Wandels in den neuen Bundesländern (KSPW), Institut für Sozialdatenanalyse e. V., Berlin.
- Schröter, Ursula (1998): Kurz nach der Einschulung – ein außerordentliches Ereignis. Forschungsprojekt Kindheit im Umbruch zwischen zwei Gesellschaftssystemen. Alltagsorganisation Ostberliner Kinder. Arbeitsbericht des Zentrums für Jugend- und Sozialisationsforschung der Universität Potsdam.
- Schröter, Ursula (2009): Die DDR-Frauenorganisation im Rückblick, in: dies./Ullrich, Renate/Ferchland, Rainer: Patriarchat in der DDR. Nachträgliche Entdeckungen in DFD-Dokumenten, DEFA-Dokumentarfilmen und soziologischen Befragungen, hrsg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Texte 65, Berlin, S. 11–63.
- Schröter, Ursula (2014): Über die Schwierigkeit, ein Experte für «Alltag und Herrschaft in der DDR» sein zu wollen, in: Das Argument. Zeitschrift für Philosophie und Sozialwissenschaft 309: Kritisch-literarische Praxis, S. 560–565.
- Schröter, Ursula (2015): Bilder von DDR-Kindern im Lichte offizieller Dokumente der Bildungs- und Erziehungspolitik, in: Ullrich, Renate/Kaufmann, Eva/Schröter, Ursula: Kinder-Bilder in der DDR. Nachträgliche Entdeckungen in ausgewählten bildungspolitischen Dokumenten, literarischen Werken und DEFA-Filmen für Erwachsene. Drei Studien, hrsg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Manuskripte Neue Folge 13, Berlin, S. 11–89.
- Schröter, Ursula (2017): Überleben ist nicht genug. Von der Biografie zur Geschichte, in: Diesner, Thomas/Kirchhöfer, Dieter/Wessel, Karl-Friedrich (Hrsg.): Biografieforschung und Bildungssoziologie. Berliner Studien zur Wissenschaftsphilosophie und Humanontogenetik, Bd. 36, Berlin, S. 47–64.
- Schröter, Ursula/Rohmann, Eva (2002): Demokratischer Frauenbund Deutschlands (DFD), in: Stephan, Gerd-Rüdiger/Herbst, Andreas/Krauss, Christine/Küchenmeister, Daniel/Nakath, Detlef (Hrsg.): Die Parteien und Organisationen der DDR. Ein Handbuch, Berlin, S. 500–529.
- Schröter, Ursula/Ullrich, Renate (2005): Patriarchat im Sozialismus? Nachträgliche Entdeckungen in Forschungsergebnissen aus der DDR, hrsg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Texte 24, Berlin.
- Schubarth, Wilfried/Schmidt, Thomas (1991): «Sieger der Geschichte». Verordneter Antifaschismus und die Folgen, in: Heinemann, Karl-Heinz/Schubarth, Wilfried (Hrsg.): Der Antifaschistische Staat entlässt seine Kinder. Jugend und Rechtsextremismus in Ostdeutschland, Köln, S. 78–99.
- Schüler, Heike (2019): Weltzeituhr und Wartburg-Lenkrad. Erich John und das DDR-Design, Berlin.

- Schuster, Ingrid (1972): Frauen in der DDR, in: Konze, Marianne (Hrsg.): Für die Befreiung der Frau. Marxistische Taschenbücher, Reihe «Marxismus aktuell», Frankfurt a. M.
- Schütz, Helga (1986): In Annas Namen, Berlin/Weimar.
- Schwarzer, Alice (1981): Der «kleine Unterschied» und seine großen Folgen. Frauen über sich – Beginn einer Befreiung. Erweiterte und aktualisierte Ausgabe, Frankfurt a. M.
- Schwarzer, Alice (1985) Hausfrauenlohn?, in: dies. (Hrsg.): Zum Wert der Frauenarbeit, Frankfurt a. M.
- Schweickert, Walter K./Hold, Bert (1963): Guten Tag, Herr von Knigge. Ein heiteres Lesebuch für alle Jahrgänge über alles, was «anständig» ist. Neu illustriert von Gerhard Vontra, Berlin.
- Schweickert, Walter K./Noglik, Gerd (1957): Guten Tag, Herr von Knigge. Ein heiteres Lesebuch für alle Jahrgänge über alles, was «anständig» ist. Mit Illustrationen von Gerhard Vontra, Leipzig.
- SID (Signatur): Hierbei handelt es sich um «Soziologische Informationen und Dokumentationen» der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED, die jetzt im Bundesarchiv Berlin-Lichterfelde liegen und von der Autorin eingesehen wurden.
- Siebert, Hans (1949): Die Hebung des Leistungsstandes in der deutschen demokratischen Schule. IV. Pädagogischer Kongress 23. bis 25. August 1949, Berlin/Leipzig, in: BBF/DIPF – Bibliothek für Bildungsgeschichtliche Forschung des Leibniz-Institut für Bildungsforschung und Bildungsinformation/Archiv: Nachlass Hans Siebert, SIEB 881.
- Speckmann, Guido (2019): Sozialisieren leicht gemacht. Fast wäre das Grundgesetz vor 70 Jahren mit einer eingeschränkten Eigentumsdefinition in Kraft getreten, in: neues deutschland, 27.5.2019.
- Speigner, Wulfram (1983): Soziologische Aspekte der Geburtenentwicklung, Protokoll der 36. Tagung des Wissenschaftlichen Rates für Sozialpolitik und Demografie am 23. September 1983, in: Protokolle und Informationen, Wissenschaftlicher Rat für Sozialpolitik und Demografie 3/1983, Berlin.
- Starke, Kurt (2012): Kinderwunsch und reproduktive Wirklichkeit, in: Berth, Hendrik/Brähler, Elmar/Zenger, Markus/Stöbel-Richter, Yve (Hrsg.): Innenansichten der Transformation. 25 Jahre Sächsische Längsschnittstudie (1987–2012), Gießen, S. 69–96.
- Starke, Kurt/Weller, Konrad (1991): Partnerschaft und Sexualität, in: Bundesministerium für Frauen und Jugend (Hrsg.): Kinder und Jugendliche aus der DDR. Jugendhilfe in den neuen Bundesländern. Reporttexte, Berlin, S. 105–113.
- Statistisches Taschenbuch der Deutschen Demokratischen Republik (1988), Berlin.
- Steinberg, Alma (1986): Einleitung, in: Institut für marxistische Studien und Forschung (Hrsg.): Matriarchat und Patriarchat: Zur Entstehung der Familie: ethno-

- graphische Forschung/theoretische Diskussion: Beiträge aus der UdSSR, den USA, der DDR, Theorie und Methode VIII, Frankfurt a. M.
- Steiner, Helmut (2004): Alexandra M. Kollontai (1872–1952). Über Theorie und Praxis des Sozialismus, in: Leibniz-Sozietät, Sitzungsberichte 63, Berlin, S. 83–122.
- Steiner, Helmut (2005): Die DDR-Jugendforschung – Ausgangsbedingungen und Spezifika im Gesamtverband der Sozialwissenschaften, in: Bleiber, Helmut/Küttler, Wolfgang (Hrsg.): Abhandlungen der Leibniz-Sozietät, Bd. 18, Berlin, S. 215–237.
- Stern, Horst (1974): Mut zum Widerspruch. Reden und Aufsätze, München.
- Stiehler, Hans-Jörg (1991): Veränderungen in Bedingungen und Verhaltensweisen in der Mediensphäre und Freizeitkultur, in: Bundesministerium für Frauen und Jugend (Hrsg.): Kinder und Jugendliche aus der DDR. Jugendhilfe in den neuen Bundesländern. Reporttexte, Berlin, S. 114–122.
- Stollberg, Rudhard (1978): Arbeitssoziologie, Berlin.
- Streck, Wolfgang (2019): Der alltägliche Kommunismus. Eine neue Ökonomie für eine neue Linke, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 6/2019, S. 93–104.
- Strohschneider, Tom (2019): Um nicht zu stagnieren, in: DDR-Innenansichten in der Literatur 53/2019, unter: <https://kritisch-lesen.de/c/1568>.
- Süßmuth, Rita (1994): Vom Frauenwahlrecht zur Frauenpolitik, in: Konrad-Adenauer-Stiftung (Hrsg.): 75 Jahre Frauenwahlrecht in Deutschland – Rückblick und Bilanz, Aktuelle Fragen der Politik 5, Sankt Augustin.
- Szepansky, Gerda (1995): Die stille Emanzipation. Frauen in der DDR, Frankfurt a. M.
- SZS – Staatliche Zentralverwaltung für Statistik der DDR (Hrsg.) (1990): Statistisches Jahrbuch der Deutschen Demokratischen Republik 1990, Berlin.

T

- Talke, Helga (1981): Sebastian und der Spielplatz, illustriert von Manfred Bofinger, Berlin.
- Thietz, Karin (1992): Ende der Selbstverständlichkeit? Die Abschaffung des § 218 in der DDR. Dokumente, Berlin.
- Thürmer-Rohr, Christina (1995): Denken der Differenz. Feminismus und Postmoderne, in: ak – Analyse und Kritik. Zeitung für linke Debatte und Praxis 380.
- Trappe, Heike (1995): Emanzipation oder Zwang? Frauen in der DDR zwischen Beruf, Familie und Sozialpolitik, Berlin.
- Trinks, Karl (1946): Diskussionsbeitrag auf dem Pädagogischen Kongress Sachsen am 5. August 1946, in: BBF/DIPF – Bibliothek für Bildungsgeschichtliche Forschung des Leibniz-Institut für Bildungsforschung und Bildungsinformation/Archiv: Nachlass Karl Trinks, TRINKS 104, unpaginiert.
- Trinks, Karl (1948): Das Recht auf Kitsch. Eine literarische Frage und eine pädagogische Antwort, in: Aufbau. Kulturpolitische Monatsschrift 7/1948.

U

Ulbricht, Lotte (1968): Reden und Aufsätze 1943–1967, Berlin.

Ullrich, Renate (1991): Mein Kapital bin ich selber. Gespräche mit Theaterfrauen in Berlin-O 1990/1991, Zentrum für Theaterdokumentation und -information, Berlin.

Ullrich, Renate (2015): Kinder- und Kindheits-Bilder in DEFA-Spielfilmen, in: Ullrich, Renate/Kaufmann, Eva/Schröter, Ursula: Kinder-Bilder in der DDR. Nachträgliche Entdeckungen in ausgewählten bildungspolitischen Dokumenten, literarischen Werken und DEFA-Filmen für Erwachsene. Drei Studien, hrsg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Manuskripte Neue Folge 13, S. 175–287.

V

Vogelstein, Julie (o. J.): Lily Braun. Ein Lebensbild [1922], in: Braun, Lily: Gesammelte Werke, Bd. 1, Berlin-Grunewald.

Volk, Katharina (2018): Von der Gesellschaftsanalyse zur Utopie. Ein historischer Rückblick auf materialistisch-feministische Theorien, Münster.

W

Wagner, Helmut (1928): Geschlecht und Gesellschaft, 4. Buchbeigabe zu den URANIA-Kulturpolitischen Monatsheften über Natur und Gesellschaft, Jena.

Walser, Martin (1957): Ehen in Philippsburg, Frankfurt a. M.

Wandel, Paul (1955): Zur Demokratisierung der Schule. Rede auf dem I. Pädagogischen Kongress am 15. August 1946, in: ders.: Reden zur Kulturpolitik, Berlin, S. 19–46.

Wangenheim, Inge von (1974): Die tickende Bratpfanne. Kunst und Künstler aus meinem Stundenbuch. Illustriert von Harald Kretzschmar, Rudolstadt.

Weidt, Birgit (2020): Stetiges Misstrauen. Individuelles Leid als soziale Subversion? Zur Psychotherapie in der DDR, in: neues deutschland, 3.1.2020.

Weiske, Christine (1997): Bildnis Hannah Arendt vor der Silhouette eines Neubaugebietes, in: Strubelt, Wendelin (Hrsg.): Jena. Dessau. Weimar. Städtebilder der Transformation 1988–1990. 1995–1997, Opladen, S. 111–131.

Weltall Erde Mensch (1954): Ein Sammelwerk zur Entwicklungsgeschichte von Natur und Gesellschaft, Berlin.

Wendt, Hartmut (1991): Die deutsch-deutschen Wanderungen. Bilanz einer 40-jährigen Geschichte von Flucht und Ausreise, in: Deutschland-Archiv 4/1991, S. 386–395.

Wenzel, Siegfried (1996): Die DDR-Wirtschaft im Spannungsfeld zwischen objektiven Bedingungen und Politik der SED, in: Elm, Ludwig/Keller, Dietmar/Mocek, Reinhard (Hrsg.): Ansichten zur Geschichte der DDR, Bd. VI, Bonn/Berlin.

Werner, Harald (2013): Wie die Gedanken in die Köpfe der Menschen kommen. Dialektik und Didaktik der politischen Bildung, Köln.

- Wessel, Karl-Friedrich (2015): *Der ganze Mensch. Eine Einführung in die Humanogenetik oder Die biopsychosoziale Einheit Mensch von der Konzeption bis zum Tode*, Berlin.
- Westheider, Ortrud/Philipp, Michael (Hrsg.) (2017): *Hinter der Maske. Künstler in der DDR*, Museum Barberini Potsdam, München.
- Winkler, Gunnar (2018): 1. Studie 1985. Soziale Ziele und Bedingungen der Verwirklichung der ökonomischen Strategie (Ergebnisse, Trends, Probleme). Institut für Soziologie und Sozialpolitik der Akademie der Wissenschaften der DDR, Juni 1985 (178 Seiten), in: ders.: *Friedliche Revolution und deutsche Vereinigung 1989 bis 2017*, Bd. I: *Die letzten Jahre davor – Studien zur sozialen Lage in der DDR 1985 bis 1989. Geheim bis zum Ende der DDR und dem Beginn der friedlichen Revolution von 1989*, Berlin, S. 21–198.
- Wippermann, Wolfgang (2009): *Dämonisierung durch Vergleich: DDR und Drittes Reich*, Berlin.
- Wittich, Dietmar (1994): *Momente des Umbruchs. Sozialstruktur und Lebensqualität in Ostdeutschland*, Berlin.
- Wittich, Dietmar (1999): *Sozialisation und Entfremdung in zwei Gesellschaften*, in: *Das Argument. Zeitschrift für Philosophie und Sozialwissenschaft* 232: *Zehn Jahre neue deutsche Teilung*, S. 661–666.
- Wolf, Christa (1977): *Berührung* [Vorwort zur Luchterhand-Ausgabe von Maxi Wanders «Guten Morgen, Du Schöne»], in: *Fortgesetzter Versuch. Aufsätze, Gespräche, Essays*, Leipzig, S. 280–290.
- Wolf, Christa (2010): *Stadt der Engel oder The Overcoat of Dr. Freud*, Berlin.
- Wolf, Dieter (2000): *Gruppe Babelsberg. Unsere nichtgedrehten Filme*, Berlin.
- Wolf, Emmi/Hammer, Klaus (Hrsg.) (1978): *Cyankali (§ 218) von Friedrich Wolf. Eine Dokumentation*, Berlin/Weimar.
- Wolf, Friedrich (1967): *O. T.*, in: *Rundschau über Politik, Wirtschaft und Arbeiterbewegung* 25/1967, Mailand, S. 1137.
- Wolfram, Klaus (2020): *Das Ende der Revolution*, in: *Berliner Zeitung*, 6.4.2020.
- Wuermeling, Franz-Josef (1963): *Familie – Gabe und Aufgabe*, Köln.
- WZB – Wissenschaftszentrum Berlin (1992): *Beschäftigung von Frauen – die Rolle des Staates im Strukturwandel*, WZB-Mitteilung 57, Berlin.

Z

- Zeiger, Hartmut J./Zeiger, Helga (1994): *Orte und Zeiten der Kinder. Soziales Leben im Alltag von Großstadtkindern*, in: Behnken, Imbke/Zinnecker, Jürgen (Hrsg.): *Kindheiten*, Bd. 3, Weinheim/München.
- Zentraler Ausschuss für Jugendweihe in der Deutschen Demokratischen Republik (Hrsg.) (1983): *Vom Sinn unseres Lebens*, Berlin.

- Zetkin, Clara (1957a): Nur mit der proletarischen Frau wird der Sozialismus siegen [1896], in: dies.: Ausgewählte Reden und Schriften, Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Bd. I, Berlin, S. 95–112.
- Zetkin, Clara (1957b): Erinnerungen an Lenin [1925]. Mit einem Anhang aus dem Briefwechsel Clara Zetkins mit W. I. Lenin und N. K. Krupskaja, Berlin.
- Zinnecker, Jürgen (2003): Nachwort, in: Kirchhöfer, Dieter/Neuner, Gerhart/Steiner, Irmgard/Uhlig, Christa (Hrsg.): Kindheit in der DDR. Die gegenwärtige Vergangenheit, Frankfurt a. M. u. a., S. 473–476.
- Zinner, Hedda (1954): Nur eine Frau, Berlin.
- ZK der SED (1987): Bericht des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands an den XI. Parteitag der SED. Berlin, 17. bis 21. April 1986, Bericht-ersteller: Genosse Erich Honecker, Berlin.
- Zwerenz, Ingrid/Zwerenz, Gerhard (2004): Sklavensprache und Revolte. Der Bloch-Kreis und seine Feinde in Ost und West, Hamburg/Berlin.

VERZEICHNIS DER INTERVIEWPARTNER*INNEN

- Anita**, 1941 in einer Kleinstadt bei Leipzig geboren
Anne, 1960 in Köln geboren
Annika, 1942 in einer Kleinstadt bei Leipzig geboren
Bärbel, 1941 in Dresden geboren
Brigitte, 1938 in einem Dorf bei Aue geboren
Christiane, 1946 in Westberlin geboren
Ede, 1940 in Bremen geboren
Edith, 1941 in einer Kleinstadt bei Leipzig geboren
Gabi, 1955 in Westberlin geboren, in Hamburg aufgewachsen
Gisela, 1952 in Halle geboren, in Thüringen aufgewachsen
Günter, 1942 in Leipzig geboren
Hartmut, 1945 in Westberlin geboren
Jakob, 1945 in einer Kleinstadt im Erzgebirge geboren
Lina, 1941 in Leipzig geboren
Marlies, 1955 in einer Kleinstadt bei Berlin geboren

ZUR AUTORIN

Ursula Schröter, Dr. phil., Jahrgang 1941, in Leipzig aufgewachsen, ist Mathematikerin und promovierte Soziologin. Solange es die DDR gab, arbeitete sie an der Nahtstelle zwischen Mathematik und Soziologie (soziologische Methodik, Rechen-technik). Nach 1990 pendelte sie zwischen befristeten Projektstellen und Arbeitslosigkeit, Themen waren aber immer: Frauen- und Kinderpolitik und sozialistisches Patriarchat in der DDR bzw. die Brüche, die es diesbezüglich im Osten gab und gibt. Ursula Schröter ist verheiratet, hat zwei Söhne und fünf Enkelkinder und wohnt jetzt in Berlin. Sie ist stellvertretende Vorsitzende des Demokratischen Frauenbunds (dfb e. V.) und Mitglied der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

In den 1950er Jahren hätte der CDU-Politiker Franz-Josef Wuermeling die westdeutschen Frauen nicht vor einer «brutalen Sowjetisierung» beschützen müssen, wenn es DDR-Frauenpolitik nicht gegeben hätte. Im Frühjahr 1972 hätten die Frauen in der DDR das Abtreibungsrecht nicht «geschenkt» bekommen, wenn die westdeutsche Frauenbewegung im Jahr zuvor nicht so laut und (damals) erfolgversprechend darum gekämpft hätte. Ursula Schröter fügt solchen historischen Fakten statistische Daten und Interviewaussagen hinzu und bietet auf diese Weise eine längst fällige Analyse zur deutschen Zweistaatlichkeit an.